

**Tagungsinformationen**  
**Antragsunterlagen**  
**Geschäftsbericht**

# **Parteitag- Handbuch 2021**

**Landesparteitag der CDU in Niedersachsen**  
am 6. Februar 2021 - digital



**CDU**

**Die Niedersachsen Union**



## A. Formalia

Tagesordnung.....	A.3
Verfahrensordnung .....	A.4
Wahl des Parteitagspräsidiums und der Parteitagskommissionen .....	A.5
Delegiertenschlüssel.....	A.6

Formalia

## B. Wahlen

Kandidaturen zur Wahl des Präsidiums .....	B.3
Kandidaturen zur Wahl des Landesvorstands .....	B.6

Wahlen

## C. Leitantrag

„Niedersachsen geht voran - Mit Innovationen aus der Krise“ .....	C.3
---	-----

Leitantrag

## D. Antragsberatung

Änderungsanträge zum Leitantrag .....	D.3
Sachanträge .....	D.23

Antragsberatung

## E. Berichte aus den Parlamenten

Aus dem Niedersächsischen Landtag.....	E.3
Aus der Landesgruppe Niedersachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion...	E.5
Aus dem Europäischen Parlament .....	E.7

Berichte

## F. Geschäftsbericht des Generalsekretärs

Inhaltsübersicht .....	F.1
------------------------	-----

Geschäftsbericht

## G. Landesparteitag Hannover

Tagesordnung.....	G.3
Wahl des Parteitagspräsidiums und der Parteitagskommissionen .....	G.3
Satzungsändernder Antrag .....	G.4

PT Hannover



# Formalia

- Tagesordnung
- A. Verfahrensordnung
- B. Wahlordnung - digitale Wahl
- C. Beschluss des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen - Digitaler Landesparteitag am 6. Februar 2021 mit anschließender Briefwahl (Auszug)
- Kommissionen
- Delegiertenschlüssel



# Tagesordnung

*Einwahl der Teilnehmer bis 9.30 Uhr*

*Beginn des Landesparteitages um 9.30 Uhr*

TOP 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung, der Verfahrens- und Wahlordnung

TOP 2 Wahl der Tagungsleitung und der Parteitagskommissionen

- Tagungspräsident
- Mandatsprüfungskommission
- Stimmzählkommission
- Antragskommission

TOP 3 Ehrung der verstorbenen Mitglieder

TOP 4 Geistliches Wort  
Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ

TOP 5 Grußworte

- Dr. Markus Söder MdL, Bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender
- Armin Laschet MdL, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der CDU Deutschlands

TOP 6 **Bericht des Landesvorsitzenden der CDU in Niedersachsen**  
Dr. Bernd Althusmann MdL



TOP 7 **Bericht des Generalsekretärs**  
Sebastian Lechner MdL



TOP 8 **Bericht des Mitgliederbeauftragten**  
Ulf Thiele MdL



TOP 9 **Bericht der Landesschatzmeisterin**  
Barbara Havliza



TOP 10 Bericht der Kassenprüfer

TOP 11 Aussprache zu den Berichten (TOP 6-10)

TOP 12 Entlastung des Landesvorstandes

TOP 13 Online Wahlen

- des Landesvorsitzenden
- des Generalsekretärs
- der drei stellv. Landesvorsitzenden
- des Landesschatzmeisters
- des Mitgliederbeauftragten
- der fünf Mitglieder des Präsidiums
- der 15 Beisitzer
- des Landesparteigerichts der CDU in Niedersachsen
- der zwei Kassenprüfer

TOP 14 Wahl der Wahlkommission / Stimmzählkommission für die schriftliche Schlussabstimmung

TOP 15 Eröffnung der schriftlichen Schlussabstimmung

TOP 16 **Gemeinsam stark für Niedersachsen.**  
Ausblick auf die Kommunalwahl 2021

TOP 17 Berichte (schriftlich)

- aus dem Europäischen Parlament
- aus dem Deutschen Bundestag
- aus dem Niedersächsischen Landtag

TOP 18 Antragsberatung

- Leitantrag  
„Niedersachsen geht voran – Unser Weg aus der Krise.“
- Satzungsänderungsanträge
- Sonstige Anträge

TOP 19 Schlusswort des Landesvorsitzenden

*Ende des Parteitages gegen 14.30 Uhr*

## Support zur Online-Wahl

Bei Problemen mit der Online-Wahl wenden Sie sich bitte an den Support für unser Wahltool „VOXR“:  
Telefon-Hotline: (0511) 27 99-177  
E-Mail: voxr-support@cdu-niedersachsen.de

## A. Verfahrensordnung

1. Alle Anträge, die bis zum 08. Januar 2021, 12.00 Uhr, in der Landesgeschäftsstelle eingegangen sind, liegen dem Parteitag vor. Antragsberechtigt sind der Landesvorstand, die Landes- und Bezirksverbände, die Kreisverbände sowie die Vereinigungen, Landesfachausschüsse, Arbeitskreise und Projektgruppen auf Niedersachsen-Ebene. Während des Parteitages können „Initiativanträge“ nur zu aktuellen, bei Antragsschluss nicht vorhersehbaren politischen Fragestellungen und Sachverhalten mit Unterzeichnung durch mindestens 30 Delegierte eingebracht werden. Der Antragsschluss für Initiativanträge wird auf den 06. Februar 2021, 11.00 Uhr, festgesetzt.
2. Der Landesvorstand hat zur Vorbereitung des Parteitages eine Antragskommission berufen. Die Antragskommission hat alle vorliegenden Anträge beraten und gibt dem Parteitag Empfehlungen für die Behandlung der Anträge. Die Antragskommission und der Landesvorstand sind berechtigt, Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu Anträgen, die dem Parteitag vorliegen, zu stellen. Sie kann auch mehrere vorliegende Anträge zum gleichen Gegenstand in einem eigenen Antrag zusammenfassen.
3. Redeberechtigt auf dem Landesparteitag sind alle stimmberechtigten Delegierten, die Mitglieder des CDU-Landesvorstandes, der Antragskommission sowie die Vertreter der Vereinigungen gemäß § 6 (1) c.
4. Alle Anträge werden, sobald sie aufgerufen sind, zunächst mit dem Votum der Antragskommission vorgestellt. Die Antragskommission kann vorschlagen, dass mehrere Anträge gemeinsam behandelt, begründet, beraten und abgestimmt werden.
5. Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten sowie den Anträgen erfolgen elektronisch unter Angabe des Tagesordnungspunktes und ggf. der Antragsnummer. Wortmeldungen sind nur bis zum Aufruf des jeweiligen Tagesordnungspunktes möglich. Sprecher, die sich zur Beratung zu Wort melden, haben mit ihrer Wortmeldung anzugeben, ob sie für oder gegen den entsprechenden Antrag sprechen wollen.
6. Das Präsidium des Parteitages kann – soweit der Fortgang der Beratungen dies erfordert – die Aussprache über einzelne Anträge abkürzen, indem es die Zahl der Redner/innen begrenzt. Dabei sollen in der Regel ebenso viele für wie gegen einen Antrag zu Wort kommen. Auch bei einer Begrenzung der Rednerzahl ist dem Landesvorstand jederzeit das Wort zu geben.

7. Die Redezeit kann vom Präsidium bis auf fünf Minuten, bei Stellungnahmen zu Geschäftsordnungsanträgen bis auf zwei Minuten begrenzt werden. Bei einer allgemeinen Begrenzung der Redezeit kann das Präsidium des Parteitages für grundsätzliche Ausführungen zu geschlossenen Sachgebieten eine Redezeit bis zum Doppelten der allgemeinen Redezeit zulassen.
8. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt (§ 41 Bundesstatut).
9. Abstimmungen erfolgen digital.

## B. Wahlordnung – digitale Wahl

**Für Kandidatenvorschläge gilt das gleiche wie für allgemeine Wortmeldungen. Diese sind nur bis zum Aufruf des jeweiligen Wahlganges möglich.** Dieses gilt nicht für Kandidaten/innen, die in den vorausgegangenen Wahlgängen nicht gewählt worden sind.

1. Der Landesvorstand wird wie folgt gewählt:
  - a) in einem Wahlgang die/der Landesvorsitzende,
  - b) in einem Wahlgang die/der Generalsekretär/in,
  - c) in einem Wahlgang die Stellvertreter/innen (gem. § 10 der Satzung der CDU in Niedersachsen in Verbindung mit § 43 Abs. 2 des Bundesstatuts sind mindestens  $\frac{1}{2}$ , höchstens die volle Zahl der zu wählenden stellvertretenden Vorsitzenden anzukreuzen), im Übrigen gilt das Frauenquorum aus § 15 Abs. 3 des CDU-Bundesstatuts.
  - d) in einem Wahlgang der/die Landesschatzmeister/in
  - e) in einem Wahlgang die/den Mitgliederbeauftragte/n
  - f) in einem Wahlgang die fünf Mitglieder für das Präsidium (gem. § 10 der Satzung der CDU in Niedersachsen in Verbindung mit § 43 Abs. 2 des Bundesstatuts sind mindestens  $\frac{1}{2}$ , höchstens die volle Zahl der zu wählenden Mitglieder des Präsidiums anzukreuzen), im Übrigen gilt das Frauenquorum aus § 15 Abs. 3 des CDU-Bundesstatuts
  - g) die Wahl der 15 Beisitzer/innen erfolgt auf einem gemeinsamen Stimmzettel/Wahlgang.

Die Reihenfolge der Kandidaten auf dem Stimmzettel ist alphabetisch. Von den auf dem Stimmzettel aufgeführten Kandidaten sind mindestens 11 und höchstens 15 Kandidaten/innen anzukreuzen. Wahlzettel mit mehr oder weniger angekreuzten Namen sind ungültig (gem. § 10 der Satzung der CDU in Niedersachsen in Verbindung mit § 43 Abs. 3 des



Bundesstatuts sind mindestens  $\frac{3}{4}$ , höchstens die volle Zahl der zu wählenden Beisitzer anzukreuzen), im Übrigen gilt das Frauenquorum aus § 15 Abs. 3 des CDU-Bundesstatuts

Für die Wahl der Beisitzer ist § 15 Abs. 3 des Bundesstatutes (Frauenquorum) anzuwenden:

„Förmliche Kandidatenvorschläge bei Wahlen für Parteiämter haben den Grundsatz nach Abs. 2 (Frauen sollen an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt sein) zu beachten. Wahlgremien können Kandidatenvorschläge zurückweisen, die Frauen nur unzureichend berücksichtigen. Wird bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an aufwärts in einem ersten Wahlgang das Frauenquorum von einem Drittel nicht erreicht, ist dieser Wahlgang ungültig. Es ist ein zweiter Wahlgang vorzunehmen, zu dem weitere Vorschläge gemacht werden können. Dessen Ergebnis ist unabhängig von dem dann erreichten Frauenanteil gültig.“

Zusätzlich gilt für die Wahl:

- „ Gemäß § 8 der Satzung der CDU in Niedersachsen müssen mindestens je zwei Personen der Landesverbände Braunschweig und Oldenburg in den Vorstand gewählt werden. Nach Auszählung des 1. Wahlganges der Beisitzer ist daher festzustellen, ob je zwei Kandidaten der jeweiligen Landesverbände dem Landesvorstand der CDU in Niedersachsen angehören bzw. bei der Wahl der Beisitzer die erforderliche Mehrheit erhalten haben. Ist das nicht der Fall, so findet vor Bekanntgabe des Ergebnisses des 1. Wahlganges zwischen den nicht gewählten Kandidaten aus diesen Landesverbänden eine weitere Stichwahl statt. Erst wenn nach dieser Stichwahl feststeht, dass je zwei Kandidaten die erforderliche Mehrheit erhalten haben, wird das Gesamtergebnis des 1. Wahlganges unter Einbeziehung des Stichwahlergebnisses bekannt gegeben. Für die in der Stichwahl unterlegenen Kandidaten der Landesverbände Braunschweig und Oldenburg zählt das Ergebnis des 1. Wahlganges. Liegt auch nach einer Stichwahl kein Ergebnis vor, so kann der betroffene Landesverband neue Kandidatenvorschläge machen.“
- 2. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Bei den Wahlen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- 3. Soweit die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wird, findet eine Stichwahl statt. Zu einer Stichwahl stehen jeweils soviel der nicht gewählten Kandidaten/innen mit den nächstniedrigen Stimmzahlen zur Wahl,

wie sie dem  $1 \frac{1}{2}$  -fachen der Zahl der noch nicht besetzten Sitze im Landesvorstand entsprechen (§ 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung der CDU).

Entfallen hierbei auf die letzte Stelle in der Reihenfolge nach Stimmzahlen zwei oder mehr Kandidaten/innen mit gleich vielen Stimmen, so werden diese Kandidaten/innen alle mit in die Stichwahl einbezogen.

Erhalten mehr Kandidaten/innen die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen als noch Sitze zu vergeben sind, so sind die Kandidaten/innen mit den höheren Stimmzahlen gewählt.

- 4. Die Wahl der Mitglieder des Landesparteigerichts der CDU in Niedersachsen erfolgt in einem Wahlgang.
- 5. Die Wahl der zwei Kassenprüfer/innen erfolgt in einem Wahlgang.

## C. Beschluss des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen - Digitaler Landesparteitag am 6. Februar 2021 mit anschließender Briefwahl (Auszug)

Aufgrund von § 5 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 4 des Gesetzes über die Maßnahmen im Gesellschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie hat der Landesvorstand der CDU in Niedersachsen folgendes beschlossen:

- Den Delegierten des 57. Parteitags und den teilnehmenden Mitgliedern der CDU wird durch digitale Systeme ermöglicht, am 57. Parteitag ohne Anwesenheit am Versammlungsort teilzunehmen und ihre Delegierten- und Mitgliedsrechte im Wege elektronischer Kommunikation auszuüben. Das gilt insbesondere für das Rede- und Fragerecht, das Antrags- und Vorschlagsrecht sowie für die Abstimmungen und Wahlen. Die Regelungen des Statuts und der Geschäftsordnung der CDU finden entsprechende Anwendung.
- Zur Wahrnehmung des Rede- und Fragerechts, des Antrags-, Vorschlags- und Abstimmungsrechts müssen sich die Delegierten sowohl im digitalen Plenarsaal als auch im digitalen Abstimmungstool einwählen. Die Einwahldaten (Internet-Adresse und individueller Zugangscode) werden ihnen nach dem üblichen Anmeldeverfahren als Delegierte per E-Mail zugesandt.

## Landesparteitag 2021

- Es werden digitale Wahlen geheim durchgeführt. Hierzu werden jedem Delegierten gesondert per E-Mail individuelle Einwahldaten in Form eines jeweils einmaligen, personalisierten Links zugesandt. Mittels dieses Links erstellt sich jeder Delegierte einen eindeutigen Code, mittels dessen er sein Abstimmgerät (Smartphone oder Tablett) für die Teilnahme an den Abstimmungen authentifiziert. Dieser Authentifizierungscode entspricht einem analogen Stimmzettelblock. Der Code kann keinem Delegierten zugeordnet oder zurückverfolgt und daher **bei Verlust nicht ersetzt** werden. Kann oder möchte ein Delegierter seinem Delegiertenamt nicht nachkommen, muss er sich umgehend – jedoch spätestens bis zum 28. Januar 2020 - unter Angabe der für die Registrierung verwendeten Mailadresse abmelden. Für den Fall, dass bereits ein geheimer Authentifizierungscode erstellt wurde, ist dieser bei der Abmeldung der Landesgeschäftsstelle mitzuteilen, damit dieser Code für die Teilnahme an Wahlen gesperrt werden kann.
- Die auf dem 57. Parteitag durchgeführten digitalen Wahlen zum Landesvorstand sind in Folge der Gesetzeslage in rechtlicher Hinsicht unverbindlich. Sie werden vom oben genannten Gesetz als digitale Vorabstimmung gewertet. Das Ergebnis der digitalen Vorabstimmungen wird daher durch Briefwahl zur Schlussabstimmung gestellt. Die Teilnahme an der digitalen Vorabstimmung ist keine rechtliche Voraussetzung für die Teilnahme an der schriftlichen Schlussabstimmung (Briefwahl). Dies gilt sowohl für das aktive als auch für das passive Wahlrecht.
- Die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Landesvorstand erfolgt per Video. Das Video darf eine maximale Dauer von 45 Sekunden nicht überschreiten. Die Videos werden vorab zum Abruf zur Verfügung gestellt, sind im Querformat aufzunehmen und im Vorfeld in der Landesgeschäftsstelle digital einzureichen.
- Die schriftliche Schlussabstimmung (Briefwahl) zur Wahl des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen und des Parteigerichts wird nach dem folgenden Verfahren durchgeführt:
  - Der 57. Parteitag benennt einen 3-köpfigen Wahlvorstand zur Durchführung der Briefwahl sowie eine Stimmzählkommission für die Auszählung der Briefwahlunterlagen.
  - Die Delegierten des 57. Parteitags erhalten im Anschluss an den Parteitag unaufgefordert die für die Briefwahl erforderlichen Unterlagen (Persönlicher Berechtigungsschein, Stimmzettelumschlag, Rücksendeumschlag, Merkblatt, Stimmzettel) Der Versand erfolgt spätestens am 9. Februar 2021.
  - Die Stimmzettel sind persönlich und geheim auszufüllen, den Briefwahlunterlagen ordnungsgemäß beizufügen und im bereits vorfrankierten Rücksendeumschlag rechtzeitig an die Landesgeschäftsstelle zu übersenden.
  - Den Delegierten wird dringend empfohlen die Briefwahlunterlagen spätestens am Montag, 15. Februar 2021 (18.00 Uhr) auf den Postweg zu bringen.
  - Bei der Wahl berücksichtigt werden alle Briefwahlunterlagen, die bis zum 19. Februar 2021, 10.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle eingegangen sind. Es handelt sich hier um eine Ausschlussfrist. Die Landesgeschäftsstelle stellt die Eingänge der Rücksendeumschläge fest und vermerkt diese in der Delegiertenliste.
  - Der Wahlvorstand stellt die Briefwahlergebnisse fest und fertigt hierüber eine Niederschrift an.
  - Zur Ermittlung und Feststellung der Briefwahlergebnisse finden die Bestimmungen der Bundeswahlordnung ergänzend sinngemäß Anwendung.
  - Der Wahlvorstand verkündet das Ergebnis am Freitag, 19. Februar 2021 öffentlich in der Landesgeschäftsstelle, sofern die Corona-Pandemie dies zulässt.
- Der 57. Parteitag endet mit der digitalen Bekanntgabe der Ergebnisse der Briefwahl.

# Wahl des Parteitagspräsidiums und der Parteitagskommissionen

Der Vorstand der CDU in Niedersachsen schlägt vor:

## Wahl des Parteitagspräsidiums

### **Tagungspräsident:**

- Uwe Schünemann MdL

### **Beisitzer:**

- Silvia Breher MdB
- Barbara Havliza

## Wahl der Mandatsprüfungskommission und Stimmzählkommission für die Online-Wahlen

- Christian Meyer
- Stephan Lerch
- Steffen Preugschat

## Bestätigung der Antragskommission

Der Landesvorstand hat zur Vorbereitung dieses Parteitages die folgende Antragskommission berufen:

### **Vorsitzender:**

- Generalsekretär a.D. Kai Seefried MdL

### **Landes- und Bezirksverbände**

- LV Braunschweig: Carsten Müller MdB
- LV Oldenburg: Jens Nacke MdL
- BV Elbe-Weser: Lasse Weritz MdL
- BV Hannover: Maik Beermann MdB
- BV Hildesheim: Uwe Schünemann MdL
- BV Nordostniedersachsen: Gudrun Pieper MdL
- BV Osnabrück-Emsland: Christian Calderone MdL
- BV Ostfriesland: Melanie Nonte

### **Vereinigungen:**

- CDA: Dr. Max Matthiesen
- Frauen Union: Ute Krüger-Pöppelwiehe
- Junge Union: Christian Fühner MdL
- KPV: André Wiese
- MIT: H. Dieter Klahsen
- OMV: Heiko Schmelze
- Senioren Union: Jürgen Schart
- OMV: Heiko Schmelze
- Senioren Union: Jürgen Schart

### **Sonderorganisationen beratend:**

- EAK: Kurt Müller
- Schüler Union: Julia Swiatkowski
- RCDS: Jonas Schlossarek

### **vom Landesvorstand benannt:**

- Dr. Maria Flachsbarth MdB

## Wahl der Wahlkommission für die schriftliche Schlussabstimmung

### **Vorsitz:**

- Dr. Maria Flachsbarth MdB

### **Beisitzer:**

- Christian Meyer
- Steffen Preugschat

## Wahl der Stimmzählkommission für die schriftliche Schlussabstimmung

### **Vorsitzender:**

- Andreas A. Sobotta

### **Stellv. Vorsitzender:**

- Josef Holtvogt

### **Beisitzer:**

- Nicole Bruns
- Silke Falk
- Philipp Felsen
- Ulrike Gottwald
- Neeltje-Cathérine Hartung
- Melanie Homeier
- Imke Jeske-Werner
- Ines Kaufmann
- Jörn Lohmann
- Jonathan Merz
- Jendrik Niebuhr
- Katrin Oetjen
- Uwe Rebitzky
- Svenja Schünemann
- Jeannette Stege
- Signe Stiewe
- Christopher Tatge
- Petra Voigt
- Gero Wessel
- Alexandra Zontiri

## Delegiertenschlüssel

Verband	31.12.2020	Delegierte
Diepholz	1.196	8
Hameln-P.	911	7
Hannover-Ld.	3.945	27
Hannover-Stadt	1.527	11
Nienburg	1.119	8
Schaumburg	996	7
<b>BV Hannover</b>	<b>9.694</b>	<b>68</b>

Göttingen/Osterode	2.034	14
Hildesheim	1.925	13
Holz Minden	374	3
Northeim	740	5
<b>BV Hildesheim</b>	<b>5.073</b>	<b>35</b>

Celle	1.394	10
Gifhorn	1.110	8
Harburg-Ld.	1.640	11
Lüchow-Dan.	449	3
Lüneburg	864	6
Heidekreis	981	7
Uelzen	775	6
Wolfsburg	502	4
<b>BV Nordostnds.</b>	<b>7.715</b>	<b>55</b>

Cuxhaven	1.714	12
Osterholz	573	4
Rotenburg	1.717	12
Stade	1.156	8
Verden	843	6
<b>BV Elbe-Weser</b>	<b>6.003</b>	<b>42</b>

Aurich	746	5
Emden	114	1
Leer	903	7
Wittmund	440	3
<b>BV Ostfriesland</b>	<b>2.203</b>	<b>16</b>

Verband	31.12.2020	Delegierte
Aschendorf-H.	1.654	12
Grfsch. Benth.	962	7
Lingen	1.958	14
Meppen	1.388	10
Osnabrück-Ld.	3.179	22
Osnabrück-St.	1.052	8
<b>BV Osnab.-Emsl.</b>	<b>10.193</b>	<b>73</b>

Braunschweig	925	7
Goslar	795	6
Helmstedt	513	4
Peine	902	7
Salzgitter	440	3
Wolfenbüttel	954	7
<b>LV Braunschweig</b>	<b>4.529</b>	<b>34</b>

Ammerland	805	6
Cloppenburg	3.569	24
Delmenhorst	228	2
Friesland	515	4
Oldenburg-Ld.	679	5
Oldenburg-St.	463	4
Vechta	2.916	20
Wesermarsch	651	5
Wilhelmshaven	312	3
<b>LV Oldenburg</b>	<b>10.138</b>	<b>73</b>

CDU Niedersachsen	55.548	396
Landesvorstand		27
<b>Delegierte</b>		<b>423</b>



# B. Wahlen

**Personalvorschläge für die Wahlen  
des Präsidiums  
und des Landesvorstands  
der CDU in Niedersachsen**





Kandidatur als:  
Landesvorsitzender  
**Dr. Bernd  
Althusmann MdL**

**Wohnort:** Südergellersen OT Heiligenthal  
**Geburtsdatum:** 3. Dezember 1966  
**Bezirksverband:** Nordostniedersachsen  
**Vorgeschlagen durch:** BV Nordostniedersachsen  
**Mitglied der CDU seit:** 1990

**Funktion in der CDU:** seit 2016 Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen

**Politische Mandate:** Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, stellv. Ministerpräsident, Mitglied des Niedersächsischen Landtages

**Politische Schwerpunkte:** Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik sowie Arbeitsmarkt und Digitalisierung



Kandidatur als:  
Generalsekretär  
**Sebastian  
Lechner MdL**

**Wohnort:** Neustadt  
**Geburtsdatum:** 21. November 1980  
**Bezirksverband:** Hannover  
**Vorgeschlagen durch:** den Landesvorsitzenden  
**Mitglied der CDU seit:** 2001

**Funktion in der CDU:** Schatzmeister des CDU-KV Hannover-Land

**Politische Mandate:** Mitglied des Niedersächsischen Landtages, Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Neustadt

**Politische Schwerpunkte:** Innenpolitik



Kandidatur als:  
Stellv. Landesvorsitzende  
**Lena  
Düpont MdEP**

**Wohnort:** Gifhorn  
**Geburtsdatum:** 30. April 1986  
**Bezirksverband:** Nordostniedersachsen  
**Vorgeschlagen durch:** BV Nordostniedersachsen  
**Mitglied der CDU seit:** 2008

**Funktion in der CDU:** Kooptiertes Mitglied im Vorstand des CDU-KV Gifhorn, kooptiertes Mitglied im Vorstand des CDU-Stadtverbandes Gifhorn

**Politische Mandate:** Mitglied des Europäischen Parlaments, Innen- und migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe, Vize-Koordinatorin des Innenausschusses der EVP-Fraktion

**Politische Schwerpunkte:** Inneres, Justiz, Landwirtschaft, regionale Strukturentwicklung



Kandidatur als:  
Stellv. Landesvorsitzender  
**Fritz  
Güntzler MdB**

**Wohnort:** Göttingen  
**Geburtsdatum:** 06. Mai 1966  
**Bezirksverband:** Hildesheim  
**Vorgeschlagen durch:** BV Hildesheim  
**Mitglied der CDU seit:** 1989

**Funktion in der CDU:** stellv. Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen, stellv. Vorsitzender des CDU-BV Hildesheim, Vorsitzender des CDU-KV Göttingen

**Politische Mandate:** Mitglied des Deutschen Bundestages, ordentliches Mitglied im Finanzausschuss, ordentliches Mitglied im Sportausschuss, Mitglied im Kreistag Göttingen

**Politische Schwerpunkte:** Finanzen, Sport, Kommunales



Kandidatur als:  
Stellv. Landesvorsitzender

**Reinhold  
Hilbers MdL**

**Wohnort:** Wietmarschen

**Geburtsdatum:** 25. Juli 1964

**Bezirksverband:** Osnabrück-Emsland

**Vorgeschlagen durch:** BV Osnabrück-Emsland

**Mitglied der CDU seit:** 1988

**Funktion in der CDU:** stellv. Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen, stellv. Vorsitzender des CDU-BV Osnabrück-Emsland, Vorsitzender des CDU-KV Grafschaft Bentheim

**Politische Mandate:** Mitglied des Niedersächsischen Landtages, Niedersächsischer Finanzminister, Mitglied des Kreistages Grafschaft Bentheim

**Politische Schwerpunkte:** Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik



Kandidatur als:  
Landesschatzmeisterin

**Barbara Havliza**

**Wohnort:** Wallenhorst

**Geburtsdatum:** 13. März 1958

**Bezirksverband:** Osnabrück-Emsland

**Vorgeschlagen durch:** BV Osnabrück-Emsland

**Mitglied der CDU seit:** 2015

**Funktion in der CDU:** Schatzmeisterin der CDU in Niedersachsen

**Politische Mandate:** Niedersächsische Justizministerin

**Politische Schwerpunkte:** Justiz- und Sicherheitspolitik



Kandidatur als:  
Mitgliederbeauftragter

**Carsten  
Müller MdB**

**Wohnort:** Braunschweig

**Geburtsdatum:** 08. Mai 1970

**Landesverband:** Braunschweig

**Vorgeschlagen durch:** LV Braunschweig

**Mitglied der CDU seit:** 1986

**Funktion in der CDU:** Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, stellv. Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied im Präsidium der CDU in Niedersachsen, Schatzmeister des CDU-LV Braunschweig, Vorsitzender des CDU-KV Braunschweig

**Politische Mandate:** Mitglied des Deutschen Bundestages 2005 – 2009 und seit 2013

**Politische Schwerpunkte:** digitale Rechtspolitik, Wirtschafts- und Energiepolitik



Kandidatur als:  
Mitglied im Präsidium

**Astrid  
Grotelüschen MdB**

**Wohnort:** Ahlhorn

**Geburtsdatum:** 09. Dezember 1964

**Landesverband:** Oldenburg

**Vorgeschlagen durch:** LV Oldenburg

**Mitglied der CDU seit:** 2000

**Funktion in der CDU:** Mitglied des Präsidiums der CDU in Niedersachsen, stellv. Vorsitzende des CDU-KV Oldenburg-Land, Vorsitzende der MIT Oldenburg-Land, Beisitzerin im Vorstand des CDU-GV Großenkneten

**Politische Mandate:** Mitglied des Deutschen Bundestages, Kreistagsmitglied Oldenburg-Land, Ratsfrau der Gemeinde Großenkneten

**Politische Schwerpunkte:** Wirtschaft, Bildung, ländlicher Raum





Kandidatur als:  
Mitglied im Präsidium  
**Dr. Hendrik  
Hoppenstedt MdB**

**Wohnort:** Burgwedel

**Geburtsdatum:** 14. Juni 1972

**Bezirksverband:** Hannover

**Vorgeschlagen durch:** BV Hannover

**Mitglied der CDU seit:** 1997

**Funktion in der CDU:** Vorsitzender der CDU in der Region Hannover, Vorsitzender des CDU-KV Hannover-Land, Mitglied im Präsidium der CDU in Niedersachsen, Beisitzer im Vorstand des CDU-BV Hannover

**Politische Mandate:** Mitglied des Deutschen Bundestages, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin

**Politische Schwerpunkte:** Rechtspolitik, Kommunalpolitik, Bund-Länder-Zusammenarbeit



Kandidatur als:  
Mitglied im Präsidium  
**Jens Nacke MdL**

**Wohnort:** Wiefelstede

**Geburtsdatum:** 13. September 1971

**Landesverband:** Oldenburg

**Vorgeschlagen durch:** LV Oldenburg

**Mitglied der CDU seit:** 1989

**Funktion in der CDU:** Vorsitzender des CDU-KV Ammerland, Schatzmeister des CDU-LV Oldenburg

**Politische Mandate:** Mitglied des Niedersächsischen Landtages, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Mitglied des Ammerländer Kreistages, Vorsitzender des Wiefelsteder Gemeinderates

**Politische Schwerpunkte:** Medienpolitik, Verfassungsrecht, Innere Sicherheit



Kandidatur als:  
Mitglied im Präsidium  
**Melanie Nonte**

**Wohnort:** Hesel

**Geburtsdatum:** 08. März 1971

**Bezirksverband:** Ostfriesland

**Vorgeschlagen durch:** BV Ostfriesland

**Mitglied der CDU seit:** 2012

**Funktion in der CDU:** Vorsitzende des CDU-KV Leer, Vorsitzende des CDU-Samtgemeindeverbandes Hesel

**Politische Mandate:** Stellv. Samtgemeindebürgermeisterin, Ratsfrau im Samtgemeinderat Hesel, Ratsfrau im Gemeinderat Hesel, stellv. Vorsitzende im Schulausschuss der Samtgemeinde Hesel, Mitglied im Kindergartenbeirat und Kuratorium

**Politische Schwerpunkte:** Bildung (Kita/ Schule), Berufliche (Weiter-)Bildung, Familie, Soziales, Kommunalpolitik



Kandidatur als:  
Mitglied im Präsidium  
**Kai Seefried MdL**

**Wohnort:** Drochtersen

**Geburtsdatum:** 23. Januar 1978

**Bezirksverband:** Elbe-Weser

**Vorgeschlagen durch:** BV Elbe-Weser

**Mitglied der CDU seit:** 1997

**Funktion in der CDU:** Generalsekretär der CDU in Niedersachsen bis zum 6. November 2020, kooptiertes Mitglied des CDU-BV Elbe-Weser, Vorsitzender des CDU-KV Stade

**Politische Mandate:** Mitglied des Niedersächsischen Landtages, Mitglied im Kreistag Stade, Mitglied im Gemeinderat Drochtersen, stellv. Bürgermeister der Gemeinde Drochtersen

**Politische Schwerpunkte:** Bildung, Medien, Maritime Wirtschaft, Kommunalpolitik



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand  
**Martin Bäumer Mdl**

**Wohnort:** Glandorf-Westendorf

**Geburtsdatum:** 03. Oktober 1967

**Bezirksverband:** Osnabrück-Emsland

**Vorgeschlagen durch:** BV Osnabrück-Emsland

**Mitglied der CDU seit:** 1986

**Funktion in der CDU:** Beisitzer im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des CDU-KV Osnabrück-Land

**Politische Mandate:** Mitglied des Rates der Gemeinde Glandorf, Mitglied des Kreistages im Landkreis Osnabrück, Mitglied des Niedersächsischen Landtages und dort stellv. Fraktionsvorsitzender sowie umweltpolitischer Sprecher

**Politische Schwerpunkte:** Umweltpolitik, Kommunalpolitik



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand  
**Maik  
Beermann MdB**

**Wohnort:** Steimbke

**Geburtsdatum:** 19. Oktober 1981

**Bezirksverband:** Hannover

**Vorgeschlagen durch:** BV Hannover

**Mitglied der CDU seit:** 2001

**Funktion in der CDU:** Mitglied kraft Amtes im Vorstand des CDU-KV Nienburg, Beisitzer im Vorstand des CDU-BV Hannover, Beisitzer im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen

**Politische Mandate:** Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied des Kreistages Nienburg (stellv. Landrat)

**Politische Schwerpunkte:** Digitalpolitik, Familienpolitik, Kommunalpolitik



Kandidatur als:  
Beisitzerin im Landesvorstand  
**Ute Bertram**

**Wohnort:** Alfeld

**Geburtsdatum:** 08. Juli 1961

**Bezirksverband:** Hildesheim

**Vorgeschlagen durch:** BV Hildesheim

**Mitglied der CDU seit:** 2006

**Funktion in der CDU:** Vorsitzende des CDU-KV Hildesheim, stellv. Vorsitzende des CDU-BV Hildesheim, Beisitzerin im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen

**Politische Mandate:** Mitglied des Bundestages von 2013-2017, Ratsfrau im Stadtrat Alfeld, Finanzausschussvorsitzende

**Politische Schwerpunkte:** Finanzen, Gesundheit, Ländlicher Raum



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand  
**Ralph Bogisch**

**Wohnort:** Goslar

**Geburtsdatum:** 12. Mai 1972

**Landesverband:** Braunschweig

**Vorgeschlagen durch:** LV Braunschweig

**Mitglied der CDU seit:** 2003

**Funktion in der CDU:** Vorsitzender des CDU-KV Goslar, Mitglied im Vorstand des CDU-LV Braunschweig, Beisitzer im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen

**Politische Mandate:** Ratsherr im Rat der Stadt Goslar

**Politische Schwerpunkte:** Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand  
**Dr. Merlin Franke**

**Wohnort:** Bienenbüttel

**Geburtsdatum:** 21. Juli 1983

**Bezirksverband:** Nordostniedersachsen

**Vorgeschlagen durch:** BV Nordostniedersachsen

**Mitglied der CDU seit:** 2010

**Funktion in der CDU:** Beisitzer im Vorstand des CDU-KV Uelzen, Beisitzer im Vorstand des CDU-BV Nordostniedersachsen, Beisitzer im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen

**Politische Mandate:** seit 2013 Hauptamtlicher Bürgermeister der Einheitsgemeinde Bienenbüttel

**Politische Schwerpunkte:** Kommunalpolitik Schwerpunkte: Bürokratieabbau, Digitalisierung, Bürgerservice



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand  
**Jens Gieseke MdEP**

**Wohnort:** Sögel

**Geburtsdatum:** 18. Mai 1971

**Bezirksverband:** Osnabrück-Emsland

**Vorgeschlagen durch:** BV Osnabrück-Emsland

**Mitglied der CDU seit:** 1995

**Funktion in der CDU:** Vorsitzender der CDU im Emsland, Beisitzer im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen

**Politische Mandate:** Mitglied des Europäischen Parlaments (Ausschüsse für Verkehr, Industrie und Umwelt), Vorsitzender des Mittelstandskreises der EVP-Fraktion, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

**Politische Schwerpunkte:** Europapolitik, Verkehrspolitik, Mittelstandspolitik, Industriepolitik



Kandidatur als:  
Beisitzerin im Landesvorstand  
**Cora Hermenau**

**Wohnort:** Hannover

**Geburtsdatum:** 01. März 1957

**Bezirksverband:** Hannover

**Vorgeschlagen durch:** BV Hannover

**Mitglied der CDU seit:** 2004

**Funktion in der CDU:** Beisitzerin im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen

**Politische Schwerpunkte:** Kommunal- und Finanzpolitik



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand  
**Jörg Hillmer MdL**

**Wohnort:** Suderburg

**Geburtsdatum:** 21. Mai 1966

**Bezirksverband:** Nordostniedersachsen

**Vorgeschlagen durch:** BV Nordostniedersachsen

**Mitglied der CDU seit:** 1992

**Funktion in der CDU:** Vorsitzender des CDU-KV Uelzen, Beisitzer im Vorstand des CDU-BV Nordostniedersachsen, Beisitzer im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen, Vorsitzender des LFA Wissenschaft und Kultur der CDU in Niedersachsen

**Politische Mandate:** Mitglied des Niedersächsischen Landtages, stellv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, Mitglied des Kreistages Uelzen, stellv. Landrat, Samtgemeinderat Suderburg

**Politische Schwerpunkte:** Wissenschaft, Kultur, ländlicher Raum, Landwirtschaft



Kandidatur als:  
Beisitzerin im Landesvorstand  
**Michaela Holsten**

**Wohnort:** Gyhum

**Geburtsdatum:** 27. Januar 1970

**Bezirksverband:** Elbe-Weser

**Vorgeschlagen durch:** BV Elbe-Weser

**Mitglied der CDU seit:** 2001

**Funktion in der CDU:** Beisitzerin im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen, Vorsitzende der Frauen Union KV Rotenburg (Wümme), Mitgliederbeauftragte im Landesvorstand der Frauen Union Niedersachsen, Pressesprecherin im Bezirksvorstand der Frauen Union, stellv. Vorsitzende der KPV KV Rotenburg (Wümme)

**Politische Mandate:** Mitglied im Kreistag Rotenburg (Wümme), Mitglied im Gemeinderat Gyhum

**Politische Schwerpunkte:** Bildung, Familie und Soziales, Sport und Kultur



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand  
**Claas Merfort**

**Wohnort:** Braunschweig

**Geburtsdatum:** 18. September 1984

**Landesverband:** Braunschweig

**Vorgeschlagen durch:** Junge Union Niedersachsen

**Mitglied der CDU seit:** 2002

**Funktion in der CDU:** stellv. Vorsitzender des CDU-LV Braunschweig, stellv. Vorsitzender des CDU-KV Braunschweig

**Politische Mandate:** Ratsherr der Stadt Braunschweig

**Politische Schwerpunkte:** Finanzen, (Digital-) Wirtschaft, Netzpolitik



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand  
**Christoph Plett MdL**

**Wohnort:** Peine

**Geburtsdatum:** 11. Juni 1966

**Landesverband:** Braunschweig

**Vorgeschlagen durch:** LV Braunschweig

**Mitglied der CDU seit:** 1985

**Funktion in der CDU:** Vorsitzender des CDU-KV Peine, Beisitzer im Vorstand des CDU-LV Braunschweig, Beisitzer im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen

**Politische Mandate:** Mitglied des Niedersächsischen Landtages, Stadtrat Peine

**Politische Schwerpunkte:** Wissenschafts- und Kulturpolitik, Innere Sicherheit



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand  
**Jochen Steinkamp**

**Wohnort:** Lohne

**Geburtsdatum:** 08. April 1981

**Landesverband:** Oldenburg

**Vorgeschlagen durch:** LV Oldenburg

**Mitglied der CDU seit:** 1997

**Funktion in der CDU:** stellv. Vorsitzender des CDU-KV Vechta, Mitglied des Landesfachausschusses Europa der CDU Niedersachsen

**Politische Schwerpunkte:** Europapolitik, innere Sicherheit, Bildungs- und Hochschulpolitik



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand

**Kristian W.  
Tangermann**

**Wohnort:** Lilienthal

**Geburtsdatum:** 11. April 1976

**Bezirksverband:** Elbe-Weser

**Vorgeschlagen durch:** BV Elbe-Weser

**Mitglied der CDU seit:** 1992

**Funktion in der CDU:** Vorsitzender des CDU-KV Osterholz, Beisitzer im Vorstand des CDU-BV Elbe-Weser, Beisitzer im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen

**Politische Mandate:** Bürgermeister der Gemeinde Lilienthal

**Politische Schwerpunkte:** Kommunalpolitik, Innenpolitik, Sportpolitik



Kandidatur als:  
Beisitzerin im Landesvorstand

**Barbara Thiel**

**Wohnort:** Springe

**Geburtsdatum:** 22. März 1955

**Bezirksverband:** BV Hannover

**Vorgeschlagen durch:** Frauen Union Niedersachsen

**Mitglied der CDU seit:** 2001

**Funktion in der CDU:** Beisitzerin im Landesvorstand der CDU in Niedersachsen, kooptiertes Mitglied im Landesvorstand der Frauen Union Niedersachsen

**Politische Schwerpunkte:** Inneres, Europa, Digitalisierung



Kandidatur als:  
Beisitzerin im Landesvorstand

**Tanya-Claudia-Christine  
Warnecke**

**Wohnort:** Bodenwerder

**Geburtsdatum:** 13. Dezember 1975

**Bezirksverband:** Hildesheim

**Vorgeschlagen durch:** KPV Niedersachsen

**Mitglied der CDU seit:** 2011

**Funktion in der CDU:** Vorsitzende des CDU-KV Holzmin-den, Beisitzerin im CDU-BV Hildesheim, KPV Niedersachsen – Hauptausschuss, KPV der CDU und CSU Deutschlands – Hauptausschuss, KPV Bildungswerk Nds. – stellv. Vorsitzende

**Politische Mandate:** Hauptamtliche Bürgermeisterin der Samtgemeinde Bodenwerder-Polle

**Politische Schwerpunkte:** Kommunalpolitik, gleichwertige Lebensverhältnisse, Finanzpolitik



Kandidatur als:  
Beisitzer im Landesvorstand

**Johann  
Wimberg**

**Wohnort:** Friesoythe

**Geburtsdatum:** 26. September 1969

**Landesverband:** Oldenburg

**Vorgeschlagen durch:** LV Oldenburg

**Mitglied der CDU seit:** 1989

**Funktion in der CDU:** Beisitzer im Vorstand des CDU-LV Oldenburg, Beisitzer im Landesvorstand der CDU in Nie-dersachsen

**Politische Mandate:** Landrat des Landkreises Cloppenburg

**Politische Schwerpunkte:** Kommunalpolitik, Innenpolitik, Kulturpolitik





# C. Leitantrag





## **Niedersachsen geht voran – Unser Weg aus der Krise.**

### **Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung – Mit Innovation in die Zukunft.**

#### **Unser Auftrag**

Wir wollen, dass Niedersachsen Motor und Katalysator für den Weg aus der Krise ist und unsere Resilienz gegen pandemische Krisen stärkt. Es geht nicht um alte Ideen oder Lösungen der Vergangenheit, sondern es geht darum, neue Freiräume und einen Vorsprung zu entwickeln, der unseren Unternehmen den Weg in die Zukunft sichert, die Wettbewerbsfähigkeit stärkt und Wohlstand für alle Niedersachsen schafft.

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass unsere Arbeitsplätze, unsere mittelständischen Unternehmen, unsere Industrie und unser gesellschaftliches Leben in kürzester Zeit gefährdet sein können. Arbeitnehmer, Arbeitgeber, unsere Unternehmen und die öffentliche Hand stehen jetzt vor enormen Herausforderungen. Neben der Transformation zu einer klimaneutralen und ressourcenschonenden Wirtschaft müssen wir auch Vorsorge für künftige Krisen treffen. Gleichzeitig müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und des Standortes Niedersachsen insgesamt sichern. Damit schaffen wir hochwertige Arbeitsplätze und erhalten unseren Wohlstand. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gefördert und die Souveränität staatlichen Handelns und politische Gestaltungsfähigkeit gesichert.

Auch die internationale Politik bleibt von den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht verschont. Harte wirtschaftliche und soziale Einschnitte und ein sinkender Ölpreis erschweren die Kooperation auf globaler Ebene. Angesichts wachsender Systemkonkurrenzen und politischer Spannungen - unter anderem zwischen den USA und der Volksrepublik China – sind Deutschland und Europa mehr und mehr auf sich allein gestellt und müssen mehr als bislang eine souveräne und aktive Rolle auf der Weltbühne einnehmen.

#### **Unsere Antwort**

##### **1. Ein starkes Europa**

Wir stehen gemeinsam vor einer historischen Herausforderung. Jetzt gilt es, die Weichen für ein starkes Europa - mit Deutschland als starkem Impulsgeber und Motor - zu stellen. Hierzu zählen die weitere Vertiefung des Binnenmarkts und der Wirtschafts- und Währungsunion sowie Zukunftsthemen wie Digitalisierung, die bessere Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit und der Migrations- und Asylpolitik, Klimaschutz und der Ausbau europäischer und internationaler Hochschulpartnerschaften und grenzüberschreitender Kooperationen von Forschungsverbünden.

##### **2. Eine erfolgreiche Industrie- und Innovationspolitik**

Wir brauchen eine erfolgreiche Industrie- und Innovationspolitik, die uns mit existenziell wichtigen Gütern wie Medikamenten, Impfstoffen, Schutzausrüstungen und Lebensmitteln in Europa versorgt. Unsere Unternehmen müssen durch politische Rahmenbedingungen in die Lage versetzt werden, ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen und gleichzeitig ihren Beitrag zur Einhaltung der Klimaschutzziele und einer insgesamt nachhaltigeren Wirtschaftswelt zu leisten.

##### **3. Neue Souveränität „Made in Niedersachsen“**

Unsere Souveränität in zentralen, strategisch wichtigen Forschungs- und Technologiebereichen muss weiter verstärkt werden. Dazu gehört, die Chancen in den Bereichen künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Quantentechnologie, Cybersicherheit, Medizin, Mobilität, regenerative Energien, Dekarbonisierung und eine gesunde Ernährung noch stärker zu fokussieren. Durch eine flexible Transferstrategie wollen wir gewährleisten, dass nicht nur bahnbrechende Ideen, sondern auch bahnbrechende Produkte „Made in Niedersachsen“ die Entwicklung zentraler Zukunftsfelder prägen.

#### **4. Der Erfindergeist der Niedersachsen**

Einer der bedeutendsten Rohstoffe unseres Landes ist der Erfindergeist der Niedersachsen. Dafür brauchen wir ein gesellschaftliches Klima und politische Rahmenbedingungen, aber auch Freiräume, die Leistung und Innovation stärker fördert. Schulen und Universitäten und weitere Bildungs- und Forschungseinrichtungen müssen sich noch stärker der Exzellenz und dem Leistungsgedanken verpflichtet fühlen und entsprechend gefördert werden. Die Lösungen und Innovationen, die hierzulande entwickelt werden, tragen wesentlich zu unserem Wohlstand bei. Das war so und wird auch nach der Corona-Krise so sein.

#### **5. Technologische Wettbewerbsvorteile**

Technologiebasierte Wettbewerbsvorteile müssen erhalten werden. Hierfür fehlen derzeit abgestimmte Konzepte, die alle relevanten Akteure sinnvoll integrieren. Es sollen daher mehr nationale und europäische Lösungen angestrebt werden, z.B. bei der Datenspeicherung, bei Serverfragen oder der Mobilfunktechnologie. Weisungsabhängige, subventionierte Staatskonzerne dürfen in diesem Zusammenhang keinen wesentlichen Einfluss gewinnen.

Viele Unternehmen unseres Landes stehen vor erheblichen existenzgefährdenden Herausforderungen. In der Herzkammer der deutschen Industrie brechen Zulieferer und Absatzmärkte weg. Um den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten, aktivieren sie Reserven oder verschulden sich. Dies wird in den kommenden Jahren Liquidität binden, die für Innovationsprojekte fehlt. Dies führt zu einer Schwächung der Wettbewerbsposition. Hier müssen wir wieder aufholen.

#### **6. Kein einfaches zurück vor die Krise, sondern mit Innovation in die Zukunft**

Nie war Innovation so wichtig wie heute. Schon vor Corona befand sich ein großer Teil der niedersächsischen Unternehmen inmitten eines umfassenden Transformationsprozesses. Es ist daher von zentraler Bedeutung, mit einer technologieorientierten Industrie- und Mittelstandspolitik die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft der Wirtschaft zu steigern.

Niedersachsen muss führender Technologie-, Industrie- und Handwerksstandort bleiben. Das ist unser Ziel. Wir brauchen aber keine Rückkehr zur Situation vor der Krise. Unsere Wirtschaft soll nach der Krise innovativer, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger sein als zuvor. Hier muss Niedersachsen voran gehen.

All diese Beispiele erfordern neben neuen Produkten zumeist auch stark veränderte betriebliche Prozesse und führen zu erheblichen Anpassungen und Veränderungen in Liefer- und Wertschöpfungsketten. Diese gilt es, zügig und mit Unterstützung der Politik voranzutreiben. Den Belegschaften unserer Betriebe müssen begleitend jetzt Schlüsselqualifikationen vermittelt werden, die beim Neuaufbau der Unternehmen nötig sind. Hierbei sollten betriebliche Weiterbildung und Erwachsenenbildung stärker vernetzt und berufsbegleitende (Online)Angebote deutlich ausgebaut werden.

### **I. Niedersachsen geht voran – Unser Weg im Land**

#### **Arbeit, Wirtschaft und Beschäftigung**

Die Veranstaltungs- und Freizeitbranche, die Kreativwirtschaft, Gastronomie und die Tourismuswirtschaft waren von den Beschränkungsmaßnahmen in besonderer Weise betroffen. Sie durften aus Gründen des Gesundheitsschutzes in der Corona-Krise nicht wirtschaften. Sie waren über Monate hinaus nicht oder kaum geschäftlich tätig. Marktwirtschaftliche Lösungen und Kredite allein bringen diesen Wirtschaftsbereichen keinen schnellen Aufschwung. Schausteller, Freizeitparks, Messebauer, Diskotheken und Clubs waren vor der Krise feste Bestandteile unseres Wirtschaftslebens und sollen es auch nach der Krise wieder sein.

Die Gastronomie hat durch die mehrwöchige Schließung sowie langfristigen Auflagen und die Zurückhaltung der Gäste besonders hohe Umsatzausfälle zu verkraften, die oftmals existenzbedrohend sind. Damit die Betriebe einen Teil dieser Ausfälle kompensieren können, hat der Gesetzgeber die Mehrwertsteuer auf Speisen vom 1. Juli 2020 bis zum 30. Juni 2021 auf den verminderten Steuersatz von 5 % abgesenkt. Da innerhalb dieses Zeitraums deutlich niedrigere Umsätze als in den Vorjahren zu

erwirtschaften sind, erzielt diese Maßnahme nicht ihre volle Wirkung. Sie sollte daher mindestens bis zum 31. Dezember 2023 verlängert werden.

Für Unternehmen, denen staatliche Kredite über Monate nicht helfen, weil die wirtschaftliche Perspektive fehlt, muss der Zugang zu Verfahren im Vor-Insolvenzbereich, wie z.B. das Schutzschirmverfahren erleichtert werden. Zudem sollten die Bedingungen dieser Verfahren an die Corona-Krise und die besonders betroffenen Branchen angepasst werden. Ziel ist es, die Gläubiger wie Vermieter und Banken an einen Tisch zu holen, um die Umsatzausfälle auf mehrere Schultern aufzuteilen.

Unternehmen brauchen eine Startchance aus der Corona-Krise. Die Programme zur Liquiditätshilfe werden gezielt erweitert auf Gründungskredite für Unternehmen, die aus Corona-bedingten Insolvenzen heraus neu gegründet werden. In der Planungsphase befindliche Gründungen sollten verbesserte Anreize zur Gründung erhalten. Bestehende Instrumente müssen aufgestockt und um weitere Finanzinstrumente ergänzt werden. Denkbar sind auch Sonderregelungen für diese Unternehmen in bestehenden Förderprogrammen. Um Start-ups und innovationsinteressierten Unternehmen in der Transformationsphase unter die Arme zu greifen, muss der Zugang zu Innovationen sowie eine finanzielle Förderung moderner Technik erleichtert werden. Hierzu zählt auch eine Ausweitung des Digitalbonus und die Ausweitung des Wagniskapitalfonds NSeed.

Um auch weiterhin das niedersächsische Handwerk zu stärken, soll die in der Corona-Krise geänderte Wertgrenzenverordnung für die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen durch den öffentlichen Auftraggeber beibehalten werden.

### **Mobilität der Zukunft aus Niedersachsen**

Die Automobilindustrie war und ist Beschäftigungsgarant und Innovationsmotor für unser Bundesland. Rund 250.000 Arbeitsplätze hängen in Niedersachsen direkt von der Kraftfahrzeugherstellung ab. Das sind 30% der Industriearbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze sichern unseren Wohlstand.

Die Automobilwirtschaft befand sich schon vor der Corona-Krise vor dem grundlegendsten Wandel ihrer Geschichte. Nach wie vor gilt: Wenn Deutschland auf dem internationalen Markt bestehen will, müssen wir den Wandel zu einer klimaschonenden Mobilität wirtschaftlich erfolgreich und auch sozial verträglich schaffen. Die Zukunftsfähigkeit der Automobilbranche bei gleichzeitiger Reduzierung der CO2 Emissionen ist Schlüsselfaktor dafür, dass wir unser Land verantwortungsvoll an die nächste Generation übergeben können. Eine ideologisierte Reduzierung auf die E-Mobilität lehnen wir ab. Wir stehen für die Ergänzung verschiedener Antriebstechnologien.

Wer den Automobilmarkt der Zukunft beherrschen will, muss wissen, dass das Geschäftsmodell „richtig gute Autos bauen und verkaufen“ massiv unter Druck steht. Die Digitalisierung erfordert auch im Mobilitätssektor ein Umdenken. Wir reden zukünftig eher über ein Smartphone auf Rädern beziehungsweise über ein Auto mit einem Hochleistungsrechner.

Die Wertschöpfung im Automobilsektor verschiebt sich von der Hardware auf die Software. Es wird zukünftig auch im Mobilitätsbereich um datengestützte Dienstleistungen gehen. Wenn in Niedersachsen die Automobilwirtschaft der Zukunft entstehen soll, dann müssen wir auch das Land sein, das die zukunftsweisendsten Apps entwickelt. Auch die Mobilitätsdienstleistungen der Zukunft müssen bei uns entstehen.

Daher wollen wir in Niedersachsen die besten Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und den Absatz von alternativen Antriebstechnologien sowie digitaler Anwendungen schaffen.

### **Digitale Chancen – Schule, Ausbildung und Studium**

Der digitale Wandel wird auch das digitale Lernen in unseren Schulen verändern. Schule und Bildung müssen angesichts der fundamentalen Veränderungsprozesse neu gedacht werden. Kinder und Jugendliche benötigen eine vertiefte digitale Bildung. Sie müssen befähigt werden, sich in der digitalen Welt zurecht zu finden, um verantwortungsbewusst mit den neuen Technologien umgehen zu können. Informatik und Medienkompetenz sind für die nächsten Generationen essenzielle Bausteine für ein erfolgreiches Bestehen in der Arbeitswelt. Dazu ist es allerdings unerlässlich, dass die notwendige

Infrastruktur an unseren Schulstandorten geschaffen wird und sich unsere Schulen in digitale Lernorte wandeln. Das Land Niedersachsen muss dafür die notwendigen Investitionen anschieben und gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass neben der Infrastruktur auch die Umsetzung und Implementierung von Software und Knowhow, in enger Abstimmung mit dem Lehrpersonal, funktioniert. Dafür braucht es neben einem erheblichen Fortbildungsangebot auch gegenseitiges Training innerhalb der Schulen und weitere Schul-IT-Systemadministratoren. Das digitale Sommersemester verdeutlicht die Chancen, aber auch die Herausforderungen, die in der niedersächsischen Hochschullandschaft zu adressieren sind.

Besonderes Augenmerk gilt in diesem Kontext der beruflichen Bildung, die junge Menschen einerseits zu einem Einstieg in das Berufsleben befähigen soll und andererseits sie darauf vorbereiten muss, dass das lebenslange Lernen ihren beruflichen Lebensweg begleiten wird. Gerade vor dem Hintergrund sich schnell wandelnder technischer Prozesse in der Arbeitswelt und der enormen Zunahme von Informationen und dem digitalen Wandel in allen Wirtschaftsbereichen kommt der beruflichen Bildung eine Schlüsselfunktion zu. An berufsbildenden Schulen sind digitale Medien nicht nur Lerninhalte, sondern digitale Prozesse werden auch zum Inhalt des Unterrichts. Daher müssen alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu digitalen Endgeräten erhalten. Die überbetrieblichen Bildungsstätten sind auf ihrem Weg zu digitalen Lehr- und Technologietransferzentren zu unterstützen. Ein weiterer Baustein ist die Weiterbildung in der modernen, in ständiger Veränderung begriffenen Arbeitswelt. Über den Digitalpakt hinaus müssen wir gewährleisten, dass dezentraler digitaler Unterricht für alle Schüler angeboten wird. Das gilt für Krisenzeiten, aber auch zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten.

Nach unserem Grundprinzip des Förderns und Forderns müssen wir neben den Angeboten für Bildungsbenachteiligte auch Konzepte für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler entwickeln, die verhindern sollen, dass durch Unterforderung die Lust am Lernen vergeht.

Wir wollen in die Köpfe unseres Landes investieren. Wer ordentlich lernen will, benötigt ein gutes Umfeld und vernünftige Rahmenbedingungen. Deshalb wollen wir ein umfangreiches Schul- und Hochschulsanierungsprogramm sowie ein entsprechendes Programm zur Weiterentwicklung der überbetrieblichen Bildungszentren auf den Weg bringen, welches nicht nur die bautechnischen und energetischen Erfordernisse im Blick hat. Es muss auch um die in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Standards wie Schultoiletten, Hygiene, Heizung und Klimaanlage gehen. Mit einer wissenschaftlichen Begleitung von Pilotprojekten des digitalen Planens und Bauens können langfristig erhebliche Effizienzgewinne erreicht werden. Angesichts zunehmend begrenzter finanzieller Spielräume müssen ÖPP-Projekte ernsthaft erwogen werden.

## II. Niedersachsen geht voran – Für ein starkes Deutschland

### Den Fuß weg vom Bremspedal – Bürokratie abbauen

Wir wollen Bürokratie abbauen! Bürokratische Strukturen und Prozesse verschlanken und digitalisieren, aber auch das Verständnis für notwendige Verwaltung entwickeln. Alles, was nicht existenziell ist und zusätzlich belastend wirkt, muss auf Eis gelegt werden.

Es gibt eine ganze Reihe von Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren, die in der Corona-Krise besser gelaufen sind als im Normalzustand und die es zu erhalten gilt. Das Vergaberecht für öffentliche Aufträge wurde vereinfacht. Auch Ladenöffnungszeiten am Sonntag wurden in der Krise flexibel gehandhabt und ausgeweitet, sogar an den Feiertagen. Ebenso sinnvoll waren die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Kurzarbeiter in allen Berufen. Die Ausweitung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit und die Verkürzung von Ruhezeiten haben sich als wirksam erwiesen. Sie sind vor dem Hintergrund einer weiter flexibler gewordenen Arbeitswelt dringend erforderlich.

Die Erleichterungen für die Wirtschaft, die sich als wirksam erwiesen haben, sollten wir jetzt auch in der Phase des Wiederaufbaus beibehalten und ggf. sogar ausweiten. Die Unternehmen brauchen wieder Luft, um ordentlich zu wirtschaften, wovon ihre Kunden, ihre Beschäftigten, die Sozialkassen und der Staat profitieren. Dazu gehört ein Abbau der Überregulierung in unserem Land.

Wir brauchen eine beschleunigte Gesetzgebung, um unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Deutschland zurückzugewinnen. Wir brauchen vor allem Gesetze, die Freiheit schaffen. Wir müssen

Verordnungen und Vorgaben aufheben, die durch den Versuch, möglichst alle und jeden einzubinden, zu Mehrfachbeteiligungen und überlangen Verfahrensdauern führen. Jahrzehntelange Genehmigungsverfahren helfen gerade bei wichtigen Infrastrukturprojekten niemandem. Ein wichtiger Schritt dabei ist die europarechtskonforme Wiedereinführung der materiellen Präklusion also dem Ausschluss nicht zeitgerecht vorgebrachter Einwendungen. Die Ausweitung der Klagerechte von nicht unmittelbar betroffenen Organisationen jeder Art muss zurückgeführt werden. Im Kern soll nur der klagen können, dessen Rechte unmittelbar betroffen sind.

Das Land und möglichst auch der Bund richten eine digitale Meldestelle für überflüssige Bürokratie ein. Alle Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, konkrete Angaben zu überflüssiger Bürokratie zu machen. Wichtig ist insbesondere, dass alle begründeten Eingaben geprüft und beantwortet werden. Dokumentationspflichten, etwa im Gesundheitswesen, der Pflege, aber auch bei nicht unmittelbar gesundheitsgefährdenden (Lebensmittel-)Produktionen werden so gestaltet, dass nur noch die Prozesse dokumentiert werden müssen, nicht aber jeder einzelne Handgriff. Ziel ist die Reduzierung des Zeitaufwands um mehr als 50 Prozent. Neue Technologien müssen vorrangig eingesetzt werden (digitale Protokollierung).

### **Ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht – Unternehmen und Erwerbstätige entlasten**

Deutschland braucht jetzt mehr denn je ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Im Vergleich zu anderen Industrieländern werden die Unternehmen in Deutschland steuerlich zu stark belastet. Unter Einbeziehung des Solidaritätszuschlages und der Gewerbesteuer ist die Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften auf bis zu 35 Prozent und die Steuerbelastung der Personengesellschaften auf 45 Prozent gestiegen. Zugleich hat die Progression des Einkommenssteuertarifs eine immer stärkere Belastung auch niedriger und durchschnittlicher Einkommen bewirkt. Daher lehnen wir Steuererhöhungen ab.

Für den Standort Deutschland ist diese hohe Steuerbelastung schädlich. In der aktuellen Wirtschaftskrise wird sie zu einer erheblichen Belastung und behindert die schnelle Bewältigung der Corona-Folgen. Daher ist eine Steuersenkung der Unternehmen notwendig, um die Attraktivität des Standorts Deutschland weiterhin zu sichern. Wir wollen die Belastung von in Unternehmen verbleibenden Gewinnen auf maximal 25% senken. Dies muss für Kapital- und Personengesellschaften gleichermaßen gelten. Erforderlich ist daher:

- Die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf 10%,
- die Verbesserung der bestehenden Thesaurierungsmöglichkeit nach § 34a EStG durch eine Absenkung des Thesaurierungssteuersatzes auf 20% und
- die Umsetzung eines Optionsmodells für Personengesellschaften.

Die Corona-Krise hat auch gezeigt, dass das Steuerrecht im Bereich der Verlustverrechnung deutlich zu restriktiv ist. Zudem waren die Vorgaben zur Verlustverrechnung immer wieder Bestandteil höchstrichterlicher Rechtsprechung. Daher gehört die gesamte Verlustverrechnung auf den Prüfstand. Wir wollen eine umfangreiche Neuregelung. Dazu fordern wir:

- eine umfassende Neuregelung der Verlustabzugsbeschränkungen bei der Übertragung von Anteilen an Kapitalgesellschaften,
- einen Abbau der Mindestbesteuerung nach §10d Abs. 2 EStG und
- eine Verbesserung des Verlustrücktrags bezogen auf den Zeitraum und dessen Höhe.

Wir wollen Verbesserungen bei der steuerlichen Behandlung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und bei den steuerlichen Zinssätzen. Die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter ist ein wichtiger Baustein zur Entlastung von kleineren und mittleren Unternehmen. Sie wirkt sich zugleich positiv auf die Liquidität der Unternehmen aus. Die steuerlichen Zinssätze liegen aktuell deutlich über dem marktüblichen Niveau und stellen daher eine besondere Belastung für Unternehmen dar. Daher fordern wir:

- 235 • die Betragsobergrenze bei geringwertigen Wirtschaftsgütern von derzeit 800 Euro auf 1.000 Euro  
236 zu erhöhen,
- 237 • die Grenze zur Verbuchung der Anschaffung als sofortigen Aufwand von 250 Euro auf 400 Euro  
238 weiter zu erhöhen,
- 239 • den sogenannten Sammelposten attraktiver zu machen und die Grenze auf 3.000 Euro anzuheben  
240 und
- 241 • die steuerlichen Zinssätze auf ein marktübliches Niveau zu reduzieren.

242 Wir müssen zusätzlich die Belastung von Erwerbstätigen, vor allem bei unteren und mittleren Einkommen  
243 verringern. Daher fordern wir:

- 244 • eine Reform des Einkommensteuertarifs durchzuführen, um die niedrigen und mittleren  
245 Einkommensgruppen deutlich zu entlasten und im Gegenzug – aber nur in Kombination mit der  
246 zeitgleichen vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags – die höchste Tarifzone stärker zu  
247 belasten,
- 248 • Investitionen durch die Verlängerung steuerlicher Investitionszeiträume zu sichern, eine Erhöhung  
249 der Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer.

### 250 **Innovationen aus Deutschland**

251 Deutschland ist zwar Innovationsweltmeister, nutzt aber die Erfindungen nicht hinreichend. Der Bund  
252 muss mehr Marketing für Innovationen „Made in Germany“ betreiben. Ziel muss es sein, die ganze  
253 Wertschöpfungskette einer Innovation in Deutschland zu sichern: Massenmarktreife, Vertrieb und  
254 Produktion in Deutschland. Ebenso notwendig ist es, die steuerliche Forschungsförderung zu verbessern.  
255 Wir brauchen zusätzliche Anreize für große Unternehmen, damit diese zukünftig mehr Forschungsprojekte  
256 in Deutschland ansiedeln. Für hohe Forschungs- und Entwicklungsausgaben käme ein degressiver  
257 Fördersatz in Betracht.

258 Wir brauchen eine höhere nationale Souveränität der Wertschöpfungsketten, damit die  
259 Versorgungssicherheit des Standorts Deutschland mit kritischen Gütern sichergestellt wird. Für  
260 bestimmte Güter wird eine inländische oder europäische Produktion unumgänglich sein, damit wir nicht  
261 von anderen Ländern abhängig sind. Hierzu soll eine stärkere Orientierung von Förderprogrammen auf  
262 (Sprung-) Innovationen, Transfer und Zukunftsfelder beitragen. Es ist wünschenswert, wenn  
263 Förderverfahren vereinfacht und beschleunigt werden und der Zugang von Unternehmen und  
264 Forschungsverbünden erleichtert werden könnte.

265 Es gilt, die Innovationsgeschwindigkeit, z.B. bei Arzneimitteln und Impfstoffen, deutlich zu beschleunigen.  
266 Wir brauchen eine Neudefinition der Aufgaben des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im  
267 Gesundheitswesen. Die gesetzliche Privilegierung von nicht patentgeschützten Medikamenten wird  
268 beseitigt. Gentechnologische Arzneimittelforschung wird Forschungsschwerpunkt der öffentlichen  
269 Förderung. Auf Landesebene sind begleitend, die Einrichtungen der Infektionsforschung, stärker zu  
270 vernetzen und Forschungsprojekte zu fördern.

271 Wasserstoff muss als Energieträger von der Produktion, über den Transport bis zum Verbraucher gefördert  
272 werden. Grüner Wasserstoff ist zugleich ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

273 Erste Schritte müssen vom Staat erfolgen:

- 274 • Umstellung des Fuhrparks des Bundes und der Länder auf Wasserstofffahrzeuge bis 2025.
- 275 • Bau von Wasserstofftankstellen auf öffentlichen Liegenschaften oder entsprechende  
276 Kooperationen für den Ausbau auf bereits vorhandenen Tankstellen.
- 277 • Unterstützung von innovativen Unternehmen und Projekten, die CO2-intensive Fertigungen  
278 klimafreundlich umstellen.

279 Wir fördern den Einsatz von Smart Farming-Technologien, um eine krisenfeste Versorgung der heimischen  
280 Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sichern und unsere Landwirtschaft nachhaltiger und tiergerechter zu

gestalten. Wir setzen uns für die Nutzung moderner Züchtungstechnologien mit Augenmaß ein, da sie die Grundlage für eine erfolgreiche Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel und die Reduktion des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel bilden. Die vielfältige und leistungsfähige Agrarforschung in Niedersachsen wollen wir stärken und weiter ausbauen.

Die kommunale Ebene muss mehr Gestaltungsspielraum im Hinblick auf die personelle Ausstattung, insbesondere für die Durchführung von Planungsverfahren und die Umsetzung der Digitalisierung, erhalten. Dazu müssen wir die Möglichkeiten im Tarifvertrag der Länder für bestimmte Mangelberufe verbessern.

### III. Niedersachsen geht voran – Für ein starkes Europa

Wir sind überzeugt, dass die aktuelle Corona-Krise nicht nur die Gesundheits- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union herausfordert, sondern auch eine Bewährungsprobe der Europäischen Union als Rechts- und Staatengemeinschaft darstellt. Dieser wollen wir uns entschlossen stellen und mit den 27 Mitgliedstaaten sowie den Europäischen Institutionen die Krise meistern und die Chancen ergreifen.

Die Corona-Krise stellt eine besondere Herausforderung für die Europäische Kohäsionspolitik dar. Die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen zeigen weiterhin enorme Unterschiede in Europa. Wir wollen einen neuen Impuls für Europa setzen, der im Rahmen der Kohäsionspolitik die Krisenstandhaftigkeit aller Mitgliedstaaten und somit der gesamten Union erhöht. Die CDU in Niedersachsen fordert daher, dass der nächste Mehrjährige Finanzrahmen der EU in der neuen Förderperiode ab 2021 diese neue Lage berücksichtigt.

Für kleine und mittlere Unternehmen, die häufig nicht über ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen verfügen, ist eine Unterstützung bei der Beantragung und Durchführung von anspruchsvolleren Innovationsprojekten erforderlich. Niedersachsen sollte es als eine strategische Investition in seinen Mittelstand ansehen, diese Unternehmen personell, qualifizierend und finanziell zu unterstützen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die erforderliche Transformation zügig herbeizuführen.

Gerade in den jetzt zu erwartenden Zeiten knapper Liquidität bei Unternehmen und öffentlichen Haushalten sollte es Ziel einer klugen Innovationspolitik für Niedersachsen sein, das gesamte Förderinstrumentarium der EU und des Bundes für unsere Unternehmen und Forschungseinrichtungen nutzbar zu machen und den jeweils besten Mix an Förder- und Finanzinstrumenten für innovative Unternehmen und Forschungseinrichtungen bereitzustellen. Landesmittel sollten nur komplementär eingesetzt werden, also nur dort, wo für den gleichen Förderzweck eine EU-Förderung nicht möglich ist.

Der Binnenmarkt muss geschützt und gestärkt werden. Sicherheit und Stabilität ist in unserem globalen Umfeld nur gemeinsam auf der europäischen Ebene erreichbar.

Das positive Umfeld für Unternehmensgründungen muss weiter ausgebaut werden, nicht nur mit finanziellen Förderungen, sondern auch durch unkomplizierte und transparente Rechtsvorschriften der EU, die stets am Prinzip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit orientiert bleiben. Hierzu ist der Zugang zu wissenschaftlichen Innovationen für kleine und mittlere Unternehmen in Mittelstand und Handwerk zu erleichtern und hochschulnahe Ausgründungen zu unterstützen.

Wir stehen hinter dem Plan der Europäischen Kommission, Mitgliedstaaten und Branchen zu unterstützen, die durch die Covid-19-Pandemie besonders hart getroffen wurden. Zuwendungen der EU müssen dabei immer als Hilfe zur Selbsthilfe konzipiert sein und die Wirtschaft der Mitgliedstaaten bzw. Branchen nachhaltig stärken. Die hierfür erstmals in der Geschichte der EU beabsichtigte Kreditaufnahme muss eine Ausnahme bleiben und ist ausschließlich vor dem Hintergrund der akuten Bedrohung der gesamteuropäischen Volkswirtschaft und somit der grundlegenden Freiheiten der Europäischen Union durch die Pandemie zu rechtfertigen. Einen Einstieg in die Finanzierung von EU-Haushalten durch Kreditermächtigungen lehnen wir ab.

Die Covid-19-Pandemie hat uns aufgezeigt, wie abhängig wir in Deutschland und Europa von der globalisierten Welt sind. Wichtige medizinische und pharmazeutische Güter wurden zur Mangelware. Wir

- 330   fordern daher die Europäische Kommission auf, eine gesamteuropäische Pharma- und Medizinstrategie zu  
331   entwickeln, die darauf hinwirkt, Schlüsselbereiche der Produktion und Forschung in Europa anzusiedeln.  
332   Medikamente und Medizinprodukte müssen auch wieder vor Ort produziert werden.





# **D. Antrags- beratung**

**Änderungsanträge zum Leitantrag  
Sachanträge  
Satzungsändernde Anträge**





# Änderungsanträge zum Leitantrag

## Nr. 0 - KV Wesermarsch

Zeilen: 203 - 249

### Antrag:

Anregung an Antragskommission: „Bitte überlegen, ob dieser sehr spezielle Bereich zu den Steuern nicht besser in einem eigenen Steuerpapier aufgehoben ist.“

### Begründung:

Ohne Begründung

### Votum der Antragskommission:

Ablehnung/Nichtbefassung

## Nr. 1 - CDA LV Niedersachsen

Zeilen: 27 - 27

### Antrag:

ergänze hinter „...und der Wirtschafts- und Währungsunion“ ein: „durch eine intensive Industriepolitik und eine soziale Flankierung der Veränderungen in den Unternehmen und Betrieben aller Wirtschaftssektoren,

### Begründung:

Auf manchen Weltmärkten sind europäische Unternehmen nach wie vor zu klein, um diese entscheidend beeinflussen zu können. Hier muss durch eine europäische Industriepolitik für bessere Wettbewerbsvoraussetzungen gesorgt werden. Durch den in den kommenden Jahren absehbaren Veränderungsprozess dürfen die Beschäftigten nicht ins Hintertreffen kommen. Deshalb sind soziale Flankierungen dieses Prozesses notwendig (z.B. Verbesserungen für Europäische Betriebsräte, eine Intensivierung des europaweiten Arbeitsmarktpolitischen Dialogs der dafür national zuständigen Institutionen. Der Einschub in Abschnitt 1. ist notwendig, da es hier um die europäische Ebene geht und in Abschnitt 2. die nationale Industrie- und Innovationspolitik gemeint ist.

### Votum der Antragskommission:

Annahme mit Änderung:

Füge in Zeile 33 hinter „versorgt.“ ein: „Diese muss sozial flankiert sein.“

## Nr. 2 - KV Stade

Zeilen: 36 - 36

### Antrag:

ergänze: „Technologische Lösungen zur Erreichung der Klimaziele sind hier den Forderungen nach Beschränkungen und Verzicht immer vorzuziehen.“

### Begründung:

Ohne Begründung

### Votum der Antragskommission:

Annahme mit Änderung:

ergänze: „Technologische Lösungen zur Erreichung der Klimaziele sind hier den Forderungen nach Beschränkungen und Verzicht vorzuziehen.“

## Nr. 3 - CDA LV Niedersachsen

Zeilen: 47 - 47

### Antrag:

füge hinter „...stärker fördert.“ Folgenden Satz ein: „Hierfür werden wir auch das betriebliche Vorschlagswesen fördern und seine Wirkung für die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung der niedersächsischen Unternehmen und Betriebe in den Blick nehmen.“

### Begründung:

Studien zeigen, dass das betriebliche Vorschlagswesen ein wichtiger Eckfeiler für die Innovation betrieblicher Prozesse ist. Aber eine kontinuierliche Auswertung der Entwicklung gibt es bisher nicht. Auch die öffentlichkeitswirksame Unterstützung dieses wichtigen Instruments der Veränderung gibt es noch zu selten. Für eine weiter voranschreitende Transformation der Arbeitswelt dürften aber die Ideen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch eine Akzeptanz fördernde Wirkung haben.

### Votum der Antragskommission:

Annahme mit Änderung:

füge hinter „...stärker fördert.“: „Hierfür betonen wir die Bedeutung des betrieblichen Vorschlagswesens und seine Wirkung für die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung der niedersächsischen Unternehmen und Betriebe.“

## Nr. 4 - KV Wesermarsch

Zeilen: 57 - 57

### Antrag:

Füge ein hinter gewinnen.: „Gleiches gilt für Quasi-Monopole mit deutlich niedrigeren Datenschutzstandards.“

### Begründung:

Ohne Begründung

### Votum der Antragskommission:

Annahme

## Nr. 5 - JU LV Niedersachsen

Zeilen: 120 - 120

### Antrag:

Ergänze:

„Deshalb setzen wir uns weiterhin dafür ein, auch CO<sub>2</sub>-neutrale E-Fuels auf die Flottenemissionen eines Herstellers im Rahmen der CO<sub>2</sub>-Flottenregulierung der Europäischen Union anzurechnen.“

**Begründung:**

Momentan werden batterieelektrische Fahrzeuge und Wasserstofffahrzeuge in den Berechnungen zum CO<sub>2</sub>-Flottenverbrauch der Europäischen Union als emissionsfrei betrachtet, ungeachtet der möglichen Emissionen während der Stromerzeugung. E-Fuels werden aber, selbst wenn der für die Elektrolyse notwendige Strom komplett erneuerbar erzeugt wird, wie normale Kraftstoffe aus Mineralöl behandelt. Durch diese Ungleichbehandlung wird die Forschung an E-Fuels für Unternehmen wirtschaftlich uninteressant, großes Potenzial geht verloren. Um eine ideologische Reduzierung auf die Elektromobilität zu verhindern, müssen alternative Antriebskonzepte von der Politik auch fair behandelt werden.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

Grundsätzlich müssen die Anrechnungsregelungen realitätsnah und technologieoffen sein.

**Nr. 6 - KV Wesermarsch**

**Zeilen: 177 - 177**

**Antrag:**

Streiche: „am Sonntag wurden in der Krise flexibel gehandhabt und ausgeweitet, sogar an den Feiertagen.“

Setze: „an Sonn- und Feiertagen müssen jedoch wieder zur Ausnahme werden.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

Füge in Zeile 178 nach „Feiertagen.“ ein: „Dies muss eine Ausnahme bleiben.“

**Nr. 7 - CDA LV Niedersachsen**

**Zeilen: 180 - 181**

**Antrag:**

streiche „Sie sind vor dem Hintergrund einer weiter flexibler gewordenen Arbeitswelt dringend erforderlich.“

Setze stattdessen „Die Sozialpartner haben nun gemeinsam zu prüfen und festzulegen, ob und gegebenenfalls wie mit den Erfahrungen in der Krise danach umgegangen werden soll.“

**Begründung:**

In der Not gelten andere Maßstäbe als im „Normalzustand“. Was für die finanzielle Unterstützung der Unternehmen gilt, die nicht auf Dauer angelegt ist, hat auch für die sozialen Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gelten. Es darf nicht sein, dass die abhängig Beschäftigten durch eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen letztlich die Zeche der Pandemie zahlen, in dem schon seit Jahren von den

Arbeitgebern geforderte Verschlechterungen des Arbeitszeitrechts nun quasi durch die Hintertür der Corona-Pandemie durchgesetzt und einseitig festgelegt werden. Wie eng Gesundheit und Arbeitszeitbelastungen zusammenhängen haben schon viele Studien dargestellt. Auch das „Homeoffice“ hat nicht nur Chancen, sondern birgt auch Gefahren für die soziale und gesundheitliche Befindlichkeit von Beschäftigten. Diesen zwei Seiten der Medaillen „Arbeitszeit“ und „Homeoffice“ hat Politik gerecht zu werden.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

Füge ein nach „erforderlich.“: „Hier sind die Sozialpartner gefordert.“

**Nr. 8 - JU LV Niedersachsen**

**Zeilen: 204 - 205**

**Antrag:**

Streiche:

„Im Vergleich zu anderen Industrieländern werden die Unternehmen in Deutschland steuerlich zu stark belastet.“

Setze:

„Im Vergleich zu anderen Industrieländern, die in den vergangenen Jahren bereits im Rahmen von Steuerreformen die Steuerbelastung für Unternehmen gesenkt haben, werden die Unternehmen in Deutschland steuerlich besonders stark belastet.“

**Begründung:**

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Höchststeuerland entwickelt. Dies führt im internationalen Vergleich zu einem Standort- und Wettbewerbsnachteil.

Durch die Ergänzung soll deutlich gemacht werden, dass uns andere Länder bereits voraus sind und Deutschland hinsichtlich einer Unternehmenssteuerreform nachziehen muss.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 9 - KV Meppen**

**Zeilen: 220 - 220**

**Antrag:**

Ergänze: „ · Vollständige Anrechnung gezahlter Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer“

**Begründung:**

Bisher ist die Anrechenbarkeit auf das 3,8fach begrenzt, was im Ergebnis dazu führt, dass in Gemeinden mit einem Hebesatz von über 380% eine höhere Steuerbelastung herrscht.

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 10 - JU LV Niedersachsen**

**Zeilen: 243 - 247**

**Antrag:**

Streiche:

„Daher fordern wir

eine Reform des Einkommensteuertarifs durchzuführen, um die niedrigen und mittleren Einkommensgruppen deutlich zu entlasten und im Gegenzug – aber nur in Kombination mit der zeitgleichen vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags – die höchste Tarifzone stärker zu belasten“

Setze:

„Daher fordern wir eine Reform des Einkommensteuertarifs durchzuführen, um die niedrigen und mittleren Einkommensgruppen deutlich zu entlasten die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags“

**Begründung:**

In Zeile 209 und 210 werden Steuererhöhungen kategorisch abgelehnt. Eine Erhöhung des Einkommensteuertarifs stellt aber formell eine Steuererhöhung dar. Diese Art von Steuererhöhung sollte nicht mit der dringend notwendigen vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags aufgerechnet werden.

Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle Einkommensgruppen sollte als Ziel deutlich hervorgehoben werden.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 11 - JU LV Niedersachsen**

**Zeilen: 248 - 248**

**Antrag:**

Streiche ersatzlos:

„Investitionen durch die Verlängerung steuerlicher Investitionszeiträume zu sichern“

**Begründung:**

Die Verlängerung steuerlicher Investitionszeiträume ist systematisch keine Forderung zur Entlastung von Erwerbstätigen. Daneben ist eine allgemeine Verlängerung der steuerlichen Investitionszeiträume zu unpräzise um Investitionen tatsächlich langfristig zu sichern. Mittelfristig wird hierdurch sogar das Gegenteil erreicht, da Investitionen hinausgezögert werden können. Die punktuellen Verlängerungen von Investitionszeiträumen aufgrund der Corona-Pandemie sind zielführender.

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 12 - KV Meppen**

**Zeilen: 249 - 249**

**Antrag:**

Ergänze: „Um die zu befürchtende massenhafte Notwendigkeit von kommunalen Haushaltssicherungsverfahren zu vermeiden, sollte den Kommunen die bilanzielle Möglichkeit eröffnet werden, ein einmalig negatives Ergebnis 2020 gegen die Nettosition verrechnen zu dürfen.“

**Begründung:**

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die kommunalen Haushalte sind noch nicht absehbar; der Automatismus bei einer erheblichen Neuverschuldung jedoch bereits durchaus. In dieser besonderen Situation muss den Kommunen mindestens bilanziell die Möglichkeit gegeben werden, ein Haushaltssicherungsverfahren vermeiden zu können. Dies wäre zudem mit einem erheblichen politischen und verwaltungsinternen Aufwand verbunden, ohne dass damit eine unverschuldete Haushaltsnotlage ausgeglichen werden könnte.

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 13 - JU LV Niedersachsen**

**Zeilen: 274 - 274**

**Antrag:**

Streiche ersatzlos:

„Umstellung des Fuhrparkes des Bundes und der Länder auf Wasserstofffahrzeuge bis 2025.“

**Begründung:**

Eine einseitige Festlegung auf ein bestimmtes Antriebskonzept ist doch gerade nicht gewollt, wie auch in den Zeilen 119 und 120 ausgeführt wird. Zudem ist infrage zu stellen, ob eine Umstellung des Fuhrparks bis 2025 überhaupt möglich und zielführend ist.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 14 - KV Wesermarsch****Zeilen: 274 - 274****Antrag:**

Neu: „Öffnung der Norddeutschen Wasserstoffstrategie für den Mobilitätssektor.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 15 - JU LV Niedersachsen****Zeilen: 278 - 278****Antrag:**

Ergänze:

Die Erzeugung von „grünem Wasserstoff“ und insbesondere auch „blauem und türkischem Wasserstoff“ von der EEG-Umlage zu befreien, damit Anreize zur Wasserstoffproduktion geschaffen werden. Durch eine Befreiung von der EEG-Umlage wird die Wasserstoffproduktion in Deutschland gerade zu Beginn des Aufbaus enormen Schub erfahren, da günstige Rahmenbedingungen vorherrschen.

**Begründung:**

Die CDU in Niedersachsen begrüßt die beschlossene Wasserstoffstrategie der Bundesregierung, in der eine Befreiung der Produktion von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage angestrebt wird. Dies ist ein wichtiger Schritt, um am Anfang einen wichtigen Impuls für die Etablierung von Produktionsketten zu geben. Es muss aber nach Auffassung der Jungen Union Niedersachsen noch ein Schritt weiter gedacht werden. Die Privilegierung von „blauen und türkischen Wasserstoff“ sollte ebenfalls in der Besonderen Ausgleichsregelung von der Bundesregierung angestrebt und verfolgt werden.

Bei der Produktion von „blauen Wasserstoff“ wird das CO<sub>2</sub> bei der Entstehung abgeschieden und gespeichert (eng. Carbon Capture and Storage, CCS). Das bei der Wasserstoffproduktion erzeugte CO<sub>2</sub> gelangt so nicht in die Atmosphäre und die Wasserstoffproduktion kann bilanziell als CO<sub>2</sub>-neutral betrachtet werden. „Türkischer Wasserstoff“ ist Wasserstoff, der über die thermische Spaltung von Methan (Methanpyrolyse) hergestellt wurde. Anstelle von CO<sub>2</sub> entsteht dabei fester Kohlenstoff. Voraussetzungen für die CO<sub>2</sub>-Neutralität des Verfahrens sind die Wärmeversorgung des Hochtemperaturreaktors aus erneuerbaren Energiequellen, sowie die dauerhafte Bindung des Kohlenstoffs.

„Blauer und türkischer Wasserstoff“ haben nach Ansicht der Jungen Union Niedersachsen gerade zu Beginn eine wichtige Übergangsfunktion, um Märkte zu entwickeln und die Kosten bei der Wasserstoffproduktion zu senken. Wenn man eine relevante Größe an Wasserstoff nutzen will, etwa um Prozesse in der Stahl- oder der

Chemieindustrie klimaneutral zu stellen, dann kommt man an „blauen und türkischen Wasserstoff“ nicht vorbei. Ohne diese Wasserstoffproduktionsarten ist ein Einsatz im industriellen Maßstab in absehbarer Zeit nicht denkbar.

Die Junge Union Niedersachsen ist der Auffassung, dass eine technologieneutrale Wasserstoffproduktion in verschiedenen Varianten erfolgen sollte, damit der An Schub für die Wirtschaft den größten Effekt hat. Damit dies stärker erfolgen könne, sollte neben der Produktion von „grünen Wasserstoff“ auch der „blaue und türkise Wasserstoff“ von der EEG-Umlage befreit und in der „Besonderen Ausgleichsregelung“ festgehalten werden. Damit schafft man Anreize für die heimischen Unternehmen, sich dem Thema Wasserstoff anzunähern und erste Testversuche zu unternehmen. Deutschland sollte damit seinen Anspruch auf die Technologieführerschaft stärken.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

Ergänze: „Die Erzeugung von „grünem Wasserstoff“ und insbesondere auch „blauem und türkischem Wasserstoff“ befristet von der EEG-Umlage zu befreien, damit Anreize zur Wasserstoffproduktion geschaffen werden. Durch eine Befreiung von der EEG-Umlage wird die Wasserstoffproduktion in Deutschland gerade zu Beginn des Aufbaus enormen Schub erfahren, da günstige Rahmenbedingungen vorherrschen.“

**Nr. 16 - JU LV Niedersachsen****Zeilen: 278 - 278****Antrag:**

Ergänze:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, die Umsetzung der Erneuerbaren Energien Richtlinie (Renewable Energy Directive, RED II) in nationales Recht zeitnah, noch vor der Bundestagswahl 2021, umzusetzen, damit die Rahmenbedingungen für den Aufbau einer nationalen Wasserstoffwirtschaft vorhanden ist. Hierbei geht es um energie- und industriepolitische Weichenstellungen für ganz Deutschland, um eine Technologieführerschaft für die Wasserstoffproduktion zu erhalten.

**Begründung:**

Deutschland sollte sowohl aus klima- als auch aus industriepolitischen Gründen zügig mit einer nationalen Gesetzgebung für den effizienten Einsatz von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien endlich nachziehen, damit die heimischen Unternehmen nicht den Anschluss an die Weltindustrie verliert.

Die Junge Union Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) für eine Anpassung des regulatorischen Rahmens entschlossen zu nutzen, um den benötigten klimapoli-

## Landesparteitag 2021

tisch und wirtschaftlich effizienten Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft in Deutschland zu beschleunigen.

Aktuell besteht eine solche Gelegenheit in der gerade anstehenden Umsetzung der Erneuerbaren Energien-Richtlinie (RED II) in nationales Recht. Gerade die Umsetzung der RED II muss gezielt mit dem Blick auf den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft vorgenommen werden und eine Nutzung von Netzstrom zur Produktion von PtG- (Power to Gas) /PtL (Power to Liquid)-Produkten zur Anrechnung im Verkehrsziel der REDII.

Dabei gilt es, die Vorgaben für erneuerbare Energien für das Jahr 2030 für alle Bereiche und für die Minderung der THG-Emissionen umzusetzen. Die in Artikel 25 der RED II beschlossenen Regelungen müssen mit ambitionierten nationalen Zielen und die Produktion von nachhaltigen Kraftstoffen zum Beispiel von erneuerbarem Wasserstoff anreizenden Regelungen umgesetzt werden.

Während der Coronavirus-Pandemie hat die Bundesregierung die im Juni 2020 beschlossene Nationale Wasserstoffstrategie vorgelegt, die von den Energieunternehmen lang ersehnt wurde. Deutschland solle zum weltweit führenden Technologielieferant für grüne Wasserstofferzeugung werden. Um dieses Ziel auch zu erreichen, muss nun zügig die weitere Umsetzung der RED II erfolgen, da nur dann der Rahmen für die Unternehmen für die Wasserstoffproduktion vorliegt. Hier darf nach Ansicht der Jungen Union Niedersachsen nicht weiter Zeit verloren gehen, damit Deutschland den Anschluss an andere Länder nicht verliert. Ein weiterer zeitlicher Verzug durch eine Einbringung und Beschlussfassung in den Bundestag nach der Bundestagswahl 2021 wäre für den Energiewirtschaftsstandort Deutschland ein deutlicher Rückschlag.

Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag haben mit der Gesetzgebung rund um die „Corona-Hilfen“ für die Deutsche Wirtschaft ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Die Junge Union Niedersachsen fordert für dieses industriepolitische Zukunftsthema ebenfalls entschlossenes Handeln ein.

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

## **Nr. 17 - CDA LV Niedersachsen**

**Zeilen: 287 - 288**

### **Antrag:**

streiche „Dazu müssen wir die Möglichkeiten im Tarifvertrag der Länder für bestimmte Mangelberufe verbessern.“

### **Begründung:**

In den Zeilen davor geht es um den Spielraum der kommunalen Ebene. Wieso für deren Möglichkeiten der TVL in den Blick genommen werden soll erschließt sich

D.8

nicht, denn wenn es um die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Kommunen geht, haben der KAV Niedersachsen oder der VKA zusammen mit dem Bund durch ihre eigenen Tarifverträge es selbst in der Hand Veränderungen anzustoßen.

### **Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

## **Nr. 18 - KV Stade**

**Zeilen: 311 - 312**

### **Antrag:**

streiche: „Landesmittel sollten nur komplementär eingesetzt werden, also nur dort, wo für den gleichen Förderzweck eine EU-Förderung nicht möglich ist.“

### **Begründung:**

Ohne Begründung

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

## **Nr. 19 - JU LV Niedersachsen**

**Zeilen: 311 - 312**

### **Antrag:**

Streiche:

„Landesmittel sollten nur komplementär eingesetzt werden, also nur dort, wo für den gleichen Förderzweck eine EU-Förderung nicht möglich ist“

Setze:

„Landesmittel sollten hauptsächlich komplementär eingesetzt werden, also im Wesentlichen dort, wo für den gleichen Förderzweck eine EU-Förderung nicht möglich ist“

### **Begründung:**

Ein starres Ausschlussinstrument ist nicht zielführend. Das Land würde sich damit die Möglichkeit verbauen, eigene Akzente zu setzen, wenn in einem Bereich bereits eine EU-Förderung möglich ist. Auch die Aufstockung einer, möglicherweise nicht ausreichenden, EU-Förderung durch das Land würde mit der bisherigen Formulierung unmöglich gemacht.

### **Votum der Antragskommission:**

Erledigt (durch Antrag 18)



**Nr. 20 - KV Vechta****Zeilen: 311 - 312****Antrag:**

Streiche: Landesmittel sollten nur komplementär eingesetzt werden, also nur dort, wo für den gleichen Förderzweck eine EU-Förderung nicht möglich ist.

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Erledigt (durch Antrag 18)

**Nr. 21 - JU LV Niedersachsen****Zeilen: 313 - 313****Antrag:**

Ergänze:

„Um den gemeinsamen Binnenmarkt weiterhin stark und geschlossen zusammenzuhalten, müssen daher alle mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte und Pflichten, insbesondere die Anwendung der vier Grundfreiheiten, für alle Mitgliedsstaaten uneingeschränkt gelten.“

**Begründung:**

Der europäische Binnenmarkt ist nur deshalb so stark und wird auch auf Dauer nur stark und geschlossen bleiben, wenn weiterhin alle Staaten voneinander und von den gegenseitig beschlossenen und verbindlichen Rechten und Pflichten profitieren und sich darauf verlassen können. Einer Zerfaserung des Binnenmarktes und seines Regelwerks, bei der jeder Staat die für sich als vorteilhaft empfundenen Regelungen anwendet und sich darauf beruft, aber als nachteilig empfundene Regelungen, deren Bestand möglicherweise für andere Mitgliedsstaaten entscheidend ist, nicht anwendet bzw. nicht anwenden muss, ist unbedingt vorzubeugen.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 22 - KV Friesland****Zeilen: 332 - 332****Antrag:**

Ergänze (neuer Abschnitt):

4. Stärkung des ländlichen Raums

Niedersachsen ist in seiner Gesamtheit stark vom ländlichen Raum geprägt. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig die Schaffung bzw. Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Stärkung der Resilienz, der Widerstandskraft in schwierigen Situationen für die ländlichen Regionen in ihrer Gesamtheit sind.

Die Versorgung der Menschen mit schnellem und stabilen Internetanbindungen muss bis zur letzten „Milchkanne“ gewährleistet werden. Dabei geht es ebenso um Bildungsteilhabe wie um die Unterstützung der zahlreichen kleinen und mittelständischen Betriebe, die den ländlichen Raum prägen und nicht nur in Niedersachsen, sondern überall in Deutschland das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden.

Die Arbeitswelt hat sich durch die Corona-Krise nachhaltig verändert. Neben dem Homeoffice werden auch kleinteilige Arbeitsstrukturen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dezentrale Modelle wie Coworking Spaces bieten eine Chance, den ländlichen Raum als Lebensmittelpunkt für junge Familien attraktiver auszurichten und der zunehmenden Abwanderung in die Ballungsräume entgegenzuwirken.

Durch Förderprogramme, Beratungs- und Schulungsangebote muss der digitale Strukturwandel im ländlichen Raum in allen Bereichen weiter vorangetrieben werden.

Der Erhalt und Ausbau der Strukturen der gesundheitlichen Versorgung mit regionalen Krankenhäusern, fachärztlicher Versorgung, Pflege und Apotheken muss ebenso gewährleistet werden. Diese dezentrale Struktur hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Deutschland die Corona-Krise bisher so gut bewältigen konnte.

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 23 - KV Meppen****Zeilen: 6 - 6****Antrag:**

Streiche: „unseren Unternehmen“, setze: „unserer Gesellschaft“

**Begründung:**

Zumindest in der Einleitung sollte deutlich werden, dass alle gesellschaftlichen Bereiche von Corona betroffen sind.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 24 - KV Wesermarsch**

**Zeilen: 8 - 8**

**Antrag:**

Ergänze hinter Unternehmen: „Freiberuflern und Arbeitnehmern“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

Ergänze hinter Unternehmen: „Freiberufler“

**Nr. 25 - KV Wesermarsch**

**Zeilen: 9 - 9**

**Antrag:**

Streiche: „in kürzester Zeit“ Setze: „ohne große Vorwarnung“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 26 - MIT LV Niedersachsen**

**Zeilen: 10 - 10**

**Antrag:**

Im Leitantrag des Parteitages auf Seite C 1, Zeile 10, statt Arbeitnehmer und Arbeitgeber abzuändern in „... Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen...“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 27 - KV Wesermarsch**

**Zeilen: 14 - 14**

**Antrag:**

Füge ein hinter schaffen: „und sichern“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 28 - KV Wesermarsch**

**Zeilen: 16 - 16**

**Antrag:**

Streiche: „gesichert“ Setze: „bewahrt“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 29 - KV Wesermarsch**

**Zeilen: 16 - 16**

**Antrag:**

Ergänze: „Angesichts der Schwere der Krise geraten ordnungspolitische Grundsätze ins Wanken. Sie müssen jedoch weiterhin unsere Leitschnur sein und zügig wieder zum Kompass des wirtschaftspolitischen Handelns werden.“

**Begründung:**

Begründung der Änderung: Angesichts des demografischen und digitalen Wandels steht Deutschland vor einem erheblichen Strukturwandel. Die erhöhte internationale Konkurrenz sowie verkürzte Innovationszyklen sorgen dafür, dass neue Erkenntnisse ohne unnötigen Zeitverlust in die Praxis umzusetzen sind. Dies sollte bereits in der Auftragsbeschreibung deutlich werden.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

Ergänze vor „Angesichts“: „Hierzu müssen die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft verbessert, der Wissens- und Technologietransfer intensiviert und die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte ausgebaut werden.“

**Nr. 30 - JU LV Niedersachsen**

**Zeilen: 21 - 21**

**Antrag:**

Streiche:

„auf sich allein gestellt“

Setze:

„gefordert“

**Begründung:**

Deutschland und Europa sind durch die internationalen Spannungen in jedem Falle mehr gefordert, eine souveräne Antwort bereitzuhalten. Auf sich allein gestellt sind beide Akteure in vielen Bereichen aber noch lange nicht, da insbesondere die Partnerschaft zu den USA stärker ist als eine vierjährige schwierige Phase in sonst jahrzehntelangen stabilen Beziehungen.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 31 - KV Wesermarsch****Zeilen: 30 - 30****Antrag:**

Ergänze hinter Forschungsverbünde: „und Transferinvestitionen in den zentralen Zukunftsbranchen. Hierauf und bei der konkreten Ausgestaltung der neuen EU-Förderperiode zu achten.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 32 - JU LV Niedersachsen****Zeilen: 41 - 41****Antrag:**

Streiche:

„eine gesunde Ernährung“

Setze:

„moderne Lebensmittelerzeugung“

**Begründung:**

Die bisherige Formulierung passt überhaupt nicht in den Text.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 33 - KV Stade****Zeilen: 83 - 83****Antrag:**

ergänze: „Tourismusbetriebe“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 34 - KV Stade****Zeilen: 85 - 85****Antrag:**

ergänze: „Die Tourismuswirtschaft trägt mit direkter und indirekter Bruttowertschöpfungseffekten insgesamt 5,2 % an der niedersächsischen Wirtschaftsleistung bei.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 35 - KV Stade****Zeilen: 118 - 118****Antrag:**

streiche: „Die Zukunftsfähigkeit der Automobilbranche bei gleichzeitiger Reduzierung der CO2 Emissionen ist Schlüsselfaktor dafür, dass wir unser Land verantwortungsvoll an die nächste Generation übergeben können.“

ersetze: „Die Zukunftsfähigkeit der Automobilbranche bei gleichzeitiger Reduzierung der CO2 Emissionen aus der Verbrennung fossiler Kohlenwasserstoffe ist Schlüsselfaktor dafür, dass wir unser Land verantwortungsvoll an die nächste Generation übergeben können.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 36 - KV Stade****Zeilen: 130 - 131****Antrag:**

streiche: „Daher wollen wir in Niedersachsen die besten Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und den Absatz von alternativen Antriebstechnologien sowie digitaler Anwendungen schaffen.“

ersetze: „Daher wollen wir in Niedersachsen die besten Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und den Absatz von alternativen Antriebstechnologien für alle angetriebenen Einheiten, also auch für Schiffe und Flugzeuge, sowie digitaler Anwendungen schaffen.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 37 - KV Wesermarsch****Zeilen: 131 - 131****Antrag:**

Ergänze hinter „Anwendungen“: „Der stärkere Fokus auf Elektromobilität und Wasserstoffantriebe stellt das grundsätzliche Bekenntnis zur Technologieoffenheit nicht in Frage.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

Ergänze hinter „Anwendungen“: „Die Entwicklung und der Einsatz von Elektro- und Wasserstoffantrieben stellt das grundsätzliche Bekenntnis zur Technologieoffenheit nicht in Frage.“

**Nr. 38 - KV Wesermarsch**

**Zeilen: 144 - 144**

**Antrag:**

Füge ein hinter Systemadministratoren.: „Es ist daher zu begrüßen, dass die Erweiterung des Digitalpakts Schule eine Finanzierung zusätzlicher IT-Admins ermöglicht.“

**Begründung:**

Begründung zur Ergänzung: Medienethik und Digitalkompetenz gilt es spielerisch bereits im Primarbereich zu etablieren. Beides gehört - neben den Grundkompetenzen Schreiben, Lesen, Rechnen - zum Bildungsauftrag des Schulwesens. Dafür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen und das Schulsystem grundlegend modernisiert werden.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 39 - MIT LV Niedersachsen**

**Zeilen: 146 - 151**

**Antrag:**

Streiche: „Besonderes Augenmerk gilt in diesem Kontext der beruflichen Bildung, die junge Menschen einerseits zu einem Einstieg in das Berufsleben befähigen soll und andererseits sie darauf vorbereiten muss, dass das lebenslange Lernen ihren beruflichen Lebensweg begleiten wird.“

Setze:

„Besonderes Augenmerk gilt in diesem Kontext der beruflichen Bildung, die jungen Menschen aller Schulformen durch motivierende, zeitgemäße Verfahren auch in digitaler Form nahegebracht werden muss. Dabei sollen die Jugendlichen einerseits zu einem Einstieg in das Berufsleben motiviert und befähigt und andererseits darauf vorbereitet werden, dass das lebenslange Lernen ihren beruflichen Lebensweg begleiten wird.“

**Begründung:**

Nicht zuletzt während der Corona-Krise trat zutage, dass die fraglos zahlreichen Maßnahmen zur Berufsorientierung (z.B. Zukunftstage, Berufsvorbereitung/-beratung, Praktika) zum einen die Schülerinnen und Schüler nicht in erforderlicher Weise erreichten und zudem die Erfolgsquote von Schulform zu Schulform und ebenso von Schule zu Schule erheblich variiert. Ein landesweites Konzept der modernen Berufsorientierung muss die vorhandenen Maßnahmen bündeln, sie in den Dienst einer individuellen Entscheidung des einzelnen Jugendlichen stellen und diesen schlussendlich durch Nutzung digitaler Medien auch unter (Corona-) Krisenbedingungen erreichen können.

Insofern sollte an dieser Stelle die Berufsorientierung im Leitantrag nicht fehlen und muss auch bzgl. Ihrer zentralen Aufgaben angesprochen werden.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 40 - MIT LV Niedersachsen**

**Zeilen: 157 - 157**

**Antrag:**

Im Leitantrag des Parteitages auf Seite C 4, wird nach der Zeile 157 eingefügt:

„Klassische Ausbildungsgänge, insbesondere im Handwerk, finden gleichwertig Beachtung. Das Ausbildungsengagement von Handwerksbetrieben wird bestmöglich gefördert, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.“

**Begründung:**

Die Attraktivität der dualen Ausbildung im Handwerk darf nicht weiter sinken. Neben der verstärkten Förderung des digitalen Wandels, muss die klassische Ausbildung im Handwerk gleichwertig gefördert werden.

Wir haben Ausbildungsbetriebe, die keine Auszubildende finden, weil die duale Ausbildung bspw. in Bauberufen nicht mehr attraktiv erscheint, weil sich alles nur noch um Digitalisierung dreht.

Ausbildungsbetriebe klagen über Auszubildende, die in der Praxis gut sind, denen aber grundlegende Kenntnisse fehlen, um dem Fachtheoretischen Unterricht zu folgen.

Digitalisierung und klassische Ausbildung müssen gleichwertig nebeneinander gesehen werden.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

„Klassische Ausbildungsgänge, insbesondere im Handwerk, finden gleichwertig Beachtung. Die duale Ausbildung soll weiter gestärkt werden. Ausbildungsengagement von Handwerksbetrieben wird bestmöglich gefördert, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.“

**Nr. 41 - KV Meppen**

**Zeilen: 165 - 165**

**Antrag:**

Ergänze nach Jahrzehnten: „vielerorts“

**Begründung:**

Ohne Relativierung würden wir den Kommunen als Schulträger grob fahrlässiges bzw. vorsätzliches Unterlassen unterstellen.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

Streiche: „Es muss auch um die in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Standards wie Schultoiletten, Hygiene Heizung und Klimaanlage gehen.“ Setze: „Es

muss auch um Themenbereiche wie Schultoiletten, Hygiene, Heizung und Klimaanlage gehen.

### **Nr. 42 - KV Stade** **Zeilen: 167 - 168**

**Antrag:**

streiche: „können langfristige erhebliche Effizienzgewinne erreicht werden.“

ersetze: „sollen wichtige Erkenntnisse gewonnen werden, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

### **Nr. 43 - KV Stade** **Zeilen: 181 - 181**

**Antrag:**

ergänze: „Der Gesundheitsschutz der Beschäftigten hat hierbei für uns eine hohe Bedeutung.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

### **Nr. 44 - KV Meppen** **Zeilen: 183 - 220**

**Antrag:**

Streiche: „des Wiederaufbaus“, setze „der wirtschaftlichen Erholung“

**Begründung:**

Wiederaufbau klingt nach einer Phase nach Naturkatastrophen oder Kriegen. Corona ist in der Gesamtbetrachtung damit noch nicht gleichzusetzen.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

### **Nr. 45 - KV Wesermarsch** **Zeilen: 190 - 190**

**Antrag:**

Füge ein hinter niemandem.: „Vielfach stehen sie der Umsetzung gesellschaftlicher Ziele diametral entgegen.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

### **Nr. 46 - KV Wesermarsch** **Zeilen: 194 - 194**

**Antrag:**

Füge ein hinter sind.: „Lehren aus der Praxis, z.B. Dialogforen, sind hierbei angemessen zu berücksichtigen.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

### **Nr. 47 - MIT LV Niedersachsen** **Zeilen: 241 - 241**

**Antrag:**

Im Leitantrag des Parteitages auf Seite C 6, Zeile 241, wird das erste Wort die durch sämtliche ersetzt und nach Zinssätze eingefügt

**Begründung:**

Das Steuerrecht gibt feste Zinssätze vor, während im Handelsrecht die Marktzinsen berücksichtigt werden.

Der aktuelle Zinssatz für Nachzahlungszinsen liegt mit 6 % deutlich über dem marktüblichen Niveau und stellt für Unternehmen eine besondere Belastung.

Der Zins muss selbst dann gezahlt werden, wenn die Steuerzahler\*innen gar keine Schuld an der verspäteten Steuerzahlung trifft. Dies kann etwa der Fall sein, wenn das Finanzamt die Steuererklärung nicht schnell genug bearbeitet, Unterlagen anderer Ämter noch nicht vorliegen oder nach einer langjährigen Betriebsprüfung Steuernachzahlungen festgesetzt werden.

Das eigentliche Ziel der Regelung ist, Zinsvorteile abzuschöpfen, die durch die verspätete Entrichtung der Steuerschuld erlangt wurden. Voraussetzung wäre, dass ein entsprechender Vorteil gegeben wäre, dies ist aufgrund der Niedrigzinsphase kaum möglich.

Der marktüblich Effektivzinssatz für Kredite lag 2007 bei ca. 5 %, 2011 bei 3 %, sank 2014 auf unter 2% und beträgt aktuell knapp über 1 %. Prognosen zufolge wird er sich in den nächsten 10 Jahren auch nicht wieder erhöhen. Eine noch drastischer Negativentwicklung zeigt sich beim Realzins, der aktuell bereits im Minus liegt.

Nicht nur der hohe Zinssatz belastet Unternehmen (Steuerzahler\*innen), sondern auch die unterschiedliche Behandlung von Erstattungs- und Nachzahlungszinsen: Erstattet das Finanzamt Zinsen, so müssen diese Zinsen als Kapitalertrag versteuert werden. Zinszahlungen an das Finanzamt können bei der Steuer nirgendwo abgesetzt werden.

Aufgrund der bereits seit Jahren gegebenen und in der Zukunft andauernden Niedrigzinsphase ist ein sofortiges Handeln erforderlich.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 48 - KV Wesermarsch**

**Zeilen: 269 - 270**

**Antrag:**

Streiche und Ersetze durch: „Auf Landesebene sollte das in Gründung befindliche Niedersächsische Infektionsforschungsnetzwerk weiter gestaltet und Forschungsprojekte stärker gefördert werden.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 49 - KV Stade**

**Zeilen: 272 - 272**

**Antrag:**

ergänze: „Niedersachsen als Windkraftstandort Nr. 1 hat die besten Voraussetzungen auch Wasserstoffproduzent Nr. 1 zu werden.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 50 - KV Stade**

**Zeilen: 276 - 276**

**Antrag:**

ergänze: „Die Forschung, Entwicklung, Anwendung und Produktion synthetischer Gase muss gefördert werden.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 51 - JU LV Niedersachsen**

**Zeilen: 290 - 300**

**Antrag:**

Streiche:

Gesamten Text

Setze:

„Die Corona-Pandemie stellt nicht nur eine Herausforderung für die Gesundheits- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten dar, vielmehr ist sie auch eine Bewährungsprobe für die Europäische Union als Rechts- und Staatengemeinschaft. Einmal mehr wurden enorme Unterschiede in Europa bei der Bewältigung der Pandemie deutlich.

In diesem Zusammenhang gilt es, die Krisenstandhaftigkeit der gesamten Europäischen Union im Rahmen

D.14

der Kohäsionspolitik zu erhöhen. Die CDU in Niedersachsen fordert daher, speziell dies im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU in der neuen Förderperiode ab 2021 zu berücksichtigen.“

**Begründung:**

Die Zusammenfassung der ersten beiden Absätze konzentriert den inhaltlichen Fokus und entschlackt damit den Text von überflüssigen Formulierungen. Die Forderung wird präzisiert.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

Füge ein nach Kohäsionspolitik: „der Politik des Zusammenhalts,“

**Nr. 52 - KV Stade**

**Zeilen: 295 - 295**

**Antrag:**

streiche: „Die Corona- Krise stellt eine besondere Herausforderung für die Europäische Kohäsionspolitik dar.“

ersetze: „Die Corona-Krise stellt eine besondere Herausforderung für die Politik des europäischen Zusammenhalts dar.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Erledigt (durch Antrag 51)

**Nr. 53 - KV Stade**

**Zeilen: 297 - 297**

**Antrag:**

streiche: „Kohäsionspolitik“ ersetze: „Politik des Zusammenhalts“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Erledigt (durch Antrag 51)

**Nr. 54 - JU LV Niedersachsen**

**Zeilen: 332 - 332**

**Antrag:**

Streiche:

„Medikamente und Medizinprodukte“

Setze:

„Systemrelevante Güter wie z.B. Medikamente und Medizinprodukte“

**Begründung:**

Die Forderung wird inhaltlich erweitert, da eine Pro-

duktion medizinischer Güter vor Ort in jedem Fall sinnvoll ist, dies aber ggf. auch für weitere systemrelevante Güter gilt.

**Votum der Antragskommission:**  
Annahme

## Nr. 55 - KV Wesermarsch

### Zeilen: 33 - 33

**Antrag:**

Ergänze hinter versorgt: „Gleichzeitig ist der Zugang zu seltenen Rohstoffen, die Ersatzstoffförderung und das Recycling zu verbessern“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
Annahme mit Änderung:

Ergänze hinter versorgt: „Wir erreichen eine höhere industriepolitische Unabhängigkeit, wenn wir unseren Zugang zu seltenen Rohstoffen, die Ersatzstoffförderung verbessern und Recycling stärker fördern.“ Ergänze hinter versorgt: „Wir erreichen eine höhere industriepolitische Unabhängigkeit, wenn wir unseren Zugang zu seltenen Rohstoffen, die Ersatzstoffförderung verbessern und Recycling stärker fördern.“

## Nr. 56 - KV Stade

### Zeilen: 4 - 4

**Antrag:**

streiche Resilienz ersetze Abwehr

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
Ablehnung

## Nr. 57 - MIT LV Niedersachsen

### Zeilen: 4 - 4

**Antrag:**

Im Leitantrag des Parteitages auf Seite C 1, Zeile 4, wird das Wort „Resilienz“ durch „Widerstandsfähigkeit gegen die Folgen einer Pandemie“ erläutert.

**Begründung:**

Das Wort „Resilienz“ gehört nicht zum allgemeinen Sprachgebrauch. Es ist einem Leitantrag abträglich, bereits zu Beginn ein Lexikon zu bemühen.

**Votum der Antragskommission:**  
Erledigt (durch Antrag 56)

## Nr. 58 - KV Stade

## Zeilen: 19 - 19

**Antrag:**

streiche: „Kooperation“ ersetze: „Zusammenarbeit“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
Ablehnung

## Nr. 59 - KV Stade

### Zeilen: 21 - 21

**Antrag:**

streiche: „souveräne“ ersetze: „eigenständige“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
Annahme

## Nr. 60 - KV Stade

### Zeilen: 26 - 30

**Antrag:**

streiche: „Hierzu zählen die weitere Vertiefung des Binnenmarkts und der Wirtschafts- und Währungsunion sowie Zukunftsthemen wie Digitalisierung, die bessere Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit und der Migrations- und Asylpolitik, Klimaschutz und der Ausbau europäischer und internationaler Hochschulpartnerschaften und grenzüberschreitender Kooperationen von Forschungsverbünden“

ersetze: „Hierzu zählen die weitere Vertiefung des Binnenmarkts, der Wirtschafts- und Währungsunion, sowie Zukunftsthemen wie Digitalisierung, die bessere Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit und der Migrations- und Asylpolitik. Im Weiteren der Ausbau europäischer und internationaler Hochschulpartnerschaften und grenzüberschreitender Zusammenarbeit von Forschungsverbünden.“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
Annahme

## Nr. 61 - KV Stade

### Zeilen: 32 - 32

**Antrag:**

streiche: „existenziell“ ersetze: „lebensnotwendigen“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
Ablehnung

**Nr. 62 - KV Stade**

**Zeilen: 38 - 38**

**Antrag:**

streiche: „Souveränität“ ersetze: „Eigenständigkeit“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 63 - KV Stade**

**Zeilen: 40 - 40**

**Antrag:**

streiche: „regenerative“ ersetze: „erneuerbare“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 64 - JU LV Niedersachsen**

**Zeilen: 47 - 47**

**Antrag:**

Streiche:

„Schulen und Universitäten“

Setze:

„Schulen, Universitäten“

**Begründung:**

sprachlich flüssiger

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 65 - KV Stade**

**Zeilen: 48 - 48**

**Antrag:**

streiche: „der Exzellenz und“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 66 - KV Stade**

**Zeilen: 54 - 54**

**Antrag:**

streiche: „integrieren“ ersetze: „einbinden“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 67 - KV Stade**

**Zeilen: 65 - 65**

**Antrag:**

streiche: „Transformationsprozess“ ersetze: „Umwandlungsprozess“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 68 - KV Vechta**

**Zeilen: 79 - 81**

**Antrag:**

Streiche: „, Gastronomie und die Tourismuswirtschaft waren von den Beschränkungsmaßnahmen in

besonderer Weise betroffen. Sie durften aus Gründen des Gesundheitsschutzes in der Corona-Krise nicht wirtschaften. Sie waren über Monate hinaus...

Setze: „, Gastronomie und die Tourismuswirtschaft sind von den Beschränkungsmaßnahmen in besonderer

Weise betroffen. Sie dürfen aus Gründen des Gesundheitsschutzes in der Corona-Krise nicht wirtschaften. Sie sind über Monate hinaus...

**Begründung:**

Gerade die genannten Bereiche sind leider nach wie vor sehr stark von den Beschränkungen betroffen.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung:

Streiche: „, Gastronomie und die Tourismuswirtschaft waren von den Beschränkungsmaßnahmen in besonderer Weise betroffen. Sie durften aus Gründen des Gesundheitsschutzes in der Corona-Krise nicht wirtschaften. Sie waren über Monate hinaus...“

Setze: „,,, Gastronomie und die Tourismuswirtschaft sind von den Beschränkungsmaßnahmen in besonderer Weise betroffen. Sie dürfen aus Gründen des Gesundheitsschutzes in der Corona-Krise eingeschränkt wirtschaften. Sie sind über Monate hinaus...“



**Nr. 69 - JU LV Niedersachsen**  
**Zeilen: 86 - 86**

**Antrag:**  
 Streiche:

„sowie“

Setze:

„sowie die“

**Begründung:**  
 sprachliche Korrektheit

**Votum der Antragskommission:**  
 Annahme

**Nr. 70 - KV Stade**  
**Zeilen: 95 - 95**

**Antrag:**  
 streiche: „sollten“ ersetze: „sollen“

**Begründung:**  
 Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
 Annahme

**Nr. 71 - KV Stade**  
**Zeilen: 100 - 100**

**Antrag:**  
 streiche: „sollten“ ersetze: „sollen“

**Begründung:**  
 Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
 Annahme

**Nr. 72 - KV Stade**  
**Zeilen: 104 - 104**

**Antrag:**  
 streiche: „Transformationsphase“ ersetze: „Umwandlungsphase“

**Begründung:**  
 Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
 Ablehnung

**Nr. 73 - JU LV Niedersachsen**  
**Zeilen: 131 - 131**

**Antrag:**  
 Streiche:

„digitaler“

Setze:

„digitalen“

**Begründung:**  
 grammatikalische Korrektheit

**Votum der Antragskommission:**  
 Annahme

**Nr. 74 - KV Stade**  
**Zeilen: 137 - 137**

**Antrag:**  
 Streiche: „essenzielle“ ersetze: „grundlegende“

**Begründung:**  
 Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
 Ablehnung

**Nr. 75 - KV Stade**  
**Zeilen: 141 - 141**

**Antrag:**  
 streiche: „die Implementierung“ ersetze: „die Einführung und der Einsatz“

**Begründung:**  
 Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
 Ablehnung

**Nr. 76 - KV Stade**  
**Zeilen: 173 - 173**

**Antrag:**  
 streiche: „existenziell“ ersetze: „lebensnotwendig“

**Begründung:**  
 Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**  
 Ablehnung

**Nr. 77 - KV Stade**

**Zeilen: 182 - 182**

**Antrag:**

streiche: „sollten“ ersetze: „müssen“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 78 - KV Stade**

**Zeilen: 222 - 222**

**Antrag:**

streiche: „restriktiv“ ersetze: „wenig flexibel“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 79 - KV Meppen**

**Zeilen: 225 - 225**

**Antrag:**

Leerzeichen entfernen

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 80 - KV Stade**

**Zeilen: 258 - 258**

**Antrag:**

streiche: „Souveränität“ ersetze: „Eigenständigkeit“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 81 - KV Stade**

**Zeilen: 267 - 267**

**Antrag:**

streiche: „Privilegierung“ ersetze: „Bevorzugung“

**Begründung:**

Ohne Begründung

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

**Nr. 82 - JU LV Niedersachsen**

**Zeilen: 315 - 315**

**Antrag:**

Streiche:

„Das positive Umfeld für Unternehmensgründungen muss“

Setze:

„Anreize für Unternehmensgründungen müssen“

**Begründung:**

Es ist nicht erkennbar, weshalb derzeit ein positives Umfeld für Unternehmensgründungen vorherrschen soll.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

**Nr. 101 - KV Ostfriesland**

**Zeilen: 126 - 126**

**Antrag:**

Ergänze nach Zeile 126: „Die Corona-Krise hat auch Teile des stationären Einzelhandels hart getroffen. Eine Vielzahl von Einzelhandelsunternehmen erleidet - teilweise existenzbedrohende - Umsatzverluste. Insbesondere stationäre Bekleidungs- und Schuhfachgeschäfte, Spielwarenhändler, Kosmetikhändler und beinahe der gesamte stationäre Einzelhandel in den Innenstadtlagen sind erheblich betroffen. Die Umsatzausfälle führen zu Ertragsrückgängen und zu existenzgefährdenden Liquiditätsengpässen. Die Überbrückungshilfe III und ggf. ergänzende Hilfsprogramme des Landes müssen daher schnell und einfach umgesetzt werden und auch auf die Bedarfe des Handels ausgerichtet sein. Die Mietkosten und alle weiteren sog. laufenden Kosten wie Versicherungen, Gas und Strom, Lagerhaltung und Kreditraten sowie die vollen Lohn- und Lohnnebenkosten der Auszubildenden müssen dabei den anrechenbaren Fixkosten zugeordnet werden können und Teil der Überbrückungshilfe werden. Zudem muss endlich ein kalkulatorischer Unternehmerlohn anstelle der vereinfachten Grundsicherung in die Hilfsprogramme aufgenommen werden. Für das erste Quartal 2021 sind zudem kurzfristige Liquiditätshilfen erforderlich, um die durch den Lockdown sowie das ausgefallene Weihnachtsgeschäft verursachten Liquiditätsengpässe zu überbrücken.

Um den vom Lockdown betroffenen Betrieben mehr Planungssicherheit und die Möglichkeit zu geben, sich der Lage entsprechend auf ein Wiederanfahren vorzubereiten, schlagen wir vor, einen Stufenplan zu entwickeln, der sich – auch mit Blick auf die Impfstrategie des Bundes und der Länder – an der Entwicklung des Infektionsgeschehens orientiert.

Die Veränderungen im Kauf- und Konsumentenver-

halten der Konsumenten werden über die Krise hinaus Wirkung zeigen. Die Pandemie beschleunigt den Strukturwandel im Handel. Um dem Einzelhandel neue Perspektiven zu geben sollten für alle Innenstädte und Ortszentren, in Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel, den Immobilieneigentümern, den Kammern und der Fachöffentlichkeit kommunale Entwicklungskonzepte erstellt werden. Diese sollten durch städtebauliche Konzepte und kommunale Verkehrskonzepte unter Berücksichtigung zunehmender eMobilität ergänzt werden. Das Land muss diesen Transformationsprozess mit darauf ausgerichtete Städtebauprogramme, ein Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte und mit der anstehenden Novelle des Niedersächsischen Quartiersgesetzes (NQG) unterstützen. Ziel muss es sein, die Multifunktionalität der Innenstädte und der Ortszentren aus Handel, Gastronomie, Kultur, Tourismus, Handwerk, produzierendem Gewerbe, und Wohnen auszubauen.

Das Corona-Jahr 2020 hat die Digitalisierungsprozesse auch im Handel deutlich beschleunigt. Ziel der digitalen Transformation des Einzelhandels muss es sein, stationäre Umsätze mit Hilfe digitaler Instrumente zu steigern und den stationären Handel durch digitale Umsätze zu ergänzen. In der Regel wird ein eCommerce-Konzept das analoge Handelsgeschäft nicht ersetzen. Zudem muss es durch digitale Lieferanten- und Kundenbeziehungs-Management-Systeme ergänzt werden.

Wir begrüßen daher, dass der Bund mit dem Programm go- digital und das Land Niedersachsen mit dem Programm „Niedersachsen Digital aufgeladen“ die Digitalisierung des stationären Einzelhandels unterstützt. Die Beratungs- und Investitionsförderung des Bundes, des Landes sowie der Social- Media-Unternehmen und des Handels selbst, die den digitalen Transformationsprozess des stationären Einzelhandels fördern und unterstützen, müssen weiter ausgebaut und verstetigt werden.

Um den negativen Auswüchsen des online-Handel zu begegnen, fordern wir zudem die Einführung einer unbürokratischen, aber verpflichtenden Retouren-Gebühr für Kunden mit hoher Rücksendequote.

Zum NQG: Die Novelle des Niedersächsischen Quartiersgesetzes (NQG), die u.a. den Zusammenschluss von Unternehmen und Eigentümern von Immobilien fördern soll, die sich verpflichten, gemeinsam Maßnahmen zur Verbesserung ihres Standortes zu finanzieren, kann die notwendigen Modernisierungsprozesse erheblich beschleunigen und sollte daher kurzfristig beschlossen werden.

Verkehrskonzepte: Die verkehrliche Erreichbarkeit und Nutzung der Innenstädte sollte durch kommunale Verkehrskonzepte sichergestellt und auf die zunehmende eMobilität ausgerichtet werden.

Zur Unterstützung der Digitalisierung des Einzelhan-

dels: Die wachsende Bedeutung des online-Handels, Dezentralisierung und das zunehmende Tempo des Wandels auch bereits vor der Pandemie stärken die Position der Kunden und verlangen von den Händlern Transformationsbereitschaft, Anpassungsfähigkeit und Schnelligkeit. Mit den Förderprogrammen des Bundeswirtschaftsministeriums (go-digital), des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung (Digitalbonus.Niedersachsen) und Kooperationsprogrammen des Handelsverbandes Deutschland (HDE) mit verschiedenen eCommerce-Anbietern werden diese Maßnahmen zwischenzeitlich finanziell und inhaltlich unterstützt.

Digitalisierung im Einzelhandel umfasst neben dem Thema eCommerce auch das Lieferanten-Management und das Kundenbeziehungs-Management (CRM). Jedes Handelsunternehmen hat diesbezüglich eine eigene Struktur. Analoge und digitale Strukturen sollten zudem kompatibel sein. Da Plattform-Business-Strategien betriebswirtschaftlich sinnvoll sein müssen und für den Erfolg ein hohes Maß und Professionalität und Individualität notwendig ist, sollte der Auf- und Ausbau von digital-Strategien daher individuell und nicht nach Standardschablonen erfolgen. Notwendig ist somit eine professionelle und individuelle Beratung. Die Beratungs- und Investitionsförderung des Bundes, des Landes sowie der Social- Media-Unternehmen und des Handels selbst, die den digitalen Transformationsprozess des stationären Einzelhandels fördern und unterstützen, müssen weiter ausgebaut und verstetigt werden, da die Prozesse den Handel langfristig in Anspruch nehmen und der Transformationsprozess nicht kurzfristig zu bewältigen ist. Nur mit einer Verstetigung der Unterstützungsstrukturen und der Finanzierung von Beratungsleistungen kann eine dauerhafte und nachhaltige Wirkung erzielt werden.

Zur Rücksende-Gebühr im Einzelhandel: Online-Käufer, die regelmäßig Waren zurücksenden, müssen dafür auch die Kosten tragen und durch die Händler mit den Retourenkosten belastet werden. Einmalige Rücksendungen und begründete Reklamationen sollten von dieser Gebührenpflicht ausgenommen sein. Die hohe Retouren-Quote von durchschnittlich 13 Prozent (Schätzung der Forschungsgruppe Retouren-Management an der Universität Bamberg für 2018/ bei Bekleidung inzwischen mindestens bei 40 Prozent) führt zu hohen Kosten insbesondere für Händler mit niedrigem online-Handelsvolumen, erheblich höherem Transportaufkommen und unnötiger Umweltbelastung. Für 2018 ging die Forschungsgruppe von rund 5,5 Milliarden Euro Kosten sowie einer entstandenen CO<sub>2</sub>-Menge von 238.000 Tonnen aus. Die Wissenschaftler schätzten für 2018 zudem, dass rund 20 Millionen Artikel nach Rücksendung weggeworfen wurden statt sie etwa als B-Ware zu verkaufen oder zu spenden. Ethisch ist ein solcher

## Landesparteitag 2021

Umgang mit Waren nicht vertretbar.

### Begründung:

Ohne Begründung

### Votum der Antragskommission:

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 102 - KV Ammerland

### Zeilen: 16 - 16

#### Antrag:

Setze nach „... gesichert.“:

„Hierzu müssen die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft verbessert, der Wissens- und Technologietransfer intensiviert und die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte ausgebaut werden.“

#### Begründung:

Angesichts des demografischen und digitalen Wandels steht Deutschland vor einem erheblichen Strukturwandel. Die erhöhte internationale Konkurrenz sowie verkürzte Innovationszyklen sorgen dafür, dass neue Erkenntnisse ohne unnötigen Zeitverlust in die Praxis umzusetzen sind. Dies sollte bereits in der Auftragsbeschreibung deutlich werden.

#### Votum der Antragskommission:

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 103 - KV Ammerland

### Zeilen: 17 - 76

#### Antrag:

Streiche

#### Begründung:

Doppelung mit Folgeabsätzen

#### Votum der Antragskommission:

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 104 - KV Ammerland

### Zeilen: 22 - 22

#### Antrag:

Setze nach „einnehmen.“:

„Auf europäischer Ebene sind Impulse für eine Verstärkung der internationalen Kooperation sowohl in der Wirtschafts- und Handels- als auch der Wissenschafts- und Forschungspolitik zu setzen. Hierbei ist eine Unterwanderung der hohen Datenschutz- und anderen Schutzstandards der Europäischen Union zu vermeiden.“

#### Begründung:

Der Abschluss und die Weiterentwicklung von Handelsabkommen bleibt für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften unverzichtbar.

D.20

Angesichts zunehmend kapitalintensiver Forschungsaktivitäten sollten in zentralen Zukunftsfeldern ferner die Wissenschafts- und Forschungskooperationen deutlich ausgebaut werden. Dies gilt beispielsweise für die Künstliche Intelligenz, alternative Antriebssysteme, die Quantentechnologie oder die Impfstoffforschung. Die Schutzstandards der Europäischen Union müssen dabei auch künftig den zentralen Orientierungsrahmen abstecken.

#### Votum der Antragskommission:

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 105 - KV Ammerland

### Zeilen: 47 - 47

#### Antrag:

Streiche: „Schulen und...“

#### Begründung:

Kontext unstimmig

#### Votum der Antragskommission:

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 106 - KV Ammerland

### Zeilen: 91 - 92

#### Antrag:

Streiche: „Sie... bis ...werden.“

#### Begründung:

Eine Verlängerung der Mehrwertsteuersenkung um drei Jahre ist abzulehnen, da ersten Studien zufolge bereits die aktuell bis Ende 2020 geltende Regelung ihre gewünschte Steuerungswirkung vermissen lässt. Es ist unwahrscheinlich, dass nach einer dann fast vierjährigen Senkung eine Rückkehr auf den Vor-Krisen-Stand möglich ist. Hiervon würden eher die politischen Mitbewerber profitieren. Zudem wären die für die Fortführung dieser Senkung notwendigen erheblichen Finanzmittel an anderer Stelle effektiver einsetzbar.

#### Votum der Antragskommission:

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 107 - KV Ammerland

### Zeilen: 109 - 109

#### Antrag:

Setze nach „... beibehalten werden.“:

„Unternehmen in Mittelstand und Handwerk verfügen gegenwärtig noch unzureichend über Zugang zu neuen, anwendungsnahen Forschungsergebnissen. Durch eine stärkere Vernetzung der Transferstellen der Hochschulen, der Zukunftslabore des Zentrums für digitale Innovationen (ZDIN), der regionalen Wirtschaftsförderung, den Start-up-Zentren, den Meisterschulen des Handwerks und den Unternehmen können wichtige Impulse

für die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands gesetzt werden.“

**Begründung:**

Mittelstand und Handwerk benötigen nicht nur ein besseres regulatorisches Umfeld, sondern auch einen niedrigschwelligen Zugang zu neuen Technologien und Produktionsverfahren. Hierzu sind entsprechende Instrumente zu entwickeln.

**Votum der Antragskommission:**

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 108 - KV Ammerland

**Zeilen: 144 - 144**

**Antrag:**

Ergänze nach „IT-Systemadministratoren“:

„Die CDU in Niedersachsen möchte bereits in der Grundschule damit beginnen, digitale Kompetenzen zu vermitteln. Damit wird das Schulsystem der Lebenswirklichkeit von Kindern in der heutigen Zeit gerecht und kann frühzeitig eine kritische Urteilskompetenz fördern. Grundlegend hierfür ist der Einsatz digitaler Endgeräte in unseren Schulen. Die Lernmittelausleihe gilt es dahingehend zu reformieren, dass bereits im Primarbereich alle Schülerinnen und Schüler ein Tablet erhalten auf dem die Lern-Apps und wichtige Lektüre vorinstalliert sind. Schwere Schulranzen sollen der Vergangenheit angehören.“

**Begründung:**

Medienethik und Digitalkompetenz gilt es spielerisch bereits im Primarbereich zu etablieren. Beides gehört - neben den Grundkompetenzen Schreiben, Lesen, Rechnen - zum Bildungsauftrag des Schulwesens. Dafür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen und das Schulsystem grundlegend modernisiert werden.

**Votum der Antragskommission:**

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 109 - KV Ammerland

**Zeilen: 144 - 145**

**Antrag:**

Streiche: „Das digitale.. adressieren sind.“

**Begründung:**

Deplatziert

**Votum der Antragskommission:**

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 110 - KV Ammerland

**Zeilen: 157 - 157**

**Antrag:**

Setze nach „... Lerngeschwindigkeiten.“ Als neuer Absatz:

„Das digitale Sommersemester hat uns Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung in der niedersächsischen Hochschullandschaft aufgezeigt. Es ist lobenswert, wie schnell die Hochschulen in der Lage waren auf die neuen Anforderungen zu reagieren. Wir haben aber auch gelernt, vor welch großen Herausforderungen wir stehen. Analog zum Digitalpakt Schule ist eine Förderung der digitalen Ausstattung von Hochschulen voranzubringen. Die CDU in Niedersachsen fordert einen Digitalpakt Hochschule – für exzellente Forschung und Lehre made in Niedersachsen. Es ist uns wichtig, dass die Gelder spürbar bei den Studierenden ankommen – in der Lehre aber beispielsweise auch bei der Digitalisierung von Lehr- und Lernmaterialien in den Hochschulbibliotheken.“

**Begründung:**

Über die VolkswagenStiftung sowie den 2. Nachtragshaushalt konnten Mittel in Höhe von insgesamt 21,85 Mio. Euro für die digitale Ausstattung der Hochschulen mobilisiert werden. Dies umfasst lediglich einen Bruchteil des Bedarfs, um allen Studierenden einen verlässlichen und leistungsstarken Zugang zu digitalen Lehr- und Lernmaterialien, zu Online-Vorlesungen etc. zu gewährleisten. Der durch das überwiegend digitale Sommersemester ausgelöste Digitalisierungsschub an den niedersächsischen Hochschulen muss mittelfristig mit erheblichen zusätzlichen Finanzmitteln hinterlegt werden, damit die Hochschulen nicht national und international ins Hintertreffen geraten. Dies gilt insbesondere für Studierende in den zentralen Zukunftsfeldern.

**Votum der Antragskommission:**

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 111 - KV Ammerland

**Zeilen: 169 - 169**

**Antrag:**

Streiche: „...erwogen werden.“

Setze nach „ernsthaft“:

„...erwogen und haushaltsrechtliche Hemmnisse (z.B. zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sowie zur Schuldenbremse) ausgeräumt werden.“

**Begründung:**

Für Kritiker sprechen die höheren Kosten, die Regeln von § 7 Landeshaushaltsordnung sowie die Bestimmungen der Schuldenbremse gegen eine Realisierung von ÖPP-Projekten. Sinnvoll wäre eine Erweiterung der in Wirtschaftlichkeitsberechnungen heranzuziehenden,

## Landesparteitag 2021

quantifizierbaren Kriterien. Angesichts der aktuellen Haushaltslage ist es zunehmend nicht die Frage, ob ein Bauvorhaben durch ÖPP teurer wird, oder ob es nur mit ÖPP überhaupt realisiert werden kann. Beispiele aus anderen Ländern zeigen deutlich, dass sich Niedersachsen mit seiner äußerst strikten Auslegung in einer Sackgasse befindet.

### **Votum der Antragskommission:**

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 112 - KV Ammerland

**Zeilen: 178 - 181**

### **Antrag:**

Streiche: „Ebenso... bis ...dringend erforderlich.“

Setze: „Es gilt zu prüfen, welche rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland nachhaltig verändert werden können, um flexible, moderne Arbeitszeitmodelle zu fördern. Flexiblere Pausenregelungen und Möglichkeiten zu einer Flexibilisierung der Höchstarbeitszeit sind hier sinnvolle Ansatzpunkte, die zum einen die optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und zum anderen zum ökonomischen Erfolg beitragen können. In diesem Zusammenhang kann auch die viel diskutierte 4-Tage-Woche gesehen und geprüft werden.“

### **Begründung:**

Die hier gewählte Formulierung setzt sehr auf den ökonomischen Erfolg. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollte in der heutigen Zeit mitgedacht werden.

### **Votum der Antragskommission:**

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 113 - KV Ammerland

**Zeilen: 215 - 249**

### **Antrag:**

Streiche

### **Begründung:**

Die steuerrechtlichen Ausführungen sind in ihrer Ausführlichkeit und Detailtiefe unvereinbar mit der Grundstruktur des Leitantrags. Angesichts der erheblichen Belastungen der öffentlichen Haushalte ist das Ausmaß der geforderten Steuersenkungen fahrlässig. Der Ruf der SPD nach Steuererhöhungen ist ebenso schädlich wie ein Wunsch-Dir-Was der Steuerentlastung. Mit geeigneten, punktuellen Entlastungen und Förderungen kann effizienter agiert und eine Überforderung der öffentlichen Haushalte vermieden werden. Sind Steuerentlastungen gewünscht, gilt es ein umfassendes und abgestimmtes Konzept vorzulegen.

### **Votum der Antragskommission:**

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 114 - KV Ammerland

**Zeilen: 268 - 269**

### **Antrag:**

Streiche: „Gentechnologie... bis ...Förderung.“

### **Begründung:**

Angesichts des massiven öffentlichen Widerstands gegen die Gentechnologie ist mehr als zweifelhaft, ob dieser Satz dem Leitantrag hilft. Sollte wirklich eine Neuorientierung im Bereich der roten und weißen Gentechnologie gewünscht werden, müsste dieser in ein echtes Konzept eingebunden und nicht unvermittelt und ohne Kontext in einen Antrag integriert werden.

### **Votum der Antragskommission:**

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand

## Nr. 115 - KV Ammerland

**Zeilen: 274 - 274**

### **Antrag:**

Streiche: „Umstellung... bis ..2025.“

Setze: „Öffnung der Fuhrparke des Bundes und der Länder für Wasserstofffahrzeuge.“

### **Begründung:**

Volkswagen als niedersächsischer Autobauer setzt bei emissionsarmen Fahrzeugen fast ausschließlich auf Elektromobilität. Wasserstofffahrzeuge sind momentan kaum verfügbar. Massentaugliche Modelle dürften vor 2025 kaum zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar sein. Im VW-Standort Niedersachsen stellt diese Forderung einen Affront für den wichtigsten Arbeitsgeber des Landes sowie eine Unkenntnis von Entwicklungs- und Produktionsstrukturen der Mobilitätswirtschaft dar. Sofern hinter dieser Forderung eine Abkehr von der Elektromobilität stehen – was z.B. hinsichtlich der ungelösten Recycling-Problematik durchaus diskussionswürdig wäre – müsste dies in ein entsprechendes Konzept integriert werden. Ausführungen zur Elektromobilität fehlen allerdings.

### **Votum der Antragskommission:**

Erledigt durch Änderungsantrag Landesvorstand



# Sachanträge

## Nr. 1 - Junge Union LV Niedersachsen Baustopp Nord Stream 2

### Antrag:

Die CDU Niedersachsen verurteilt den Mordanschlag auf den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny und den damit verbundenen Bruch des Völkerrechts aufs Schärfste. Dieser stellt eine weitere Belastung der Außenbeziehung zu Russland dar, die so nicht mehr akzeptiert werden darf. Daher fordern wir ein Moratorium für die Ostseepipeline Nord Stream 2 in Form eines sofortigen Baustopps bis die russische Regierung im Fall Nawalny zur Aufklärung bereit ist und sich verantwortet.

### Begründung:

Nach dem erneuten Einsatz des Nervengifts Nowitschok, dessen Einsatz selbst bereits einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt, und dem offensichtlichen Mordversuch an dem Oppositionsführer hat sich Russland wiederholt als nicht verlässlicher Partner erwiesen. Die Bundesrepublik Deutschland darf sich nicht in ein weiteres ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis in der Energieversorgung vom antidemokratisch agierenden Russland begeben. Gleichzeitig ist Nord Stream 2 eine strategische Bedrohung für die Anliegerstaaten, insbesondere der Ukraine und Polen. Bereits heute bezieht Deutschland Gas aus Norwegen und den Niederlanden, weitere mögliche Quellen lassen sich z.B. in Nordafrika finden. Daher ist eine Fortsetzung des Baus von Nord Stream 2 in der aktuellen Situation nicht denkbar. Dazu versteht das autokratische Russland nur die Antwort, die im Geldbeutel zu spüren ist.

### Votum der Antragskommission:

Ohne Votum

## Nr. 2 - Junge Union LV Niedersachsen Zivile Notfallreserve der Bundesrepublik aufstocken

### Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre strategischen Erdöl-, Kraftstoff- sowie Lebensmittelreserven (Zivile Notfallreserve und Bundesreserve Getreide) zeitnah vergrößert. Entsprechende Reserven müssen um medizinische, medizintechnische und pharmazeutische Vorräte ergänzt werden.

### Begründung:

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es im Krisenfall durch einen großflächigen Ausfall von Produktionskapazitäten, Ressourcen und Versorgungslinien zu schwerwiegenden Engpässen in der Versorgung mit medizinischen, medizintechnischen und pharmazeutischen Material kommen kann. Derartige oder ähnliche Knappheiten notwendiger Güter müssen in Zukunft im Interesse der Versorgung von Zivilgesellschaft und Mi-

litär verhindert und durch eine größtmögliche Autarkie ersetzt werden.

### Votum der Antragskommission:

Verweis an den LFA Außen-; Sicherheits- und Entwicklungspolitik

## Nr. 3 - MIT LV Niedersachsen Notfall-Planung erstellen

### Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die eine Notfall-Planung erstellt mit dem Ziel, diese in den Landtag einzubringen, um im Fall einer Pandemie und anderer gravierender Notfälle die Bevölkerung mit Nahrung, medizinischen Produkten, Energie, Wasser und Bildung versorgen zu können.

### Begründung:

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass eine Notfall-Planung für den Fall einer Pandemie, die sofort hätte umgesetzt werden können, nicht vorhanden war.

Im Rahmen der Planung sind die Erfahrungen aus der Corona Pandemie zu berücksichtigen. Insbesondere ist zu erarbeiten, welche Güter und medizinischen Produkte für die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind und wie die Versorgung sichergestellt werden kann. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland und der Frage, welche Produkte in Zukunft im Inland produziert werden müssen, um die Versorgung sicherzustellen und durch welche Anreize und Fördermöglichkeiten dieses erreicht werden kann.

Im Rahmen der Planung sollte sich die Arbeitsgruppe auch damit befassen, wie Engpässe, die bei der Versorgung mit wichtigen Medikamenten vermehrt auftreten, in Zukunft beseitigt werden können.

### Votum der Antragskommission:

Verweis an die Landtagsfraktion

## Nr. 4 - Junge Union LV Niedersachsen Fleischerhandwerk

### Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Regierungen in Bund und Land auf, die für das Fleischerhandwerk geltenden Gesetze und Vorschriften hinsichtlich Ihrer Wirksamkeit zu überprüfen und solche Regelungen zu ändern, die insbesondere kleinere regionale Betriebe unverhältnismäßig belasten. Im Speziellen sind die Gebührenregelungen für die Fleischuntersuchung bezüglich so genannter Staffelgebühren zu ändern.

### Begründung:

Durch die derzeitige Gesetzeslage werden große, industrielle Fleischbetriebe gegenüber kleinen, regionalen Handwerksbetrieben bevorzugt. Allein in



Niedersachsen ist nach Angaben des Deutschen Fleischer-Verbandes die Anzahl der Verkaufsstellen im Fleischerhandwerk von 1.596 in 2016 auf 1417 in 2019 gesunken. Dies liegt nicht zuletzt an immer weitergehenden Dokumentationspflichten und einem steigenden Anteil an Verwaltungsarbeit für selbstständige Betriebe. Naturgemäß treffen viele Vorgaben die kleineren Betriebe härter als Industriebetriebe, da hier mehr Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Insbesondere die so genannten Staffelgebühren für die Fleischuntersuchungen gilt es zugunsten eines gerechteren Gebührensystems zu ändern, da bisher oftmals die Höhe der Gebühren von der Menge des Fleisches abhängt.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

## Nr. 5 - Junge Union LV Niedersachsen Jungwildrettung

**Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen fordert die niedersächsische Landesregierung auf, die im Folgenden ausgeführte Maßnahme zur Rettung von Jungwild vor dem Tod durch Erntemaschinen in die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Niedersächsische und Bremer Agrarumweltmaßnahmen (Richtlinie NiB-AUM) aufzunehmen. Bewirtschaftende Personen sollen sich im Rahmen der Agrarumweltmaßnahme verpflichten können, als Gegenleistung für den Erhalt von Förderungsmaßnahmen Jungwildrettungsteams der Jägerschaften (Kreisjägerschaften oder Hegeringe) über den anstehenden Einsatz von Erntemaschinen zu informieren und Drohnenflugeinsätze auf ihren Feldern zu dulden. Die Jägerschaften erhalten eine finanzielle Förderung zur Anschaffung und Instandhaltung von zur Jungwildrettung geeigneten Drohnen. Zum Erhalt der Förderung ist die Bereitstellung eines Jungwildrettungsteams durch die Jägerschaft erforderlich, dessen Fachkenntnis nachzuweisen ist. Das Rettungsteam hat Drohnenführer, die den nach § 21 d der Luftverkehrsordnung erforderlichen Kenntnissnachweis erbracht haben, sowie Personen, die vom Drohnenführer per Funkkontakt koordiniert werden und die Jungtiere auf dem Feld aufsuchen und aus der Gefahrenzone transportieren, zu enthalten. Die Mitglieder des Rettungsteams sind nicht notwendigerweise Jagdscheininhaber oder Mitglieder der Jägerschaft, idealerweise werden durch die Jägerschaft als Organisator des Jungwildrettungsteams auch Bestrebungen unternommen, außenstehende Personen, die in den Stunden der Mahd, die meist am Vormittag stattfindet, häufig verfügbar sind, wie beispielsweise Studenten, einzubinden.

**Begründung:**

Durch Erntemaschinen sterben besonders in den Monaten Mai und Juni zahlreiche Jungtiere wie Rehkitze, Junghasen und Bodenbrüter, die sich in den ersten Lebenswochen zum Schutz vor Fressfeinden bei Gefahren häufig am Boden drücken, anstatt zu flüchten. Dabei

werden einerseits selten gewordene Arten im Bestand reduziert, was einen negativen Effekt auf die Biodiversität in der Agrarlandschaft zur Folge hat. Auch bei nicht im Bestand gefährdeten und sogar in einigen Gebieten überbevölkerten Arten wie Rehen ist der grausame Tod des Jungwildes durch Erntemaschinen ethisch nicht vertretbar, zudem wird das geerntete Heu oder Getreide durch die Tierkörperreste verunreinigt. Außerdem kann der Körper eines bei einem solchen Unfall getöteten Tieres im Gegensatz zu einem durch einen Jäger erlegten Tier nicht als Lebensmittel verwertet werden. Nach § 17 des Tierschutzgesetzes ist es strafbar, ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund zu töten oder ihm länger anhaltende Schmerzen oder Leiden zuzufügen. Jedoch ist es einerseits für den einzelnen Landwirt mit den traditionellen Mitteln zur Vergrämung des Jungwildes oftmals nur schwer zu vermeiden, dieses durch Erntemaschinen zu verletzen oder zu töten; andererseits sind Verstöße aufgrund von Beweis- und Verfolgungsschwierigkeiten häufig schwer zu ahnden. Daher erscheint es sinnvoll, die Problematik zusätzlich zu den ordnungsrechtlichen Instrumenten auf kooperativer Ebene in Zusammenarbeit mit den Jägerschaften, die am Wohl des Wildes ein besonderes Interesse haben, anzugehen. Im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen, die einen Teil der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) darstellen und in Niedersachsen in Höhe von 75 % durch die EU kofinanziert werden, verpflichten sich bewirtschaftende Personen freiwillig - für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren - bestimmte, über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehende, Bewirtschaftungsauflagen einzuhalten. Die vorgeschlagene Maßnahme entspricht auch den im Niedersächsischen Weg, einem kürzlich zwischen dem Land Niedersachsen, dem BUND, dem NABU sowie dem Landvolk in Niedersachsen vereinbarten Maßnahmenpaket für den Natur-, Gewässer- und Artenschutz, verankerten Zielen. Nach Nr. 10 des Niedersächsischen Weges wird sich die Landesregierung weiterhin für eine GAP im Sinne der Förderung von Gemeinwohlleistungen einsetzen. Laut dem Programm sollen Fördermittel im Rahmen der GAP sich unter anderem auf biodiversitätsfördernde- und schützende Maßnahmen konzentrieren; Bewirtschaftungsweisen, die dem Erhalt seltener, gefährdeter, besonders geschützter oder streng geschützter Arten dienen, sollen besonders unterstützt werden. Durch die Kooperation von Landwirten, Jägern und am Tierschutz interessierten Personen kann nicht nur der Mähtod zahlreicher Tiere verhindert werden sondern auch ein gegenseitiges Verständnis von Landwirten, Jägern und der Bevölkerung gefördert werden.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

## Nr. 6 - CDA LV Niedersachsen

### Ausbildungsoffensive in der Pflegeassistenz

**Antrag:**

1. Der Parteitag fordert die CDU Landtagsfraktion auf, über die Landesregierung, den Kultus- und Sozialministerien, dafür zu sorgen, dass neben den Berufsschulen und Altenpflegeschulen, die Krankenpflegeschulen und Rettungsdienstschulen ermächtigt werden, in Niedersachsen in Kooperation mit der BBS Pflegeassistenten dual auszubilden.
2. Das Kultusministerium und das Sozialministerium fördert als Anschubfinanzierung, die Beschulung der Auszubildenden mit einem individuellen Entgelt.
3. Die Landesregierung führt ein Ausbildungsgehalt, analog TVÖD ein
4. Die für examinierte Fachkräfte auf den Weg gebrachten verbesserten Arbeitsbedingungen sollen ebenfalls für die Assistenzkräfte angewandt werden.

**Begründung:**

Als CDU in Niedersachsen stehen wir dafür ein, dass die Wissenschaftliche Studie von Prof. Dr. Heinz Rothgang, zur Personalbemessung in der Langzeitpflege, in Niedersachsen umgesetzt wird.

Wir sehen uns darin bestätigt, die Ausbildung zum Pflegeassistenten, auch in Niedersachsen voranzutreiben. Dazu ist es, auch gem. dem Gutachten, erforderlich deutlich mehr Assistenzkräfte auszubilden als bisher. Dies wird uns in Kooperation mit der BBSen auch gut gelingen.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

## Nr. 7 - CDA LV Niedersachsen

### Zukunft der niedersächsischen Krankenhäuser – Investitionen des Landes und der Kommunen in die bürgernahe, qualitätsgerechte dezentrale niedersächsische Krankenhauslandschaft in Trägervielfalt kräftig anheben.

**Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen fordert Landesregierung und Niedersächsischen Landtag auf, die Krankenhausinvestitionen im aktuellen Landeshaushalt und in den Folgejahren auf ein bedarfsgerechtes Niveau anzuheben und zu diesem Zweck

- die allgemeinen Krankenhausbaumittel (Einzelförderung gemäß §§ 9 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz, 6 Niedersächsisches Krankenhausgesetz) von zurzeit 120 Millionen Euro auf 240 Millionen Euro jährlich zu verdoppeln, die allen Krankenhäusern in Niedersachsen

sen außerhalb der Strukturfonds I- III zugute kommen,

- die Pauschalmittel für die Plankrankenhäuser (§ 9 Abs. 3 Krankenhausfinanzierungsgesetz, 7 Niedersächsisches Krankenhausgesetz) von zurzeit 110 Millionen Euro jährlich kräftig zu erhöhen, auch um die Digitalisierung in den niedersächsischen Krankenhäusern voranzutreiben.

- die Landesmittel zur Gegenfinanzierung des Strukturfonds III (Konjunkturprogramm des Bundes Juni 2020) bereitzustellen.

**Begründung:**

Die bisher erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die bürgernahe qualitätsgerechte dezentrale niedersächsische Krankenhauslandschaft in Trägervielfalt erhalten und fortentwickelt werden muss. Zur Sicherung und Verbesserung der Qualität liegen in Niedersachsen Investitionsanträge der Krankenhäuser in Höhe von rund 2 Milliarden Euro vor (Prioritätenliste) vor. Für die Jahre 2019 bis 2022 stehen ihnen aber Investitionsmittel des Landes und der Kommunen und Strukturfondsmittel II in Höhe von nur 1 Milliarde Euro gegenüber.

Der jährliche Investitionsbedarf beträgt nach fachlich unbestrittenen Investitionsbewertungsrelationen 8 % des Umsatzes. Auch dies zugrunde gelegt beträgt der jährliche Investitionsbedarf rund 550 Millionen Euro in Niedersachsen.

Auch der bisher erreichte Diskussionsstand der Enquete Kommission des Niedersächsischen Landtages „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung – für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“ geht in Richtung einer dauerhaften Erhöhung der jährlichen Investitionsmittel.

**Votum der Antragskommission:**

Verweis an die Landtagsfraktion

## Nr. 8 - Frauen Union LV Niedersachsen

### Priorisierung bei Einführung eines Impfstoffes gegen SARS-CoV-2

**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU in Niedersachsen wird auf allen parlamentarischen Ebenen bei der Einführung eines SARS-CoV-2 Impfstoffes eine Priorisierung der zu impfenden Personen unterstützen.

**Begründung:**

Besonders gefährdete Personen sollen einen bevorzugten Zugang zur Impfung mit einem SARS-CoV-2 Impfstoff erhalten. Hierbei müssen auch Beschäftigte in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen als bevorzugter Personenkreis berücksichtigt werden.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

Die CDU in Niedersachsen unterstützt die Empfehlung der Ständigen Impfkommission des Bundesgesundheitsministeriums für eine Strategie zur Priorisierung der zu impfenden Personen.

## **Nr. 9 - Junge Union LV Niedersachsen Anerkennung von ausgewählten Krebsarten als Berufskrankheit und Leistungserbringungen für gesetzlich Unfallversicherte, bei Einsatzkräften von Feuerwehren und Rettungsdiensten**

**Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, Rettungskräfte künftig über das Arbeitsschutzgesetz besser vor tätigkeitsbedingten Krankheiten wie Covid-19, speziellen Krebserkrankungen oder PTBS zu schützen, sofern ein Zusammenhang zwischen Beruf und Erkrankung wissenschaftlich begründet ist.

Im Falle einer Krebserkrankung sollte diese entsprechend unbürokratisch, pauschal und mit allen charakteristischen Merkmalen einer Berufskrankheit als solche anerkannt werden. Als Vorlage hierfür kann ein bereits in Kanada existierendes Gesetz zur Entschädigung von Feuerwehreinsatzkräften dienen, in dem seit 2003 insgesamt 17 Krebsarten als berufsbedingt anerkannt werden. Ferner sollte Krebs in die Liste der Berufskrankheiten der Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen aufgenommen werden.

Darüber hinaus soll sich das Land Niedersachsen bei der Bundesregierung und im Bundesrat auf Grundlage von § 9 Absatz 1 S.1 Sozialgesetzbuch (SGB) VII für die Aufnahme ausgewählter Krebsarten bei Feuerwehreinsatzkräften in die Berufskrankheiten-Verordnung (BKV), einsetzen.

**Begründung:**

Der abwehrende Brandschutz in Deutschland ist zusätzlich zu den Berufs- und Werkfeuerwehren zu einem großen Teil auf ehrenamtliche Einsatzkräfte angewiesen. Diese sind durch ihre Tätigkeiten nachweislich einem erhöhten Krebsrisiko ausgesetzt. Berufskrankheiten sind Erkrankungen, die durch berufliche Tätigkeit verursacht und anerkannt werden. In der Regel werden Berufskrankheiten durch gesundheitsschädliche Einwirkungen ausgelöst, die an ihrem Arbeitsplatz oder während ihrer Tätigkeit erhöht auftreten.

Seit dem Vorliegen dieser Erkenntnisse hat sich im Löschwesen bei der Prävention viel geändert: Um-luft-unabhängige Atemschutzgeräte und persönliche Schutzausrüstung (PSA) wurden beschafft, ebenso die gesetzliche Verpflichtung zur Dokumentation bei Arbeiten mit krebserregenden Gefahrstoffen in ein

Expositionsverzeichnis geschaffen. Jedoch hat sich im Bereich Nachsorge wenig geändert: in der Folge von erhöhten Expositionen von Brandrauch können verschiedenen artige Krebsarten auftreten. Diese werden jedoch von den Feuerwehr-Unfallkasse nicht als Berufskrankheit anerkannt. Dabei wurde bereits in mehreren internationalen Studien nachgewiesen, dass Mitglieder von Feuerwehren einem deutlich erhöhten Krebsrisiko ausgesetzt sind. In allen Studien wurde ein direkter Zusammenhang zwischen Brandbekämpfung und einem signifikant erhöhtem Krebsrisiko nachgewiesen werden. Bereits 2006 hat die IARC (International Agency of Research on Cancer-WHO) Brandrauch als möglicherweise krebserregend eingestuft.

Weitere Studien, in denen über einen langen Zeitraum (bis zu 30 Jahren) mehrere Tausend Feuerwehrleute betrachtet wurden, zeigen auffällig häufig signifikant erhöhte Vorkommen von bestimmten Krebsarten, wie z. B. Hautkrebs, Prostatakrebs, Hodenkrebs oder der Non-Hodgkin-Lymphome (bösartige Erkrankungen des lymphatischen Systems, die mit einer Entartung der weißen Blutkörperchen einhergehen). Dies ist wenig verwunderlich, da gerade bei älteren Gebäuden auch noch Asbest verbaut wurde, welches bei einem Feuerwehreinsatz freigesetzt werden kann. Zu sehen war dies auch 2020 bei einem Großbrand im Industriehafen Bremen-Gröpelingen. Tests bei den dortigen Einsatzkräften hatten ergeben, dass die gesamte Einsatzkleidung und die eingesetzten Fahrzeuge mit Asbest kontaminiert wurden.

Trotz der erhöhten Belastung und den nachweislich erhöhten Krebszahlen der zum Großteil ehrenamtlichen Helfer, wurde Krebs nicht als Berufskrankheit anerkannt. Im Gegensatz zu Schäden durch Arbeitsunfälle entstehen Berufskrankheiten meistens erst nach einer längeren Zeit. Unter Umständen erkranken Betroffene erst Jahre nachdem Sie gesundheitsgefährdenden Einflüssen an Ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt waren. Dass die Auswirkungen nicht immer direkt erkennbar sind, macht es den Betroffenen häufig schwer, die Ursache einer Berufserkrankung nachzuweisen.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, Einsatzkräfte von Feuerwehren und Rettungsdiensten künftig noch besser vor tätigkeitsbedingten Krankheiten, wie COVID-19, speziellen Krebserkrankungen oder PTBS, zu schützen.

## Nr. 10 - Junge Union LV Niedersachsen Blutspenden homosexueller Personen erlauben!

### Antrag:

Die CDU Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, dass homosexuellen Personen eine Blutspende in gleichem Maße erlaubt wird, wie heterosexuellen Personen. Die Pflicht, 12 Monate vor der Blutabnahme nachweislich keinen Sexualverkehr mehr gehabt zu haben, soll abgeschafft werden.

### Begründung:

Noch immer werden homosexuelle Menschen bei der Blutspende diskriminiert. Sie dürfen nur dann Blut spenden, wenn sie vor der Blutspende nachweislich 12 Monate lang keinen Sexualverkehr gehabt haben. Damit wird noch heute Homosexualität mit Geschlechtskrankheiten, insbesondere HIV, verknüpft. Dass sexuell risikoreiches Verhalten sowohl bei homosexuellen als auch heterosexuellen Menschen auftritt, dürfte längst unbestritten sein. Es ist deshalb an der Zeit, dieses von veraltetem Verständnis geprägte Verbot zu kippen und Homosexuellen uneingeschränkten Zugang zur Blutspende zu gewähren. Dies umso mehr, da Blutspenden heutzutage mehr denn je benötigt werden.

### Votum der Antragskommission:

Annahme

## Nr. 11 - Junge Union LV Niedersachsen Gesundheitspolitische Daseinsfürsorge auch zukünftig gewährleisten

### Antrag:

Die CDU Niedersachsen fordert die niedersächsische Landesregierung dazu auf, das Gespräch mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen zu suchen, um die Zuschnitte der Ärzteversorgungsbereiche in ländlichen Gebieten gemeinsam zu reevaluieren. Dadurch kann die Verteilung von Ärzten effizienter an die speziellen ländlichen Herausforderungen angepasst werden.

### Begründung:

In vielen ländlichen Gebieten finden Patienten kaum noch einen Arzt für ihre Beschwerden oder erhalten keinen zeitnahen Termin. Durch die von der kassenärztlichen Vereinigung beschlossene Verteilung der Versorgungsbereiche steht dem Mangel im ländlichen Raum ein „Überfluss“ an Ärzten in den städtischen Gebieten gegenüber. Dies zeigt die schlechte Aufteilung der ärztlichen Versorgungsbereiche. Dieser muss dringend verbessert werden, da vor allem Teile der älteren Landbevölkerung nicht ohne weiteres für einen Arzttermin in die Städte fahren können.

### Votum der Antragskommission:

Annahme

## Nr. 12 - Junge Union LV Niedersachsen Rauchverbot im Auto

### Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, das Rauchen in Autos in Anwesenheit von Kindern zu verbieten. Ein solches Verbot ist in vielen anderen europäischen Ländern, wie Österreich und Frankreich, bereits eingeführt und auch in Deutschland überfällig, um Kinder und Jugendliche zu schützen.

### Begründung:

Aktives und passives Rauchen kann Gesundheitsschäden hervorrufen - das ist hinlänglich bekannt. Studien des Deutschen Krebsforschungszentrums zeigen, dass sich in einem Auto auch bei geöffnetem Fenster genauso viel Rauch ansammelt, wie in einer „Raucherkneipe“. Bei nicht geöffnetem Fenster ist die Konzentration sogar fünf Mal so hoch.

Kinder atmen schneller, wodurch mehr Schadstoffe, auch beim passiven Rauchen, in ihren Körper gelangen. Gesundheitliche Langzeitfolgen, wie beispielsweise Krebs oder Asthma, können die Folge sein. Bei Schwangerschaften können diese hohen Konzentrationen ebenfalls gesundheitliche Auswirkungen auf das ungeborene Kind haben.

### Votum der Antragskommission:

Annahme

## Nr. 13 - CDA LV Niedersachsen Erhöhung des Bundes-Sondervermögens zur Realisierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen

### Antrag:

Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU in Niedersachsen erwartet von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sich für die Erhöhung des Bundes-Sondervermögens zur Realisierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen auf 5 Mrd. Euro einzusetzen und zusätzlich weitere Mittel für die laufenden Kosten vorzusehen, die sich an der Finanzierung der Kindertagesstätten orientiert, aber berücksichtigt, dass die Grundschule vier Jahre umfasst.

### Begründung:

Das Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ (Ganztagsfinanzierungsgesetz – GaFG) befindet sich nach wie vor in der parlamentarischen Beratung. Mit Bundesmitteln sollen die Grundschulen eine Anschubfinanzierung erhalten, den ab 2025 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung umzusetzen.

In diesem Gesetz war ursprünglich ein Sondervermögen in Höhe von 2 Mrd. Euro vorgesehen, dass mittlerweile auf 3,5 Mrd. Euro angehoben werden soll

Die Zahlen vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) zeigen für den Ausbau Investitionskosten von 7,5 Milliarden Euro auf. Wenn der Bund hiervon 2/3 trägt und die Länder 1/3, wäre dies eine gerechte Verteilung der Belastungen. Daher fordern wir die Aufstockung des Bundes-Sondervermögens auf ebendiese Summe. Hinzukommen muss aber noch ein Betrag der 1/3 über den Zahlungen des Bundes an die Kommunen für laufende Kosten zur Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen KITA-Platz liegt.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

Die CDU in Niedersachsen begrüßt die 3,5 Mrd. EUR für den Ganztagsanspruch in der Grundschule. Die CDU unterstützt die Überlegungen zur Übernahme von Betriebskosten, da die Kommunen nicht weiter belastet werden sollen. Die CDU fordert das Niedersächsische Kultusministerium auf, sich bereits heute auf den zukünftigen Personalbedarf einzustellen.

## Nr. 14 - Junge Union LV Niedersachsen Absetzbarkeit Homeoffice

**Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich für eine auf das Jahr 2020 begrenzte und ab dem 01. Januar 2020 rückwirkend geltende Anrechenbarkeit von, insbesondere durch die Corona-Pandemie verursachten, Arbeitszeiten und den dadurch entstandenen Kosten im Homeoffice für alle Arbeitnehmer ein.

Hierzu wäre die Anerkennung von Homeoffice-Zeiten in Form einer Pauschale von 100 Euro pro Monat und Arbeitnehmer, auch ohne separates Arbeitszimmer zu Hause, wie sie etwa der Bund der Steuerzahler fordert, eine unbürokratische und pragmatische Option. Als Nachweis der Homeoffice-Zeiten soll eine entsprechende Bescheinigung des Arbeitgebers genügen.

**Begründung:**

Bisher sind Homeoffice-Zeiten lediglich bei Vorhandensein eines separaten Arbeitszimmers und/oder mit einem hohen bürokratischen Aufwand durch das Einreichen von Rechnungen absetzbar. In der Corona-Pandemie haben jedoch gerade die Arbeitnehmer, die im Homeoffice gearbeitet und dafür Wohnbereiche wie zum Beispiel den Esstisch umfunktioniert haben, Brachen und Betriebe am Leben gehalten, welche ohne diese Möglichkeit hätten schließen müssen. Die Arbeitszeit wurde dabei nicht freiwillig zu Hause verbracht, sondern durch die Corona-Pandemie und damit verbundene Beschränkungen und Gefahren erzwungen. Dadurch entstanden vielen Arbeitnehmern zusätzliche Kosten, zum Beispiel für Strom, Telekommunikation

oder Bürobedarf. Hier zahlen also Arbeitnehmer für ihren zusätzlichen Einsatz auch noch zusätzlich Geld. Es ist also nur fair, dass Arbeitnehmer für das Jahr 2020 analog der Nutzer separater Arbeitszimmer ihre Homeoffice-Zeiten unbürokratisch steuerlich absetzen können.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

## Nr. 15 - Junge Union LV Niedersachsen Senkung des Grunderwerbssteuersatzes auf 3,5 %

**Antrag:**

Die CDU Niedersachsen fordert die niedersächsische Landesregierung auf, den Grunderwerbssteuersatz in Niedersachsen zu senken. Dieser soll zukünftig wieder von 5,00 % auf den im Grunderwerbssteuergesetz (GrEStG) festgelegten Mindestwert von 3,50 % herabgesetzt werden.

**Begründung:**

In Deutschland besitzt etwas mehr als die Hälfte der Haushalte Wohneigentum. Damit liegt die Bundesrepublik weit unter dem Durchschnitt in der Europäischen Union. Beispielsweise haben laut einer Erhebung aus dem Jahre 2018 72,4 % der italienischen und jeweils 65,1 % der britischen und französischen Haushalte ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung. Das Absenken der Grunderwerbssteuer wird als ein Anreizinstrument zur Förderung des Erwerbs von Wohneigentum gesehen. Sowohl in Bayern als auch in Sachsen gelten schon heute die 3,5 %.

Eigentum bringt nicht nur Steuervorteile, sondern ist ein wichtiger Bestandteil zur Vermögensvorsorge. Diese ist gerade während finanzieller Engpässe oder als Kapitalanlage für die eigene Pflege im Alter entscheidend.

Der Vorschlag, den Steuersatz der Grunderwerbssteuer herabzusetzen, hat noch eine weitere Ebene. Er nimmt eine stetige Steuererhöhung der letzten 20 Jahre zurück.

**Votum der Antragskommission:**

Verweis an die Landtagsfraktion

## Nr. 16 - KPV LV Niedersachsen Konjunkturprogramm zum Nulltarif aktiv politisch umsetzen

**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU in Niedersachsen begrüßt die im Frühsommer dieses Jahres vorgestellten Vorschläge des Nationalen Normenkontrollrates für ein „Konjunkturprogramm zum Nulltarif“ als einen wichtigen Beitrag zur Entbüro-

## Landesparteitag 2021

kritisierung, der gleichzeitig entscheidende konjunkturelle Impulse auslösen kann.

Die CDU-Bundestagsfraktion und die CDU-Landtagsfraktion werden gebeten, die Vorschläge im Einzelnen innerhalb der jeweiligen Zuständigkeit zu prüfen und entsprechende parlamentarische Initiativen zur zielgerichteten Umsetzung zu ergreifen.

### **Begründung:**

Der Nationale Normenkontrollrat als unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung prüft die transparente und nachvollziehbare Darstellung der Bürokratiekosten aus Informationspflichten und seit 2011 die gesamten Folgekosten in allen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen der Bundesregierung.

Ende Mai hat dieses Gremium anlässlich der vielfachen Auswirkungen durch die Corona-Pandemie mit zehn Vorschlägen zu weniger Bürokratie, mehr Liquidität sowie schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren zu Wort gemeldet.

Neben vielfältigen staatlich stützenden Maßnahmen für unterschiedlichste Wirtschaftsbereiche und Bevölkerungsgruppen ist es unseres Erachtens sinnvoll, gerade in Krisenzeiten wirtschaftliches Handeln auf allen Ebenen wieder stärker zu ermöglichen und damit die Kraft der Marktwirtschaft zu nutzen. Die nachfolgend wiedergegebenen Vorschläge des Nationalen Normenkontrollrates sollten daher noch stärker Eingang in die praktische Politik der Union in den Parlamenten finden und aktiv vorangetrieben werden.

Nachfolgend die Vorschläge des Normenkontrollrates im Wortlaut:

### **„Konjunkturprogramm zum Nulltarif**

Vorschläge zu weniger Bürokratie, mehr Liquidität sowie schnelleren Planungs- und

Genehmigungsverfahren

Die Corona-Pandemie betrifft nahezu alle Lebensbereiche. Um eine Erholung der Wirtschaft möglichst schnell zu erreichen, gilt es, die eigenen Anstrengungen der Unternehmen wirksam und nachhaltig zu unterstützen. Dabei sind die Stärkung der Liquidität und der Abbau unnötiger Bürokratie verlässliche Garanten, dass Unternehmen aus eigener Kraft besser durch die Krise kommen. Vor allem: Mehr Liquidität und weniger Bürokratie lassen sich erreichen, ohne dass Bund, Länder oder der Steuerzahler dafür zur Kasse gebeten werden – ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif! Gleiches gilt für eine nachhaltige Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Darüber hinaus empfiehlt der Nationale Normenkontrollrat, die Vielzahl der Beauftragten und ihre Aufgaben gerade unter dem Blickwinkel der erheblichen Belastung für kleine und mittlere Unternehmen zu überprüfen und besser aufeinander abzustimmen.

Vorschläge im Einzelnen:

D.30

### **Mehr Liquidität für Unternehmen**

1. Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern verbessern: Dazu sollte die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter und die Grenze für die Poolabschreibung auf 1.000 bzw. 1.500 Euro angehoben werden. Dieses würde die Unternehmen spürbar von Bürokratie entlasten und erhebliche zusätzliche Liquidität bereitstellen.

2. Option zur Ist-Besteuerung erweitern: Unternehmen haben deutlich mehr Liquidität zur Verfügung, wenn sie die Umsatzsteuer erst dann abführen müssen, nachdem der Kunde die Rechnung bezahlt hat und nicht schon dann, wenn die Rechnung zwar gestellt, aber die Zahlung des Kunden noch aussteht. Die derzeitige Umsatzgrenze von 600.000 Euro, bis zu der die Unternehmen die sog. Ist-Besteuerung nutzen können, sollte daher auf 800.000 Euro angehoben werden. Siehe hierzu auch Punkt 6. Beide Maßnahmen erhöhen die Liquidität in diesem Jahr in Milliardenhöhe, insbesondere bei hunderttausenden kleineren Unternehmen. Gleichzeitig geht dem Finanzminister kein Geld verloren, die Steuereinnahmen verzögern sich lediglich.

### **Bürokratieabbau**

3. Moratorium für zusätzliche Belastungen der Unternehmen, d.h. bis Ende 2021 keine neuen Informationspflichten durch gesetzliche Regelungen für Unternehmen; darüberhinausgehender Erfüllungsaufwand erfordert eine gesonderte Begründung, wenn die Regelung vor Ende 2021 wirksam wird. Belastungen für Unternehmen aus bereits beschlossenen gesetzlichen Regelungen, die noch nicht in Kraft getreten sind (z.B. Einführung besonderer Registrierkassen), werden durch einen Kabinettsausschuss überprüft. Wenn möglich, werden belastende Regelungen nicht vor Ende 2021 wirksam.

4. Anhebung der Besteuerungsgrenze für Körperschafts- und Gewerbesteuerpflicht für kleine Vereine auf einheitlich 50.000 Euro: Gemeinnützige Vereine können die in 2020 nicht in Anspruch genommenen körperschafts- und gewerbesteuerlichen Freigrenzen/Freibeträge auf die nächsten drei Kalenderjahre zusätzlich zu den jährlichen Beträgen verteilen.

5. Verkürzung der handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen von 10 Jahre auf 5 Jahre (Stufenweise 2021 auf 8 Jahre, 2024 auf 6 Jahre, 2025 auf 5 Jahre): Dies schafft für die Unternehmen neben mehr Platz im Büro auch längerfristig zusätzlichen finanziellen Spielraum von über 3 Mrd. Euro.

6. Anhebung der handels- und steuerrechtlichen Umsatzgrenze zur Buchführungspflicht sowie der Grenze für die Erstellung von Lagebericht und Anhang bei Kapitalgesellschaften von 600.000 Euro auf 800.000 Euro. Anhebung der Gewinngrenze für Gewerbebetrieb und Betriebe der Land- und Forstwirtschaft von 60.000 Euro auf 80.000 Euro. Analog dazu sollten die Grenzen für

Kleinstkapitalgesellschaften und kleine Kapitalgesellschaften, ab denen ein Anhang oder ein Lagebericht zu erstellen ist, deutlich angehoben werden. Siehe hierzu auch Punkt 2.

7. Anhebung der Grenze zur Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen: Die Grenzen zur Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen sollten von 1.000 auf 1.500 Euro für die vierteljährliche Voranmeldung und von 7.500 auf 9.000 Euro für die monatliche Voranmeldung erhöht werden. Die Anpassung hätte zur Folge, dass vor allem kleine Unternehmen keine bzw. weniger häufig Umsatzsteuervoranmeldungen durchführen müssten.

Planungs- und Genehmigungsverfahren

8. Entfristung des Planungssicherungsgesetzes: Das Planungssicherungsgesetz gilt nur für Planungs- und Genehmigungsverfahren, die bis zum 31.03.2021 bekannt gemacht werden. Neben der Möglichkeit der Bekanntmachung im Internet können auch Unterlagen dort veröffentlicht werden, statt sie auszulegen. Zudem kann auch ein physischer Erörterungstermin durch eine Online-Konsultation ersetzt werden, nicht zuletzt aufgrund der regelmäßig damit verbundenen hohen Kosten. Die durch das Planungssicherungsgesetz eröffnete Alternative sollte dauerhaft sein.

9. Digitalisierung von Behördenakten in Genehmigungsverfahren: Analog zu den teilweise schon möglichen online Baugenehmigungsverfahren sollten Behördenakten in Genehmigungsverfahren zwingend digital geführt werden. Dies führt zu einem parallelen und zeitunabhängigen Zugriff aller beteiligten Behörden und ermöglicht gleichzeitig eine stets aktuelle Übersicht zum Verfahrensstand. Auch das dürfte zur Beschleunigung der Verfahren beitragen.

10. Gerichtsverfahren über Infrastrukturvorhaben beschleunigen - frühen ersten Termin festlegen:

Die Durchführung eines frühen ersten Termins nach Klagebegründung und Erwiderung hat sich seit Jahrzehnten in der Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit als Mittel zur gütlichen Einigung bewährt. Die Einführung eines obligatorischen frühen ersten Erörterungstermins in Verwaltungsgerichten würde dazu führen, dass der Berichterstatter im Gericht einen Verfahrensfahrplan frühzeitig mit den Beteiligten erörtert. Damit wird der weitere Vortrag auf die entscheidungserheblichen Fragen gelenkt.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

## Nr. 17 - LV Oldenburg

### Geringere Finanzausgleichszahlungen für Kommunen

**Antrag:**

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch entsprechende Änderungen im Finanzausgleich dafür zu sorgen, dass Ausgleichszahlungen für finanzstärkere Kommunen reduziert werden.

**Begründung:**

Grundsätzlich sind finanzstärkere Kommunen dazu bereit, im Sinne der Solidarität Finanzausgleichszahlungen zu leisten, um gleichwertige Lebensverhältnisse im Land sicherzustellen. Die Höhe der Ausgleichszahlungen haben aber mittlerweile ein Ausmaß erreicht, dass den Kommunen den Anreiz für Steigerung der Wertschöpfung z.B. durch Ausweisung neuer Gewerbegebiete etc. weitgehend nimmt.

Von den erzielten Gewerbesteuereinnahmen verbleibt nur ein kleiner Teil bei der jeweiligen Kommune. Niedrige Gewerbesteuereinnahmen werden nahezu vollständig durch höhere Finanzausgleichszahlungen ausgeglichen. Zudem sind finanzstärkere Kommunen bei Förderprogrammen oftmals benachteiligt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum sich Kommunen überhaupt noch für die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten und damit verbundener Schaffung von verkehrlicher Infrastruktur einsetzen sollten, wenn sich diese Investitionen (und die damit oftmals einhergehenden langwierigen politischen Entscheidungsprozesse) im Ergebnis kaum noch lohnen. Da das Land Niedersachsen aber auch zukünftig auf leistungsstarke Kommunen angewiesen ist, sollte hier eine Entlastung erfolgen.

**Ergänzung:**

Modellrechnungen ergeben, dass einer Gemeinde im Landkreis Vechta bei 35 % Kreisumlage und einem Gewerbesteuerhebesatz von 330 v.H. von 100 € zusätzlicher Gewerbesteuer-Isteinnahme 2020 weniger als 7 % effektiv vor Ort verbleiben.

11 € gehen als Kreisumlage an den Landkreis (dem seinerseits der größte Teil wiederum im Finanzausgleichssystem angerechnet wird), 11 € werden als Gewerbesteuerumlage in das Finanzausgleichssystem gezahlt und um 71 € fallen die Schlüsselzuweisungen wegen der erhöhten Einnahmen geringer aus.

Die ersten 307 Hebesatzpunkte der Gewerbesteuer werden derzeit landesweit faktisch „weggesteuert“.

Die hohe Absicherung der Kommunen über das Finanzausgleichssystem (§ 4 Abs. 4 NFAG garantiert ihnen 75 % des Differenzbetrages zur sog. Bedarfsmesszahl, die sich aus der Verteilung der gesamten FAG-Masse ergibt) wirkt dadurch langfristig volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Das Land sollte prüfen, über welche

## Landesparteitag 2021

Stellschrauben ein größerer Selbstbehalt der Kommunen an ihren Einnahmen erreicht werden kann.

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch entsprechende Änderungen im Finanzausgleich dafür zu sorgen, dass Ausgleichszahlungen für finanzstärkere Kommunen reduziert werden.

## **Nr. 18 - LV Oldenburg Interkommunale Gewerbegebiete fördern und stärken**

### **Antrag:**

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,

a) aktiv die Realisierung neuer interkommunaler Gewerbegebiete mit

20% der förderfähigen Kosten bei zwei Kommunen,  
30% der förderfähigen Kosten bei drei Kommunen und  
40% der förderfähigen Kosten ab vier Kommunen  
zu fördern und

b) die bedarfsorientierte Weiterentwicklung bestehender interkommunaler Gewerbegebiete mit 25% der förderfähigen Kosten zu fördern und stärken.

### **Begründung:**

Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiete haben sich seit den 1990er Jahren als Kooperationsform bewährt. Im Vergleich zu kommunalen Gebieten weisen sie vielfältige Synergien auf. Sie ...

verstärken ihre Bedeutung im Rahmen (über-)regionaler Planung (LROP)

sorgen dank Größe für bessere Förderfähigkeit

optimieren den Flächenverbrauch

bündeln Verkehrsflüsse

konzentrieren Emissionen

separieren Arbeiten und Wohnen

bieten Berufsperspektiven in Breite und Tiefe

ermöglichen Mehrwerte für (potenzielle) Beschäftigte (Kita-Kooperation, Qualifizierungen,...)

erzeugen Aufmerksamkeit auf Arbeitsmarkt („Magnetwirkung Fachkräfte“)

schaffen mehr Aufmerksamkeit und erleichtern das Marketing

steigern die überregionale Bekanntheit

erleichtern die Identifikation von Ansprechpartnern

konzentrieren Verhandlungsmacht gegenüber Investoren

vergrößern Investitionsvolumen („mehrere Schultern“)

stärken das regionale Akteursnetzwerk

entlasten Kommunalverwaltungen

fördern Identifikation seitens der Stakeholder und der Shareholder

erfordern das Bekenntnis einer Region zur Interkommunalität

(„ein Leuchtturm statt vieler Kirchtürme“)

### **Votum der Antragskommission:**

Verweis an die Landtagsfraktion

## **Nr. 19 - MIT LV Niedersachsen Steuerliche Zinsen auf marktübliches Niveau senken**

### **Antrag:**

Der Landesvorstand der Niedersachsen-CDU wird aufgefordert, auf dem kommenden CDU-Bundesparteitag einen Antrag einzubringen, wonach die steuerlichen Zinssätze ab sofort auf ein marktübliches Niveau zu reduzieren sind.

### **Begründung:**

Eine Reihe steuerlicher Zinssätze fallen in den Kompetenzbereich des Bundes.

Das Steuerrecht gibt feste Zinssätze vor, während im Handelsrecht die Marktzinsen berücksichtigt werden.

Der aktuelle Zinssatz für Nachzahlungszinsen liegt mit 6 % deutlich über dem marktüblichen Niveau und stellt für Unternehmen eine besondere Belastung.

Der Zins muss selbst dann gezahlt werden, wenn die Steuerzahler\*innen gar keine Schuld an der verspäteten Steuerzahlung trifft. Dies kann etwa der Fall sein, wenn das Finanzamt die Steuererklärung nicht schnell genug bearbeitet, Unterlagen anderer Ämter noch nicht vorliegen oder nach einer langjährigen Betriebsprüfung Steuernachzahlungen festgesetzt werden.

Das eigentliche Ziel der Regelung ist, Zinsvorteile abzuschöpfen, die durch die verspätete Entrichtung der Steuerschuld erlangt wurden. Voraussetzung wäre, dass ein entsprechender Vorteil gegeben wäre, dies ist aufgrund der Niedrigzinsphase kaum möglich.

Der marktüblich Effektivzinssatz für Kredite lag 2007 bei ca. 5 %, 2011 bei 3 %, sank 2014 auf unter 2% und beträgt aktuell knapp über 1 %. Prognosen zufolge wird er sich in den nächsten 10 Jahren auch nicht wieder erhöhen. Eine noch drastischer Negativentwicklung zeigt sich beim Realzins, der aktuell bereits im Minus liegt.

Nicht nur der hohe Zinssatz belastet Unternehmen (Steuerzahler\*innen), sondern auch die unterschiedliche Behandlung von Erstattungs- und Nachzahlungszinsen: Erstattet das Finanzamt Zinsen, so müssen diese Zinsen als Kapitalertrag versteuert werden.



Zinszahlungen an das Finanzamt können bei der Steuer nirgendwo abgesetzt werden.

Aufgrund der bereits seit Jahren gegebenen und in der Zukunft andauernden Niedrigzinsphase ist ein sofortiges Handeln erforderlich.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

durch entsprechende Änderungen im Finanzausgleich einen Anreiz zu schaffen, dass Ausgleichszahlungen für finanzstärkere Kommunen reduziert werden.

## Nr. 20 - Frauen Union LV Niedersachsen Einführung einer Schiedsstelle

**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Landtagsfraktion wird gebeten, zu überprüfen, inwieweit es nötig ist, eine Schiedsstelle einzurichten, die bei Nichteinigung zweier zuständiger Institutionen für die Durchführung und Umsetzung von Hygienevorschriften in Zeiten einer Pandemie, kurzfristig eine verbindliche Entscheidung treffen kann und deren Entscheidung dann sofort umzusetzen ist.

**Begründung:**

Es ist denkbar, dass während einer Pandemie unterschiedliche Einrichtungen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten einen gemeinsamen Weg einer Problemlösung anstreben müssen. Als Beispiel sei hier der Schulbeginn ( Uhrzeit ) und die Schülerbeförderung ( Anzahl der Busse ) genannt. Um die Zahl der Beförderungen in den Bussen zu verringern ist es denkbar, den Unterrichtsbeginn zu staffeln oder eine höhere Anzahl von Bussen einzusetzen. Für die Organisation der Schule ist die Schulleitung, für die Beförderung der Schülerinnen und Schüler die Kommune zuständig. Im Falle einer Nichteinigung sollte die Entscheidung einer hierfür vorgesehenen Schiedsstelle übergeben werden. Die Entscheidung der Schiedsstelle ersetzt dann die Einigung der beiden Verhandlungspartner.

**Votum der Antragskommission:**

Ablehnung

## Nr. 21 - Frauen Union LV Niedersachsen Sexkauf verbieten – Nordisches Modell einführen

**Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, zeitnah einen Gesetzesentwurf in Anlehnung an das „Nordische Modell“ vorzulegen, der folgende Punkte umfasst:

Sexkauf von Freiern ist unter Strafe zu stellen

Der Zwang zur Prostitution ist stärker zu ahnden

Prostituierte bleiben straffrei

Es ist zu prüfen, wie besonders Schutzbedürftige (Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige) beim Sexkauf straffrei bleiben können, da in diesem Fall nicht von einem Abhängigkeitsverhältnis ausgegangen werden kann

Die gesetzlichen Änderungen sind durch Ausstiegsprogramme und berufliche Perspektiven für ausstiegswillige Prostituierte zu flankieren

Die Aufklärung an Schulen über Prostitution und Menschenhandel ist zu verstärken

**Begründung:**

Das Prostitutionsgesetz von 2001 hat keine grundlegende Verbesserung der Situation der Prostituierten bewirkt.

Die Sittenwidrigkeit abzuschaffen, Prostitution zu einem normalen Beruf mit Zugang zu den Sozialversicherungen zu machen, so Frauen aus der Stigmatisierung zu holen und sich auf die Strafverfolgung der Ausbeutung der Prostitution zu konzentrieren, hat das Elend vieler Prostituierten nicht verhindert. Auch die jüngsten Bemühungen, offenkundige Missstände zu beseitigen, blieben weitgehend fruchtlos:

Die 2016 beschlossenen Maßnahmen des Prostituiertenschutzgesetzes konnten keine grundlegende Veränderung bewirken. Weitergehende Forderungen der Union, wie etwa regelmäßige Gesundheitstests und eine Altersgrenze von 21 Jahren, fanden keinen Eingang ins Gesetz.

Mit Ausnahme sehr weniger Frauen, die angeben, freiwillig und ohne äußere Zwänge Prostitution als Beruf gewählt zu haben, leidet die übergroße Mehrheit der Frauen, die aus Armut, Verzweiflung oder durch Kriminalität zur Prostitution gezwungen werden, ihr Leben lang. Viele tragen schwerwiegende psychische und körperliche Schäden davon. Sozial sind und werden sie stigmatisiert.

Faktisch werden Frauen in der Prostitution von ihren Zuhältern und deren Hintermännern durch Zwang und Gewalt in sklavenähnlicher Abhängigkeit gehalten. Menschenhändler nutzen vor allem die Ost-Erweiterung der Europäischen Union sowie Armutsmigration aus Afrika, um Frauen unter falschen Versprechungen zu uns zu locken oder zu verschleppen und auszu-beuten. Auch wegen der Reformwege, welche die Nachbarländer Deutschlands gegangen sind, wurde Deutschland verstärkt zu einem Zielland von Prostitutions-tourismus und von Menschenhandel verbunden mit Zwangsprostitution.

Faktisch schützt Deutschland so die Berufsausübung von Bordellbetreibern, während die gesetzlichen Regelungen zugunsten von Prostituierten nicht greifen.

Schweden ist mit einem Verbot des Sexkaufs 1999 einen anderen Weg gegangen. 20 Jahre Erfahrung

## Landesparteitag 2021

belegen, dass das „Nordische Modell“ Wirkung zeigt. Nach Aussagen des schwedischen Sonderbotschafters für die Bekämpfung des Menschenhandels Per-Anders Sunesson sind Prostitution und Menschenhandel zurückgegangen. Die Einstellung der schwedischen Bevölkerung zur Prostitution hat sich verändert, Sexkauf ist in Schweden mittlerweile stigmatisiert. Der schwedische Markt für Menschenhandel ist quasi nicht mehr vorhanden. Seit 20 Jahren gab es in Schweden keinen Mord mehr an einer Prostituierten, d.h. auch die Gewalt ist in diesem Bereich eingedämmt worden. Auch wenn Prostitution nicht völlig verschwunden ist, ist sie doch sehr zurückgegangen. Diejenigen Frauen, die nach wie vor in der Prostitution arbeiten, sind nicht mehr schutzlos. Denn durch das Sexkaufverbot bei gleichzeitiger Straflosigkeit für die Prostituierten, haben sich die Machtverhältnisse verschoben: Prostituierte können im Falle gewalttätiger Freier oder Zuhälter die Polizei rufen, ohne selbst Sanktionen befürchten zu müssen.

Oberkriminalrat a.D. Helmut Sporer, der 17 Jahre das Augsburger Kommissariat „Organisierte Kriminalität“ leitete, schätzt, dass die Zahl der Prostituierten in Deutschland durch die Einführung des „Nordischen Modells“ um 80-90 Prozent zurückgehen würde, weil Deutschland dann für Zuhälter und Menschenhändler nicht mehr attraktiv wäre.

Weitere europäische Länder wie Norwegen, Island, Irland, Nordirland und Frankreich sind diesem Beispiel gefolgt. Das Europäische Parlament hat seinen Mitgliedsstaaten 2014 empfohlen, ein Sexkaufverbot einzuführen.

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

## **Nr. 22 - Junge Union LV Niedersachsen Schutz Minderjähriger auf Social-Media-Plattformen**

### **Antrag:**

Die CDU Niedersachsen fordert die niedersächsischen Abgeordneten der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion auf, den werblichen Einsatz von Minderjährigen auf Social-Media-Plattformen zu regeln, die Persönlichkeitsrechte der Kinder und Jugendlichen zu schützen und Missbrauch zu unterbinden. Die werbenden Unternehmen sind in die Haftung zu nehmen.

### **Begründung:**

Kinderbilder gehören nicht ins Internet. Seit Jahren kämpft die Polizei dagegen, dass Eltern Fotos ihrer Kinder - die vermeintlich harmlos sind - ins Internet stellen, wo sie für Missbrauch zugänglich sind. Inzwischen gibt es zudem einige Eltern, die ihre Kinder benutzen, um Werbung im Internet zu machen.

Nicht erst seitdem Oliver Pocher während der Coronapandemie auf Instagram sogenannte „Familienunter-

nehmen“ anprangerte, wächst das Bewusstsein für den Einsatz Minderjähriger zu Werbezwecken im Internet. Eltern, die den Beruf eines „Influencers“ ausüben, nutzen dabei ihre Kinder, um entweder Produkte besonders gut zu präsentieren (Kinderbilder geben mehr „Likes“) oder um Produkte für Kinder zu bewerben. Kindern im Kleinkindalter fällt dabei gar nicht auf, dass sie - je nach Influencer auch zu großen Teilen - den Familienunterhalt erwirtschaften und somit das wirtschaftliche Überleben der Familie sichern. Dabei werden Kinder in vielen Situationen gezeigt, um das Bild der „nahbaren Familie“ aufzuzeigen. Dabei ist inzwischen längst bekannt, dass mit den öffentlich zugänglichen Bildern von „Influencerkindern“ Schindluder getrieben wird und diese zum Teil im Darknet von Pädophilen bewertet werden. Trotz des Wissens kam es bisher nur bei wenigen Eltern zu einem Umdenken.

Kinder verdienen den Schutz der Gesellschaft. Eine systematische Missachtung ihrer Persönlichkeitsrechte durch ein ständiges Zurschaustellen vor (zehn-)tausenden Zuschauern im Internet bedeutet für die Kinder keinen Schutz. Dennoch kann man den Eltern, die die elterliche Sorge innehaben, nicht verbieten, ihre Kinder zu filmen und ins Internet zu stellen. Anzusetzen ist daher bei der Frage des Einsatzes von Kindern zu Werbezwecken. Diese Arbeit fällt durch das gesetzliche Schutzraster, da weder das Jugendarbeitsschutzgesetz noch andere Vorschriften greifen. Hier muss unseres Erachtens der Gesetzgeber dringend zum Schutz der Kinder tätig werden. Es gilt, feste Regelungen für den Einsatz von Kindern und Jugendlichen auf Social-Media-Plattformen zu formulieren. Wichtig ist dabei auch, dass die werbenden Unternehmen ebenfalls in die Haftung genommen werden.

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

## **Nr. 23 - Junge Union LV Niedersachsen Verbot religiöser Kleidung im Staatsdienst**

### **Antrag:**

Die CDU Niedersachsen fordert die niedersächsische Landesregierung auf, dass § 56 NBG (Niedersächsisches Beamten-gesetz) um einen Abs. 3 erweitert wird, der ein Verbot des Tragens von Kleidungsstücken, Symbolen oder anderen Merkmalen vorschreibt, die objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die Neutralität ihrer Amtsführung zu beeinträchtigen oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Frieden in der Zeit der Dienstausbübung zu gefährden. Dies soll analog zu § 45 Hessisches Beamten-gesetz geschehen.

### **Begründung:**

In Hessen wurde bereits mit § 45 HBG (Hessisches Beamten-gesetz) die Neutralitätspflicht für Beamte in das hessische Beamten-gesetz aufgenommen. § 45 HBG

lautet:

(1) Beamtinnen und Beamte haben sich im Dienst politisch, weltanschaulich und religiös neutral zu verhalten.

(2) Insbesondere dürfen sie Kleidungsstücke, Symbole oder andere Merkmale nicht tragen oder verwenden, die objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die Neutralität ihrer Amtsführung zu beeinträchtigen oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Frieden zu gefährden.

(3) Bei der Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 und 2 ist der christlich und humanistisch geprägten abendländischen Tradition des Landes Hessen angemessen Rechnung zu tragen.“

Das Bundesverfassungsgericht hat die Beschwerde einer ehemaligen Rechtsreferendarin muslimischen Glaubens gegen diese Norm abgewiesen und die Neutralitätsvorgaben des HBG für verfassungsgemäß erklärt. Das Urteil ist zu begrüßen, da gerade in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft die staatliche Ordnung mehr denn je Wert auf ihre weltanschauliche Neutralität legen sollte. Zudem sollte die verfassungsrechtliche Klärung Anlass sein, auch in Niedersachsen gesetzgeberisch tätig zu werden und politisch ein klares Signal zu setzen. Ähnliche Regeln wie in Hessen bestehen aktuell bereits in Berlin, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Gemäß Art. 3 Abs. 1 GG sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Deshalb muss der Staat neutral auftreten. Im Dienst für das Gemeinwesen kann ein Staatsdiener nicht jede Freiheit ausleben und muss nach außen eine weltanschauliche Neutralität wahren. Das Tragen religiöser Kleidung steht damit nicht im Einklang. Der Staat wäre nicht mehr glaubwürdig, wenn er äußerlich Partei ergreife.

Zudem darf nicht vergessen werden, dass der Staat auch integrieren soll. Indem er weltanschaulich neutral auftritt, verhält er sich offen für alle. Das Verbot ist keine Diskriminierung von angehenden Beamten und Beamtinnen, sondern wie etwa die Robe in der Justiz erinnert das Verbot jeden und jede daran, dass ein Beamter in staatlicher Funktion Freiheit und Gleichheit gewährleisten soll.

**Votum der Antragskommission:**  
Ablehnung

## **Nr. 24 - KPV LV Niedersachsen Geltende Vergaberegeln über den 31. März 2021 hinaus verlängern**

**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU in Niedersachsen fordert eine Verlängerung der derzeit geltenden Vergabeerleichterungen über den 31. März 2021 hinaus.

**Begründung:**

Das Vergaberecht soll einerseits das wirtschaftliche Handeln der öffentlichen Hände sicherstellen und dient andererseits der Korruptionsbekämpfung. Beide Funktionen sind wichtig und deshalb hat das Vergaberecht wichtige Funktionen im Handeln aller Auftraggeber.

Die Coronazeit hat aber bewiesen, dass es mit erheblich weniger bürokratischem Aufwand geht und die Funktionen dennoch gesichert waren. Deshalb sollten die Übergangsbestimmungen aus der Coronazeit in Dauerregelungen umgewandelt werden.

Bei einer Rückkehr zu den früheren deutlich aufwändigeren Vergaberegeln im Frühjahr nächsten Jahres ist absehbar, dass erhebliche Teile der beschlossenen wirtschaftsstützenden Investitionsmaßnahmen auf der kommunalen Ebene in Bildung, Mobilität, Klima, Ehrenamt usw. ihre Wirkung nicht entfalten können und leerlaufen.

Den Kommunen kann es nämlich nicht schnell genug gelingen, die sehr ambitionierten (und an sich richtigen) zeitlichen Vorstellungen zur Stabilisierung der Wirtschaft und Lösen inhaltlicher Herausforderungen mit dem früheren sehr komplizierten Vergaberecht zu erfüllen. Deshalb ist eine Verlängerung der geltenden Vergabeerleichterungen der einzige Weg, um regionale Investitionen in den Kommunen auszulösen.

**Votum der Antragskommission:**  
Erledigt (durch Leitantrag)

## **Nr. 25 - KPV LV Niedersachsen Schutz an offenen Gewässern verbessern – kommunale Verantwortungsträger nicht allein lassen**

**Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU-Landtagsfraktion wird gebeten die Fragen der Verkehrssicherungspflicht von Gemeinden sowie der zivil- und strafrechtlichen Verantwortung von Hauptverwaltungsbeamten sowie ehrenamtlichen Bürgermeister\*innen bezüglich offener Gewässer (Badestellen, Seen Löschteiche usw.) in ihrem Zuständigkeitsgebiet zu klären und soweit erforderlich, rechtliche Klarstellungen vorzunehmen.

**Begründung:**

Bei Kommunen, die eine öffentliche Badestelle eingerichtet haben oder betreiben, bestehen gerade vor dem Hintergrund aktueller Gerichtsurteile Rechtsunsicherheiten in Bezug auf die Frage, ob öffentliche Badestellen einer Beaufsichtigungspflicht unterliegen und in welchem Umfang die Kommunen für eine Badeaufsicht zu sorgen haben.

Die erforderlichen Sicherheits- und Rettungsvorkehrungen, zu denen auch eine Badeaufsicht gehören

## Landesparteitag 2021

kann, werden zum einen durch öffentlich-rechtliche Vorschriften zur Gefahrenabwehr, zum anderen durch zivilrechtliche Verkehrssicherungspflichten bestimmt. Den Umfang der aus § 823 BGB abgeleiteten Verkehrssicherungspflichten legt die Rechtsprechung einzelfallbezogen anhand der örtlichen Gegebenheiten der jeweiligen Badestelle fest.

Zwar hat die höchstrichterliche Rechtsprechung - soweit ersichtlich - bislang keine generelle Beaufsichtigungspflicht von kommunalen entgeltfreien Badestellen gefordert; dennoch sind Tendenzen eines zunehmend strenger werdenden Haftungsmaßstabes erkennbar. Auch ist bislang nicht darüber entschieden worden, inwieweit sich die Schaffung und Unterhaltung von Badeinfrastruktur auf die Verkehrssicherungspflichten auswirkt.

Die konkreten Anforderungen an die zivilrechtlichen Verkehrssicherungspflichten können nur vor Ort durch die verantwortlichen Akteure, falls erforderlich unter Einbeziehung von externen Fachleuten, sachgerecht festgelegt werden. Auch das Naturschutz- und Landschaftsrecht gibt den Kommunen keine Rechtssicherheit

Auch aus diesem Grunde hat das Land Schleswig-Holstein seinen Rechtsrahmen überarbeitet und ein Badesicherheitsgesetz beschlossen.

Daneben machen Gerichtsprozesse Schlagzeilen wo Wasserstellen in Dörfern oder auch Feuerlöschteiche Schauplatz von schlimmen Unglücksfällen werden und im Nachgang strafrechtlich gegen haupt- oder ehrenamtliche Kommunalpolitiker vorgegangen wird.

Damit die zuständigen Städte und Gemeinden unter Berücksichtigung der individuellen örtlichen Gegebenheiten die erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflichten besser beurteilen können, hat Schleswig-Holstein mit der Einführung von Legaldefinitionen Auslegungshilfen zur sachgerechten Entscheidungsfindung geschaffen. Darüber hinaus erfolgt eine Klarstellung im Landeswassergesetz, dass der Gemeingebrauch von natürlichen, oberirdischen Gewässern auf eigene Gefahr erfolgt. Soweit Badestellen nicht eingerichtet oder betrieben sind oder auf andere Weise für ein natürliches Gewässer der Badeverkehr eröffnet wurde, erfolgt die Benutzung, insbesondere zum Schwimmen und Baden, auf eigene Gefahr.

Auch in anderen Bundesländern wie Brandenburg wird über den Bedarf an rechtlichen Veränderungen diskutiert.

Wir halten es für erforderlich, dass auch für Niedersachsen Regeln und Handlungsanleitungen klarer als bisher gefasst werden, um den Schutz an offenen Gewässern zu verbessern und dabei gleichzeitig nicht die kommunalen Verantwortungsträger allein zu lassen.

### Votum der Antragskommission:

Annahme

D.36

## Nr. 26 - KPV LV Niedersachsen Zählverfahren zur Kommunalwahl 2021 verändern – d´Hondt statt Hare/Niemeyer

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU-Landtagsfraktion wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Auszählverfahren für die Mandatsverteilung in den kommunalen Gremien im Niedersächsischen Kommunalwahlgesetz sowie alle Verfahren zur Besetzung der unterschiedlichen Gremien und Funktionen im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz vom Verfahren Hare/Niemeyer auf das Verfahren nach d´Hondt angepasst werden.

Damit wird ein gerechteres Auszähl- bzw. Besetzungsverfahren für die kommunalen Vertretungen sowie die dann zu bildenden kommunalen Gremien geschaffen.

Die Änderung soll zur Sitzermittlung für die Kommunalwahl 2021 (nachzeitigem Stand September 2021) sowie zur Bildung der Vertretungen und seiner Organe und Gremien nach der Neukonstituierung (ab 1. November 2021) gelten.

### Begründung:

Die Frage des Zählverfahrens zur Kommunalwahl ist in den letzten Jahren hinreichend diskutiert worden. Bereits auf früheren Landesparteitagen hat sich die CDU Niedersachsen klar zum Auszählverfahren nach d´Hondt bekannt. Bisher ist eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Grundlagen noch nicht erfolgt. Dies muss jetzt zügig auf den Weg gebracht werden.

Das Zählverfahren Hare/Niemeyer führt zu einer ungerechten Wertung von Wählerstimmen, weil erfolglosere Wahlvorschläge in der Stimmengewichtung bevorteilt werden. Dies kann nicht im Interesse der Niedersächsischen Volkspartei CDU sein. Das bisherige Wahlverfahren benachteiligt kommunal Engagierte, die sich entscheiden, auf erfolgreicheren Listen anzutreten. Leistung muss sich lohnen, das sollte auch für die Besetzung von ehrenamtlichen Vertretungen gelten.

Hinzukommt, dass auch die Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen und Gremien durch klarere Verhältnisse gestärkt wird.

Weitere Begründung ggf. mündlich.

### Votum der Antragskommission:

Annahme

## Nr. 27 - KV Lüchow-Dannenberg Aufnahme einer „Experimentier-Klausel“ in das Niedersächsische Kommunalver- fassungsgesetz (NKomVG)

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen eine Experimentier-Klausel in das NKomVG (Erweiterung: §1 bis § 18, Grundlagen der Kommunalverfassung) aufzunehmen.

### Begründung:

Die kommunale Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gebietskörperschaften könnte in vielen Bereichen weiter ausgebaut werden.

Hierzu wird die Digitalisierung in den nächsten Jahren weitere Möglichkeiten schaffen. Leider werden diesen Veränderungsversuchen durch verschiedene rechtliche Einschränkungen Grenzen gesetzt (z. B. die Feststellung der Wirkungskreise, Aufgaben der Kommunalaufsicht, Datenschutzgrundverordnung, usw.).

Die Möglichkeit der Erprobung von gemeinsamen Aufgabenwahrnehmungen, z. B. von Gemeinden und Landkreisen, könnte dem Gesetzgeber Hinweise für mögliche zukünftige Gesetzesveränderungen geben. Gerade im ländlichen Raum ist es notwendig, durch den bestehenden Fachkräftemangel die jetzige Aufgabenwahrnehmung neu zu denken. Hierzu bedarf es, den Kommunen die rechtlichen Spielräume zu geben.

### Votum der Antragskommission:

Verweis an den LFA Innen und Justiz

## Nr. 28 - OMV LV Niedersachsen Benachteiligungen deutscher Spätaus- siedler in Fremdrentengesetzgebung be- seitigen

### Antrag:

Die CDU Niedersachsen bittet die Bundesregierung, endlich die notwendigen Änderungen in der Fremdrentengesetzgebung durchzusetzen, um Benachteiligungen deutscher Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zu beseitigen.

### Begründung:

Im Regierungsprogramm der CDU 2017-2021 heißt es: „Nachteile deutscher Spätaussiedler in der Rentenversicherung, die sich durch Änderungen des Rentenrechts ergeben haben, werden beseitigt.“

Die Umsetzung dieser Willensbekundung ist der OMV Niedersachsen ein sehr dringliches Anliegen. In den aktuell schwierigen Zeiten hat die Bundespolitik bewiesen, dass schnelles Handeln zur Abmilderung von besonderen Härten sehr kurzfristig möglich ist. Umso unverständlicher ist, dass es in diesem Zusammenhang noch zu keiner Einigung der Regierungskoalition auf

Bundesebene gekommen ist, obgleich die besonderen Härten bekannt sind. Diese Nachteile gilt es, noch in dieser Wahlperiode schnellstmöglich zu beseitigen. Die OMV Niedersachsen erhofft sich durch den Beschluss des Landesparteitages eine Unterstützung ihres wichtigen Anliegens.

### Votum der Antragskommission:

Annahme

## Nr. 29 - CDA LV Niedersachsen Kommunales Nachhaltigkeitsmanage- ment unterstützen

### Antrag:

Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU Landtagsfraktion wird aufgefordert,

im Rahmen ihrer politischen Verantwortung für die Erreichung der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele (17 SDG der Vereinten Nationen, die bis 2030 erreicht werden sollen), kommunales Nachhaltigkeitsmanagement und regionale Nachhaltigkeitsprojekte durch die Bereitstellung eines bedarfsgerechten jährlichen kommunalen Nachhaltigkeitsbudgets von 2021 bis 2030 zu unterstützen. Für eine verlässliche Finanzierung dieser Budgets sollte daher auch ein niedersächsischer Dekaden-Investitionsfonds Nachhaltigkeit eingerichtet werden.

### Begründung:

Die Bundesregierung und auch die internationalen Regierungen haben sich zur Erreichung der internationalen und nationalen Klimaziele sowie der globalen UN 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) verpflichtet.

Viele gute Ideen müssen jedoch auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Hierzu ist ein systematisches kommunales Nachhaltigkeitsmanagement und auch die Errichtung regionaler Nachhaltigkeitsräte nötig. Bisher gibt es relativ wenig Kommunen die ein systematisches kommunales Nachhaltigkeitsmanagement eingerichtet, wie die Bertelsmann Studie von 11/2018 ausweist.

### Votum der Antragskommission:

Verweis an die Landtagsfraktion

## Nr. 30 - CDA LV Niedersachsen

### Änderung des § 43 Niedersächsisches Schulgesetz erforderlich – Lernorte für BNE gestalten

#### Antrag:

Der Parteitag fordert die CDU Landtagsfraktion auf, den § 43 des Niedersächsischen Schulgesetzes zu verändern, um Lernorte der Bildung und Beruflichen Bildung im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu gestalten.

#### Begründung:

Niedersächsisches Schulgesetz

(NSchG)

in der Fassung vom 3. März 1998

§ 43

Stellung der Schulleiterin und des Schulleiters

(1) Jede Schule hat eine Schulleiterin oder einen Schulleiter, die oder der die Gesamtverantwortung für die Schule und für deren nachhaltigkeitsorientierten Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung trägt. Die Schule ist zu einem Lernort der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu gestalten.

(2) 1 Die Schulleiterin ist Vorgesetzte und der Schulleiter ist Vorgesetzter aller an der Schule tätigen Personen, besucht und berät die an der Schule tätigen Lehrkräfte im Unterricht und trifft Maßnahmen zur Personalwirtschaft einschließlich der Personalentwicklung. 2 Sie oder er sorgt für die Einhaltung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften und der Schulordnung.

(3) 1 Die Schulleiterin oder der Schulleiter entscheidet in allen Angelegenheiten, in denen nicht eine Konferenz, der Schulvorstand, eine Bildungsgangsgruppe oder eine Fachgruppe zuständig ist. 2 Sie oder er trifft die notwendigen Maßnahmen in Eilfällen, in denen die vorherige Entscheidung eines der in Satz 1 genannten Gremien nicht eingeholt werden kann, und unterrichtet hiervon das Gremium unverzüglich.

(4) Die Schulleiterin oder der Schulleiter führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte; sie oder er hat dabei insbesondere

1. die Schule nach außen zu vertreten,
2. den Vorsitz in der Gesamtkonferenz und im Schulvorstand zu führen,
3. an berufsbildenden Schulen die Leiterin oder den Leiter einer Bildungsgangs- oder Fachgruppe im Benehmen mit dieser zu bestimmen,
4. jährlich einen Plan über die Verwendung der Haushaltsmittel zu erstellen, die Budgets (§ 32 Abs. 4 und § 111 Abs. 1) zu bewirtschaften und über die Verwendung der Haushaltsmittel gegenüber dem Schulvorstand Rechnung zu legen sowie

5. jährlich einen Plan über den Personaleinsatz und einen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen.

(5) 1 Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat innerhalb von drei Tagen Einspruch einzulegen, wenn nach ihrer oder seiner Überzeugung ein Beschluss einer Konferenz, des Schulvorstandes, eines Ausschusses, einer Bildungsgangsgruppe oder einer Fachgruppe

1. gegen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften verstößt,

2. gegen eine behördliche Anordnung verstößt,

3. gegen allgemein anerkannte pädagogische Grundsätze oder Bewertungsmaßstäbe verstößt oder

4. von unrichtigen tatsächlichen Voraussetzungen ausgeht oder auf sachfremden Erwägungen beruht.

2. Über die Angelegenheit hat die Konferenz, der Schulvorstand oder der Ausschuss in einer Sitzung, die frühestens am Tag nach der Einlegung des Einspruchs stattfinden darf, nochmals zu beschließen.

3. Hält die Konferenz, der Schulvorstand oder der Ausschuss den Beschluss aufrecht, so holt die Schulleiterin oder der Schulleiter die Entscheidung der Schulbehörde ein. 4 In dringenden Fällen kann die Entscheidung vor einer nochmaligen Beschlussfassung nach Satz 3 eingeholt werden. 5 Der Einspruch und das Einholen einer schulbehördlichen Entscheidung haben aufschiebende Wirkung. 6 Die Sätze 1 bis 5 gelten in Bezug auf Entscheidungen, die der oder dem Vorsitzenden einer Teilkonferenz übertragen worden sind, entsprechend.

#### Votum der Antragskommission:

Erledigt (Aufgrund derzeitiger Rahmenbedingungen)

## Nr. 31 - CDA LV Niedersachsen

### Berufliche Schulen müssen verbindlicher Partner bei der Berufsorientierung sein!

#### Antrag:

Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU Landtagsfraktion auf, den § 25 des Niedersächsischen Schulgesetzes zu verändern und die verbindliche Zusammenarbeit zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Bereich der Berufsorientierung zu regeln.

#### Begründung:

Der Berufsbildungsbericht 2020 hat aufgezeigt, dass die Zahl der Ausbildungsabbrüche weiter auf 26,5 % gestiegen ist. Zwei wesentliche Gründe sind:

1. Vielfach sind den Auszubildenden die Anforderungen am dualen Lernort berufliche Schule bis zum ersten Berufsschultag nicht klar. Die bisherige Berufsorientierung wird vielfach nur von den allgemeinbildenden Schulen in Zusammenarbeit mit den Betrieben praktiziert. Der Lernort der dualen Berufsausbildung bleibt

so für die neuen Auszubildenden bis zum ersten Berufsschultag eine „Black box“. Die derzeitige Regelung (Erlass zur Berufsorientierung) sieht nur eine optionale Einbeziehung der beruflichen Schule vor.

2. Die bisher nicht verbindlich vorgeschriebene Kooperation verhindert die frühzeitige Aufstellung von individuellen Förder- und Unterstützungsplänen. Der Ausbildungsbetrieb sollte gemeinsam mit der Berufsschule im Benehmen mit den Auszubildenden und deren Eltern (bei Minderjährigen erforderlich) sowie den Vertreter\*innen der Ausbildungsbegleitenden Hilfen (AbH – gefördert von der Agentur für Arbeit) vor Beginn der dualen Berufsausbildung die Pläne aufgestellt haben.

Nur eine trilaterale (allgemeinbildende Schule – berufsbildende Schule – Betriebe) Berufsorientierung ermöglicht einen ganzheitlichen Blick auf die Anforderungen der dualen Berufsausbildung und stellt zudem eine frühzeitige und systematische Aufstellung von Förder- und Unterstützungsmaßnahmen sicher, um Ausbildungsabbrüche zu minimieren und auch die Berufsabschlussergebnisse erheblich zu verbessern. Das Ziel muss es sein, gute und sehr gute Fachkräfte kooperativ auszubilden, um die individuelle Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer\*innen und damit verbundene globale Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft zu erhöhen!

Votum der Antragskommission:

#### **Annahme mit Änderung**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Bereich ein.

### **Nr. 32 - Frauen Union LV Niedersachsen Einführung der Dualisierten Erzieherausbildung**

#### **Antrag:**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Niedersachsen wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass flächendeckend eine dualisierte Erzieherausbildung unter Wahrung der derzeitigen Qualitätsstandards eingeführt wird. Auszubildende, die sich in einer dualisierten Erzieherausbildung befinden, sollen durch die Landesfinanzhilfe refinanziert werden und als Dritte Kräfte in Kitas eingesetzt werden können. Die dualisierte Erzieherausbildung wird auf dieser Grundlage tariflich vergütet.

#### **Begründung:**

Die Nachfrage nach ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern ist weiterhin hoch und übersteigt das Angebot. Durch die derzeit diskutierte Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsgrundschulplatz wird sie weiter steigen und den Fachkräftemangel in den Kitas verstärken. Die Dualisierung von Ausbildungsgängen bei tariflicher Vergütung hat sich als

angemessenes Mittel erwiesen, die Anzahl der Auszubildenden nachfrageorientiert zu erhöhen und gleichzeitig die Qualität des Ausbildungsniveaus hoch zu halten. Darüber hinaus ist es zur Deckung der Fachkräftebedarfe nicht zielführend, dass der praktische Teil der Ausbildung, des überwiegend von Frauen ausgeübten Berufs, weiterhin durch unbezahlte Praktika abgedeckt wird. Die Einführung einer durch die Landesfinanzhilfe refinanzierten Dualisierten Ausbildung ermöglicht die flächendeckende tarifliche Vergütung in der Ausbildung.

#### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

### **Nr. 33 - CDA LV Niedersachsen Duale Erzieherausbildung**

#### **Antrag:**

Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteitag der CDU in Niedersachsensentag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich in die dualisierte Erzieherausbildung einzusteigen und den Auszubildenden auf diese Weise eine Ausbildungsvergütung zu garantieren.

#### **Begründung:**

Die Gewinnung und Sicherstellung von ausreichend Fachkräften in unseren Kitas wird die große Herausforderung bleiben.

Um mehr junge Menschen für die Ausbildung und Arbeit in Kindertageseinrichtungen zu gewinnen, sollte u.a. auf eine duale Ausbildung mit gesetzt werden.

Der „Niedersachsen-Plan: Mehr Fachkräfte für die Kita!“ sieht bereits mehrere Bausteine vor, wie die Ausweitung des Praxisanteils in der Ausbildung, den schnellstmöglichen Wegfall des Schulgeldes und die Möglichkeit einer Ausbildungsvergütung.

Dieser Plan muss nun schneller umgesetzt werden.

Andere Bundesländer setzen ebenfalls auf solche Modellprojekte: Nordrhein-Westfalen, Bayern (Modell: Erzieherausbildung mit optimierten Praxisphasen), Brandenburg (Modell: Profis für die Praxis), Hessen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (berufsbegleitend), Sachsen (Teilzeit), Berlin (berufsbegleitend).

#### **Votum der Antragskommission:**

Erledigt durch Antrag 32

## Nr. 34 - CDA LV Niedersachsen Förderung von Ausbildungsverbünden im Übergang Schule-Beruf

### Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung und den Niedersächsischen Landtag auf, zur Stärkung der beruflichen Bildung ein Programm zur Förderung von Ausbildungsverbünden

im Übergang Schule-Beruf aufzulegen.

### Begründung:

Schon vor dem Aufkommen der Corona-Pandemie ist die Anzahl der Ausbildungsverträge in der dualen Ausbildung wie beispielsweise im Handwerk in den letzten Jahren gesunken. Die Kontaktbeschränkungen und wirtschaftlichen Einschnitte für viele Betriebe in der Corona-Pandemie drohen, diesen Trend zu verstärken.

Ziel bleiben deshalb die Verdeutlichung der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung besonders gegenüber Eltern, Schülerinnen und Schülern und Schlussfolgerungen daraus. Dazu gehört, die Berufswahlkompetenz zum Bildungsziel zu machen.

In allen weiterführenden Schulen einschließlich der Gymnasien muss das Interesse an der beruflichen Bildung geweckt werden. Zu diesem Zweck ist im Übergang Schule-Beruf die Berufsorientierung mit Hilfe von Ausbildungsverbünden zu stärken.

So lassen sich etwa nach dem "Barsinghäuser Modell" als enge Zusammenarbeit zwischen Kommune, Betrieben, Schulen, Kammern, Freiwilligeninitiativen, Vereinen und Freien Trägern (z.B. Pro Regio, Pro Beruf) bei Ausbildungsmessen, Lehrstellenführern (individuelle betriebliche Ansprechpartner), Ausbildungspaten, Ausbilderfrühstücken, Berufsorientierung an den Schulen und

Praktikerberichten an Schulen (auch von Auszubildenden) zugeschnitten auf die regionalen Erfordernisse organisieren.

Die örtlich bereits teilweise gegebene Mitfinanzierung dieser vernetzten Maßnahmen der Berufsorientierung durch Kommunen und Bundesagentur für Arbeit ist durch ein „Landesprogramm Ausbildungsverbünde“ zu ergänzen und auszubauen. Damit ließe sich insbesondere die kostenaufwendige Entwicklung und der Einsatz digitaler Instrumente zur Umsetzung der vernetzten Berufsorientierung je nach den besonderen örtlichen Erfordernissen vorantreiben. Die Erfahrungen in der Corona-Pandemie haben den hohen Nutzen digitaler Unterstützung der inneren Vernetzung von Ausbildungsverbünden vor Augen geführt.

### Votum der Antragskommission:

Annahme

## Nr. 35 - CDA LV Niedersachsen Regionales BNE-Management aufbauen und unterstützen

### Antrag:

Der Parteitag der CDU in Niedersachsen fordert die CDU Landtagsfraktion auf,

im Rahmen ihrer politischen Verantwortung den Aufbau eines regionalen Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) Managements zu unterstützen. Für die Umsetzung der BNE Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans BNE in Niedersachsen, bedarf es der Stärkung der regionalen Lernorte für Bildung und berufliche Bildung, die unterstützt durch eine kommunale BNE- Koordinierungsstelle, regionale BNE Aktionspläne entwickelt und umsetzt. Von 2021 bis 2030 müssen jährlich die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen aus einem niedersächsischen Dekaden Investitionsfonds Nachhaltigkeit verlässlich bereitgestellt werden.

### Begründung:

Für die Erreichung der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele (17 SDG der Vereinten Nationen, die bis 2030 erreicht werden sollen), speziell des „SGD 4 Inklusive, gerechte und hochwertige (exzellente) Bildung sowie lebenslanges Lernen für alle fördern“ sind alle politischen Verantwortlichen UN, EU, Bund, Bundesländer, Kommunen, ... gemeinsam ihren Beitrag zur Zielerreichung zu leisten.

Die regionalen Lernorte der Bildung und beruflichen Bildung benötigen eigene personelle und finanzielle Ressourcen und eine unterstützende regionale Koordinierungsstelle BNE – angesiedelt an den schon zum Teil vorhandenen Bildungsbüros, das bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplan BNE und bei der Entwicklung und Umsetzung schulischer und regionaler BNE Aktionspläne personell und finanziell unterstützt.

Informationen zum Thema:

„ Am 20. Juni 2017 hat die Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung während ihrer fünften Sitzung den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015-2019) verabschiedet. 130 Ziele und 349 konkrete Handlungsempfehlungen des Nationalen Aktionsplans sollen in den einzelnen Bildungsbereichen dazu führen, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung strukturell in der deutschen Bildungslandschaft verankert wird.“

### Votum der Antragskommission:

Verweis an die Landtagsfraktion



## Nr. 36 - Frauen Union LV Niedersachsen Homeoffice ist kein Kinderbetreuungsmodell

### Antrag:

Der Landesparteitag der CDU in Niedersachsen möge beschließen:

Die CDU in Niedersachsen wird sich im Falle einer Einschränkung der Kinderbetreuung anlässlich gesetzlicher Vorgaben und damit verbundener Einschränkungen von Kinderbetreuungsmöglichkeiten dafür einsetzen, dass auch Eltern im Homeoffice Möglichkeiten zur Betreuung der Kinder in Betreuungseinrichtungen eingeräumt werden.

### Begründung:

Im Rahmen der Reduzierung der Kinderbetreuungszeiten anlässlich des Lock-Downs waren Eltern, die im Homeoffice arbeiten können, oft von Möglichkeiten der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten, Krippen und Hort bzw. Schulen ausgeschlossen.

Eine Arbeit im Homeoffice mit gleichzeitig anwesenden Kindern ist jedoch nicht leistbar, insbesondere da Arbeitgeber oftmals denselben Arbeitsumfang wie ohne anwesende Kinder erwarten.

### Votum der Antragskommission:

Annahme

## Nr. 37 - Frauen Union LV Niedersachsen Lernen im Wechselmodell

### Antrag:

Der Landesparteitag der CDU in Niedersachsen möge beschließen:

Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, Handlungskonzepte für Schulen zu erstellen und die notwendigen sächlichen und personellen Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Lernen im Wechselmodell ermöglichen.

### Begründung:

Der Schulbeginn startete mit voller Klassenstärke (bis zu 32 Personen) in einem Raum. Diese Gruppengröße macht es in vielen Klassenräumen kaum möglich, den Mindestabstand von 1,5 Metern einzuhalten. Des Weiteren ist ein starkes Infektionsrisiko dadurch gegeben, dass im Herbst und Winter die Belüftung der Klassenräume nicht nach der Empfehlung gewährleistet ist, so wie diese in den Sommermonaten durchgeführt werden konnte..

Viele Lehrer\*innen sowie Schüler\*innen und Eltern fühlen sich bei diesem Szenario unwohl und befürchten eine Ansteckung. Vor diesem Hintergrund ist das gemeinsame Lernen schwer und die Gesamtsituation sehr belastend für alle Beteiligten. Der Virologe Christian Drosten empfiehlt in seinem letzten Interview in der

Zeitung „Die Zeit“ im August, die Klassen zu teilen, um das Infektionsrisiko zu minimieren. In diesem Fall wäre der Mindestabstand in den Räumen bei maximal 16 Schülern gegeben.

Bei entsprechenden Konzepten der einzelnen Schulen, die ein Lernen im Wechselmodell umfassen, wäre auch eine verlässliche Planung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben.

### Votum der Antragskommission:

Erledigt (Die Landesregierung hat mit dem Corona-Plan bereits 3 Szenarien (A-C) entwickelt, mit denen die eigenverantwortlichen Schulen bzw. die Schulträger auf die jeweilige Infektionslage reagieren können)

## Nr. 38 - Frauen Union LV Niedersachsen Verbindliche wöchentliche Tests auf SARS-CoV 2 für Beschäftigte in den Kindertagesstätten

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag auf, für verbindliche wöchentliche Tests auf SARS-CoV-2 aller Beschäftigten in den Kindertagesstätten, Krippe und Hort einzutreten.

### Begründung:

Beschäftigte in Kindertagesstätten, Krippe und Hort sind durch die unvermeidliche Nähe zu den Kindern einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Die Einhaltung von Abstandregeln ist im normalen Regelbetrieb nicht möglich. Aus pädagogischen Gründen wird das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes nicht empfohlen.

Durch die enorme Anzahl von Sozialkontakten könnte es daher zu einer raschen Ausbreitung der Erkrankung kommen und die Entwicklung von Kinderbetreuungseinrichtung als Hot-Spots ist wahrscheinlich.

### Votum der Antragskommission:

Verweis an die Landtagsfraktion

## Nr. 39 - Junge Union LV Niedersachsen Einhaltung von Qualitätsstandards in Mensen und Kantinen in öffentlicher Trägerschaft

### Antrag:

Die CDU Niedersachsen fordert, dass in allen Mensen und Kantinen in öffentlicher Trägerschaft im Land Niedersachsen die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE-Qualitätsstandards) eingehalten werden. Für mögliche Mehrkosten insbesondere in Kitas, Kindergärten und Schulen ist eine

## Landesparteitag 2021

Kostenbeteiligung durch den jeweiligen Träger der Einrichtung zu prüfen.

### Begründung:

Zwei Drittel der Männer und die Hälfte der Frauen in Deutschland sind übergewichtig, ein Viertel aller Erwachsenen ist stark übergewichtig bzw. adipös. 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Alter von 3-17 Jahren sind übergewichtig, davon sind 6,3 Prozent adipös. Um diese Situation zu verbessern, ist Bewegung, Prävention und Versorgungsforschung unverzichtbar. Zugleich nimmt die Zahl der Menschen und insbesondere der Kinder und jungen Erwachsenen stark zu, die regelmäßig in öffentlichen Einrichtungen essen. Diese müssen eine faire Chance auf qualitativ hochwertige Lebensmittel zu bezahlbaren Preisen haben.

### Votum der Antragskommission:

Annahme

## Nr. 40 - KV Vechta

### Einführung eines verbindlichen IT-Qualifikationskurses „Unterricht 2.0“

#### Antrag:

„Das Niedersächsische Kultusministerium wird aufgefordert, ein Konzept für einen verbindlichen IT-Qualifikationskurs ‚Unterricht 2.0‘ zu entwickeln, mit dem allen Lehrerinnen und Lehrern im niedersächsischen Schuldienst die pädagogisch, didaktischen und methodischen Kompetenzen für digitale Unterrichtsformen vermittelt werden. Ferner wird das Land aufgefordert, das Thema „Unterricht 2.0“ stärker in der der Lehramtsausbildung an niedersächsischen Hochschulen und in der Referendarausbildung an niedersächsischen Studienseminaren zu verankern. Für die Qualifikationskurse sowie die Implementierung in die Lehramtscurricula und Referendarausbildung sind finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen. An niedersächsischen Schulen ist die Stelle einer ‚Digital-Koordination‘ einzurichten, die für die medienpädagogische Konzeption, die Qualifikationsmaßnahmen der Lehrkräfte und die Abstimmung mit den Schulträger zuständig ist.

#### Begründung:

Der niedersächsische Kultusminister hat jüngst geäußert, das Land müsse raus „aus der Kreidezeit und rein ins digitale Klassenzimmer“. Damit das gelingt, haben die kommunalen Schulträger und die Landes- und Bundesregierung bereits viel in Bewegung gesetzt. Beispiele dafür sind der Digitalpakt Schule, das Sofortausstattungsprogramm des Bundes und der Länder als Reaktion auf die Schulschließungen während der Corona-Pandemie oder die Beschlüsse des Bildungsgipfels vom 22. September 2020 in Berlin. Die Bereitstellung von IT-Infrastruktur, Wartung und Support sind jedoch nur die „halbe Miete“ auf dem Weg ins digitale Klassenzimmer bzw. zum „Unterricht 2.0“. Unsere Lehrerinnen und Lehrer müssen auch dabei unterstützt werden,

die Hard- und Software entsprechend ihren pädagogisch-didaktischen Kompetenzen einzusetzen. Hier braucht es von Seiten des Landes ein klar definiertes Fähigkeitsprofil, in dem beschrieben wird, welche Fertigkeiten und Medien eine Lehrkraft braucht, um einen erfolgreichen „Unterricht 2.0“ zu gestalten. Zugespielt gesagt: Tablets, interaktive Tafeln und digitale Lernräume bringen nichts, wenn Angebote für den Umgang mit der Technik und die Zeit zur Entwicklung zeitgemäßer didaktischer Konzepte fehlen. Genau diese Lücke soll mit einem verbindlichen IT-Qualifikationskurs „Unterricht 2.0“ geschlossen werden.

Bereits ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer brauchen sowohl zeitliche Ressourcen als auch ortsnahe Angebote, um die nötigen Fortbildung zu durchlaufen. Laut einer Online-Studie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zur Digitalisierung in Schulen sind 82 Prozent der Lehrkräfte der Meinung, dass zu wenige Fortbildungen angeboten werden. An der Bereitschaft der Lehrer mangelt es also nicht. Optimal wären daher schulinterne Lehrerfortbildungen (SchILF), da die Lehrkräfte so direkt mit der schuleigenen Hard- und Software arbeiten können.

Ein weiterer Ansatzpunkt sind die bereits beim Bildungsgipfel in Berlin angesprochen digitale Kompetenzzentren. Der Landkreis Vechta hat beispielsweise in der Kreisstadt ein Medienkompetenzzentrum errichtet, indem in Kooperation mit der Universität Vechta Lehrer in Hinsicht auf digitale Pädagogik weiterqualifiziert werden sollen und das die Schulträger innerhalb des Landkreises als regionale Anlaufstelle bei der Ausstattung der Schulen unterstützt. Dadurch sind die entsprechenden sächlichen und personellen Ressourcen für einen verbindlichen IT-Qualifikationskurs im Landkreis Vechta bereits vorhanden. Darüber hinaus ist zu überlegen, an jeder Schule die Stelle eines Digital-Koordinators einzurichten, der für die digitale Qualifikationen der Lehrkräfte als zentraler Ansprechpartner fungiert. Bei einer solchen Position kann auch die Verantwortung für die medienpädagogische Konzeption angesiedelt werden. Um pädagogischen Konzepte zu entwickeln, müssen vor allem zeitliche Freiräume für die Zuständigen geschaffen werden.

Auch für die freien Schulträger in Niedersachsen sind entsprechende Rahmenbedingen zu schaffen. Durch die sogenannte Finanzhilfeverordnung können beispielsweise freie Schulträger einen Teil der Personalkosten erstattet bekommen, wenn die Mitarbeiter für die Umsetzung bestimmter Landesvorgaben eingesetzt werden. Eine Möglichkeit wäre, dass das Stundenkontingent, das für landeseinheitliche Qualifizierungsmaßnahmen für den „Unterricht 2.0“ aufgewendet wird, anrechenbar wird.

Es geht mit diesem Antrag nicht darum unseren Lehrerinnen und Lehrern, die neben der eigentlichen Aufgabe der Wissensvermittlung ohnehin schon viele weitere Aufgaben und Erwartungen im Schulalltag erfüllen

müssen, weitere Pflichten aufzubürden. Im Gegenteil: Mit dem verpflichtenden Kompetenzerwerb für den „Unterricht 2.0“ soll sichergestellt werden, dass Lehrkräfte die Anforderungen an moderne Unterrichtsformen besser bewältigen können und in ihre pädagogisch-didaktischen Fähigkeiten auch in Zeiten des „digitalen Klassenzimmers“ voll entfalten können.

#### **Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

Das Niedersächsische Kultusministerium wird aufgefordert eine verbindliche IT-Qualifikations-Strategie zum Unterricht mit digitalen Medien zu implementieren, mit dem allen Lehrkräften im niedersächsischen Schuldienst die pädagogischen, didaktischen und methodischen Kompetenzen für digitale Unterrichtsformen verbindlich und nachhaltig vermittelt werden. Ferner wird das Land aufgefordert, den Unterricht mit digitalen Medien stärker in der Lehramtsausbildung an niedersächsischen Hochschulen und in der Referendarausbildung an niedersächsischen Studienseminaren zu verankern. Personelle und finanzielle Ressourcen zur Umsetzung und Koordinierung an den Schulen sind bereitzustellen.

### **Nr. 41 - MIT LV Niedersachsen Virtuelles Klassenzimmer**

#### **Antrag:**

Der Landesparteitag spricht sich für eine schnelle Digitalisierung aller Niedersächsischer Schulen und die Einführung des virtuellen Klassenzimmers neben dem Präsenzunterricht oder bei krankheitsbedingt erforderlichen Schulschließungen statt des Präsenzunterrichts spätestens ab dem Schuljahr 2021/ 2022 aus.

Dazu ist es zwingend erforderlich, dass alle Niedersächsischen Schulen sich auf ein einheitliches System verständigen, mit dem Online Unterricht im virtuellen Klassenzimmer angeboten wird. Für die erforderliche schnelle Internetverbindung ist zu sorgen. Alle Lehrer sind online so zu schulen, dass sie in der Lage sind, den Unterricht im virtuellen Klassenzimmer online durchzuführen. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, dass die entsprechenden Ausbildungselemente in die Lehrerausbildung an den niedersächsischen Universitäten integriert werden.

#### **Begründung:**

Die coronabedingt erforderliche Schließung der Schulen hat gezeigt, dass die Digitalisierung in den Schulen noch nicht angekommen ist.

Im Gegensatz zu privaten Bildungsträgern und Universitäten waren die Schulen nicht in der Lage, im virtuellen Klassenzimmer den Unterricht fortzuführen.

Abiturienten, die ab dem Wintersemester auf die Universität gehen, werden dort ein Wintersemester erleben, in dem weitgehend Vorlesungen digital angeboten

werden, ohne dass die Abiturienten hierauf vorbereitet wurden.

Die Einführung eines virtuellen Klassenzimmers stellt den Unterricht auch in Krisenzeiten sicher und bietet vielfältige Chancen. Sprachkurse oder Arbeitsgemeinschaften, die mangels erforderlicher Teilnehmerzahlen oder mangels geeigneter Lehrkräfte an der Schule nicht angeboten werden, können schulübergreifend angeboten werden. Im virtuellen Klassenzimmer können Arbeitsgemeinschaften gebildet werden und mit Partnerschulen können Konferenzen durchgeführt werden, um Fremdsprachenkenntnisse zu vertiefen. Bei Lehrer-ausfall können Lehrer Vertretungen übernehmen, auch wenn sie nicht am Ort ansässig sind.

Durch Konferenzen mit Unternehmen können Schüler auf ihr späteres Berufsleben vorbereitet werden und Einblicke in bestimmte Berufe erhalten.

Corona hat die Arbeitswelt und die Art der Kommunikation verändert. In Zukunft werden digitale Konferenzsysteme vermehrt genutzt werden, um so Ressourcen zu sparen. Hierauf müssen die Schüler in der Schule vorbereitet werden.

#### **Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

Der Landesparteitag begrüßt, dass mit dem Digital-Pakt Bildung Bund und Länder die Digitalisierung im Bildungs-sektor zügig voranbringen und Defizite, beispielsweise bei der technischen Ausstattung oder bei der Breitbandversorgung, ausgleichen. Die CDU in Niedersachsen spricht sich für eine schnelle Digitalisierung aller Niedersächsischer Schulen und die Formulierung von einheitlichen Standards zur flächendeckenden Umsetzung des digitalen Klassenzimmers aus. Dazu gehören einheitliche Anforderungen an 1. Hardware, 2. Software, 3. (verpflichtende) Fortbildungen für Lehrkräfte sowie 4. eine verstärkte Fokussierung auf die Vermittlung digital Lehr- und Lernangebote im Rahmen der Lehramtsausbildung.

### **Nr. 42 - CDA LV Niedersachsen Sichere, preisgünstige und umweltschonende Energie – eine zentrale Grundlage unseres Wohlstands**

#### **Antrag:**

Der Parteitag möge beschließen:

Sichere, preisgünstige und umweltschonende Energie – eine zentrale Grundlage unseres Wohlstands

Die Menschen in Niedersachsen und in ganz Deutschland haben sich in den vergangenen 75 Jahren einen in der Geschichte beispiellosen Wohlstand erarbeitet. Eine zentrale Grundlage hierfür bildet eine sichere, preisgünstige und umweltschonende Energieversorgung. Niedersachsen wird auch in Zukunft innerhalb

## Landesparteitag 2021

Deutschlands bei der

Erzeugung und Verteilung sowie bei der technologischen Weiterentwicklung der benötigten

Energie und insbesondere dem Auf- und Ausbau der dringend benötigten Speichertechnologien eine herausgehobene Position einnehmen

Die CDU in Niedersachsen weiß um die Bedeutung der Energie für unsere hochtechnologische Volkswirtschaft und Gesellschaft und steht für eine sachorientierte, den Menschen dienende Politik.

### Regenerative Energien

Die CDU begrüßt den in den vergangenen Jahren gestiegenen Anteil erneuerbarer Energien an der Energieversorgung. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um umweltpolitische Ziele zu erreichen und unsere Lebensqualität zu steigern. Hinzukommt, dass in diesem Sektor auch neue Arbeitsplätze entstanden sind, die vielen Menschen ermöglichen ihren Lebensunterhalt zu finanzieren.

Aufgrund der starken ländlichen Prägung und des Windreichtums großer Regionen einschließlich der Nordsee ist Niedersachsen besonders geeignet, vor allem durch Windräder Strom zu erzeugen. Da in den kommenden Jahren noch mehr Strom durch die Nutzung der Windkraft erzeugt werden muss, ist deren Anzahl gerade in unserem Land verstärkt auszubauen. Nur so wird es auch besser gelingen die Stromversorgung für andere Regionen innerhalb Deutschlands und zum Teil auch Europas sicherzustellen.

Der Umwelt- und Naturschutz, eine hohe Lebensqualität der Bevölkerung und die Attraktivität für den Tourismus als bedeutender Wirtschaftsfaktor für Niedersachsen erfordern einen Ausgleich zwischen dem gewünschten Zubau weiterer Erzeugungsanlagen und deren Wirkungen auf die genannten Bereiche. Die Erfordernisse des Naturschutzes und die Wirkung der Eingriffe auf Flora und Fauna sind stets abzuwägen. Die CDU fordert die Regelungen und Bürgerbeteiligungsformen so zu gestalten, dass eine breite Akzeptanz in der Bürgerschaft für die Notwendigkeit des Ausbaus erreicht werden kann. Hierzu gehören u.a. Regelungen für ausreichende Abstände zu Siedlungsgebieten, die Berücksichtigung des Natur- und Landschaftsschutzes und die Bewahrung der Attraktivität des Lebensraums für Einheimische und Gäste in touristisch genutzten Regionen. Möglichkeiten, Kommunen und Anwohner stärker an den Erträgen der Windkraft zu beteiligen, sind verstärkt zu realisieren.

Eine auskömmliche Stromversorgung dient auch dem Gemeinwohl. Bei aller notwendigen Berücksichtigung der regionalen Interessen und Bedürfnisse muss auch unter den Bedingungen einer fast vollständig auf fluktuierende Stromerzeugung angewiesenes Energiesystem verlässlich zum Zeitpunkt des Energiebedarfs auch die entsprechende Leistung bereitstellen. Dies darf am

Ende nicht an zu wenigen Windrädern, Energiespeichern oder Gaskraftwerken scheitern.

### Zukunftstechnologien

Die CDU in Niedersachsen begrüßt die Anstrengungen von Bundes- und Landesregierung zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Technologien wie z.B. dem Einsatz von Wasserstoff. Wir fordern, diese Anstrengungen zu verstetigen und zu verstärken. Niedersachsen ist aufgrund hoher regenerativer Erzeugungskapazitäten, starker Unternehmen und zahlreicher Kompetenzträger auch bestens für die Herstellung und den Einsatz von „grünem Wasserstoff“ geeignet. Die CDU fordert eine enge Verbindung zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen durch mehr gemeinsame strukturierte Projekte aller Akteure, auch und gerade auch mit Kommunen sowie auf kommunaler Ebene, um Fördermittel der EU oder des Bundes hierfür einwerben zu können.

### Mobilität

In Niedersachsen hat der Sektor der Mobilität eine herausragende Bedeutung für die Menschen. Sie arbeiten in starken Unternehmen, vom Weltkonzern bis hin zu mittleren und kleineren Betrieben. Dieser zentrale Bereich umfasst u.a. die Automobilwirtschaft, die Häfen und den Schiffbau, die Bahnen sowie eine bis zu einzelnen Selbstständigen reichende Logistikwirtschaft. In keinem anderen Bundesland wird hier – bezogen auf die Bevölkerungszahl – so viel Wertschöpfung und Wohlstand erarbeitet, wie in Niedersachsen. Dies hat durch Exporte und Lieferketten globale Bedeutung. Die Basis dieses Erfolgs darf nicht durch eine falsche Energiepolitik gefährdet werden. Das Aufkommen und die Förderung von Antriebsarten wie z.B. Strom, Gas und Wasserstoff sind wichtige Errungenschaften für die Zukunft. Gleichwohl wird auf absehbare Zeit auch die Produktion von herkömmlichen Verbrennern notwendig bleiben. Die Luftqualität hat auch in Niedersachsen einen in den vergangenen Jahrzehnten nicht realisierten Bestwert erreicht. Die CDU steht hinter allen Beschäftigten im Mobilitätssektor und verlässt sich auf ihre Innovationskraft. Um einen zukünftigen Strukturwandel zu begleiten, fordert die CDU Niedersachsen die Ansiedlung von geförderten Zukunftsprojekten insbesondere in Regionen mit starker Abhängigkeit vom Wirtschaftssektor Mobilität.

Ebenso setzt sich die CDU für eine Förderung und den Ausbau des ÖPNV ein. Im ländlich strukturierten Niedersachsen sind in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Bahnverbindungen weggefallen. Eine Reduzierung des Individualverkehrs ist nur dann erreichbar, wenn der ÖPNV insbesondere in ländlichen Gegenden stark ausgebaut und preisgünstig wird bzw. bleibt. Weiterhin sind die Anstrengungen zu steigern, um Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Hier ist in den vergangenen Jahren zu wenig geleistet worden.

## Bezahlbare Energie

Strom, Gas, Benzin und Diesel gehören zu den am stärksten mit Steuern und Abgaben belegten Produkten. Die Wirtschaft unseres Landes darf in ihren Wettbewerbschancen gegenüber dem Ausland durch zu hohe Energiepreise nicht zusätzlich beeinträchtigt werden. Für viele Menschen und Unternehmen sind die in den vergangenen zwanzig Jahren enorm gestiegenen Preise nur noch durch Verzicht auf andere Ausgaben bezahlbar. Für viele Menschen mit kleinen Einkommen ist eine zu hohe finanzielle Belastung entstanden. Längst machen Steuern und Abgaben sowie die verschiedenen Umlagen mehr als 50 Prozent des Preises für Strom und Gas aus. Die Aufschläge auf den Nettopreis treffen überproportional Haushalte mit niedrigen Einkommen. Die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur verlässlichen Senkung der EEG-Umlage sind vor diesem Hintergrund sehr zu begrüßen.

Die CDU in Niedersachsen tritt deshalb dafür ein die mittlerweile entstanden Unwuchten innerhalb des gesamten Steuersystems zu analysieren. Die CDU fordert eine umfassende Steuerreform, die zu einer gerechteren Belastung der verschiedenen Einkommensgruppen und der Unternehmen führt. Die Besteuerung des Ressourcenverbrauchs, der Einkommen und des Kapitals und Vermögens sowie des Umsatzes sind so zu gestalten und weiterzuentwickeln, dass soziale, ökologische und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten vermieden werden.

### Begründung:

Ohne Begründung

### Votum der Antragskommission:

Verweis an den LFA Umwelt, Energie und Bauen

## Nr. 43 - CDA LV Niedersachsen Sozialen Wohnungsbau (Eigentum und Miete) in Niedersachsen auf Touren bringen

### Antrag:

Die CDU in Niedersachsen fordert Landesregierung und Niedersächsischen Landtag auf, den sozialen Wohnungsbau (Eigentum und Miete) in Niedersachsen mit folgenden 10 Maßnahmen auf Touren zu bringen:

1. Die der Bemessung der zinslosen Förderdarlehen für Mietwohnungen zugrundeliegenden Baukosten zwischen höchstens 3300,-- €/m<sup>2</sup> und 3600,-- €/m<sup>2</sup> sind in weiten Bereichen deutlich zu niedrig angesetzt. Sie müssen um mindestens 15 % angehoben werden.
2. Die Zuschussförderung im Mietwohnungsbau darf sich nicht nur auf Wohnungen für kleinere Einkommen mit Tilgungszuschüssen beschränken, sondern muss um allgemeine Baukostenzuschüsse auch für kleinere private Bauherren ergänzt werden. Unter Beachtung

des EU-Rechts muss die Zuschussförderung auch für Wohnungen zu Gunsten mittlerer Einkommensbezieher eingeführt werden.

Der Sozialwohnungsbau für mittlere Einkommen muss drastisch verstärkt werden.

3. Auch die Eigenheimförderung muss um eine Zuschussförderung zu Gunsten von Familien mit Kindern („Baukindergeld Niedersachsen“) ergänzt werden und darf sich nicht mehr nur auf zinslose Darlehen beschränken.

4. Die Möglichkeiten des Instruments der mittelbaren Belegung gemäß § 11 Niedersächsisches Wohnraumfördergesetz (NWofG) müssen ausgeschöpft und die bestehenden Hürden beseitigt werden.

Auch für Wohnungen für Haushalte mit mittleren Einkommen müssen die Belegungs- und Mietbindungen des geförderten Wohnraums auf anderen Wohnraum übertragen werden können.

5. Die hohen Bearbeitungskosten für Wohnbauförderanträge müssen deutlich abgesenkt werden.

6. Parallel zur sozialen Wohnungsbauförderung ist eine Infrastrukturförderung nach dem Vorbild der Region Hannover für die Schaffung von zusätzlichen Plätzen in Schulen und Kitas einzuführen, die in der Folge des Neubaus von zusätzlichen Wohnungen erforderlich werden.

7. Im Mietwohnungs- und im Eigenheimbereich ist ein neues zusätzliches Fördersegment für mittlere Einkommensbezieher einzuführen mit höheren Einkommensgrenzen und im Mietwohnungsbau höheren zulässigen Mieten (z.B. in Hannover bis zu 8,50 €/m<sup>2</sup>).

8. Die aus dem Haushaltsüberschuss des Landes 2018 zur Verfügung gestellten 400 Millionen Euro Fördermittel können nur ein Anfang sein. Berechnungen der Wohnungswirtschaft haben eine Unterdeckung an Landesmitteln von 1,4 Milliarden Euro für den Neubau von nur 14500 Wohnungen landesweit bis 2023 ergeben.

Die vorhandenen 400 Millionen Landesmittel für den Wohnraumförderfonds sind deshalb kräftig aufzustocken.

9. Die Vorschläge der Baukostensenkungskommission des Bündnisses für bezahlbares Wohnen von Bund und Ländern (Endbericht 2015) zum kostensparenden Bauen müssen umgesetzt werden.

10. Wie in anderen Bundesländern schon geschehen, ist die Dauer von Baugenehmigungsverfahren auf höchstens zwei Monate zu begrenzen.

### Begründung:

Die großen Erwartungen an das bereits Mitte 2019 verbesserte Wohnungsbauförderprogramm des Landes haben sich bisher kaum erfüllt. Trotz der verbesserten Förderung sind die Förderergebnisse in 2019 nicht nennenswert auf nur deutlich unter 2000 Wohnungen

landesweit gestiegen.

Starke Mietpreissteigerungen in weiten Teilen des Landes wie bei den Angebotsmieten in Hannover auf den Gesamtdurchschnitt von 9,- € pro m<sup>2</sup> machen es Normalverdienern schwer oder unmöglich, eine bezahlbare Mietwohnung zu finden. Die vielerorts gestiegenen Immobilienpreise verhindern, dass Familien ein Eigenheim erwerben können.

Die genannten Maßnahmen könnten die soziale Wohnungsbauförderung auch durch Veränderungen am Wohnraumförderprogramm und den Wohnraumförderbestimmungen auf Touren bringen.

### **Votum der Antragskommission:**

Verweis an den LFA Umwelt, Energie und Bauen

## **Nr. 44 - Junge Union LV Niedersachsen CO<sub>2</sub>-Label für Produkte**

### **Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, ein einheitliches Label zu entwerfen, das den entstandenen absoluten CO<sub>2</sub>-Ausstoß eines Produktes in Kilogramm abbildet. Dadurch sollen die Transparenz für den Verbraucher erhöht und eine rationale Kaufentscheidung aufgrund ökologischer Aspekte erleichtert werden.

### **Begründung:**

Zurzeit ist es für den Käufer bei Produkten nicht ersichtlich, wie viel CO<sub>2</sub> bei der Produktion wirklich entstanden ist. Auch durch Recherche ist es für Verbraucher nur schwer nachvollziehbar, wie viel CO<sub>2</sub> bei der Entstehung eines Produktes ausgestoßen wurde. So können Rosen aus der Sahara einen besseren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck haben als Rosen aus Treibhäusern in den Niederlanden. Aktuell bietet nur die Information über das Herkunftsland einen groben Anhaltspunkt für Verbraucher, der aber häufig irreführend wirkt, da der Transport nur einen geringen Anteil zu den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen beiträgt. Um mit der Umwelt schonender umzugehen, ist es zwingend notwendig, den Verbrauchern eine transparente Einsicht in den entstandenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Waren zu gewähren. Das Bundesumweltministerium soll dazu den Firmen Rohstofftabellen zu Verfügung stellen, wie es sie schon im Baugewerbe gibt, anhand derer sie feste CO<sub>2</sub>-Werte für die verwendeten Rohstoffe beziehen können.

### **Votum der Antragskommission:**

Verweis LFA Umwelt, Energie und Bauen

## **Nr. 45 - Junge Union LV Niedersachsen Wasserstoff - RED II**

### **Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, die Umsetzung der Erneuerbaren Energien Richtlinie (Renewable Energy Directive, RED II) noch vor der Bundestagswahl 2021 in nationales Recht umzusetzen. Auf diesem Wege sollen die Rahmenbedingungen für den Aufbau einer nationalen Wasserstoffwirtschaft geschaffen werden. Gelingt es uns, in diesem Bereich die Technologieführerschaft zu erlangen, ist dies für die industriepolitische Zukunft unseres Landes von enormer Bedeutung.

### **Begründung:**

Die CDU in Niedersachsen begrüßt die im Juni 2020 vorgelegte nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung. Aus erneuerbaren Quellen hergestellter Wasserstoff ist eines von mehreren Schlüsselementen für eine erfolgreiche Energiewende, der darüber hinaus erhebliche wirtschaftliche Potentiale für die heimische Wirtschaft bietet. Deutschland sollte sowohl aus klimas als auch aus industriepolitischen Gründen zügig mit einer nationalen Gesetzgebung für den effizienten Einsatz von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien endlich nachziehen, damit die heimischen Unternehmen nicht den Anschluss an die Weltindustrie verliert.

Dafür ist es erforderlich, dass die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) für eine Anpassung des regulatorischen Rahmens entschlossen nutzen, um den benötigten klimapolitisch und wirtschaftlich effizienten Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft in Deutschland zu beschleunigen.

Aktuell besteht eine solche Gelegenheit in der gerade anstehenden Umsetzung der Erneuerbaren Energien-Richtlinie (RED II) in nationales Recht. Gerade die Umsetzung der RED II muss gezielt mit Blick auf den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft vorgenommen werden. Dabei gilt es, die Vorgaben für erneuerbare Energien für das Jahr 2030 für alle Bereiche und für die Minderung der THG-Emissionen umzusetzen. Die in Artikel 25 der RED II beschlossenen Regelungen müssen mit ambitionierten nationalen Zielen und die Produktion von nachhaltigen Kraftstoffen zum Beispiel von erneuerbarem Wasserstoff anreizenden Regelungen umgesetzt werden.

Während der Coronavirus-Pandemie hat die Bundesregierung die im Juni 2020 beschlossene Nationale Wasserstoffstrategie vorgelegt, die von den Energieunternehmen lang ersehnt wurde. Deutschland solle zum weltweit führenden Technologielieferant für grüne Wasserstoffherzeugung werden. Um dieses Ziel auch zu erreichen, muss nun zügig die weitere Umsetzung der RED II erfolgen, da nur dann der Rahmen für die Unternehmen für die Wasserstoffproduktion vorliegt. Hier darf nicht weiter Zeit verloren gehen, damit Deutsch-

land den Anschluss an andere Länder nicht verliert. Ein weiterer zeitlicher Verzug durch eine Einbringung und Beschlussfassung in den Bundestag nach der Bundestagswahl 2021 wäre für den Energiewirtschaftsstandort Deutschland ein erheblicher Rückschlag.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

## Nr. 46 - MIT LV Niedersachsen „grüner Wasserstoff“

**Antrag:**

Damit die Wasserstofftechnologie marktfähig wird, muss die Förderung der Erzeugung von CO<sub>2</sub>- neutralem Wasserstoff technologieoffen bleiben. Neben wachsenden Anteilen „grünen“ Wasserstoffs, der durch Elektrolyse auf der Basis erneuerbarer Energien gewonnen wird, müssen auch andere technologische Optionen Berücksichtigung finden.

Es muss Forschung, Technik und Wirtschaft überlassen werden, mit welchen Technologien unsere Klimaschutzziele am besten erreicht werden können. Eine einseitige Vorfestlegung auf bestimmte Technologien verhindert die breite Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft und erhöht die Kosten der Entwicklung.

Der Wirtschaft muss überlassen werden, in welchen Sektoren Wasserstoff in welchem Umfang eingesetzt werden soll. Die Wasserstoffnutzung darf nicht auf Stromerzeugung, Industrie, Schiffs- und Flugverkehr beschränkt oder politisch zugeteilt werden.

Die politischen Rahmenbedingungen müssen dabei so ausgestaltet werden, dass vorrangig nachfrageseitig ein Markt für Wasserstoff entstehen kann.

**Begründung:**

Wenn Deutschland seine heimische Wasserstoffproduktion auf eine Technologie limitiert, werden Unternehmen in den kommenden Jahren anstehenden Investitionen in die Wasserstoffproduktion aus Wettbewerbsgründen ins Ausland verlagern, wo derlei Technologiebeschränkungen nicht bestehen.

Schafft Deutschland es nicht, seinen „grünen“ Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen anzubieten, werden kostensensible Nutzer ihren Wasserstoff im Ausland einkaufen. Der Preis für klimaneutralen Wasserstoff wird somit zum wesentlichen Standortfaktor im internationalen Wettbewerb.

Um die Produktion großer Mengen Wasserstoff zu ermöglichen und dabei die besten Preise zu garantieren, ist Wettbewerb zwischen Anbietern und Technologien notwendig.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

## Nr. 47 - CDA LV Niedersachsen

### Mit vereinten Kräften die Corona-Krise meistern – umweltfreundliche Wirtschaft in Schwung bringen und Sozialstaat gestalten

**Antrag:**

I. Ausgangslage aufgrund der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie hat das Leben in den Familien, in der Gesellschaft und im Staat auf den Kopf gestellt. Ein nie für möglich gehaltener staatlich verordneter Stillstand des privaten, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens in weiten Bereichen wurde vom einen auf den anderen Tag notwendig, um gesunde zu schützen und erkrankten medizinische Hilfe zukommen zu lassen, bleibt ein Höchstmaß an Vorsicht mit dem richtigen Augenmaß für Lockerungen und Sicherheitsauflagen erforderlich, getragen von möglichst breiter Zustimmung der Menschen.

Die massiven Folgen der Corona-Krise für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbständige, für Betriebe, Sozialversicherungen, öffentliche Haushalte, Staaten innerhalb und außerhalb der EU, mit gravierenden Rückwirkungen auf Deutschland, sind in ihrer Gesamtwirkung noch nicht abschätzbar.

Umso größer ist unser Dank an alle Menschen, die jeweils an ihrem Platz in Familie, Betrieb und Gesellschaft mit aller Kraft ihren Beitrag zur Überwindung der Corona-Krise leisten.

Unverzichtbar sind die enormen finanziellen Anstrengungen unter Einsatz von hunderten Milliarden Euro von Bund, Ländern, Kommunen, Sozialversicherungen und Europäischer Union insbesondere mit den verschiedenen Corona-Hilfspaketen und Konjunkturprogrammen auf den unterschiedlichen Ebenen unter Einsatz finanzpolitischer Instrumente.

Sie sind notwendig auf Grund der gewaltigen Einbrüche bei Produktion, Umsatz und Export bei den Betrieben und Unternehmen in Niedersachsen und deutschlandweit. Die damit verbundenen Einnahmeausfälle in den öffentlichen Haushalten und bei den Sozialversicherungen sind enorm. Auch nach Durchschreiten der Talsohle wird ein längerer Erholungsprozess weiterhin kräftige staatliche Flankierung erfordern.

Der weitere Weg

1) Betriebe und Kurzarbeitergeld

Aufgrund der sehr guten Erfahrungen - besonders in Niedersachsen - müssen weiterhin staatliche Überbrückungshilfen in Form von Zuschüssen und Sonderkreditprogrammen zur Überlebenssicherung von Betrieben geleistet werden. Das gilt auch für die Leistungserbringer nach dem Sozialdienstleister – Einsatzgesetz.

## Landesparteitag 2021

Die Aufstockung des von der Bundesagentur für Arbeit gezahlten Kurzarbeitergeldes auf bis zu 87 % des Netto-lohns ist

### 2) Finanzpolitische Weichenstellung

Die enormen „Corona-Schulden“ der öffentlichen Hände müssen getrennt werden von den „normalen“ finanzpolitischen Notwendigkeiten. Bei den Entscheidungen, was sich Bund, Länder und Kommunen noch leisten können, dürfen die öffentlichen „Corona Schulden“ nicht zum Totschlagsargument für die Bereitstellung von Finanzmitteln in den öffentlichen Haushalten sein. So sind starre globale Kürzungsaufgaben für die einzelnen Ressorts der niedersächsischen Landesregierung fehl am Platz.

### 3) Einzelne Investitions-/Schwerpunkte im niedersächsischen Landeshaushalt und in den Kommunalhaushalten

#### a. soziale und gesundheitliche Infrastruktur

##### (1) Krankenhäuser

Die bisher erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die bürgernahe, qualitätsgerechte dezentrale niedersächsische Krankenhauslandschaft in Trägervielfalt erhalten und fortentwickelt werden muss. Zur Sicherung und Verbesserung der Qualität liegen in Niedersachsen Investitionsanträge der Krankenhäuser in Höhe von rund 2 Milliarden Euro vor (Prioritätenliste). Für die Jahre 2019 bis 2022 stehen ihnen aber Investitionsmittel des Landes und der Kommunen und Strukturfondsmittel II in Höhe von nur 1 Milliarde Euro gegenüber.

Der jährliche Investitionsbedarf beträgt auch vor dem Hintergrund der Beratungen der Enquete Kommission des niedersächsischen Landtages zur stationären Krankenhausversorgung nach fachlich unbestrittenen Investitionsbewertungsrelationen 8 % des Umsatzes. Auch dies zugrunde gelegt beträgt der jährliche Investitionsbedarf rund 550 Millionen Euro in Niedersachsen. Deshalb sollte das Land Niedersachsen mit seinen Kommunen neben der Bereitstellung der Gegenfinanzierung für die Strukturfondsmittel III (Konjunkturprogramm des Bundes Juni 2020) vor allem die allgemeinen Krankenhausbaumittel (Einzelförderung gemäß §§ 9 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz des Bundes, 6 Niedersächsisches Krankenhausgesetz) von zur Zeit 120 Millionen Euro auf 240 Millionen Euro jährlich verdoppeln, die allen Krankenhäusern in Niedersachsen zu Gute kommen.

Daneben muss es auch die Pauschalmittel für die Plankrankenhäuser §§ 9 Abs. 3 Krankenhausfinanzierungsgesetz des Bundes, 7 Niedersächsisches Krankenhausgesetz) von zur Zeit 110 Millionen Euro jährlich kräftig erhöhen, nicht zuletzt, um die Digitalisierung in den niedersächsischen Krankenhäusern voranzutreiben.

##### (2) Hausärzte

In der Corona-Pandemie hat der „Schutzwahl Hausärzte“ gehalten. Dennoch verstärkt sich der Ärztemangel in der hausärztlichen Versorgung in Niedersachsen drastisch weiter, wenn nichts geschieht. Für eine wirkungsvolle Niederlassungsförderung, die Schaffung zusätzlicher Medizinstudienplätze, die Schaffung von Weiterbildungsstellen für Hausärzte an Krankenhäusern und die Förderung hausärztlicher (!) Versorgungszentren (hausärztlicher Medizinischer Versorgungszentren – MVZ - ) müssen deshalb zusätzliche Finanzmittel aufgebracht werden.

Die CDU LV Niedersachsen unterstützt die Initiative des Hausärzteverbandes Landesverband Niedersachsen, an den Universitäten Hannover, Göttingen und Oldenburg die Abteilungen für Allgemeinmedizin mit deutlich mehr Personal auszustatten. Im Vergleich zu Fächern wie Innere Medizin, Chirurgie, Anästhesie und anderen Spezialfächern liegt der Steigerungsfaktor für Lehrstühle der Allgemeinmedizin bei 5-8 Mal so viel Personal wie bisher. Bei der groben Berechnung: von 100 Studenten jeweils die Hälfte in Klinik oder Praxis und von den 50 in der ambulanten Medizin dann 25 in der Allgemeinmedizin, um die Bevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen, müssen 25 % der Landesgelder für Lehre und Forschung in den Abteilungen für Allgemeinmedizin in Hannover, Göttingen und Oldenburg eingesetzt werden.

##### (3) Pflegeassistenten

Mit Hilfe von Pflegeassistenten mit in Niedersachsen 2-jähriger Ausbildung lässt sich ein sehr wirksamer Beitrag zur Bekämpfung des Pflegenotstandes erreichen. Bereits jetzt können Pflegeassistenten einen Großteil der Pflegetätigkeiten in der Altenpflege ausführen und im Krankenhaus helfen, die Personaluntergrenzen einzuhalten („Helfer werden bei der Einhaltung der Personaluntergrenzen mitgezählt“)

Es sind deshalb mit Unterstützung Niedersachsens im Bundesrat unverzüglich im Krankenhausfinanzierungsgesetz des Bundes die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere zur Finanzierung des Einsatzes von Pflegeassistenten zu regeln.

Das Land Niedersachsen ist gefordert, umgehend eine Finanzierung analog dem Pflegeberufegesetz zu schaffen, die aus einer bedarfsgerechten Schulpauschale für die öffentlichen Pflegeberufsfachschulen an berufsbildenden Schulen (BBS) sowie die privaten Pflegeberufsfachschulen und einer Pauschale für die Kosten der Träger der praktischen Ausbildung besteht.

Zusätzlich ist die zweijährige Pflegeassistentenausbildung durch die Einführung einer Ausbildungsvergütung analog dem Pflegeberufegesetz zu fördern. b. Wohnungsbauförderung

In weiten Teilen Niedersachsen ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt ungeachtet der Corona-Pandemie weiterhin sehr angespannt. Starke Mietpreissteigerungen in



weiten Teilen des Landes wie bei den Angebotsmieten in Hannover auf in Gesamtdurchschnitt 9,- € pro m<sup>2</sup> machen es Normalverdienern schwer oder unmöglich, eine bezahlbare Mietwohnung zu finden. Die vielerorts gestiegenen Immobilienpreise verhindern, dass Familien ein Eigenheim erwerben können.

Deshalb muss die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus (Eigentum und Miete) für kleine und mittlere Einkommensbezieher trotz der Corona-Problematik einen Schwerpunkt im niedersächsischen Landeshaushalt bilden.

Die aus dem Haushaltsüberschuss des Landes 2018 zur Verfügung gestellten 400 Millionen Fördermittel können nur ein Anfang sein. Berechnungen der Wohnungswirtschaft haben eine Unterdeckung an Landesmitteln von 1,4 Milliarden Euro für den Neubau von nur 14.500 Wohnungen landesweit bis 2023 ergeben.

Die vorhandenen 400 Millionen Landesmittel für den Wohnraumförderfonds sind deshalb schon im Doppelhaushalt des Landes 2021/2022 kräftig aufzustocken, nachdem der Bund bereits einen Beitrag geliefert hat.

#### c. Umwelt. Klimaschutz – grüner Wasserstoff

Im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Nationalen Wasserstoffstrategie muss das Land Niedersachsen seinen Beitrag leisten, um zentraler Standort für die deutsche Wasserstoffwirtschaft zu werden. Niedersächsischer Standortvorteil ist es, dass Niedersachsen den Windstrom bereits dort hat, wo er mittels Elektrolyse direkt in Wasserstoff umgewandelt und eingesetzt werden kann.

Die innovative Nutzung des grünen Gases in Verbindung mit der Brennstoffzellentechnik muss in allen Sektoren – Industrie, Wärme, Verkehr, Stromerzeugung – vorangetrieben werden. PKW und LKW Antriebe können ebenso wie die Industrieproduktion dekarbonisiert werden.

Mit diesem Ziel muss das Land Niedersachsen den Einsatz von grünem Wasserstoff und großskaliger Elektrolyse für die Erzeugung synthetischer Kraft- und Brennstoffe im Energiesystem fördern. Dazu gehört die Förderung:

- der Umwandlung und Speicherung regenerativen Stroms mittels der Power-to-Gas – Technik,
- des Ausbaus der Lade-Infrastruktur mit einem Wasserstofftankstellennetz (mit Elektrolyseuren; Bau von Flottentankstellen) einschließlich vorgelagerter Infrastruktur, - des Kaufs von Brennstoffzellen – KFZ - der Forschung und Entwicklung, - der Umsetzung von gemeinsamen Projekten verschiedener Akteure (Sektorenkopplung) wie der Ankopplung von Elektrolyseuren an die etwa 8000 Windräder in Niedersachsen, die aus der Förderung herausfallen.

#### d. Berufliche Bildung Niedersachsen

Land und Kommunen müssen die gegenüber dem „Aka-demisierungswahn“ ins Hintertreffen geratene berufliche Bildung mit einem Maßnahmenpaket stärken.

Dazu muss die mit Abstand unter allen öffentlichen Schulen schlechteste Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen durch kontinuierliche Erhöhung der Zahl der Lehrkräfte- Planstellen bei Verzicht auf die Kürzung der Zahl der Einstellungsermächtigungen zügig auf „reale“ 100 % plus 5 % Vertretungsreserve verbessert - Kompensation von Krankheitsausfällen – bis spätestens zum Jahr 2025 werden.

Ein Aus-, Fort- und Weiterbildungsbudget muss sichergestellt werden.

Die angemessene kommunale Sachmittelausstattung ist durch einen Investitionsfonds einschließlich „Digitalisierungstopf“ für die berufliche Bildung auf Landesebene in der Dekade 2021-2030 zu ergänzen.

Für die Koordinierung des Ausbaus und der Qualitätssteigerung in der beruflichen Bildung Niedersachsens ist dringend ein Niedersächsisches Institut für berufliche Bildung (NIBB) zu errichten, das sich an den entsprechenden Einrichtungen in Hamburg und Schleswig-Holstein orientiert.

#### e. Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes

Seine Leistungen in der Bekämpfung der Folgen der Corona-

Pandemie haben dem Öffentlichen Dienst ein hohes Maß an Anerkennung eingebracht.

Es hat sich schon vorher gezeigt, dass die Personalsituation im Öffentlichen Dienst angespannt ist, dies nicht zuletzt auf Grund der demographischen Entwicklung.

Kernfrage ist nun, ob Land und Kommunen trotz der „Corona- Haushaltslage“ Stellen wiederbesetzen oder neu schaffen und zugleich die für die unbestritten notwendige Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung erforderlichen Finanzmittel bereitstellen.

Im Sinne der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in allen Bereichen müssen Land und Kommunen diese Kernfrage positiv beantworten.

#### f. Leistungsfähige Kommunen

Die niedersächsischen Kommunen haben sehr großen Einfluss auf Beschäftigung, Bildung, Soziales, Gesundheit, Bau, Verkehr einschließlich des ÖPNV, Brandschutz und Sicherheit. Infolge der Corona-Pandemie haben die Kommunen aber herbe Rückgänge bei den Steuereinnahmen, Finanzzuweisungen und der Wirtschaftsleistung erleiden müssen. Deshalb sieht das Konjunkturpaket des Bundes vor, die Einnahmeausfälle der Kommunen bei der Gewerbesteuer zu kompensieren, wobei aber die Länder die Hälfte der Verluste der Kommunen übernehmen sollen.

Notwendig ist auch eine Pro-Kopf-Zuweisung an die Städte und Gemeinden. Die Höhe dieser Zuweisung

## Landesparteitag 2021

muss die Größenordnung der Defizite berücksichtigen, allen Kommunen unabhängig von ihrem Schuldenstand zugutekommen und sehr schnell ausgezahlt werden.

### III. Corona-Lastenausgleich

Die Gelder und Schulden, die jetzt und weiterhin in Folge der Corona Pandemie zur Existenzsicherung von Wirtschaft und Sozialstaat aufgewendet werden, müssen zurückgezahlt werden. Beizeiten muss über die Aufbringung der erforderlichen Mittel diskutiert und entschieden werden, damit Wirtschaft und Sozialstaat, sozialer Friede, Rechtsstaat und Demokratie die Corona-Krise überstehen.

Denkbar sind insbesondere -allein oder kombiniert- die Kürzung von Ausgaben, die stärkere Besteuerung oder Vermögensabgaben

Bei der Auswahl der Konsolidierungsmaßnahmen muss entscheidend die Generationengerechtigkeit beachtet werden.

Vorbild kann der Lastenausgleich sein, den Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg als Vermögensabgabe für jeden (bei nur kleinen Freibeträgen) beschlossen hat, zahlbar in 1/4-jährlichen Raten über einen Zeitraum von 30 Jahren. Ein neuer Lastenausgleich wäre wie damals die Antwort auf ein Ereignis, das in kürzester Zeit das Leben von Millionen Menschen auf den Kopf gestellt hat.

#### **Begründung:**

Ohne Begründung

#### **Votum der Antragskommission:**

Verweis LFA Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

## **Nr. 48 - CDA LV Niedersachsen Nachhaltiger Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen**

#### **Antrag:**

Der Parteitag möge beschließen:

Nachhaltiger Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen – ein Weg, der in die Zukunft führt

Die CDU Niedersachsen befürwortet weitere Schritte, um einen nachhaltigeren Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen im Land Niedersachsen und seinen Kommunen zu erreichen. Eine nachhaltige Rohstoffpolitik des Bundes, der Green Deal der EU sowie nachhaltige Initiativen bei allen internationalen Beziehungen sind dazu wichtige Bausteine.

Die CDU in Niedersachsen tritt dafür ein die Gewinnung, Verarbeitung, Wiederverwertung und Deponierung der für das Leben der Menschheit wichtigen Güter nachhaltiger zu gestalten. Rohstoffe sind knapp und auch endlich. Dies gilt aufgrund der nur begrenzt verfügbaren Acker- und Waldflächen auch für nachwachsende Rohstoffe. Deshalb ist ihr Verbrauch im Blick zu

behalten.

Um mehr Kenntnisse über die Gewinnung und den Verbrauch von Ressourcen in Niedersachsen zu gewinnen ist von der Landesregierung ein jährlicher Bericht vorzulegen, der im Rahmen einer landesweiten Bürgerbeteiligung zu diskutieren ist.

Dieser landesspezifische Dialog ist seitens der Bundesregierung im Rahmen der dritten Phase des „Deutschen Ressourceneffizienzprogramms“ (2020 – 2023) durch einen spezifischen Dialogprozess zu ergänzen. In dieser Phase sollten zu vier Zeitpunkten im gleichen zeitlichen Abstand in allen Bundesländern mindestens drei Bürgerdialoge stattfinden. Neben einem für junge Menschen sollte auch ein spezielles Format für Seniorinnen und Senioren durchgeführt werden.

Der Parteitag fordert die Europäische Kommission, das EU-Parlament, den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung sowie den Niedersächsischen Landtag und die Landesregierung sowie alle niedersächsischen Kommunen sowie die betrieblichen Interessenvertretungen und ihre Gewerkschaften sowie die Unternehmen und Arbeitgeberorganisationen auf in den kommenden vier Jahren vor allem folgende Themenfelder intensiver zu bearbeiten:

1. Mehr Umweltschutz sowie ethische und soziale Aspekte (z.B. Verbot der Kinderarbeit, besserer Arbeitsschutz sowie angemessene Einkommen) sollten in internationalen Rohstoffabkommen durchgesetzt und deren Einhaltung international kontrolliert werden. Hierzu gehört auch, Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, statt sie als billige Arbeitskräfte zu missbrauchen. Die Brandrodung der Urwälder ist international zu ächten. Darüber hinaus sind die durch den Rohstoffabbau verwüsteten Landschaften zu rekultivieren, wie wir es in Deutschland aus dem Braunkohletagebau kennen.

2. In den Betrieben sind mehr betriebliche Vereinbarungen zum Themenfeld „Ressourceneffizienz“ zu erarbeiten. Sowohl das betriebliche Vorschlagswesen wie auch die Aus-, Fort- und Weiterbildung sollten sich des Themas stärker als bisher annehmen. Vom Einkauf, über die Produktion und die Verwaltung bis hin zum Verkauf und der Logistik gibt es viele Sachverhalte, die unter dem Blickwinkel der Ressourceneffizienz zu betrachten sind. Die Betriebe sollten mehr über ihre Anstrengungen berichten und in der Öffentlichkeit sollte betriebliche Ressourceneffizienz beständig ein Thema sein.

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf positive Beispiele herauszustellen, um nachhaltige Anstrengungen für zukunftsorientierte Unternehmen zu befördern. Hierzu ist ein entsprechendes Förderprogramm zu beschließen mit dem das betriebliche Vorschlagswesen darin unterstützt wird umweltschonende Vorschläge von Beschäftigten anzuregen und auszuzeichnen. Nicht selten sind es gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit ihren Ideen

und Vorschlägen einen sparsameren Umgang mit den Ressourcen ermöglichen. Dieses Potential gilt es zu fördern und auszubauen, um die niedersächsische Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Die schon vorhandenen Potentiale sollen seitens der Landesregierung dargestellt und über deren Entwicklung regelmäßig berichtet werden.

Der Parteitag fordert die Landesregierung auf bis spätestens 2021 einen Wettbewerb ins Leben zu rufen, der mindestens alle zwei Jahre die zehn nachhaltigsten Initiativen betrieblicher Interessenvertretungen (Betriebsräte, Personalräte, Mitarbeitervertretungen) in Niedersachsen auszeichnet. In den Jahren dazwischen werden Projekte nachhaltiger Personalarbeit der Arbeitgeber ausgezeichnet. Um die Kriterien hierfür zu entwickeln und die eingehenden Bewerbungen zu sichten ist eine sozialpartnerschaftliche Auswahlkommission zu bilden, der neben den Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie der Landeregierung auch Expertinnen und Experten angehören.

3. In Schule, Hochschule und Berufsbildung ist das Themenfeld Ressourceneffizienz

noch stärker als bisher auszubauen. Ingenieurinnen und Ingenieuren sollte es noch mehr in Fleisch und Blut übergehen, schon bei der Konstruktion von Produkten den Rohstoffeinsatz so gering wie möglich anzusetzen. In der Berufsausbildung im Betrieb und in den Berufsschulen ist dem Thema Ressourceneffizienz im Arbeitsalltag mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Dies wäre auch ein Beitrag, um das Potenzial gerade in den mittleren und kleineren Betrieben und Unternehmen zu heben.

4. Die Ressourceneffizienz zu steigern ist auch Ziel der niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie. Der im September 2020 veröffentlichte Fortschrittsbericht macht deutlich, dass sich in Niedersachsen die Rohstoffproduktivität nicht gut entwickelt hat, anders als deutschlandweit. In den kommenden Jahren muss die niedersächsische Wirtschaft erheblich aufholen, wenn sie bei der Ressourceneffizienz gegenüber den anderen Ländern nicht weiter hinterherhinken will. Das Industrie- und Agrarland Niedersachsen solle deshalb in den kommenden Jahren durch die Präsentation guter Beispiele die Unternehmen anspornen unseren Wohlstand auch mit einem geringeren Einsatz von Ressourcen sicherzustellen.

5. Niedersachsen sollte auch die Unternehmen verstärkt darin unterstützen, ihre Wertschöpfungsketten besser durchleuchten zu können, um die guten Lieferanten zu stärken und die schwarzen Schafe unter ihnen aus der Wertschöpfungskette zu entfernen. Hierbei gilt es auch, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken und die öffentliche Hand als Auftraggeber dazu in die Lage zu setzen, mehr als bisher nachhaltige Produkte zu beziehen.

6. Die aktuelle Debatte über eine rechtliche Stärkung

der Prüfung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Standards, z.B. durch ein Lieferketten oder Wertschöpfungskettengesetz, macht das gemeinsame Anliegen deutlich, auch wenn es bei den Methoden und Instrumenten noch erhebliche Unterschiede gibt. Die Debatte ist es wert, in den nächsten Monaten eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Die CDU in Niedersachsen wird dazu ihren Beitrag leisten.

7. Eine nachhaltige Ressourcenpolitik braucht auch eine geänderte Finanz- und Steuerpolitik, ohne die Steuerquote zu erhöhen. In unserem Steuersystem ist neben der Besteuerung von Arbeit und Kapital eine stärkere Besteuerung des Ressourcenverbrauchs vorzusehen. Private Verbraucher, Unternehmen und öffentliche Hände müssen die tatsächlichen und langfristigen Kosten der genutzten Ressourcen tragen. Dabei sind soziale und wirtschaftliche Ungleichgewichte zu begrenzen und Überforderungen zu vermeiden. Europäische und internationale Wettbewerbsverzerrungen sind durch entsprechende Regelungen zu verhindern.

### **Begründung:**

Die Debatten die Ende letzten Jahres mit dem Green New Deals der EU Kommission fortgesetzt und mit der Ausrichtung des aktuellen deutschen Konjunkturpakets zusätzliche Aspekte erhalten haben sind es wert, sie mit christlich-demokratischen Impulsen zu bereichern.

Eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist immer wieder eine Herausforderung. Mit dem Antrag an den CDU Parteitag greifen wir einige Aspekte von aktueller und langfristiger Bedeutung heraus. Die Argumente und Forderungen des Antrages sprechen für sich. Sie verstehen sich auch als eine Konkretisierung christlicher Vorstellungen wie sie u.a. in der Enzyklika Laudato si von Papst Franziskus niedergelegt wurden.

### **Votum der Antragskommission:**

Verweis LFA Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

## **Nr. 49 - Junge Union LV Niedersachsen Anhebung der Bemessungsgrenzen der geringfügig Beschäftigten**

### **Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, die Bemessungsgrenze für die Geringfügigkeit von Beschäftigungen auf 600 EUR anzuheben, der Jahresgesamtverdienst ist auf 8000 EUR anzupassen. Zudem soll die Grenze für die Geringfügigkeit von Beschäftigungen synchron zu der Erhöhung der Mindestlöhne steigen.

### **Begründung:**

Viele geringfügig Beschäftigte benötigen diese Jobs, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, da die Renten, das BAföG oder das Gehalt einer anderen Beschäftigung nicht ausreichen. Durch steigende Löhne

## Landesparteitag 2021

müssen immer wieder Stunden reduziert werden, dagegen steigen aber auch die Kosten in vielen Lebensbereichen, sodass dieser Zusatzverdienst oft nicht mehr ausreicht. Da die Sozialversicherungsbeiträge bei übersteigen der Geringfügigkeitsgrenze jedoch einen unzumutbar hohen Teil der kleinen Gehälter beanspruchen, geht die aktuelle Bemessungsgrenze für die Freiheit von Sozialversicherung an den Bedürfnissen der meisten Menschen vorbei und muss dringend angepasst werden und auch dynamisch an die Lohnentwicklung gekoppelt werden, um der Lebenswirklichkeit der Menschen zu entsprechen.

### **Votum der Antragskommission:**

Verweis an den LFA Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

## **Nr. 50 - Junge Union LV Niedersachsen Rückverlagerung kritischer Produktionen nach Deutschland und Europa**

### **Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich für die Rückverlagerung von für Sicherheit und Gesundheitswesen kritischen Betrieben und Wirtschaftszweigen in die Europäische Union ein. Diese Verlagerung soll vorrangig mit wirtschaftlichen Anreizen realisiert werden. Darüber hinaus soll die durch die Bundeswehr betriebene Eigenproduktion, die in Folge von Beschwerden des Bundesrechnungshofs eingestellt wurde, wieder aufgenommen werden, um die Versorgung unseres Landes im Ernstfall sichern zu können.

### **Begründung:**

Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, dass die Versorgung mit wichtigem medizinischem Material und Ersatzteilen im Krisenfall nicht allein aus eigener Kraft gewährleistet werden kann. Um die Versorgung im Ernstfall zu sichern und um von weltpolitischen anderen Staaten unabhängiger zu sein, sollten kritische Wirtschaftszweige und Betriebe durch wirtschaftliche Anreize zur Rück- und Neuansiedlung in Deutschland und Europa bewegt werden. Dabei könnte diese Verlagerung insbesondere strukturschwachen Regionen zugutekommen. Gleichzeitig bietet das Konzept der Bundeswehr die Gelegenheit, diese, sowie im Krisenfall Teile des bundesweiten Sanitäts- und Apothekenwesens, von der internationalen Versorgungslage autark mit Material zu versorgen.

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

## **Nr. 51 - Junge Union LV Niedersachsen Sicherung der Fortsetzung der Gründungs- förderung kleiner und mittlerer Gastwirtschaften**

### **Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, zur Sicherung der Fortsetzung und Gründungsförderung kleiner und mittlerer Gastwirtschaften, nach §1 des Gaststättengesetzes (GastG), einen größenabhängigen Zuschuss für Betriebsmittel zu schaffen. Die Zahlungsmodalitäten orientieren sich an den Corona-Soforthilfen des Bundes. Bei Nicht- oder unsachgemäßer Nutzung des Zuschusses ist eine Rückzahlung des Zuschussempfängers erforderlich. Die Beantragung des Zuschusses ist ab dem 01.01.2021 für 2 Jahre möglich. Wir sind der Überzeugung, dass die unter der Corona Krise besonders leidenden Gaststätten als sozialer und wirtschaftlicher Faktor Niedersachsens erhalten bleiben müssen. Daher soll eine Unterstützung für Gründer und Neueinsteiger im Gastgewerbe geschaffen werden, um dem buchstäblichen „Kneipensterben“ zu begegnen.

### **Begründung:**

Die Gastronomie erlebt die schwerste Krise ihrer Geschichte. „Das Gastgewerbe kämpft um ihr Überleben“, so drastisch formuliert es der aktuelle DEHOGA Bundesvorsitzende Zöllick. Die Einbußen durch die Corona Krise sind für diese Berufssparte exorbitant. Die Umsätze sind im Gastgewerbe im März insgesamt um 44 %, im April um 56,3% und im Mai um 63,4 % zurückgegangen (Quelle 1). Neben der Tourismus- und Flugbranche ist das Gastgewerbe am stärksten von den Corona bedingten Einschränkungen betroffen. Daneben wurden aufgrund der Corona Pandemie, trotz Kurzarbeitergeldes, 35.348 Arbeitnehmer in dieser Branche arbeitslos. (Anstieg um 20,54%) Unter diesen Arbeitslosen sind viele junge Menschen wie Studenten, Azubis und 450 EUR Kräfte, welche damit große Teile ihres Lebensunterhalts finanzieren (Quelle 2). Die Wichtigkeit dieser Wirtschaftssparte ist enorm. Die Beschränkungen, welche richtig waren und in ihrer aktuellen Form sind, schaden genau dieser Wirtschaftssparte überproportional langanhaltend. Gaststätten und Schankwirtschaften waren lange von einer pandemiebedingten Schließung (zwischen dem 21.03.2020 und dem 11.05.2020 (Quelle 3), bei Schankwirtschaften zwischen dem 21.03.2020 und dem 08.06.2020) betroffen. Eine volle Auslastung ist aktuell aufgrund der geltenden Abstands- und Hygienevorschriften nicht möglich. Neben den Umsatzeinbußen ist die Planungsunsicherheit für viele Betriebe mit großen Unsicherheiten behaftet. Viele Betriebe werden sich trotz der intensiven Bemühungen des Bundes und des Landes Niedersachsen nicht halten können. Auch sind schärfere Beschränkungen und infektionsschützende Maßnahmen, bis hin zu einem zweiten „Lockdown“, angesichts der aktuell steigenden

Fallzahlen nicht ausgeschlossen bis wahrscheinlich. Somit ist insgesamt von einem regional- und agglomerationsunabhängigen Sterben von Gaststätten, insbesondere Schankwirtschaften, auszugehen. In ländlichen Gebieten ist dieser Prozess, welcher sich nun beschleunigt, schon länger zu beobachten. Viele potenzielle Gastwirte fürchten die unsichere Einkommenssituation, bei gleichzeitig hoher Bürokratie und vielen Auflagen, schon vor der Corona Pandemie. Aber auch in Städten ist die Modernisierung der klassische Eckkneipe häufig nicht mehr rentabel. Zur Flankierung der bestehenden existenzsichernden Maßnahmen fordern wir eine Förderung von Neugründungen und Übernahmen, um einen wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Teil Niedersachsens langfristig zu erhalten.

Quellenangaben:

1 Statistisches Bundesamt/ GENESIS-online (inkl. Rückkorrektur und Umstellung auf Basisjahr 2015)

2 DEHOGA-Zahlenspiegel 1. Quartal 2020

3 Runderlasse des MS vom 16.03.2020, (Einschränkung sozialer Kontakte) und 17.03.2020, AZ: 401.41609-11- (Übernachtungen, Gaststätten, Restaurants); Nds. GVBl. Nr. 13/2020 (ab Seite 97) und die darauffolgenden Änderungen

**Votum der Antragskommission:**

Annahme

## Nr. 52 - KPV LV Niedersachsen Zukunft unserer Innenstädte sichern

### Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU in Niedersachsen steht für starke Innenstädte. Diese sollen sich auch zukünftig durch einen starken Handel, Gastronomie, differenzierte kulturelle und soziale Angebote, Wohnmöglichkeiten sowie eine hohe Aufenthaltsqualität auszeichnen und Mittelpunkt des gemeinschaftlichen Miteinander in unseren Orten bleiben.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Strukturveränderungen und den aktuellen Herausforderungen der Corona-Pandemie, darunter die starke Konkurrenz des Onlinehandels, die drohende Verödung der Innenstädte, die Schließung vieler inhabergeführter Geschäfte oder die Nachfolgeproblematik, wird deshalb von der CDU Niedersachsen ein umfassendes Handlungskonzept für die niedersächsische „Stärkung der Innenstädte und Ortszentren“ erarbeitet. Bestandteile darin sollten unter anderem sein:

1. Die Initiierung eines zusätzlichen Landes-Innenstadtfonds i.H.v. 50 Millionen Euro, um den Erhalt und die langfristige Attraktivität von lebendigen Innenstädten und Ortszentren zu sichern.

2. Die weitere Aufrechterhaltung des Landesprogram-

mes „Digitalbonus.Niedersachsen“ sowie die stärkere Unterstützung der Bundesprogramme „Go digital“ und „Förderung unternehmerischen Knowhows“, um die Unternehmen vor Ort zu stärken. Dies beinhaltet sowohl eine angemessene Finanzierung als auch eine ausreichende Laufzeit, die für Händler und Unternehmen Planungssicherheit gewährleistet. Zu begrüßen wäre zukünftig ebenfalls, die Potenziale aller Unternehmen zu bündeln und Netzwerk- sowie Kooperationsprojekte gezielt zu fördern, bspw. in Form von gemeinsamen lokalen Onlineverbünden, Marktplätzen oder Liefer- und Abholservices.

3. Die stärkere Berücksichtigung von Maßnahmen zur wirtschaftlichen, strukturellen und baukulturellen Stärkung der Innenstädte bei der Mittelvergabe in der Städtebauförderung, dazu gehören sowohl Investitionen zur Umgestaltung des öffentlichen Raumes, der Abriss nicht nachgefragter Immobilien als auch Prozesskosten, wozu die Organisation eines Zentrenmanagements zählt.

4. Die vorübergehende Anmietung leerstehender Ladenlokale sowie die Möglichkeit des Zwischenerwerbs von Gebäuden durch die Kommunen im Bau- und Leerstandsmanagement, um neue Nutzungsformen im Rahmen eines Verfügungsfonds zu etablieren. Dazu gehören auch Beratungs- und Planungsangebote aus dem o.g. Innenstadtfonds, um ein Zentrenmanagement anzustoßen und den Fondsbaufbau vorzubereiten.

5. Spätestens ab 2021 der Wegfall des Anlassbezuges der Sonntagsöffnung. Stattdessen sollten für eine begrenzte Anzahl von verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr im NLOffVZG abstrakt-generelle Gründe, wie der Erhalt lebendiger Innenstädte, gesetzlich definiert werden. Für die Kommunen ist eine Rechtssicherheit bei der Durchführung verkaufsoffener Sonntage bedeutsam.

### Begründung:

Die niedersächsischen Innenstädte sowie die dort ansässigen Gewerbetreibenden in insbesondere Klein- und Mittelstädten stehen nach der Corona-Pandemie vor der Herausforderung, mittel- und langfristig ihre Attraktivität zu erhalten. Die Corona-Pandemie hat den Wandel im Handel erheblich beschleunigt und macht ein zielgerichtetes, schnelles Gegensteuern notwendig. Während der Online-Handel floriert, erlitt der stationäre (Einzel-) Handel teils massive Einbußen. Die Folge sind viele Geschäfte, die ums Überleben kämpfen. Bundesweit ist abseits des Lebensmittelhandels mit Umsatzeinbußen von etwa 40 Milliarden Euro für die Handelsunternehmen zu rechnen. Die verfügbaren Geschäftsschließungen führten bundesweit zu einem Umsatzausfall von rund 1,15 Milliarden Euro pro Tag bzw. sieben Milliarden Euro pro Woche. Die Umsatzausfälle des stationären Einzelhandels während des Lockdowns waren massiv und können während des Jahres nicht ansatzweise ausgeglichen werden. Auch nach den Lockerungen, sind die Effekte vielfach ernüchternd. So liegen die Kundenfrequenzen in den Innenstädten weit

## Landesparteitag 2021

unter den Zahlen der Zeit vor der Corona-Krise, was sich deutlich auf die Umsätze auswirkt.

Schätzungsweise 50.000 Geschäfte befinden sich in einer existenzbedrohlichen Lage, etwa ein Zehntel davon entfällt auf den größtenteils mittelständisch geprägten Einzelhandel in Niedersachsen. Eine Konjunktumfrage der IHK Niedersachsen im Juli dieses Jahrs ergab, dass trotz der Lockerungen weiterhin 46% der stationären Einzelhändler die Geschäftslage als schlecht bewerten und 48% eine schlechte Geschäftslage für die Zukunft erwarten. Mehr als ein Viertel der 39.000 Einzelhandelsunternehmen Niedersachsens sehen außerdem einen erheblichen Beratungsbedarf hinsichtlich der Umstellung auf den Onlinehandel und über 30% gehen davon aus, Personal abbauen zu müssen. Die jetzige Lage führt insgesamt zu einer dramatischen Verschlechterung der Gesamtsituation, die insbesondere bei weiteren Schließungen mittelständischer Einzelhändler in den kleinen und mittleren Städten die Versorgung und die gesellschaftliche Stabilität im ländlichen Raum bedroht.

Für die Zukunft der Stadt sind intakte Innenstädte aber von herausragender Bedeutung: Handel, Dienstleistungen, Wohnen, Kultur, Bildung und Freizeitaktivitäten prägen diese. Den Kommunen muss das Rüstzeug gegeben werden, um selbst für eine attraktive Innenstadt zu sorgen. Dabei müssen bspw. durch einen Innenstadtfonds Maßnahmen möglich sein, die über bisherige Förderprogramme, wie dem der Städtebauförderung, hinausgehen. Im Blickpunkt stehen dabei insbesondere Interventionsmaßnahmen anstelle von Investitionen für die Entwicklung neuer Lösungen. Bei der Gestaltung eines möglichen Innenstadtfonds ist klar, dass den Kommunen eine größtmögliche individuelle Handhabe belassen wird, da sich die Spezifik der Probleme aber auch möglicher Lösungsansätze vor Ort jeweils voneinander unterscheiden. Der Fonds sollte sowohl Konzepte (u.a. Einzelhandels- und Leerstandskonzepte, Verkehrs- und Logistikkonzepte, Digitalisierungskonzepte) sowie konkrete Umsetzungsmaßnahmen zur Schaffung einer zukunftsfähigen Innenstadt fördern. Dazu zählen die Erhöhung der Nutzungsvielfalt und die Stärkung der Multifunktionalität genauso wie die Erhöhung der Aufenthaltsqualität und neue digitale Angebote. Die Innenstadt muss als Aufenthaltsort attraktiver werden, weshalb auch entsprechende Angebote für mehr Sicherheit und Sauberkeit förderfähig sein müssen. Die Bandbreite der Fördergebiete korreliert mit der Vielfalt an Herausforderungen, vor denen die Innenstädte stehen. Orientiert werden könnte sich auch am niedersächsischen Förderprogramm „Zukunftsräume“ mit einer Schwerpunktsetzung auf den Innenstadtbereich. Zukunftsräume war zweistufig aufgebaut, förderte nach einer kurzen, ohne übermäßigen Aufwand zu erstellenden Projektskizze bis zu zehn externe Beratertage. Im zweiten Schritt erfolgte die Förderung konkreter Projekte und Maßnahmen.

Als gutes Beispiel im Innenstadtbereich ging bereits das Land Nordrhein-Westfalen voran, den Transformationsprozess der Innenstädte pro-aktiv zu begleiten und stellt im Sofortprogramm zu Stärkung der Innenstädte und Zentren im Jahr 2020 insgesamt 70 Millionen Euro bereit. In vier Innovationsfeldern stärken sie die Möglichkeit der Kommunen, leerstehende Ladenlokale und Einzelhandelsimmobilien anzumieten und vorübergehend zu erwerben, genauso sind Beratungs- und Planungsangebote möglich. Auch der Handelsverband Deutschland (HDE) sprach sich für einen Innenstadtfond aus, um die aktuelle Lage zu analysieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, den Niedergang aufzuhalten. Ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen schlägt auch der HDE drei Umsetzungsbereiche vor: Die Erstellung und Anpassung von Einzelhandelskonzepten, die Analyse der Leerstandssituation sowie die aktive Ansiedlungspolitik für einen attraktiven Branchenmix. Im Vergleich zum nordrhein-westfälischen Landesprogramm fehlen allerdings die Maßnahmen, leerstehende Gebäude und Immobilien anmieten und zwischennutzen zu können.

Seit der Neustrukturierung der Städtebauförderung in 2020 sind Maßnahmen des Klimaschutzes und/oder zur Anpassung an den Klimawandel, insbesondere durch die Verbesserung der grünen Infrastruktur, Voraussetzung für den Erhalt einer Förderung. Ergänzend dazu sollte überlegt werden, auch zukunftsfähige „digitale“ Förderkriterien bei den Städtebauförderungsprogrammen und der Entwicklung unserer Innenstädte als Voraussetzung aufzunehmen, da diese mindestens ebenbürtig zur Klimaschutzanpassung zu sehen sind. Perspektivisch ist es bedeutsam, den Klimawandel pro-aktiv zu begleiten und vor Ort umzusetzen, für die Stärkung der Innenstädte bedarf es aber weiterer Maßnahmen, um wieder verstärkt Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu binden. Zudem gehört es auch zum Klimaschutz, Einwohnerinnen und Einwohner in die eigenen Innenstädte zu bringen und Pendelei in umliegende Zentren vorzubeugen. Dabei könnte auch eine Maßnahme darstellen, verstärkt Mittel für Investitionen zur Umgestaltung des öffentlichen Raumes sowie Prozesskosten bereitzustellen oder den Einbezug solcher Aktivitäten stärker in der Städtebauförderung zu gewichten. Die bisherige Städtebauförderung schließt die Förderung von bspw. Quartiers- oder Citymanagern aus, sodass auch die Ausweitung bestehender Förderkriterien auf „Innenstadt-Kümmerer“ wünschenswert wäre.

Eine hohe Priorität stellt ebenfalls dar, bauliche Konzepte gegen die zu erwartenden Leerstände zu entwickeln und Lösungen für Nachnutzungen zu suchen, die den zukünftigen Erlebnisraum der Innenstadt stärken. Auch dabei brauchen Kommunen einen größeren Entscheidungsspielraum, etwa im Baurecht. Städte und Gemeinden sollten weiterreichende Möglichkeiten erhalten, leerstehende Immobilien selbst zu erwerben. Dies beugt vor, dass neue Eigentümer von z.B.

Zwangsversteigerungen profitieren und anschließend nur unzureichend ihren Pflichten nachkommen sowie Interessen verfolgen, die denen der breiten Öffentlichkeit entgegenstehen. Leerstehende Immobilien und Gebäude bewirken ein Gefühl des Niedergangs. Durch diese Maßnahme erhielten Kommunen die Möglichkeit, zumindest eine Zwischennutzung zu gewährleisten, kleinteiligen Leerständen entgegenzuwirken und die Initiierung neuer Projektideen in Form von z.B. Startups, pilothafter neuer Angebote, aber auch bürgerschaftlichen Nutzungen zu unterstützen.

Nicht nur die Kommunen sind auf tatkräftige und finanzielle Unterstützung des Landes angewiesen, auch die Unternehmen sollen Hilfe erhalten, um die notwendigen Digitalisierungs- und Umstrukturierungsprozesse zu meistern. Die aktuellen Förderprogramme „Go digital“ sowie „Förderung unternehmerischen Know hows“ (jeweils Bund) und der „Digitalbonus.Niedersachsen“ (Land) müssen noch bis mindestens 2022 fortlaufen. Im Programm „Go digital“ sollte die Förderfähigkeit auf 350 Mitarbeiter heraufgesetzt werden. Dass es einen großen Bedarf an digitalen Themen gibt, zeigt das Programm „Förderung unternehmerischen Know hows“, welches schon im Juni 2020 ausgeschöpft war. Es wäre deshalb erstrebenswert, die Mittel aufzustocken und notfalls auch anteilig Landesmittel dafür zu verwenden. Beim landeseigenen Programm „Digitalbonus.Niedersachsen“ ist ein regelmäßiges, jährliches Monitoring wünschenswert, um auch hier Optimierungen und Anpassungen in Folge der Corona-Pandemie vorzunehmen. Die Fortschreibung des Handlungskonzeptes Mittelstand und Handwerk des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung ist zu begrüßen. Auch die Aussage des MW darin, die Beratung zur Digitalisierung für Mittelstand und Handwerk in Niedersachsen auszubauen und mit weiteren zusätzlichen Maßnahmen die Zukunftsfähigkeit zu sichern, sind positiv zu bewerten. Von steigender Bedeutung wäre ebenfalls, die Potenziale aller Unternehmen in Klein- und Mittelstädten zu bündeln und Kooperationsprojekte gezielt zu fördern, bspw. in Form gemeinsamer lokaler Onlineverbünde, Marktplätze oder Liefer- und Abholservices. Hierfür könnte das Land die Netzbildung von Unternehmen zu bestimmten Themenschwerpunkten und Fragen aktiv unterstützen, indem sie in Veranstaltungen oder auf anderweitigen Infokanälen eigene Lösungsmöglichkeiten aber auch Best-practice-Lösungen aus anderen Bundesländern vorstellt. Auch eine größere Gewichtung von Netzwerk- und Kooperationsprojekten in den Förderprogrammen könnte, vergleichbar mit interkommunaler Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene, einen Ansatz für Unternehmen darstellen.

Eine Flexibilisierung der Sonntagsöffnung der Geschäfte könnte eine Entzerrung der Menschenmengen und Verkaufsströme führen, was insbesondere in Folge der Corona-Pandemie vorteilhaft wäre. Außerdem wird da-

mit der innerstädtische Handel gestärkt. Die für 2020 noch möglichen verkaufsoffenen Sonntage verteilen sich allesamt auf nur noch wenige mögliche Wochenenden. Für 2021 sollte deshalb schon jetzt die Schaffung der notwendigen Rechtssicherheit im Fokus stehen und Lösungen dafür gefunden werden, sollten eigentlich notwendige „besondere Anlässe“ wie Märkte, größere Veranstaltungen oder Messen weiterhin entfallen. Für eine rechtliche Sicherheit wäre die Definition abstrakt-genereller Gründer, darunter bspw. der Erhalt lebendiger Innenstädte, im NLöffVZG, wünschenswert. Es wäre außerdem zu begrüßen, wenn die sonntägliche Ladenöffnung nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 aufgrund eines „öffentlichen Interesses an der Belebung der Gemeinde“ oder nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 als „sonstiger rechtfertigender Sachgrund“ erfolgen darf.

#### **Votum der Antragskommission:**

Verweis an den LFA Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

### **Nr. 53 - KV Wolfsburg**

#### **Einführung einer Kaufprämie für Neufahrzeuge**

##### **Antrag:**

Der Landesparteitag Niedersachsen möge beschließen:

Die CDU Niedersachsen bringt über die CDU Landtagsfraktion einen Antrag / eine Resolution in den Landtag ein, in dem das Land Niedersachsen aufgefordert wird, sich intensiv für die Einführung einer Kaufprämie für Neufahrzeuge von deutschen Automobilherstellern mit Verbrennungsmotor, Hybridfahrzeuge und Fahrzeuge mit E-Motor einzusetzen, um die Folgen der coronabedingten Verkaufszahlen abzumindern und somit Arbeitsplätze in der Region zu halten bzw. zu sichern.

##### **Begründung:**

Durch die Coronapandemie sind die Verkaufszahlen des ansässigen Autoherstellers massiv eingebrochen, sodass mit einer wesentlich verringerten Stückzahl von gebauten Fahrzeugen in den niedersächsischen Volkswagenwerken gerechnet werden muss. Da hiervon nicht nur Arbeitsplätze bei Volkswagen sondern auch unzählige Arbeitsplätze bei diversen Zulieferern in ganz Niedersachsen Niedersachsen abhängen ist eine Unterstützung durch eine Kaufprämie in der derzeitigen Situation geboten.

Insbesondere aus umweltpolitischen Gesichtspunkten aber auch zur Standortsicherung ist es wichtig den Anteil von E-Fahrzeugen am Standort Wolfsburg zu erhöhen und dem Markt zur Verfügung zu stellen. Besonders hierfür ist eine Verkaufsprämie wichtig und sinnvoll.

Da auch die Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren in den letzten Jahren eine wesentliche Verbesserung der Emissionswerte erfahren haben und immer noch den größten Anteil an verkauften Fahrzeugen haben ist eine

## Landesparteitag 2021

Förderung auch dieser Fahrzeuge geboten.

Gleichzeitig könnten mit einer Prämie die Verkaufszahlen von Hybrid- sowie E-Fahrzeugen durch einen attraktiveren Preis gefördert werden, um die Ziele zur Verringerung der CO<sup>2</sup> Emission zu erreichen.

### **Votum der Antragskommission:**

Verweis an die Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag

## **Nr. 54 - KV Wolfsburg Verbesserung der Verkehrssituation in der Städteregion Braunschweig Salzgitter Wolfsburg**

### **Antrag:**

Der Landesparteitag Niedersachsen möge beschließen:

Zunehmender Pendlerverkehr in dem Städteregion Braunschweig Salzgitter Wolfsburg und den fünf umliegenden Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel sowie die starke und weiter zunehmende Belastung der Autobahn A2 als wichtigste europäische West-Ost-Verbindung in dieser Region führen dazu, dass es in Spitzenverkehrszeiten zu regelmäßigen Stauungen des Verkehrs kommt. Um dieser Situation entgegen zu wirken beantragt der Kreisverband Wolfsburg in der CDU Niedersachsen, dass das Land Niedersachsen Maßnahmen ergreift, die einer Linderung zuträglich sind. Hierbei ist insbesondere die Erweiterung der Autobahn A39 zwischen Kreuz Wolfsburg / Königslutter und Anschlussstelle Gifhorn / Weyhausen auf drei Spuren je Fahrtrichtung zu planen und umzusetzen. Weiterhin ist der schnellstmögliche Ausbau der Wedeler Schleife mit dem zweiten Gleis ab 2021 durch Sicherstellung der Gesamtfinanzierung zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist die Planung eines weiteren Bahnhaltepunktes in Höhe des Tor Sandkamp der Volkswagen AG in Wolfsburg voranzutreiben und umzusetzen.

### **Begründung:**

Täglich pendeln rund 70.000 Beschäftigte aus dem Umland nach Wolfsburg ein. Durch veränderte Arbeitsbedingungen, Anpassungen von Arbeitszeitmodellen und auch auf Grund von Vereinbarkeit von Familie und Beruf fährt der größte Teil dieser Einpendler mit ihrem privaten PKW. Diese führt regelmäßig zu kritischen Verkehrslagen mit Rückstauungen an Engstellen, Abfahrten und Kreuzungen, da viele der Einpendler auf Grund der Verkehrsbelastung die Autobahn A39 meiden. Ergebnis hieraus ist wiederum, dass die Bewohner der Gemeinden der durch die Pendler genutzten Straßen unter der Verkehrsbelastung leiden und Veränderungen fordern. Ferner wird mit dem Durchbau der A39 von Wolfsburg nach Lüneburg und mit der geplanten Fehmarnbelt-Querung ab 2030 die Verkehrsbelastung auf der Nord-Süd-Verbindung erheblich zu nehmen. Ohne

den sechs-spurigen Ausbau der A39 von der AS Weyhausen bis zum AK Königslutter / Wolfsburg entsteht verkehrsmäßig ein absoluter Flaschenhals auf der A39.

Durch den Ausbau der sog. Weddeler Schleife mit dem 2. Gleis könnte der ÖPNV erweitert und wesentlich attraktiver gestaltet werden. Somit könnten die Taktung verringert und mehr Züge fahren, was letztendlich zu einer gewünschten Erhöhung der Zugnutzer gerade den beiden Oberzentren Braunschweig und Wolfsburg führt. Der Bau eines weiteren Haltepunktes in Wolfsburg in Höhe des VW-Tor Sandkamp an der Regionalbahnstrecke Hannover-Gifhorn-Wolfsburg würde nach unserer Überzeugung die Attraktivität des gesamten ÖPNV und SPNV wesentlich steigern und PKW-Pendler in der West-Ost-Beziehung zum Umsteigen anregen.

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

## **Nr. 55 - LV Oldenburg Förderung des Radschnellwegeausbaus**

### **Antrag:**

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, die benannten Fördervoraussetzungen für den Bau von Radschnellwegen (vgl. VV Radschnellwege 2017 – 2030) dahingehend zu verändern, dass auch Radschnellwege in ländlichen geprägten Regionen förderfähig sind.

Dazu sind folgende Veränderungen vorzunehmen:

Art. 3, Abs. 3; a: bau- und verkehrstechnisch bedarfsge-recht ist,

Art. 3, Abs. 3; d; Satz 2: Ein hohes Potenzial liegt in der Regel vor, wenn Prognoseverkehrsstärken von mehr als 500 Radfahrten (DTVRad) pro Tag im Querschnitt zu erwarten sind.

Art. 3, Abs. 3; f: alleiniger oder Mitbestandteil einer Radschnellverbindung mit einer Mindestlänge von in der Regel 5 km ist.

+ Begründung ansehen

### **Begründung:**

In der VV Radschnellwege 2017 – 2030 sind die Fördervoraussetzungen für den Bau von Radschnellwegen in Art. 3; Abs. 3 wie folgt definiert:

„(3) Voraussetzung für die Förderung ist, dass der Radschnellweg

a) bau- und verkehrstechnisch einwandfrei ist,

b) unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant ist,

c) eine eigene Verkehrsbedeutung insbesondere für Berufs- und Pendlerverkehre hat,

d) ein hohes Radverkehrspotenzial besitzt. Ein hohes



Potenzial liegt in der Regel vor, wenn Prognoseverkehrsstärken von mehr als 2.000 Radfahrten (DTVRad) pro Tag im Querschnitt zu erwarten sind. Bei im Ausnahmefall niedrigeren Prognosebelastungen sind die Wirtschaftlichkeit und der Bedarf an Finanzhilfen durch den Bund gesondert nachzuweisen.

e) nicht überwiegend touristischen Verkehren dient oder zu dienen bestimmt ist,

f) alleiniger oder Mitbestandteil einer Radschnellverbindung mit einer Mindestlänge von in der Regel 10 km ist,

g) dauerhaft und verkehrssicher -einschließlich Winterdienst- durch die Träger der Straßenbaulast betrieben und unterhalten wird.“

Diese Kriterien sind in ländlich geprägten Regionen mit einer eher dünnen Besiedelung selten zu realisieren und führen so zu einer strukturellen Benachteiligung bei der Einwerbung von Fördermitteln. Daher sind die Fördervoraussetzungen an die Begebenheiten im ländlichen Raum anzupassen. Dies bezieht sich insbesondere auf eine Anpassung des Potenzials auf 500 Radfahrten pro Tag. Ebenso sind sowohl die Länge als auch die Qualität des Radschnellweges anzupassen. Nur so können im ländlichen Raum erste Abschnitte von Radschnellwegen als Pilotprojekte realisiert, Bürger zum Radfahren animiert und potenziell eine Verlagerung von Verkehrsströmen erreicht werden.

#### **Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, die benannten Fördervoraussetzungen für den Bau von Radschnellwegen (vgl. VV Radschnellwege 2017-2030) dahingehend zu verändern, dass auch Radschnellwege in ländlich geprägten Regionen förderfähig sind.

### **Nr. 56 - LV Oldenburg Förderung von Ortsumfahrten**

#### **Antrag:**

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, Ortsumfahrten als neue (verkehrlich notwendige) Landesstraßen in eigener Zuständigkeit zu bauen und/oder den Bau von kommunalen Ortsumfahrten (als Gemeinde- oder Kreisstraße) finanziell zu fördern.

#### **Begründung:**

Insbesondere die gute wirtschaftliche Entwicklung vieler Kommunen im Oldenburger Land hat dazu geführt, dass es zu einer enormen Zunahme des Verkehrs (insbesondere auch des Schwerlastverkehrs) in unseren Städten und Gemeinden gekommen ist. Vielerorts droht der „Verkehrsinfarkt“. Um Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, aber auch um Unternehmen eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen, ist der Neubau von Ortsum-

fahrten als Entlastungsstraßen dringend erforderlich. Eine Förderung aus GVFG-Mitteln ist in diesen Fällen oftmals aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Aus diesem Grunde ist dringend geboten, dass das Land diese Straßen entweder als neue Landesstraßen selbst errichtet oder aber (zumindest) eine rechtssichere Fördermöglichkeit für die Städte und Gemeinden zum Bau von Ortsumfahrten schafft.

#### **Votum der Antragskommission:**

Annahme

### **Nr. 57 - LV Oldenburg Mobilität**

#### **Antrag:**

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, ein ganzheitliches Mobilitätsszukunftskonzept zur Stärkung der Mobilität im ländlichen Raum und zur Weiterentwicklung des bisherigen ÖPNV zu initiieren. Das Konzept soll unterschiedlichste Maßnahmen fördern sowie vielfältige und innovative Ansätze ermöglichen, um den unterschiedlichen Gegebenheiten im Flächenland Niedersachsen gerecht zu werden.

Zu diesen Ansätzen gehören u.a.

- die Evaluation und Optimierung bestehender ÖPNV-Strukturen in Niedersachsen,
- Testmöglichkeiten für neue Mobilitätsträger (autonome Mobilität, Flugtaxi, etc.) durch die Schaffung von Modellprojekten und -regionen sowie die Lockerung rechtlicher Vorgaben zu Testzwecken,
- Beratungsmöglichkeiten für betroffene Kommunen,
- steuererleichternde Maßnahmen für moderne Mobilitätskonzepte (Rufbussysteme, Carsharing, Bürgerbusse, Mitfahrtaxis) im ländlichen Raum,
- der Ausbau von Fördermöglichkeiten zur Forschung, Entwicklung und Einführung moderner Mobilitätsträger und
- ein landesweiter Mobilitätswettbewerb, der eine öffentliche Förderung der besten Mobilitätsideen auslobt.

#### **Begründung:**

Vielerorts im Oldenburger Land aber auch in ganz Niedersachsen werden dörfliche Strukturen und Außenbereiche aus wirtschaftlichen Gründen von bisherigen ÖPNV-Strukturen abgehängt. Betroffen sind insbesondere Berufspendler und ältere Menschen, die in ihrer Lebensführung stark eingeschränkt werden. Diese Entwicklung ist besorgniserregend und beschleunigt das Aussterben ländlich-dörflicher Strukturen. Hinzu kommen steigende Individualverkehre, die sich negativ auf Klima- und Umweltbelange auswirken.

Das Land Niedersachsen ist in der Pflicht, sich sowohl der Klimafrage als auch und insbesondere der Schaf-

## Landesparteitag 2021

fung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land anzunehmen.

Hochwertige und nachhaltige Werbemittel bessern zum einen das angekratzte Image der Partei auf, zum anderen zahlen weniger, aber dafür qualitativ hochwertigere Werbemittel auf die Premium-Marke CDU ein.

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

Ersetze „initiiieren“ durch „forcieren“

## **Nr. 58 - LV Braunschweig Denkmalschutzrecht aktualisieren**

### **Antrag:**

Die CDU Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird aufgefordert, das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz auf Grundlage einer Aufgabenkritik, Zuständigkeitsprüfung und möglicher Verfahrenskürzung zu aktualisieren. Ziel soll es sein, durch eine mögliche Übertragung von Aufgaben des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege auf die unteren Denkmalschutzbehörden der Kommunen eine Vereinfachung, Beschleunigung und den aktuellen Anforderungen angepasste Verfahrensweise zu erreichen. Dabei ist insbesondere die im § 21 NDSchG verankerte Benehmsherstellung kritisch zu hinterfragen.

Hierfür werden im Vorfeld der geplanten Rechtsänderung 5 Modellkommunen in Niedersachsen beauftragt, die entsprechenden Veränderungen in einem Zeitraum von 2 Jahren zu erproben, um die Funktionsweise der Stärkung der Unteren Denkmalschutzbehörden für kommunale Verwaltung, Investoren, Bauherren und Handwerker sowie deren Wirkungen zu erproben.

### **Begründung:**

Das aktuelle Denkmalschutzgesetz hat als Grundlage eine Fassung vom 01.04.1979. Das Bewusstsein für die Erhaltung von Denkmälern wie auch die Ansprüche der Beteiligten haben sich seither erheblich verändert.

Obgleich das Denkmalrecht bei Erhaltungsmaßnahmen seine Grenzen Verpflichteten in einer wirtschaftlich unzumutbaren Belastung definiert, zeigt sich in vielen Kommunen das aktuelle Denkmalschutzgesetz zudem als Hindernis bei der Projektentwicklung, Sanierung oder Nutzungsänderung.

Die Frage der Zuständigkeiten ist zu klären. Viele Aufgaben sind deckungsgleich in den beteiligten Instanzen zu finden. Um Verfahren zu verkürzen und zu vereinfachen, können Aufgaben und Zuständigkeiten direkt auf die unteren Denkmalschutzbehörden bei den Kommunen übertragen werden.

Insbesondere eine weitreichendere fachliche Beratung von Denkmaleigentümern, Bauherren, Entwurfsverfassern und Handwerkern wäre denkbar, da diese Aufgabe sowohl von der Unteren Denkmalschutzbehörde be-

reits wahrgenommen, aber ebenfalls vom NLD zusätzlich abgedeckt wird.

Die Konzentration dieser Aufgabe auf die Untere Denkmalschutzbehörde, die für ihre Entscheidungen inzwischen überwiegend mit ausreichend fachlich qualifiziertem Personal ausgestattet sind, würde auch zu einer Entlastung des NLD beitragen, das dann ausschließlich noch den Behörden, aber nicht mehr den Privatpersonen für eine Beratung zur Verfügung stehen müsste.

In diesen Bereich fällt auch die in § 21 NDSchG vorgesehene Benehmsherstellung für Entscheidungen, etwa im Bereich des Weltkulturerbes. Diese Aufgabe könnte für das Landesamt ebenfalls entfallen, da die Kommunen, in deren Bereich sich Welterbestätten befinden, sich durch entsprechendes Personal für diese besonderen Aufgabe bereits qualifiziert haben und somit diese Aufgabe vollumfänglich selbst erledigen könnten, die entsprechende Rechtsänderung vorausgesetzt.

Für die betroffenen Behörden wäre dies eine erhebliche Erleichterung bei der Aufgabenbewältigung und für die betroffenen Denkmaleigentümer eine erhebliche Verkürzung der Bearbeitungszeiten, da die Unteren Denkmalschutzbehörden weitaus schneller reagieren können, als Mitarbeiter des Landesamtes, die weite Anreisewege haben und somit nur bedingte Präsenz vor Ort anbieten können.

### **Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung: Streiche: „CDU Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird aufgefordert“, Setze: „CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein“

## **Nr. 59 - Junge Union LV Niedersachsen Vorrangigkeit nachhaltiger Werbemittel in CDU und allen Vereinigungen/Sonderorganisationen**

### **Antrag:**

Die CDU in Niedersachsen verfolgt das Ziel, für zukünftige Wahlkämpfe verstärkt auf nachhaltige Werbemittel zu setzen. Ab 2021 soll möglichst auf plastikhaltige Werbemittel verzichtet und stattdessen auf nachhaltigere Produkte gesetzt werden.

### **Begründung:**

Insbesondere junge Menschen sehen die Materialschlachten rund um die Wahlen sehr skeptisch. Da ein vollkommener Verzicht auf Werbemittel keine Option ist, sollten stattdessen nachhaltige Alternativen verwendet werden. Das Prinzip „Klasse statt Masse“ hat hierbei oberste Priorität. Gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung des Themas der Nachhaltigkeit in der politischen Diskussion sollten wir diese auch in der konkreten Organisation unserer Wahlkämpfe berücksichtigen.

**Votum der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

Die CDU in Niedersachsen verfolgt das Ziel, für zukünftige Wahlkämpfe verstärkt auf nachhaltige Werbemittel zu setzen.

### **Nr. 60 - KV Hannover-Stadt Änderung der Landeswahlordnung zur freiwilligen Veröffentlichung der Wohn- anschrift bei der Bekanntmachung von Kandidatinnen und Kandidaten**

**Antrag:**

Der Landesparteitag der CDU in Niedersachsen möge beschließen: Die CDU Landtagsfraktion und die Landesregierung werden gebeten, eine Änderung des § 32 (Kreiswahlvorschläge) und § 36 (Landeswahlvorschläge) der Niedersächsischen Landeswahlordnung, hier „Bekanntmachung der Wahlvorschläge“, herbei zu führen. Die öffentliche Nennung der Straße und Hausnummer soll künftig nicht oder nur mit Einwilligung der Kandidatinnen und Kandidaten erfolgen.

**Begründung:**

In den letzten Jahren fanden immer mehr Angriffe auf Kommunalpolitiker/innen statt. Diese erfolgten nicht nur bei öffentlichen Veranstaltungen und in den sozialen Medien, sondern zunehmend auch im privaten Bereich. Hier können folgende Beispiele aufgeführt werden: Arnd Focke, ehemaliger Bürgermeister von Nienburg, der nach Morddrohungen per Post, Drohanrufen und einem verkratzten Auto sein Amt 2020 niederlegte. Helma Spöring, ehemalige Bürgermeisterin von Walsrode, auf deren Grundstück ein Auto im Dezember 2019 explodierte. Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke, der im Juni 2019 vor seinem Wohnhaus mit einem Pistolenschuss getötet wurde.

Diese Angriffe im privaten Bereich, bei denen das Wissen über den genauen Wohnort eine zentrale Rolle spielte, wirken sich auch auf die Entscheidung von Menschen aus, ob sie sich in der Kommunalpolitik engagieren möchten oder nicht. Eine Demokratie lebt von Demokratinnen und Demokraten, die nicht nur wählen gehen, sondern auch kandidieren. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger zur Aufrechterhaltung einer Demokratie sollte daher ein wichtiges Anliegen der Gemeinden und aller politischen Institutionen sein. Somit sollte die vollständige Adresse bei der Bekanntmachung der Wahlvorschläge nicht veröffentlicht werden müssen, sondern auf Freiwilligkeit beruhen. Der Freistaat Bayern hat sich dieser Thematik bereits gewidmet und am 18.11.2019 eine Änderung der Wahlordnung für die Gemeinde- und Landkreiswahlen in Kraft gesetzt: „GLKrWO: § 51 (1) Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge: [...] Die Anschrift wird nicht in die Bekanntmachung aufgenommen“.

**Votum, der Antragskommission:**

Annahme mit Änderung

Streiche: „Die öffentliche Nennung der Straße und Hausnummer soll künftig nicht oder nur mit Einwilligung der Kandidatinnen und Kandidaten erfolgen.“  
Setze: „Der öffentlichen Nennung der Straße und der Hausnummer soll künftig durch die Kandidatinnen und



# **E. Berichte aus den Parlamenten**

**Aus dem Niedersächsischen Landtag**

**Aus der Landesgruppe Niedersachsen  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

**Aus dem Europäischen Parlament**

DIE DEUTSCHE  
AUTOMATENWIRTSCHAFT

» FÜNF  
REGELN, 100 %  
FASZINATION. «

*Simona, 26, Auszubildende Automatenfachfrau*

WIR KÄMPFEN FÜR EIN LEGALES SPIEL  
MIT **FÜNF REGELN** FÜR SPIELHALLEN:

Zutritt nur ab 18 • Kein Alkohol • Geschultes Personal  
Spielerschutz • Geprüfte Qualität

[automatenwirtschaft.de](http://automatenwirtschaft.de)

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst. Darum halten wir uns an strenge Grundsätze. Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel. BZgA unter 01801-372700 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus deutschen Mobilfunknetzen).



## Bericht aus dem Landtag

von Dirk Toepffer MdL  
Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreunde!

Vor der Corona-Pandemie haben viele Bürgerinnen und Bürger trotz weitreichender sozialstaatlicher Instrumente mit unserer Sozialen Marktwirtschaft gehandelt. Sie fragten sich: dient die Wirtschaft noch dem Menschen oder dient der Mensch der Wirtschaft? Was ist das Individuum wert in einer Leistungsgesellschaft? Und auf welcher Seite steht die Regierung, wenn sie sich entscheiden muss zwischen ökonomischem Wachstum einerseits und der Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger andererseits? Es ist kein Geheimnis, wie nicht wenige Menschen in unserem Land über diese Fragen gedacht haben und es zum Teil sicherlich immer noch tun.

Viele Menschen in unserem Land wünschen sich einen starken und fürsorglichen Staat. Einen Staat, der ihnen alle Freiheiten und Eigenverantwortung garantiert, aber seine Hände schützend über jene hält, deren Mittel nicht genügen, sich selbst zu helfen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Sozialstaat, dessen Sozialleistungsquote nur von den skandinavischen Ländern übertroffen wird. Deshalb ist nicht jede Kritik an unserer Sozialen Marktwirtschaft berechtigt. Den allermeisten Menschen ging und geht es gut in Niedersachsen, gerade weil unsere Gründungsmütter und -väter den Wert des Sozialen in einer Marktwirtschaft erkannt haben.

Und doch hatten und haben viele Menschen das Gefühl, dass es nicht gerecht zugeht in ihrem Land. Ein Gefühl, das sich mitunter anhand ökonomischer Kennziffern belegen lässt, das nicht selten jedoch auf persönliche Erfahrungen mit Behörden zurückzuführen ist. Eine Nummer, ein unverschuldet kleines und unbedeutendes Rädchen im System zu sein, ist ein Gefühl, das viele unter uns kaum nachvollziehen können.

### Rückkehr des fürsorglichen Staates

Die Corona-Pandemie hat vieles, wenn nicht alles verändert. Unter dem Regime einer zugegeben nicht immer verständlichen und rechtssicheren Verordnung waren die Menschen in Niedersachsen selten gleicher als zuletzt. Und sie haben gespürt: Unabhängig von Parteifarbe und Koalitionskonstellationen hat der Staat dem Schutz der Bevölkerung größte Priorität eingeräumt und hierfür sogar das Wirtschaftsleben für eine kurze Zeit ganz heruntergefahren. Er hat kaum vorstellbare Summen in die Hand genommen, das Gesundheitssystem zu

stützen, Arbeitsplätze zu sichern und Lohnfortzahlung zu ermöglichen. Wenn es nur eine positive Erfahrung mit diesem Virus gegeben hat, dann die, dass der starke und fürsorgliche Staat zurück ist. Nicht, dass er jemals ganz verschwunden war, doch konnte viel verlorengegangenes Vertrauen in politische Entscheidungsträger zurückgewonnen werden.

### Verständnis für berechtigte Kritik

Natürlich war und ist nicht alles gut und richtig gelaufen. Mit dem Wissen und den Erfahrungen von heute hätten wir so manche harte Einschränkung der letzten Monate möglicherweise nicht ergriffen. Und ja, auch diese Landesregierung ist an der einen oder anderen Stelle über das Ziel hinausgeschossen. Unsere Kritik an der Systematik der Corona-Verordnung ist ebenso bekannt wie an einzelnen Einschränkungen selbst. Und doch kann ich für die CDU-Fraktion eindeutig sagen: Wir haben dem Schutz und der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger jederzeit größte Bedeutung beigemessen.

Heute wissen wir, dass wir den Virus erfolgreich eindämmen und seine Verbreitung kontrollieren können, ohne das gesamte öffentliche Leben herunterfahren zu müssen. Heute sind die Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert und schützen ihre Mitmenschen, indem sie in geschlossenen Räumen Maske tragen, Abstand halten und vor allem auf das verzichten, was ein schönes Leben ausmacht: Feste feiern und tanzen, Konzerten lauschen und sich entführen lassen von Schauspielerinnen und Schauspielern in eine andere Welt. Alles das ruht, und ich gebe zu, dass das nervt.

Dass etwas nervt, ist allerdings keine politische und auch keine juristische Kategorie. Ich habe großes Verständnis für berechtigte Kritik. Was wären wir für eine Demokratie, wenn wir uns über Einschränkungen der Grundrechte nicht streiten würden? Ich Verständnis für den Frust vieler Menschen, die nicht mehr durchblicken, die noch immer massiv betroffen sind. Ich habe Verständnis, wenn jemand sagt, dass er oder sie sein oder ihr altes Leben zurückhaben will. Das will ich auch, und ich nehme an, Sie ebenfalls.

Gleichzeitig habe ich aber kein Verständnis für solche, die sich über die Regeln stellen, die für alle gelten. Die meinen, nur im Blog eines einzigen Arztes aus Heidelberg sei die Wahrheit über Corona zu lesen. Die mit der Reichskriegsflagge den Bundestag stürmen, die kruden Verschwörungstheorien verfallen und das Ende der Demokratie herbeireden. Ich habe kein Verständnis für Demonstrationen, auf denen so getan wird, als sei durch die Maske unsere Freiheit in Gefahr. Im Gegenteil: Die Maske garantiert unsere Freiheit und ermöglicht uns, sukzessive und immer im Lichte der Infektionszahlen weitere Lockerungen vorzunehmen.

### Grenzen der Wirtschaftshilfen und unverschuldete Verlierer der Krise

Bund und Länder sind wie die Bürgerinnen und Bürger an ihre Grenzen gegangen. Zu Beginn der Pandemie, als wir harte Einschränkungen des öffentlichen Lebens getroffen haben, waren es die Bürger, die an die Grenze des Zumutbaren gehen mussten. Die einen, weil sie Freiheiten einbüßten und ihr bisheriges Leben nicht wiedererkannten. Die anderen, weil sie in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen alles dafür gaben, das Leben der Erkrankten zu retten. Inmitten der Pandemie war es dann der Staat, der an seine finanziellen Grenzen stieß, um Arbeitsplätze zu sichern und die Wirtschaft zu stützen.

Doch nicht allen konnten und können wir helfen, zumindest nicht in dem Maße, wie es sich die Betroffenen gewünscht haben. Zu den Ungerechtigkeiten der Pandemieumstände zählt nun einmal, dass es neben einigen wenigen Gewinnern auch echte Verlierer gibt. Kinder und Jugendliche, die aus ihren gewohnten Strukturen gerissen wurden. Abertausende junge Menschen, die ihren Nebenjob in Clubs und Diskotheken verloren haben. Alte und Schwache, die alleine in ihrem Pflegeheim starben. Schausteller, denen die Geschäftsgrundlage vollständig entzogen wurde. Die Liste lässt sich beliebig verlängern. Zahlreiche Programme konnten jedem einzelnen zumindest finanziell ein wenig helfen, und doch ist nicht abzusehen, was die am Ende notwendigen Einschränkungen und Verbote mit uns und dem kulturellen Leben machen, das für die einen ihre Existenz und für die anderen das Salz in der Suppe unserer Gesellschaft bedeutet.

### Rückkehr der drängenden Themen

Die Bürgerinnen und Bürger haben sich zusehends mit den Regeln und Einschränkungen arrangiert. Dies ist auch der richtigen Entscheidung zuzuschreiben, sukzessive und transparent wieder zu lockern und dies stets auf Grundlage der Infektionszahlen und von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu tun. An einigen Stellen unseres Lebens merken wir die Einschränkungen kaum noch, während andere Regeln erforderlich bleiben und in Fleisch und Blut übergegangen sind.

Mit der weitgehenden Akzeptanz dieser „neuen Normalität“ – zumindest bis ein Impfstoff gefunden ist, werden wir uns dieser immer wieder aufs Neue stellen müssen – geht auch eine Rückkehr der bereits vor Corona drängenden Themen einher. Mit aller Kraft sogar, und das ist richtig so!

Schauen wir beispielweise auf unsere heimische Landwirtschaft, die sich in einem deutschlandweit einmaligen Versöhnungsprozess mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden auf den Weg – den „Niedersächsischen Weg“ – gemacht hat, die berechtigten Interessen und

Erwartungen der Bevölkerung mit den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe zusammenzuführen.

Schauen wir auf die für uns Niedersachsen so wichtige Automobilindustrie, die sich in schwerem Fahrwasser befindet und zu Recht erwartet, dass Politik definiert, wie die Mobilität der Zukunft aussehen und vor allem wie sie angetrieben werden soll.

Schauen wir auf die zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Polizisten, Amtsträger und ehrenamtliche Kommunalpolitiker, auf die verrohte Diskussionskultur in unserem Land, auf die gegenseitigen Vorwürfe und auf das Wiedererstarken rechter Ideologien und politischer Engstirnigkeit.

Die Pandemie mag viele wichtige Entscheidungen verlagert haben, doch wir als CDU-Fraktion werden sie wieder auf die Tagesordnung setzen.

# Bericht aus der Landesgruppe Niedersachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

von Dr. Mathias Middelberg MdB  
Vorsitzender der Landesgruppe

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreunde!

Die wirtschaftlichen Folgen der Covid19-Pandemie stellen Deutschland vor beispiellose Herausforderungen und bestimmen seit Monaten unser politisches Handeln. Vor dem Hintergrund einer gegenüber dem Vorjahr um 6,3% gesunkenen Wirtschaftsleistung und eines Rückgangs der Exporte haben unsere Unternehmen für mehr als 12 Mio. Menschen Kurzarbeit angemeldet. Die Arbeitslosigkeit könnte bald die 3-Mio-Grenze überschreiten. Viele Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler sind von Existenzängsten betroffen. Mit einem Konjunkturpaket mit einem Volumen von rund 130 Mrd. Euro haben wir Maßnahmen ergriffen, um die Gesundheit der Bürger zu schützen, Arbeitsplätze und Unternehmen zu stützen und den sozialen Zusammenhalt im Land zu bewahren. Die wichtigsten Maßnahmen im Einzelnen:

## Hilfen für Familien, Sicherheit und Verlässlichkeit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber

Um die Nachfrage zu stärken, haben wir die Umsatzsteuer befristet vom 1.7. bis 31.12.2020 gesenkt. Den regulären Steuersatz haben wir von 19% auf 16% und den reduzierten Steuersatz von 7% auf 5% gesenkt.

Familien erhalten einmalig einen Kinderbonus von 300 Euro. Das stärkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zielgerichtet dort, wo es besonders notwendig ist. Der Kinderbonus wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet und bei besserverdienenden Haushalten mit dem Kinderfreibetrag verrechnet. Um die Einkommen von Alleinerziehenden zu stabilisieren, wird der Entlastungsbetrag in der Einkommensteuer für die Jahre 2020 und 2021 auf 4.000 Euro mehr als verdoppelt.

Mit der „Sozialgarantie 2021“ werden die Sozialversicherungsbeiträge bis 2021 bei maximal 40% stabilisiert. Der einfache Zugang zur Grundsicherung ohne Vermögensprüfung wird bis Ende 2020 verlängert. Ein Schutzschirm für Auszubildende sorgt dafür, dass Schulabsolventen ihre Ausbildung beginnen und Auszubildende ihre laufende Ausbildung ordentlich beenden können. Dazu zählt eine Ausbildungsprämie für kleine und mittlere Unternehmen.

## Erhalt der kulturellen Infrastruktur

Für das Programm „Neustart Kultur“ stellt die Bundesregierung rund 1 Mrd. Euro zur Verfügung. Ziel ist es, das durch die Corona-Pandemie lahmgelegte kulturelle Leben wieder anzukurbeln und dadurch Arbeitsmöglichkeiten für alle im Kulturbereich Tätigen zu schaffen. Um Länder in deren Maßnahmen zur Stabilisierung gemeinnütziger Organisationen zu unterstützen, legt der Bund für 2020 und 2021 ein Kredit-Sonderprogramm über die KfW auf.

## Stärkung der Kommunen

Um die Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden zu erhalten, übernehmen Bund und Länder von den Kommunen für Bezieher von Sozialleistungen künftig dauerhaft bis zu 75% statt bisher bis zu 50% der Kosten der Unterkunft. Die für dieses Jahr zu erwartenden Ausfälle bei der Gewerbesteuer von rund 12 Mrd. Euro werden je zur Hälfte von Bund und Ländern übernommen. Bei der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs der Kommunen unterstützt der Bund die Länder bei der Finanzierung. Dazu erhöht er in diesem Jahr einmalig die Regionalisierungsmittel um 2,5 Mrd. Euro.

## Hilfe für klein- und mittelständische Unternehmen

Um gezielt den besonders stark von der Coronakrise betroffenen kleinen und mittelständischen Unternehmen zu helfen, haben wir ein umfassendes Förderprogramm aufgelegt. Das Programm für Überbrückungshilfe ermöglicht Stützungsmaßnahmen für kleine und mittelständische Unternehmen, die Corona-bedingt hohe Umsatzausfälle verzeichnen. Insgesamt stehen dafür 25 Mrd. Euro bereit. Das Programm sieht für förderungsberechtigte Unternehmen einen Zuschuss zu den betrieblichen Fixkosten der Monate Juni bis August 2020 vor. Voraussetzung dafür ist ein Umsatzrückgang von durchschnittlich mindestens 60% in den Monaten April und Mai 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Je nach Höhe der Umsatzrückgänge in den Monaten Juni bis August werden bis zu 80% der Fixkosten übernommen. Die maximale Fördersumme liegt bei 150.000 Euro für größere Unternehmen und bei 9.000 bzw. 15.000 Euro für Kleinstunternehmen und Soloselbstständige von bis zu fünf bzw. zehn Beschäftigten. Unternehmen aller Größen können auch weiterhin Liquiditätshilfen aus dem Sonderprogramm 2020 der KfW beantragen.

Um Liquidität zu sichern, sollen Unternehmen ihre Verluste besser mit Gewinnen aus Vorjahren verrechnen können. Dazu wird der steuerliche Verlustrücktrag für 2020 und 2021 auf 5 Mio. Euro - beziehungsweise auf 10 Mio. Euro bei Zusammenveranlagung - erhöht. Für 2020 und 2021 gelten außerdem verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Betriebsgüter. Das soll Unternehmen motivieren, jetzt zu investieren und Anschaffungen



## Landesparteitag 2021

nicht aufzuschieben.

Trotz der Krise sollen Unternehmen auch in Forschung und Entwicklung und damit in die Zukunftsfähigkeit ihrer Produkte investieren können. Dazu wird die Bemessungsgrundlage für die steuerliche Forschungsförderung befristet bis Ende 2025 auf jährlich 4 Mio. Euro pro Unternehmen verdoppelt.

### Zukunftspaket zur Modernisierung des Landes

Mit einem Zukunftspaket in Höhe von 50 Mrd. Euro sorgen wir dafür, dass die Modernisierung des Landes aktiv vorangetrieben wird. Um den Strukturwandel der Automobilindustrie zu begleiten, haben wir befristete Flottenaustauschprogramme beschlossen und den Anteil des Bundes beim Kauf eines E-Fahrzeuges befristet bis zum 31.12.2021 verdoppelt. Die Förderung des Bundes beim Kauf eines E-Fahrzeugs steigt damit von 3.000 auf 6.000 Euro. Auch der Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur sowie die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Elektromobilität und der Batteriezellenfertigung werden zusätzlich mit 2,5 Mrd. Euro gefördert. Zukunftsinvestitionen von Herstellern und Zulieferern in der Automobilindustrie werden mit einem Bonus-Programm in den Jahren 2020 und 2021 mit 1 Mrd. Euro gefördert. Die Kfz-Steuer wird ab 2021 stärker an den CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgerichtet, womit saubere Autos bei der Steuer günstiger sind als emissionsstarke Modelle.

Die Deutsche Bahn erhält vom Bund zusätzliches Eigenkapital in Höhe von 5 Mrd. Euro. Damit kann sie auch angesichts Corona-bedingter Einnahmeausfälle in die Modernisierung, den Ausbau und die Elektrifizierung des Schienennetzes sowie in das Bahnsystem investieren.

### Energiewende und Klimaziele

Die Energiewende und die Erreichung der Klimaziele gehören zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Der Bund steigt mit einem Investitionspaket in die Förderung der Wasserstoff-Technologie ein. Damit soll auch der Grundstein für neue Exporttechnologien gelegt sowie der Weg zu Treibhausgasneutralität im Schwerlastverkehr in der Industrie geebnet werden. Der Bund leistet einen Zuschuss zur Senkung der EEG-Umlage, sodass diese 2021 bei 6,5 ct/kWh und 2022 bei 6,0 ct/kWh liegen wird. Der Deckel für den Ausbau der Photovoltaik wird abgeschafft und das Ausbau-Ziel für Offshore-Windenergie wird angehoben. Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm wird für 2020 und 2021 um 1 Mrd. Euro auf 2,5 Mrd. Euro aufgestockt.

### Digitalisierung, Bildung, Forschung und Gesundheit

Mit dem Zukunftspaket werden zudem im Bereich Digitalisierung Investitionen in Wirtschaft und Verwaltung.

gestärkt: Die geplanten Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI) werden bis 2025 von 3 Mrd. Euro auf 5 Mrd. Euro erhöht. Damit wird ein wettbewerbsfähiges europäisches KI-Netzwerk unterstützt. Zum Aufbau eines flächendeckenden 5G-Netzes bis 2025 soll die neue Mobilinfrastrukturgesellschaft mit 5 Mrd. Euro ausgestattet werden. Um bei künftigen Kommunikationstechnologien wie 6G in der Weltspitze als Technologieanbieter eine führende Rolle zu spielen, investiert der Bund in die Erprobung neuer Netztechnologien. Die Digitalisierung der Verwaltung wird gefördert, u.a. damit Verwaltungsleistungen online zur Verfügung gestellt werden.

Das Investitionsprogramm für den Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagesbetreuung wird beschleunigt. Länder, die 2020/2021 Mittel für Investitionen abrufen, erhalten die entsprechende Summe in den späteren Jahren der Laufzeit zusätzlich. Um im Bereich Kindergärten, Kitas und Krippen den Kapazitätsausbau sowie Erweiterungen, Um- und Neubauten zu fördern, werden 1 Mrd. Euro zusätzlich für Ausbaumaßnahmen bereitgestellt die 2020 und 2021 stattfinden. Die steuerliche Forschungszulage wird verbessert. Der Fördersatz wird rückwirkend zum Jahresbeginn 2020 und befristet bis Ende 2025 auf eine Bemessungsgrundlage von bis zu 4 Mio. Euro je Unternehmen gewährt.

Die Stärkung der Zukunftsfähigkeit beinhaltet auch Maßnahmen, um den Schutz vor Pandemien zu verbessern: Der Bund strebt einen „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ an. In diesem Rahmen werden die Gesundheitsämter bei der technischen und digitalen Auf- und Ausrüstung sowie bei der Personalgewinnung unterstützt. Wir legen ein „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“ auf, das notwendige Investitionen fördert. Die Förderung der Initiative CEPI und der deutschen Corona-Impfstoffentwicklung soll sicherstellen, dass ein wirksamer und sicherer Impfstoff zeitnah zur Verfügung steht und auch in Deutschland produziert werden kann.

Die im Konjunkturpaket gebündelten Maßnahmen haben die Nettokreditaufnahme des Bundes in diesem Jahr auf rund 217,8 Mrd. Euro ansteigen lassen. Damit wird selbst die bisherige Rekord-Neuverschuldung des Bundes von 44 Mrd. Euro während der Finanzkrise im Jahr 2010 um ein Vielfaches übertroffen. Diese enormen Mindereinnahmen und Mehrausgaben kann der Bund nicht auf der Ausgabeseite einsparen. Wir müssen in einer solchen Krise auf das Instrument der Verschuldung zurückgreifen, weil jedes Hinterher sparen ökonomisch die Krise weiter verschärfen würde.

Die Gesamtschuldenlast Deutschlands wird im Zuge der Covid19-Pandemie von bisher 60% der Wirtschaftsleistung auf voraussichtlich rund 77% steigen. Deutschland kann dies bewältigen, da wir den Bundeshaushalt nach der Finanzkrise konsolidiert haben und von 2014 bis 2019 hohe Überschüsse erwirtschaftet haben. Auch 2010 lag die Schuldenquote schon einmal bei rund 80%

der Wirtschaftsleistung und konnte um über 20 Prozentpunkte zurückgeführt werden. Deutschland genießt an den Finanzmärkten höchstes Vertrauen, was sich im Best-Rating AAA und äußerst niedrigen, ja negativen Zinssätzen äußert. Dieser Konsolidierungsweg der letzten zehn Jahre ist unser Vorbild für die nächsten Jahre. Er gelang ohne Steuererhöhungen und Sonderabgaben. Wir brauchen auch jetzt keinen Corona-Soli und keine Vermögensabgabe. Entscheidend ist Wirtschaftswachstum. Darauf müssen wir alle Kraft verwenden. Gleichzeitig müssen wir auf der Ausgabeseite in den nächsten Jahren zurückhaltend sein.

Auf diesem Weg können wir die Defizite wieder absenken und zum Pfad ausgeglichener Haushalte ohne neue Schulden zurückkehren. Gerade wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind es, die die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen im Blick hat.

## **Bericht aus dem Europäischen Parlament**

Die COVID-19 Pandemie hat uns auch in Europa unvorbereitet getroffen. Die Europäische Union hat bei Gesundheitsfragen zwar kaum Kompetenzen, gleichwohl haben die EU Institutionen und auch das Europäische Parlament wichtige Beiträge zur Koordinierung und Abstimmung von nationalen Strategien geleistet. Es gilt nun, gegenüber künftigen Krisen besser gewappnet zu sein und effektiver auf grenzübergreifende Gesundheitsgefahren reagieren können. Diese Herausforderung können wir in Europa nur mit unseren Partnern gemeinsam lösen.

Diese Herausforderung ist nur eine von vielen. Geopolitische Konfrontationen, Konflikte und Krisen in unserer direkten Nachbarschaft, Migrationsbewegungen, islamistischer Terrorismus und organisierte Kriminalität verlangen ebenso nach europäischen Antworten wie die Sicherung unseres Wohlstands, die Digitalisierung oder die Bewahrung der Schöpfung.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich dafür ein, dass jedes europäische Gesetzgebungsvorhaben einen echten Mehrwert für die Menschen in Deutschland und Europa bringt. Grundlage ist dabei das Prinzip der Subsidiarität, nach dem die Europäische Union nur dort tätig wird, wo die einzelnen Mitgliedstaaten, Regionen oder Kommunen die gewünschten Ziele nicht alleine erreichen können.

Während die Vertreter der Parteien an den politischen Rändern scheinbar einfache und im Ergebnis falsche Lösungen verkünden, wollen wir die richtigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben.

## **Ein Europa, das unseren Wohlstand für kommende Generationen sichert**

Die Corona-Pandemie hinterlässt tiefe Spuren in Wirtschaft und Gesellschaft. Um die entstandenen Schäden zu beheben, Aufschwung und Beschäftigung anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schützen, wurde das Aufbauinstrument „Next Generation EU“ beschlossen. Es umfasst 750 Milliarden Euro. Dieser Fonds ist ein Meilenstein zur Bewältigung der Jahrhundertkrise. Die EVP-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Gelder aus dem Fonds und dem beschlossenen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 zielgerichtet und strategisch sinnvoll investiert werden. Dabei ist die soziale Marktwirtschaft die Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg. In der Zukunft gilt es, die strukturelle Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit aller 27 Mitgliedstaaten zu stärken sowie den digitalen Binnenmarkt zu vollenden. Ein gemeinsamer Plan für das digitale Europa mit klar definierten Zielen bis 2030 sollte zügig erarbeitet werden, der auf dem Recht auf Privatsphäre und Zugang, freie Meinungsäußerung, freier Datenfluss und Cybersicherheit beruht.

## **Ein Europa, das weltweit nachhaltige Maßstäbe setzt**

Als größter wirtschaftlicher Binnenmarkt der Welt steht die Europäische Union in herausgehobener Verantwortung, ihren angemessenen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Bis 2050 soll Europa der erste klimaneutrale Kontinent der Welt werden. Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich für ambitionierte aber umsetzbare Klimaschutzziele ein. Es ist richtig, nicht auf Verbote, sondern auf Anreize, Technologieoffenheit und Innovation zu setzen. Den Umbau bekommen wir nur zusammen mit der Industrie und nicht gegen sie hin. Unsere EU-Klimapolitik wird dann ein Erfolg, sofern sie mit Augenmaß gemacht wird und ohne Wohlstandsverluste einhergeht. Dann werden auch andere Wirtschaftsregionen in der Welt unserem Beispiel folgen.

## **Ein Europa, das Migration steuert**

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich in der Migrations- und Flüchtlingspolitik für europäische Lösungen ein, die irreguläre Zuwanderung nachhaltig ordnet, steuert und begrenzt. Gleichzeitig gilt es, Solidarität mit den tatsächlich Schutzbedürftigen zu üben. Im Vordergrund steht für uns dabei die praktische Durchsetzung und Weiterentwicklung des europäischen Asylrechts. Dazu gehören mehr europäische Solidarität bei der Verteilung von Migranten, ein effizienter Schutz der EU-Außengrenzen, die konsequente Rückführung von nicht schutzbedürftigen Migranten und Wirtschaftsflüchtligen, ein energisches Vorgehen gegen Menschenhandel und Schlepper sowie die langfristige Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern.

## Ein Europa, das souverän auf der Weltbühne auftritt

Als Abgeordnete der CDU in Niedersachsen, arbeiten wir - Lena Düpont, Jens Gieseke und David McAllister - engagiert für die Zukunft der Europäischen Union und für unsere niedersächsischen Interessen in Brüssel und Straßburg.

## Weitere Informationen

- CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament  
[www.cducsu.eu](http://www.cducsu.eu)
- EVP-Fraktion im Europäischen Parlament  
[www.eppgroup.eu](http://www.eppgroup.eu)
- Website von Lena Düpont MdEP  
<https://www.lena-duepont.eu>
- Website von Jens Gieseke MdEP  
<https://jens-gieseke.de>
- Website von David McAllister MdEP  
<https://www.david-mcallister.de>



# F. Geschäftsbericht des Generalsekretärs

1	Rückblick auf zwei Jahre Parteiarbeit.....	F.3
2	Bericht über die Arbeit der LFA und AK .....	F.16
3	Geschäftsbereich Organisation, Personal und Finanzen 2018/2019.....	F.17
4	Frauenbericht des Generalsekretärs .....	F.20
5	Berichte der Vereinigungen und Sonderorganisationen .....	F.24
6	Landesvorstand und Präsidium.....	F.33
7	Niedersachsen Union Digital .....	F.38
8	Statistik zur Mitgliederentwicklung .....	F.40
9	Erledigungsvermerke über Anträge im Berichtszeitraum .....	F.42



## 1 Rückblick auf zwei Jahre Parteiarbeit

### **Turbo und Motor der Landesregierung**

Mit diesem Bericht schauen wir auf die Jahre zwei und drei der jetzt laufenden Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages und unsere Handschrift in der großen Koalition. In der Gesamtbetrachtung ist festzustellen, dass die Niedersächsische Landesregierung gerade durch unsere Politik eine neue Dynamik entwickelt hat, die Rot-Grün über die gesamte Zeit vermissen ließ. Die Christdemokratie tut diesem Land sichtlich gut. Das Zusammenwirken unserer Regierungsmitglieder, der Landtagsfraktion und der Landespartei ist getragen vom gemeinsamen Interesse, das Land Niedersachsen nach vorne zu bringen. Der Koalitionsvertrag wird systematisch abgearbeitet. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens mit Taten und einer erfolgreichen Landespolitik überzeugen. Seit dem Frühjahr 2020 steht dabei vor allem die Bewältigung der Corona-Krise im Mittelpunkt unserer Arbeit.

### **Richtung Zukunft – 1 Jahr erfolgreiche Regierungsarbeit**

Ein Jahr ist schnell rum, vor allem wenn es viel zu tun gibt. Die ersten Erfolge kann die CDU in Niedersachsen nach einem Jahr Regierungsarbeit bereits vorweisen.

Die innere Sicherheit hat innerhalb der Landesregierung wieder eine Aufwertung erfahren. Es wurden 750 zusätzliche Stellen bei Polizei und Verfassungsschutz geschaffen. Auch die Justiz wurde mit 100 neuen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten verstärkt. Die CDU in Niedersachsen hat auf Bundesebene dazu beigetragen, dass die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden. Abschiebungen wurden so erleichtert und somit unsere Behörden und Flüchtlingsunterkünfte entlastet. Wir haben nicht nur dem Rechtsextremismus den Kampf angesagt, sondern nehmen gleichermaßen auch den Linksextremismus und den religiösen Extremismus in den Blick.

Unser christliches Menschenbild rückt die Individualität eines jeden Einzelnen in den Vordergrund. Aus diesem Grund ist der Erhalt der Förderschule Lernen ein wichtiger Beitrag. Auch in der Ausbildung und im Studium wurden Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen. Mit der Meisterprämie und dem Sondervermögen Hochschulmedizin wurden gute Anreize sowie mehr Kapazitäten geschaffen. Mit dem Reformationstag als neuen gesetzlichen Feiertag tragen wir dem christlichen Wertegerüst Rechnung.

Für die CDU in Niedersachsen hat die Zukunft unserer Landwirtschaft einen hohen Stellenwert. Die Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern ist unsere Lebensgrundlage. Hand in Hand mit den Landwirten soll die Zukunft gestaltet werden. Dazu müssen auch Konzepte wie „Smart Farming“ unterstützt werden. Tierschutz hat dabei für uns eine hohe Bedeutung. Dazu gehört insbesondere, Gefahren durch andere Tiere ernst zu nehmen. Ein nachhaltiges, aber wirksames Wolfsmanagement ist daher eine Kernforderung der CDU in Niedersachsen. Eine solide und verlässliche Finanzpolitik ist sofort sichtbar geworden. Mit der Beitragsfreiheit für das erste und zweite Kindergartenjahr wurde eines der wichtigsten Wahlkampfthemen umgehend umgesetzt. Außerdem wurden Mittel zur Investitionsförderung beim Krippenausbau sowie für kommunale Straßen und Infrastruktur

bereitgestellt. Neben der Hochschulmedizin wurde auch ein Sondervermögen Digitalisierung eingerichtet. Eine Finanzpolitik mit Augenmaß und konsequentem Schuldenabbau bleibt dabei Markenkern der CDU in Niedersachsen.

Mit einer Milliarde Euro ist der „Masterplan Digitalisierung“ das bedeutendste Projekt der Landesregierung, aber nicht nur die digitale Infrastruktur bekommt nun Vorfahrt: Die Investitionen in Landesstraßen wurden schon im ersten Regierungsjahr um 30 Millionen Euro gesteigert. Für den ÖPNV und den kommunalen Straßenbau wurden jährlich mindestens 150 Millionen Euro eingestellt, ein Plus von 26,5 Millionen Euro. Niedersachsen soll Start-Up-Land werden. Dafür wurden die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Start-Ups, zum Beispiel durch Gründerzentren an den Hochschulen geschaffen.

### **Konferenz zur Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs)**

Zur Zukunft der Straßenausbaubeiträge kamen am 9. November 2018 etwa 200 Interessierte zusammen. Die Beiträge zum Straßenbau sind nicht nur für alleinstehende Rentner, sondern auch für junge Familien, die noch ihren Eigenheimkredit abzahlen, eine große finanzielle Belastung. Ein Thema, dem sich die Kommunalpartei CDU annimmt. Mit hochkarätigen Gästen und Experten wurden Ideen und Konzepte ausgetauscht und besprochen.

Die Erfahrungswerte aus Bayern zeigten, dass eine Abschaffung der Strabs gut vorbereitet werden muss, da betroffene Bürgerinnen und Bürgern bei etwaigen Stichtagen immer die Frage nach Rückwirkung stellten. Das Fazit aus Bayern war gemischt, da die Abschaffung nicht automatisch zu mehr politischem Frieden geführt habe.

Aus kommunaler Sicht könnte eine Abschaffung die Erhöhung der Grundsteuer nach sich ziehen, denn die Kommune müsse Einnahmen zum Straßenbau generieren. Ein Kompromiss könne in einer längeren Ratenzahlung oder Minimalzinsen liegen. Auch aus juristischer Sicht würden die eine oder andere Lösung nicht zwangsweise zu einer Entlastung der Eigentümer führen. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion wurde klargestellt, dass es Missbrauch nicht geben dürfe. Es könne nicht sein, dass Straßen verfallen, um dann die Anlieger zur Kasse zu bitten. Die Landesregierung sollte sich mit Lösungen befassen, wenngleich eine gänzliche Abschaffung das Land Niedersachsen allerdings deutlich mehr als 100 Millionen Euro kosten würde. Aus Sicht der Kommunalpolitik wurde abschließend eine Lanze für die kommunale Selbstverwaltung gebrochen.

Trotz der Komplexität und Emotionalität des Themas sicherte die CDU in Niedersachsen zu, dass es noch in dieser Legislaturperiode Veränderungen an der Straßenausbaubeitragssatzung geben werde. Diese wurden dann auch bei einer Änderung des Kommunalabgabengesetzes vollzogen.

### **Jahresabschluss 2018 – Meilenstein**

Bereits nach nicht einmal eineinhalb Jahren Regierungszeit hat es sich für das Land Niedersachsen ausgezahlt, dass das Finanzministerium mit christdemokratischer Verantwortung geführt wird. Der Jahresabschluss 2018 konnte eine Rekordaltschuldentilgung in Höhe von 686 Milliarden Euro verbuchen. Das allein ist wohl

schon erwähnenswert. In Kombination mit den zahlreichen getätigten Investitionen in den „Masterplan Digitalisierung“ (1 Mrd. EUR), den Wohnungsbau (400 Mio. EUR) oder der Sportstättenanierung (100 Mio. EUR), ist dieser Jahresabschluss herausragend. Die Haushaltsstrategie steht unter dem Motto, der nachfolgenden Generation einen soliden finanziellen Rahmen übergeben zu können.

### **Mobilität und Luftreinheit**

Mit einer Klausurtagung am 18. Januar zu Mobilität und Luftreinheit ist die CDU in Niedersachsen in das Jahr 2019 gestartet. Das Ziel der Diskussion um Schadstoffemissionen und Fahrverbote muss ein Dreiklang aus umweltpolitischen, technologischen und beschäftigungspolitischen Erwägungen sein. Für die CDU in Niedersachsen haben die Bekämpfung des Klimawandels und die Gesundheit der Menschen in Niedersachsen eine hohe Priorität. Die Belastung der Luft mit Schadstoffen insgesamt nahm zwar in den vergangenen 25 Jahren in Deutschland deutlich ab, darauf sollten wir uns jedoch nicht ausruhen. In der hitzigen öffentlichen Debatte hat der Landesvorstand daher mit seinem 5-Punkte-Plan eine gewisse Sachlichkeit beige-steuert und das Jahr 2019 unter das Motto Mobilität, Luftreinheit, Umwelt- und Klimaschutz gestellt. Die fünf Punkte lauten:

1. Die Einrichtung einer interdisziplinär besetzten Kommission zur abschließenden toxikologischen Bewertung der bestehenden Grenzwerte bei Stickoxid.
2. Eine Überprüfung und gegebenenfalls Neupositionierung sämtlicher Messstellen. Die Etablierung von europäischen Standards.
3. Fahrverbote sollen durch das Ergreifen geeigneter Alternativmaßnahmen verhindert werden. Eine Abwägung hat auch unter Berücksichtigung der Auswirkungen der zu erwartenden Ausweichverkehre zu erfolgen.
4. Auch wenn eine weitere Entspannung der Lage bei den Stickoxidemissionen zu erwarten ist, sollten begleitende Maßnahmen, die Land und Kommunen durchführen, gefördert werden.
5. Die Technologiefraage darf nicht durch politische Grenzwerte entschieden werden. Entscheidend ist, welche Technologie zu welchem Zeitpunkt die sinnvollste ist.

### **Auf Herz und Nieren – die Zukunft der Organspende**

In der Debatte um die Organspende und die Widerspruchslösung gibt es kein Richtig oder Falsch. Das stellte der Landesvorsitzende zu Beginn der gut besuchten Veranstaltung am 23. Februar 2019 klar. Unter anderen brachten sich der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn MdB und der Landesbischof Ralf Meister mit höchst komplexen und emotionalen Beiträgen ein.



Die Widerspruchslösung des Gesundheitsministers sehe automatisch jeden Einzelnen als potentiellen Spender vor, sofern nicht aktiv widersprochen werde. Es gehe nicht darum, *wie* sich der Einzelne entscheide, sondern *dass* sich der Einzelne entscheidet. Die Widerspruchslösung würde eine Verpflichtung zur Entscheidung darstellen. Aus medizinischer Sicht wurde das Modell sehr befürwortet, da von einem Anstieg an gespendeten Organen auszugehen sei. Aus christlich-ethischer Sicht wurde betont, dass der Staat nicht ohne explizite Einwilligung Organe entnehmen dürfe, da die Würde des Menschen auch nach dem Tod gelte.

### Landesausschuss 2019

Auf dem kleinen Landesparteitag am 2. April 2019 hat die CDU in Niedersachsen ein Maßnahmenpaket beschlossen, dass die Landwirtschaftspolitik, die Ökonomie, Tierschutz und Ökologie in ein tragbares und leistbares Verhältnis setzt. In dem verabschiedeten Papier stellt die Landespartei ihre Forderungen an die Bundesregierung auf.

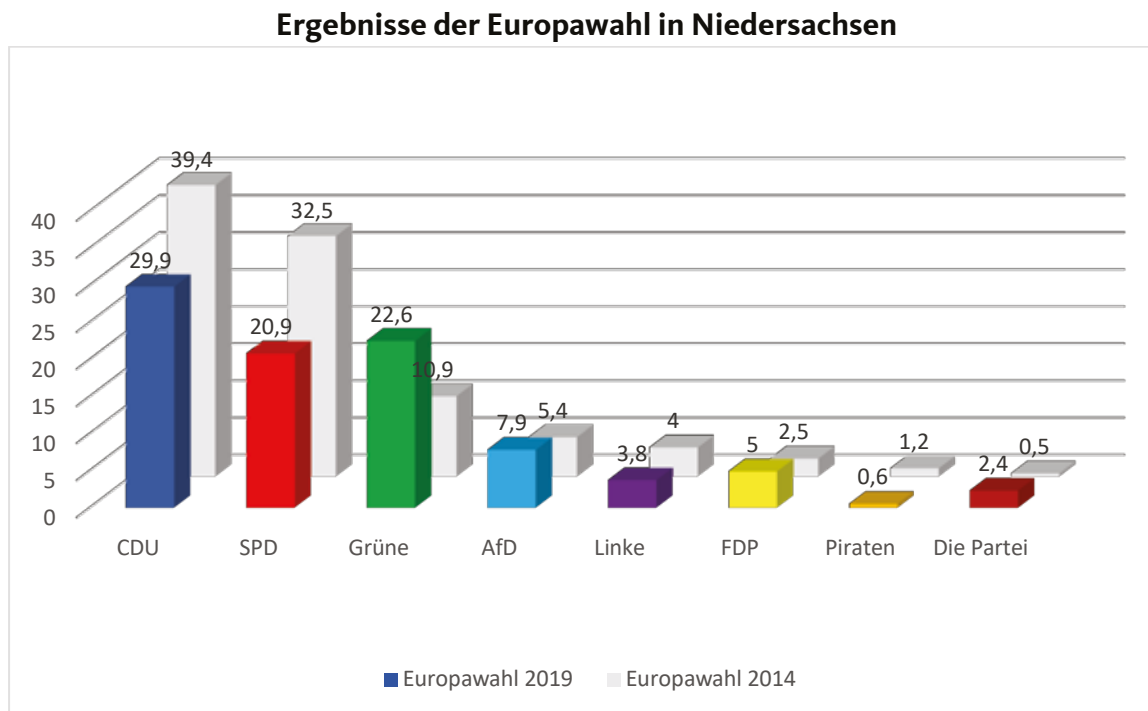
1. Der Trassenverlauf des SuedLink muss eine optimale Nutzungsmöglichkeit der betroffenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen berücksichtigen und auf eine Durchschneidung der Flächen nach Möglichkeit verzichten. Es sollte stets die beste, umweltverträglichste bzw. ressourcenschonendste Technik verbaut werden.
2. Die durch die Niedersächsische Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung von Nährstoffüberschüssen muss durch die Bundesregierung Berücksichtigung finden und in Brüssel entsprechend vorgetragen werden.
3. Ein mittelfristig verpflichtendes Label, in das auch die Kennzeichnung der Herkunft einbezogen wird, damit die Markttransparenz weiter verbessert wird.
4. Die Zulassung der Ferkelkastration mit Lokalanästhesie, auch durch sachkundige Landwirte.
5. Die Schaffung eines verlässlichen Rechtsrahmens, der Sauenhaltern wieder Planungs- und Investitionssicherheit gibt. Zudem müssen etwa längere Kastenstände bei Umbauten mit der Gangbreite verrechnet werden können.
6. Eine Überarbeitung der TA Luft, die die berechtigten Anliegen des Immissionsschutzes, der Sicherstellung einer tiergerechten Haltung und der Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betriebe in Einklang bringt. Offenställe und andere gesellschaftlich gewünschte Haltungsformen müssen weiterhin möglich bleiben.
7. Eine einheitliche Anwendung des Pflanzenschutzrechts innerhalb der EU.

**Niedersachsen wählt das Europäische Parlament**

Am 26. Mai 2019 hat Niedersachsen das Europäische Parlament gewählt. Bereits im Dezember wurde durch die Landesvertreterversammlung das Team der CDU in Niedersachsen nominiert. Mit dem ehemaligen Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten a. D. David McAllister MdEP haben wir einen erfahrenen und glühenden Europäer, wie es keinen zweiten gibt, als Spitzenkandidaten ins Rennen geschickt. Mit Jens Gieseke MdEP, dem gestandenen Europaabgeordneten auf dem zweiten Platz der Landesliste, rundeten Lena Düpont und Tilman Kuban, der ehemalige Landesvorsitzende der JU Niedersachsen, die aussichtsreichen Platzierungen ab. Personell war die CDU in Niedersachsen damit mehr als gut aufgestellt.

Mit dem immer näher rückenden Wahltermin kristallisierten sich zwei Themen heraus, die die Agenda im Wahlkampf dominieren sollten. Mit der Debatte um den Urheberrechtsschutz im Internet und den damit befürchteten sogenannten Uploadfiltern und der sich zu der Zeit auf dem Höhepunkt befindlichen Bewegung um „Fridays for Future“ entstand eine extrem emotional aufgeheizte Stimmung, die der Union sichtlich Umfragewerte kostete. Eine Rückkehr zur Sachlichkeit und rationalen Diskursen gestaltete sich zusehends schwieriger. Der Trend entwickelte sich unweigerlich weg von den Stärken christdemokratischer Politik. Schließlich war das Wahlergebnis mehr ein Ausdruck emotionaler Einstellungen zu Umwelt und Klima als ein Bewusstsein der Notwendigkeit von politischer Kontinuität und Stabilität. Die CDU in Deutschland ist auf der einen Seite als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgegangen, jedoch auf der anderen Seite unter ihrem eigenen Anspruch einer Volkspartei geblieben. Trotz dieses erreichten Ziels war die Enttäuschung in Niedersachsen groß, da es nicht gelungen ist, Tilman Kuban nach Brüssel zu entsenden. Dennoch sind wir im Europäischen Parlament durch David McAllister MdEP, Jens Gieseke MdEP und Lena Düpont MdEP exzellent vertreten.

Auch wenn das Hin und Her um die Präsidentschaft der Kommission der EVP kein gutes Zeugnis ausgestellt hat, sind wir stolz darauf, dass mit Ursula von der Leyen eine Niedersächsin an der Spitze der Europäischen Union steht.



### Kommunalwahlen 2019 – Wir sind die Niedersachsen-Partei

Parallel zur Wahl des Europäischen Parlaments wurden in Niedersachsen auch 12 Landräte und 75 Bürgermeister gewählt.

In allen Teilen Niedersachsens konnte die CDU in Niedersachsen Landrats- und Bürgermeisterwahlen gewinnen und stellt damit heute mehr Bürgermeister und Landräte. Die Oberbürgermeisterwahl in Hannover fand zwar erst im Spätherbst 2019 statt, war aber ein starkes Zeichen für die Union in Gänze, dass die CDU auch in Großstädten erfolgreich sein kann. Auch wenn es für Eckhard Scholz in der Stichwahl knapp nicht gereicht hat, ist die Abwahl der Sozialdemokraten nach über 70 Jahren in Hannover ein historisches Ergebnis.

### Dank und Anerkennung

Unser Dank und unsere Anerkennung gelten allen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich in den Dienst der CDU in Niedersachsen gestellt haben und bereit waren, Verantwortung zu übernehmen. Darüber hinaus gilt der Dank allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, ohne die ein erfolgreicher Wahlkampf undenkbar ist.

### Landesparteitag 2019 in Celle

Die CDU in Niedersachsen steht für Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, für Berechenbarkeit und Entschlossenheit: „Wir tun, was wir sagen, und wir halten, was wir

versprechen. Wir wollen den Wohlstand in unserem Land erhalten und den Menschen gleichzeitig Sicherheit und Zukunft geben“, so der Landesvorsitzende über das Motto, unter dem der Landesparteitag am 31. August 2019 in Celle stand. Die CDU in Niedersachsen setzte bewusst auf die Themen Umwelt und Nachhaltigkeit. Die Herausforderung für die Zukunft besteht darin, Klimaschutz und Erhaltung des Wohlstands glaubwürdig zusammenzubringen. Der Leitantrag „Nachhaltigkeit ganzheitlich denken“ war Ausdruck dessen. Er soll einen Beitrag leisten, die Schöpfung zu bewahren und Vorbild für andere sein. Verbote und Bevormundung sind nicht der richtige Weg. Niedersachsen soll Vorreiter sein und dabei Klimaschutz, soziale Sicherheit, Arbeit und Wohlstand miteinander vereinen. Unter anderem wurde beschlossen:

1. Der Bau weiterer Windparks und ein „Re-Powering“ soll ermöglicht werden. Dabei sollen die Abstandsregeln die Interessen der Bürger, Kommunen und Betreiber gleichermaßen respektieren.
2. Strom aus erneuerbarer Energie zur Herstellung von Wasserstoff soll von der EEG-Umlage befreit werden.
3. Energetische Gebäudesanierungen sollen steuerlich anerkannt werden.
4. In den niedersächsischen Häfen sollen mittelfristig alle Schiffstypen an allen Liegeplätzen auf Stromanschlüsse zurückgreifen können.
5. Ein Investitionsprogramm zur Sanierung vorhandener Trinkwasserleitungen.
6. Ein bundeseinheitliches verpflichtendes staatliches Tierwohl- und Regionallabel soll zukünftig Auskunft über die Herkunft und die Haltung der Produkte geben.

### **Das Tandem-Projekt**

Am Rande des Landesparteitages in 2019 in Celle wurden die ersten 25 Teilnehmerinnen des Tandemprojektes geehrt und verabschiedet. Das von August 2018 bis August 2019 laufende Programm zur Förderung von Frauen in der CDU richtete sich gezielt an Frauen über 30 Jahre und gab einen exklusiven Einblick in die Partei und die politischen Abläufe auf den unterschiedlichen Ebenen. Begleitet wurden die Teilnehmerinnen dabei von erfahrenen Mentoren aus der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik.

Das neu ins Leben gerufene Projekt ist eine unserer Antworten auf die Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten und Vorständen. Die zweite Auflage des Tandem-Projekts startete im Juni 2020.

### **KANN – Karrierenetzwerk Niedersachsen**

Im Karrierenetzwerk Niedersachsen kommen ambitionierte Mitglieder der CDU in Niedersachsen zusammen, um sich weitere berufliche Optionen zu eröffnen. Auf das Alter

kommt es hier nicht an. Frauen sind genauso willkommen wie Männer. Unsere Mitglieder haben ganz verschiedene Berufswünsche und verfügen über unterschiedliche Berufs- und Praxiserfahrungen. Der CDU gehen zahlreiche Informationen über interessante berufliche Positionen zu, die wir dann innerhalb des Netzwerks weiter kommunizieren.

### **Das sieht gut aus – 2 Jahre erfolgreiche Regierungsarbeit**

Mittlerweile sind zwei Jahre in der Landesregierung vergangen und die Bilanz kann sich mehr als sehen lassen. Die Arbeit der Niedersächsischen Landesregierung trägt eine christdemokratische Handschrift.

Die Zukunft ist digital und deshalb wurden 50 Digitalprofessuren sowie ein neues Zentrum für digitale Innovationen (ZDIN) auf den Weg gebracht. Außerdem wurde zur Unterstützung des Mittelstands die Digitalagentur Niedersachsen gegründet. Der Landeshaushalt 2019 war nicht nur der erste, der auf eine Nettokreditaufnahme verzichtet hat, sondern auch kein strukturelles Defizit aufwies. Außerdem hat der Landtag auf Initiative der CDU in Niedersachsen die Neuregelung der Straßenausbaubeitragssatzung bürgerfreundlicher gestaltet. Das größte finanzpolitische Ausrufezeichen ist jedoch die in die Verfassung festgeschriebene Schuldenbremse.

Auch im zweiten Regierungsjahr ist das Land ein Stück sicherer geworden. Die Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) verlieh den Sicherheitsbehörden die Kompetenzen, die für die neuen Bedrohungs- und Sicherheitsanforderungen notwendig sind. An sieben Standorten wurden bei den Staatsanwaltschaften neue Schwerpunktdezernate zur konsequenten Strafverfolgung von bandenmäßiger Einbruchskriminalität eingerichtet und mit entsprechenden Stellen ausgestattet.

Inzwischen ist der Aktionsplan Fachkräftesicherung 2019/2020 mit einer Vielzahl von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung fertiggestellt. Mit einer Meisteroffensive wurde das Handwerk gestärkt. Niedersachsen hat eine Meisterprämie von 4.000 Euro eingeführt. Begleitend dazu soll die Gründungsprämie im Handwerk einen Beitrag leisten, Handwerksbetriebe in ihrer Gründungsphase bzw. bei der Betriebsübernahme zu unterstützen.

Darüber hinaus demonstriert das Modellprojekt des ersten Wasserstoffzuges der Welt eindrucksvoll unsere Technologieoffenheit im Mobilitätssektor.

Seit dem 1. August 2019 gilt die Schulgeldfreiheit für den Erzieherberuf. So wird der Fachkräftebedarf gesichert. Parallel dazu wurden die ersten Schritte in Richtung einer dualisierten Ausbildung eingeleitet. Für die Bauvorhaben der Universitätskliniken in Göttingen und Hannover stehen dank des Sondervermögens bereits mehr als die Hälfte der Baukosten zur Verfügung.

### **Klausurtagung Jahresauftakt 2020**

Mit dem klassischen Jahresauftakt der Niedersachsen Union wurden in der Klausurtagung des Landesvorstandes am 24. und 25. Januar 2020 mehrere Positionspapiere erarbeitet und verabschiedet.

Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers in Auschwitz hat die CDU in Niedersachsen den „Walsroder Appell gegen Hass, Gewalt und Antisemitismus“ verabschiedet: „In Deutschland müssen sich der Staat und seine Bürgerinnen und Bürger schützend vor jeden Menschen stellen, der auf Grund seines Glaubens, seiner sexuellen Identität oder seiner Herkunft diskriminiert, angegriffen oder bedroht wird. Das gilt auch und gerade in den Sozialen Medien. Wir müssen aufstehen und entschieden überall dort widersprechen, wo antisemitische Stereotype, Vorurteile und Ressentiments bedient werden. Alle demokratischen Parteien stehen dabei in einer besonderen Verantwortung, der wir uns als CDU, gerade aufgrund unseres christlichen Menschenbildes, besonders stellen.“

Sicherheit bildet die Grundlage unseres Gemeinwesens. Ohne Sicherheit sind eine freiheitliche Demokratie und ein friedliches Zusammenleben nicht denkbar. Die konsequente Durchsetzung des Rechtsstaats ist für das Vertrauen in unseren Staat und ein funktionierendes Miteinander von elementarer Bedeutung. Insbesondere bei der Bekämpfung der Hass- und Clankriminalität müssen die Instrumente des Rechtsstaats konsequent verbessert werden, um auf die Herausforderungen der jüngeren Zeiten antworten zu können. Unter anderen wurden folgende Forderungen verabschiedet:

1. Eine rechtssichere und europarechtskonforme Ausgestaltung einer IP-Vorratsdatenspeicherung.
2. Die Erweiterung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes dahingehend, dass Anbieter von sozialen Medien Straftaten melden und die Beweise sichern müssen.
3. Die stärkere Bestrafung von Gewalthetze in all ihren Erscheinungsformen.
4. Die Ausweitung des Straftatbestands „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ auch auf medizinisches Personal.
5. Die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz mit anderen Behörden wie Zoll, Ausländer- oder Sozialbehörden zur Bekämpfung von Clankriminalität.
6. Die Möglichkeit auszuschöpfen Aufenthaltsbeendigungen zu erwirken.
7. Die gesetzlichen Möglichkeiten zur strafrechtlichen Vermögensabschöpfung in vollem Umfang anzuwenden und eine eventuelle Ausweitung zu prüfen.

Seit Jahrhunderten sichern die Familien auf den Höfen in Niedersachsen die Ernährung von uns allen. Mehr als das – sind sie das Rückgrat der ländlichen Regionen. Mit allen vor- und nachgelagerten Bereichen ist die Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft der Wirtschaftsmotor Nummer 1 auf dem Land. Sie haben ein Recht auf Respekt und Anerkennung, ein Recht auf Achtung ihres Eigentums, ein Recht auf Vertrauen – von Politik und Gesellschaft. Dazu bekennt sich die CDU in Niedersachsen:

1. Die niedersächsischen Landwirte haben ein Recht auf faire Wettbewerbsbedingungen – auch in Europa und in der Welt.
2. Die niedersächsischen Landwirte haben ein Recht auf Berechenbarkeit.
3. Die niedersächsischen Landwirte haben ein Recht auf Rechtssicherheit.
4. Die niedersächsischen Landwirte haben ein Recht auf Schutz ihres Eigentums.
5. Die niedersächsischen Landwirte haben ein Recht auf Entscheidungsfreiheit.
6. Die niedersächsischen Landwirte haben ein Recht auf Schonung landwirtschaftlicher Flächen.
7. Die niedersächsischen Landwirte haben ein Recht auf Planungssicherheit.

Der Mangel an Haus- und Fachärzten ist in ganz Niedersachsen zu spüren. Da die bislang von Bund, Ländern, Kommunen, Kassenärztlichen Vereinigungen und anderen Akteuren eingeleiteten Maßnahmen zwar wirken, jedoch nicht ausreichen, wurden auf der Klausurtagung neue Wege diskutiert und Maßnahmen beschlossen:

1. Ausbau von Studienplätzen und Verbesserung der Studienbedingungen.
2. Die Allgemeinmedizin in Aus- und Weiterbildung stärken.
3. Rahmenbedingungen für Haus- und Fachärzte im ländlichen Raum attraktiver gestalten.
4. Quereinstiege in die Allgemeinmedizin verbessern.
5. Fach- und Hausärzte im ländlichen Raum entlasten.
6. Verteilungsmechanismus überarbeiten.
7. Etablierung eines Monitoringsystems.

### **Landesausschuss 2020**

Über 300 Delegierte und Gäste der CDU in Niedersachsen kamen am 27. Februar 2020 zum Kleinen Landesparteitag unter dem Motto „Klarer Kurs für Niedersachsen“ in Hameln zusammen. Die Bundesministerin der Verteidigung und Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Annegret Kramp-Karrenbauer, und der Ministerpräsident und Landesvorsitzende der CDU Sachsen, Michael Kretschmer MdL, wurden durch unseren

Landesvorsitzenden, Dr. Bernd Althusmann MdL, im Weserberglandzentrum empfangen. Gemeinsam wurden Fragen zur Zukunft der Volkspartei CDU, unter Einbindung aller Teilnehmer mit einem onlinebasierten Beteiligungstool, diskutiert. Im Anschluss fanden drei Workshops zu den Themen „C – Das Christliche“, „D – Demokratie“ und „U – Eine Union“ statt.

### **Meine CDU 2022**

Der Parteierneuerungsprozess „Meine CDU 2022 – Die Mitmach-Partei“ wurde bereits im letzten Berichtszeitraum in Leben gerufen, ist aber dennoch ein Prozess, der bis zur Landtagswahl 2022 führen soll und daher auch in diesem Berichtszeitraum Erwähnung findet. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Prozesses ist die bereits angestoßene Organisationsanalyse der Parteistruktur der CDU in Niedersachsen. Unter großem Arbeitsaufwand wurden die Verbände auf allen Ebenen unter die Lupe genommen, um die Strukturen auf die aktuellen Gegebenheiten besser einstellen zu können. Die Ergebnisse dieser Organisationsanalyse werden bereits in einigen Bereichen umgesetzt. Der Bezirksverband Hildesheim baut auf Grundlage der Analyse seine Strukturen um.

Weitere Maßnahmen, die bereits umgesetzt werden konnten, sind unter anderem die effizientere Vernetzung und Kommunikation durch den Messengerdienst CDU.direct, die Entwicklung einer neuen Corporate Identity (CI) sowie die Steigerung der Onlinepräsenz und der Aktivitäten in den Sozialen Medien, die Wiedereinsetzung der Landesfachausschüsse und Arbeitskreise und die verstärkte Frauenförderung durch die zweite Auflage des Tandem-Projekts.

### **Der Niedersächsische Weg**

Die Vereinbarung zwischen der Niedersächsischen Landesregierung, den Landwirtschafts- und den Naturschutzverbänden war ein Meilenstein auf dem Weg zu einem umfassenden Gesellschaftsvertrag zur Stärkung des ländlichen Raumes. Die Maßnahmen zum Natur-, Arten- und Gewässerschutz waren erst der Anfang und bieten jetzt die Chance, die Interessen des Arten- und Naturschutzes mit denen der Land- und Forstwirtschaft zu versöhnen. Landwirtschaftliche Leistungen, der Erhalt der Kulturlandschaft und gesellschaftliche Ansprüche an einen nachhaltigen Artenschutz sollen miteinander in Einklang gebracht werden.

Der „Niedersächsische Weg“ ist ein umfassendes Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung des Natur-, Arten- und Gewässerschutzes. Wir setzen dabei auf Anreizsysteme anstatt auf Ordnungsrecht. Wichtige Bausteine sind

1. ein wesentlich verbesserter Schutz des Dauergrünlandes,
2. die Schaffung eines landesweiten Biotopverbundes, breite Gewässerrandstreifen ohne Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln zur Verbesserung der Gewässerqualität,
3. ein Programm zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln sowie
4. die Förderung des ökologischen Landbaus.



Auf den landeseigenen Domänenflächen und im Landeswald übernimmt das Land eine Vorbildfunktion durch eine verstärkte Beachtung des Natur- und Artenschutzes. Von zentraler Bedeutung ist ein Prinzip, für das sich Naturschutzverbände und Landwirtschaft gleichermaßen stark gemacht haben: Leistungen für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz, die Niedersachsens Landwirte und die Landesforsten erbringen, werden fair entlohnt. Das Land wird hierfür Mittel in Höhe von 120 Mio. Euro bereitstellen. Für die CDU ist der „Niedersächsische Weg“ ein entscheidender erster Schritt auf dem Weg hin zu einem Gesellschaftsvertrag – ein dritter Weg zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft.

### **Klarer Kurs für Niedersachsen**

Bereits der Kleine Landesparteitag im Februar 2020 markierte den Startschuss der Reihe „Klarer Kurs für Niedersachsen“. Dieses Motto nahm der Landesvorsitzende zum Anlass, um mit den Landes- und Bezirksverbänden in dem Modus 30-30-30 ins Gespräch zu kommen. Nach einem 30-minütigen Impuls folgten 30 Minuten Fragen der Mitglieder, auf die der Landesvorsitzende 30 Minuten Zeit hatte zu antworten. Ein frisches und neues Format, mit dem wir in Hildesheim gestartet sind. Dem nächsten Stopp im Bezirksverband Elbe-Weser machte leider das sich schnell ausbreitende Corona-Virus einen Strich durch die Rechnung.

### **Die COVID-19-Pandemie**

Die Krise in Folge der Covid-19-Pandemie stellt unseren Landesverband vor so noch nie dagewesene Herausforderungen. Innerhalb kürzester Zeit haben wir die Arbeitsabläufe in der Landesgeschäftsstelle sowie in den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden neu organisiert und konnten so die Arbeitsfähigkeit auf allen Ebenen durchgehend gewährleisten.

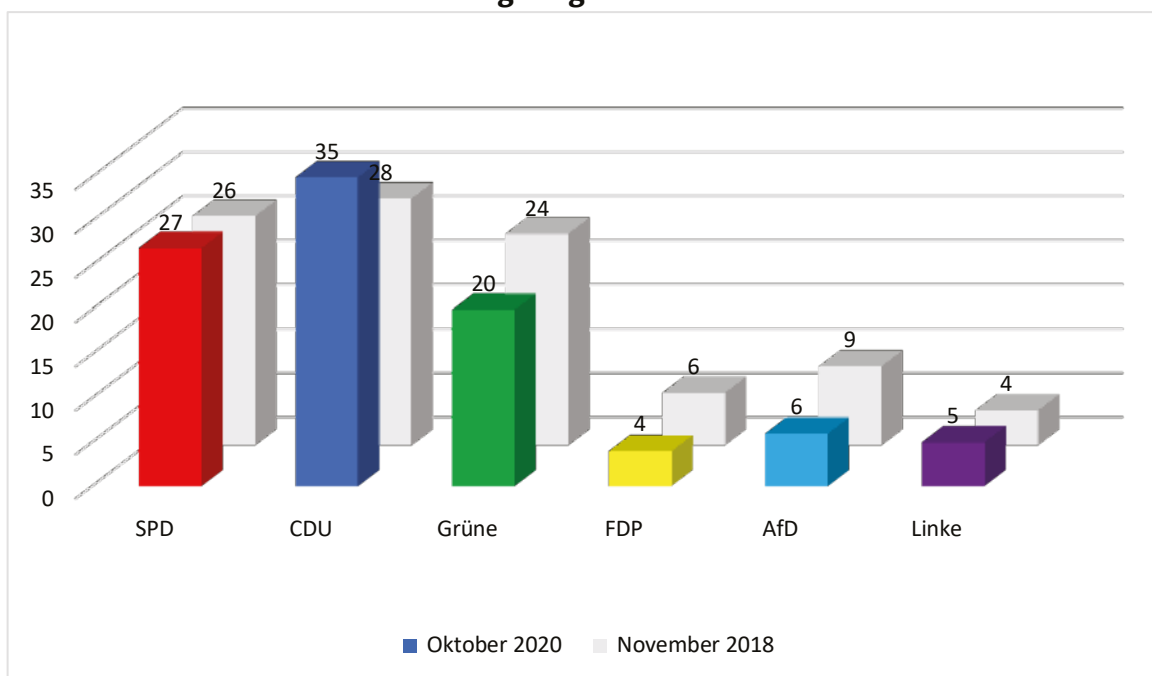
Unsere Onlinepräsenz sowie die Aktivität in den Sozialen Medien wurden enorm hochgefahren. In Zeiten der Unsicherheit hat die Niedersachsen Union ihre Rolle als Informationsquelle für die Bürgerinnen und Bürger ausgefüllt. Bei sich ständig ändernden Infektionsgeschehen und Corona-Vorschriften konnten wir die Informationen öffentlichkeitswirksam über unsere Kanäle verbreiten. Die Zugriffszahlen und Interaktionsraten der Onlineauftritte und Sozialen Medien haben bewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Krise der Union vertrauen.

Sowohl unseren Mitgliedern als auch den Bürgerinnen und Bürgern wollten wir demonstrieren, dass die CDU in Niedersachsen in einer so belastenden und an die Substanz gehende Krise handlungsfähig ist. Zwar wurden aus Sicherheits- und Gesundheitsgründen sämtliche Präsenzveranstaltungen abgesagt, aber wir haben uns kurzerhand entschlossen, diese Veranstaltungen digital nachzuholen und neu zu organisieren. In allen Bezirks- und Landesverbänden fanden „Virtuelle Hausbesuche“ des Landesvorsitzenden statt. Der Neumitgliederempfang wurde ebenfalls digital mit einer sehr hohen Teilnehmerzahl durchgeführt.

### CDU wählen zählt sich aus

Die Regierungsbeteiligung der CDU in Niedersachsen an der Niedersächsischen Landesregierung dieser Legislaturperiode ist nicht nur für unser Land ein Glücksfall, sondern in der Umkehr auch für die Landespartei. Die Bürgerinnen und Bürger bestätigen, dass die CDU auf allen Ebenen, von der Landesregierung bis hin zu Kreis-, Gemeinde- und Stadträten, eine sehr gute Arbeit macht. Die CDU in Niedersachsen kann im neuen NiedersachsenTREND des NDR vom 15. Oktober 2020 7 Prozentpunkte zulegen und ist mit 35 Prozent bei der Sonntagsfrage mit Abstand stärkste Kraft. Das heißt, die Menschen wollen, dass die CDU in Niedersachsen den Kurs bestimmt und regiert. Die Menschen erkennen die Arbeit der Ministerinnen und Minister, der CDU-Landtagsfraktion und der Partei an und sind davon überzeugt, dass die Union die wichtigsten anstehenden Aufgaben am besten lösen kann. In den entscheidenden Politikfeldern Wirtschaft, Finanzen, Innerer Sicherheit und Bildung liegt die Niedersachsen Union vor allen anderen Parteien. Und auch bei der Frage nach der Zufriedenheit mit den beiden Regierungsparteien liegt sie im Vergleich vorne. Umfragen sind jedoch immer nur Momentaufnahmen. Die Zustimmung und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger müssen jeden Tag aufs Neue verdient und erarbeitet werden. Die Niedersachsen Union fühlt sich in ihrem Kurs bestätigt und ist hoch motiviert, diese Arbeit bis zur nächsten Landtagswahl 2022 konsequent und entschlossen fortzuführen.

**Die Sonntagsfrage für Niedersachsen**



Quelle: infratest dimap, 2020

## 2 Bericht über die Arbeit der LFA und AK

Mit der vorgezogenen Landtagswahl im Oktober 2017 ging auch die Periode der Landesfachausschüsse (LFA) und der Arbeitskreise (AK) zu Ende. Mit Beginn der neuen Legislaturperiode wurden nach dem Landesparteitag 2018 zwölf LFA sowie ein AK vom Landesvorstand zur Beratung bei inhaltlichen Fragen und programmatischen Weiterentwicklung der Partei eingesetzt.

Im Berichtszeitraum standen die LFA und der AK stets mit fachlicher Kompetenz und sachlicher Reife in fachpolitischen Fragestellungen der Partei zur Seite und haben darüber hinaus eigenständig Themenkomplexe erarbeitet und politische Antworten der Zukunft mit Thesenpapieren vorbereitet.

Die Niedersachsen Union bedankt sich bei allen Mitgliedern der LFA und dem AK für ihr ehrenamtliches Engagement und ihre eingebrachte Expertise. Aus diesem Wissensschatz kann die Partei immer wieder Kapital schlagen, um sich somit einen Vorsprung gegenüber anderen zu sichern.

Die Vorsitzenden sowie die Mitglieder wurden auf Grund ihrer besonderen Kompetenzen vom Landesvorstand für die verschiedenen Themengebiete benannt.

### Liste der LFA und AK und ihrer Vorsitzenden

LFA Außen-; Sicherheits- und Entwicklungspolitik	Dr. Maria Flachsbarth MdB
LFA Digitalisierung	Stefan Muhle
LFA Ernährung, Landwirtschaft, Landesentwicklung und Verbraucherschutz	Helmut Dammann-Tamke MdL
LFA Europa	Gudrun Pieper MdL
LFA Gesundheit	Petra Joumaah MdL
LFA Haushalt und Finanzen	Ulf Thiele MdL
LFA Innen und Justiz	Uwe Schünemann MdL
LFA Kultus	André Bock MdL
LFA Soziales, Frauen und Familie	Volker Meyer MdL
LFA Umwelt, Energie und Bauen	Martin Bäumer MdL
LFA Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Mareike Wulf MdL
LFA Wissenschaft und Kultur	Jörg Hillmer MdL
AK Netzwerk Inklusion und Teilhabe	Lukas Seidel

### 3 Geschäftsbereich Organisation, Personal und Finanzen 2018/2019

#### 3.1 Organisation

In den Jahren 2018 und 2019 standen vor allem die Organisation des Europawahlkampfes, die ersten Vorbereitungen für den Kommunalwahlkampf und der Neuaufbau des politischen Personals nach der Landtagswahl 2017 im Mittelpunkt.

Über den Geschäftsbereich Organisation wurde u.a. der Rednereinsatz der CDU in Niedersachsen koordiniert und zum Teil vorbereitet.

Ferner haben wir unseren Verbänden bzw. Kandidaten mit mehreren Service-Handreichungen und vielen Praxistipps wichtige Hinweise und Unterstützung zur Wahlkampfführung vor Ort gegeben.

Des Weiteren wurden neben den Landesparteitagen in Braunschweig und Celle viele weitere Veranstaltungen im Wilfried-Hasselmann-Haus und in ganz Niedersachsen geplant und erfolgreich durchgeführt.

Im aktuellen Jahr 2020 stehen zunächst die Bundestags- und Kommunalwahl 2021 im Fokus der organisatorischen Aufgaben. Die Service Handbücher und die Werbelinie sind zur Zeit in Vorbereitung.

#### 3.2 Personal

In den Jahren 2018 und 2019 wurde der Personalbestand der Landesgeschäftsstelle nach der Landtagswahl 2017 wieder ausgebaut. Die Personalstruktur im Wilfried-Hasselmann-Hauses wird bereits jetzt auf die anstehenden Wahljahre 2021/2022 ausgerichtet.

Im Einvernehmen mit dem Betriebsrat wurde der Haustarifvertrag der CDU in Niedersachsen entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung und der Leistungsfähigkeit der CDU in Niedersachsen moderat angepasst.

#### 3.3 Finanzen

Der solide Kurs der CDU in Niedersachsen wurde auch in den Jahren 2018 und 2019 fortgesetzt. Aufgrund einer konsequenten Haushaltsdisziplin sowie diverser Aktivitäten im Bereich der Spenden und des Sponsorings wird bereits seit 2018 wieder eine Wahlkampfrücklage gebildet. Diese wurde mit den Jahresüberschüssen 2018 und 2019 weiter aufgebaut.

Somit können wir bei weiterhin sparsamer Haushaltsführung die notwendigen Rücklagen für den nächsten Landtagswahlkampf bilden, um möglichst keine Kredite in Anspruch zu nehmen. Die genauen Zahlen können der Vermögensrechnung (s. u.) entnommen werden.

Es ist an dieser Stelle noch darauf hinzuweisen, dass die Erhöhung der staatlichen Mittel im Jahr 2018 zurzeit vor dem Bundesverfassungsgericht beklagt wird. Unser Anteil an diesem Teil der Staatlichen Finanzierung beträgt 318.527 EUR im Jahr 2019. Es besteht somit bei ungünstigem Ausgang des Verfahrens die Verpflichtung, diesen Betrag an die Bundespartei zurückzuzahlen, die dann eine Gesamtrückzahlung leisten muss.

### **3.4 Bericht der Kassenprüfer für die Rechnungsjahre 2018/2019**

Am 10. September 2020 haben die Kassenprüferin Ulrike Hansing und der Kassenprüfer Dr. Frank Schmädeke MdL im Wilfried-Hasselmann-Haus in der Hindenburgstraße 30, 30175 Hannover, die Prüfung der Kassengeschäfte für die Rechnungsjahre 2018 und 2019 durchgeführt.

Folgende Ordner und Berichte lagen vor:

- der Rechenschaftsbericht der CDU in Niedersachsen und ihrer Vereinigungen für die Kalenderjahre 2018 und 2019 und der Prüfungsberichte des Wirtschaftsprüfers Heinrich Plate
- alle Buchungsbelege für die Rechnungsjahre 2018 und 2019
- alle Spendennachweise
- Finanzplanung der CDU in Niedersachsen 2018 bis 2022

Im geprüften Zeitraum waren Landesschatzmeister Burkhard Balz bzw. Landesschatzmeisterin Barbara Havliza, Generalsekretär Kai Seefried MdL und Landesgeschäftsführer Christian Meyer verantwortlich.

Wir haben mit umfangreichen Stichproben Belege geprüft und bei Einzelfragen jede gewünschte Auskunft von Landesgeschäftsführer Christian Meyer und der Buchhalterin Jeanette Stege erhalten.

Geprüft wurden Ausgabenbelege über den Europawahlkampf 2019, Tagungen und Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Reisekosten und Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes der CDU in Niedersachsen und der zu prüfenden Vereinigungen:

- Frauen Union
- Senioren Union
- CDA
- KPV
- Junge Union
- MIT

Geprüft wurden auch die Einnahmen aus Spenden von natürlichen Personen und juristischen Personen, die der CDU in Niedersachsen unmittelbar zugeflossen sind. Die Spendenverwaltung ist sehr übersichtlich, ordentlich und korrekt geführt. Verstöße gegen die Vorschriften des Parteiengesetzes sind nicht festgestellt worden.

Umlagerückstände und Verbindlichkeiten von einzelnen Kreisverbänden sind nahezu nicht vorhanden.

Die Entwicklung der mittelfristigen Finanzplanung ist durch bessere Einnahmesituationen bei den Spenden und Sponsoring, insbesondere bei Parteitag, positiv zu sehen.

Zusammenfassend stellen wir fest:

Wir bestätigen der CDU in Niedersachsen für die Rechnungsjahre 2018 und 2019 eine umsichtige Wirtschaftsführung und eine ordnungsgemäße, sehr sorgfältige ausgezeichnete Buchführung. Wir beantragen, dem Landesvorstand Entlastung zu erteilen.

### 3.5 Vermögens- und Einnahmen-/Ausgabenübersicht 01.01.2018 bis 31.12.2019 der CDU in Niedersachsen (Stand 30. September 2020; Angaben in Euro)

		2018		2019
Reinvermögen	01.01.2018	1.392.073,18	01.01.2019	2.307.584,22
Einnahmen	2018	3.609.717,85	2019	3.971.734,73
Ausgaben	2018	2.694.206,81	2019	2.801.934,20
Reinvermögen	31.12.2018	2.307.584,22	31.12.2019	3.477.384,75*
Kredite	31.12.2018	0,00	31.12.2019	0,00

<b>Einnahmen</b>		2018		2019
Beiträge und Umlagen		843.380,10		818.403,76
Mandatsträgerbeiträge		482.970,76		504.805,95
Spenden nat. Person		128.747,77		185.420,52
Spenden jur. Person		18.470,00		28.506,11
Vermögenseinnahmen		7.923,45		7.851,41
Mit Einnahmen verbundene Tätigkeiten		90.225,63		96.575,59
öffentliche Mittel Bund		1.373.739,50		1.669.656,50*
öffentliche Mittel Land		643.595,50		643.595,50
sonstige Einnahmen		5.530,14		652,09
Zuschüsse von Gliederungen		15.105,00		16.267,30
<b>Summe:</b>		3.609.717,85		3.971.734,73

<b>Ausgaben</b>		2018		2019
Personalkosten		976.640,67		1.004.312,02
lfd. Geschäftsbetrieb		501.101,90		462.162,69
allgem. politische Arbeit		252.101,55		229.294,13
Wahlausgaben		13.484,64		140.481,47
Zinsen		0,00		0,00
sonstige Ausgaben		11.998,53		17.463,75
Zuschüsse an Gliederungen		938.879,52		948.220,14
<b>Summe:</b>		2.694.206,81		2.801.934,20

Die Rechnungslegung der CDU in Niedersachsen wird in jedem Jahr gemäß den Bestimmungen des Parteiengesetzes durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft.

Das Ergebnis der Rechnungslegung 2018 und 2019 ist uneingeschränkt testiert worden.

\* Darin enthalten eine mögliche Rückzahlung an die Bundespartei in Höhe von 318.527EUR.

## 4 Frauenbericht des Generalsekretärs

Mit dem „Frauenbericht des Generalsekretärs“ wird alle zwei Jahre der Stand der Gleichstellung der Frauen in der CDU in Niedersachsen dokumentiert. Damit wird der Auftrag des vom 34. Bundesparteitages der CDU von 1986 in Mainz gefassten Beschluss erfüllt, auf Parteitag „über den Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft der Partei, über die Beteiligung von Frauen an Funktionen, Ämtern und Mandaten an den Gremien der Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie in Delegationen der Partei zu berichten“.

### Entwicklung der Mitgliederzahlen der Frauen in der CDU in Niedersachsen

Der Mitgliederanteil der Frauen in der CDU in Niedersachsen ist im Berichtszeitraum gegenüber dem Frauenbericht 2018 nur um 0,2 gestiegen. Am Höchsten ist der Frauenanteil mit 28,4 % im Landesverband Braunschweig. Es folgen der Bezirksverband Hannover mit 26,2 % und Hildesheim mit 25,4 %.

Die Mitgliedschaft von Frauen in den Kreisverbänden schwankt zwischen 17,2 % in Uelzen und 38,2 % in Wilhelmshaven.

### Frauenanteil bei den Mitgliedern in den Verbänden der CDU in Niedersachsen<sup>1</sup>

Verband	2018			2020		
	Mitglieder	Frauen absolut	Frauen in %	Mitglieder	Frauen absolut	Frauen in %
Diepholz	1.272	312	24,5	1.217	307	25,2
Hameln-Pyrmont	988	225	22,8	942	226	24,0
Hannover-L.	4.273	1.146	26,8	4.028	1.086	27,0
Hannover-St.	1.502	515	33,6	1.467	485	33,1
Nienburg	1.259	239	19,0	1.145	223	19,5
Schaumburg	1.080	262	24,3	1.016	247	24,3
<b>BV Hannover</b>	<b>10.374</b>	<b>2.689</b>	<b>25,9</b>	<b>9.815</b>	<b>2.574</b>	<b>26,2</b>
Göttingen	2.224	554	24,9	2.066	525	25,4
Hildesheim	2.204	550	25,0	1.970	521	26,4
Holzminden	398	82	20,6	373	75	20,1
Northeim	869	214	24,6	765	195	25,5
<b>BV Hildesheim</b>	<b>5.695</b>	<b>1.400</b>	<b>24,6</b>	<b>5.174</b>	<b>1.316</b>	<b>25,4</b>
Celle	1.501	356	23,7	1.400	335	23,9
Gifhorn	1.207	245	20,3	1.144	232	20,3
Harburg	1.707	400	22,3	1.680	396	23,6
Lüchow-Da.	492	87	17,7	459	79	17,2
Lüneburg	895	219	24,5	861	207	24,0
Heidekreis	1.076	245	22,8	1.008	232	23,0
Uelzen	836	147	17,6	786	135	17,2
Wolfsburg	551	159	28,6	498	143	28,7
<b>BV Nordostnds.</b>	<b>8.355</b>	<b>1.858</b>	<b>22,2</b>	<b>7.836</b>	<b>1.759</b>	<b>22,4</b>
Cuxhaven	1.874	434	23,2	1.741	411	23,6
Osterholz	624	135	21,6	591	133	22,5
Rotenburg	1.777	340	19,2	1.646	312	19,0
Stade	1.233	288	23,4	1.177	274	23,3
Verden	895	206	23,0	845	202	23,9
<b>BV Elbe-Weser</b>	<b>6.403</b>	<b>1.403</b>	<b>21,9</b>	<b>6.000</b>	<b>1.332</b>	<b>22,2</b>

<sup>1</sup> Die im Folgenden genannten Zahlen beruhen auf den Stichtag 30. April 2016 (für 2018) und 31. August 2020 (für 2020).

Aurich	838	211	25,2	756	191	25,3
Emden	133	43	32,3	117	39	33,3
Leer	970	231	23,8	901	217	24,1
Wittmund	416	102	24,6	395	100	25,3
<b>BV Ostfriesland</b>	<b>2.357</b>	<b>587</b>	<b>24,9</b>	<b>2.169</b>	<b>547</b>	<b>25,2</b>
Aschend.-Hüm.	1.697	318	18,7	1.612	310	19,2
Graf.-Bentheim	1.031	223	21,6	978	214	21,9
Lingen	1.975	435	22,0	1.991	455	22,9
Meppen	1.505	383	25,4	1.411	364	25,8
Osnabrück-L.	3.432	789	23,0	3.221	728	22,6
Osnabrück-St.	1.002	328	32,7	999	326	32,6
<b>BV Osnabrück</b>	<b>10.642</b>	<b>2.476</b>	<b>23,3</b>	<b>10.212</b>	<b>2.397</b>	<b>23,4</b>
Braunschweig	997	297	29,8	938	280	29,9
Goslar	851	231	27,1	816	229	28,1
Helmstedt	536	141	26,3	505	165	26,7
Peine	997	235	23,6	895	210	23,5
Salzgitter	491	159	32,1	448	143	31,9
Wolfenbüttel	975	272	27,9	899	253	28,1
<b>LV Braunschweig</b>	<b>4.847</b>	<b>1.335</b>	<b>27,5</b>	<b>4.501</b>	<b>1.280</b>	<b>28,4</b>
Ammerland	841	220	26,1	819	215	26,3
Cloppenburg	3.917	852	21,8	3.617	787	21,8
Delmenhorst	238	77	32,4	228	71	31,1
Friesland	556	135	24,3	520	127	24,4
Oldenburg-L.	769	175	22,8	698	162	23,2
Oldenburg-St.	499	144	28,9	465	123	26,5
Vechta	3.094	710	22,9	2.924	684	23,4
Wesermarsch	673	176	26,2	642	165	25,7
Wilhelmshaven	320	119	37,2	314	120	38,2
<b>LV Oldenburg</b>	<b>10.907</b>	<b>2.608</b>	<b>23,9</b>	<b>10.227</b>	<b>2.424</b>	<b>23,7</b>
<b>CDU in Niedersachsen</b>	<b>59.580</b>	<b>14.356</b>	<b>24,1</b>	<b>55.934</b>	<b>13.629</b>	<b>24,3</b>

### Frauenanteil an Mandaten und Funktionen

(Daten bezogen auf die CDU in Niedersachsen)	2016	2018	2020		
	in %	in %	Gesamt	Frauen	in %
Landesvorstand (gewählt)	30,8	30,8	32	9	28,1
Delegierte Landesparteitag	29,3	30,6	437	131	30
Landes- und Bezirksvorsitzende	12,5	12,5	8	2	25
MdL	22,2	18,0	50	9	18
MdB	25,8	23,8	21	5	23,8
MdEP	25	25	3	1	33

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im Niedersächsischen Landtag ist im Vergleich zu 2018 gleichgeblieben. Der Frauenanteil bei Landes- und Bezirksvorsitzenden ist geringfügig gestiegen.



## Frauenanteil in den Vereinigungen

	2018			2020		
Vereinigung/ Sonderorganisation	Insgesamt	Frauen	in %	Mitglieder	Frauen	in %
<b>Junge Union</b>						
Mitglieder	8.540	2.346	27,5	8.059	2.249	27,9
Landesvorstand	15	4	12,5	16	5	31,2
Delegierte	k.A.	k.A.	k.A.	125	32	25,6
<b>CDA</b>						
Mitglieder	1.130	276	24,4	1.065	268	24,4
Landesvorstand	22	3	13,6	23	5	13,6
Delegierte	150	21	14,0	k.A.	k.A.	k.A.
<b>KPV<sup>2</sup></b>						
Mitglieder	972	201	20,7	934	216	23,1
Landesvorstand	31	13	41,9	32	11	34,4
Delegierte	144	39	27,1	171	39	22,8
<b>MIT</b>						
Mitglieder	4.694	538	11,5	4.607	546	11,8
Landesvorstand	25	2	8,0	23	2	8,7
Delegierte	203	29	14,3	206	32	15,5
<b>Schüler Union</b>						
Mitglieder	1.009	357	35,4	376	129	34,3
Landesvorstand	10	3	30,0	10	3	30
Delegierte	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	K. A.	k. A.
<b>Senioren-Union</b>						
Mitglieder	7.910	3.671	46,4	7.698	3.674	47,7
Landesvorstand	16	3	18,8	18	5	18,8
Delegierte	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Die Anzahl der Mitglieder der Schüler Union sind aufgrund **einer Karteibereinigung** von 1.009 auf 376 stark gesunken.

Mandat/Funktion	Gesamtanzahl	Frauenanteil	Frauenanteil
	Absolut	absolut	in %
Kommunale Mandatsträgerinnen (insg.)	6.803	1.447	21,3
Landrätinnen	11	0	0
Oberbürgermeisterinnen	3	1	33
Bürgermeisterinnen (hauptamtlich)	102	11	10,7
Bürgermeisterinnen (ehrenamtlich)	111	15	13,5

<sup>2</sup> Laut Satzung der KPV Niedersachsen sind alle der CDU angehörenden kommunalen Mandatsträger Mitglied der Vereinigung. In den hier genannten Zahlen sind jedoch nur die Mitglieder laut ZMD vermerkt.

Fraktionsvorsitzende	926	120	12,9
Landes-/Bezirkvorsitzende	8	2	25
Kreisvorsitzende	48	11	22,9
Stadt- u. Ortsverbandvorsitzende	894	131	14,6

10,7 % der **hauptamtlichen Bürgermeister**, 13,5 % der **ehrenamtlichen Bürgermeister** und 33% **der Oberbürgermeisterinnen** sind Frauen. In der Position der Landräte ist **keine** Frau vertreten.

Es wird weiterhin eine wichtige Aufgabe bleiben, den Anteil von Bürgermeisterinnen, weiblichen Fraktionsvorsitzenden und weiblichen Vorsitzenden sichtbar zu steigern.

## 5 Berichte der Vereinigungen und Sonderorganisationen

### 5.1 Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) / CDU Sozialausschüsse

**Vorsitzender: Dr. Max Matthiesen**

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) ist der Sozialflügel der CDU. Gerne werden wir auch als Wächterin der christlichen Soziallehre in der Politik bezeichnet. Bei uns organisieren sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamte und Selbstständige, Eltern und Rentner. Gemeinsam engagieren wir uns vor allem in der Sozial- und Gesellschaftspolitik: für sichere und auskömmliche Renten, für eine auf Beschäftigung ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik, für Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt, für eine menschenwürdige Pflege, für verlässliche und solidarische Sozialversicherungen. Wir arbeiten in den Strukturen der drei Landesverbände Braunschweig, Hannover und Oldenburg und dem Dachverband, der CDA in Niedersachsen. Verbandübergreifend gibt es Arbeitsgemeinschaften.

Inhaltlich startet die CDA das Jahr jeweils mit ihren Jahresauftaktklausuren; in diesem Jahr mit dem Thema: „Zukunft der Altersversorgung“. Gäste waren u.a. Karl Schiewerling und Annelie Buntenbach aus der Rentenreformkommission, Volker Schmidt von NiedersachsenMetall, Jan Miede, Geschäftsführer Deutsche Rentenversicherung und Christian Fühner MdL, Vorsitzender Junge Union in Niedersachsen.

Der im Sommer geplante Niedersachsntag konnte pandemiebedingt nicht als Delegiertenversammlung stattfinden. Deshalb wurde ein neues Format gewählt. Der Niedersachsntag wurde erstmals digital abgehalten – mit Live-Übertragung auf unterschiedlichen Kanälen wie Youtube, Facebook und Webex. Grußworte wurden eingespielt und Gastredner Dirk Toepffer MdL berichtete live aus dem „CDA-Studio“ in Hannover. Über ein besonderes Tool wurden der Leitantrag sowie zahlreiche Anträge beraten und abgestimmt.

### 5.2 Frauen Union der CDU in Niedersachsen (FU)

**Vorsitzende: Ute Krüger-Pöppelwiehe**

Innerhalb des Berichtszeitraumes fanden zwei Landesdelegiertentage statt:

25.08.2018 – Peine – Thema: „**100 Jahre Frauenwahlrecht: Wählen ja – Teilhabe nein?**“

25./26.10.2019 – Nordhorn – Thema: „**Neue Kindheit**“

In den **Vorstandssitzungen** hat sich die Frauen Union u. a. mit folgenden Schwerpunkten und Themen befasst: Reißverschlussverfahren für Wahllisten, Parité, Digitalisierung, Ernährung, Umwelt, Gesundheit Entwicklung von Strategien für eine bessere Beteiligung von Frauen in der Politik, Sexkaufverbot, Gewalt in Familien, Frauenhäuser, Altersarmut und Netzwerkarbeit. Zu diesen und weiteren Themen haben wir Anträge zum CDU-

Landesparteitag und zum Bundesdelegiertentag der Frauen Union verfasst. Der Landesvorstand tagt im Durchschnitt sechs Mal im Jahr.

**Veranstaltungen:** Klausurtagung, Herbstempfang, Neumitgliedertreffen und Frühjahrsempfang zum Kontaktaufbau und zur Kontaktpflege, verbunden mit informativen Referaten interessanter Gäste.

Weitere Informationen wie z. B.: Positionspapiere und sämtliche Pressemitteilungen können auf der Homepage [www.fu-niedersachsen.de](http://www.fu-niedersachsen.de) nachgelesen werden, sowie tagesaktuelle Meldungen bei Facebook: <https://www.facebook.com/frauenunionniedersachsen>.

### 5.3 Junge Union Niedersachsen (JU)

**Vorsitzender: Christian Fühner MdL**

Die Junge Union Niedersachsen ist mit 7.962 Mitgliedern (Stand: 31.03.2020) der fünftgrößte Landesverband deutschlandweit und weiterhin die mit Abstand größte politische Jugendorganisation in unserem Land. Betrachtet man die Mitgliederentwicklung der vergangenen Jahre, so hat die Junge Union Niedersachsen es geschafft, dem großen Mitgliederschwund der Jahre 2011 bis 2015 entgegenzutreten.

Im Jahr 2018 feierte die Junge Union Niedersachsen ihr 50-jähriges Bestehen. Dies hat der Freundes- und Förderkreis zum Anlass genommen, im August eine kleine Jubiläumsfeier in Hannover auszurichten. Zu diesem Anlass wurde auch die Chronik der Jungen Union neu aufgelegt.

Das anschließende Jahr 2019 stand ganz im Zeichen Europas. Direkt nach dem Niedersachsntag startete die heiße Phase des Europawahlkampfes mit unserer Europa-Tour. Auf hunderten Kilometern quer durch Niedersachsen machte die #EUBrothers-Tour Lust auf die Europäische Idee. Dabei begleiteten uns hochkarätige Gäste wie Barbara Havliza, David McAllister und Reinhold Hilbers. Das Ergebnis: Mit Lena Düpont haben wir nun eine Europaparlamentsabgeordnete, die unsere jungen Ideen in Brüssel vertritt. Im vergangenen Jahr 2020 wurden die Arbeit der Jungen Union Niedersachsen vor große Herausforderungen gestellt. Während des Lockdowns und der Kontaktbeschränkungen mussten alle Veranstaltungen entfallen. Mit FühnerDirekt gelang es jedoch ein attraktives Angebot zu schaffen, um auch in Zeiten der Krise der politischen Position junger Niedersächssinnen und Niedersachsen Gehör zu verschaffen. Im Austausch mit prominenten Gästen diskutierte unser JU-Landesvorsitzender Christian Fühner mit den Mitgliedern auf Instagram live über die Probleme und Lösungsstrategien rund um die Covid-19-Pandemie. Zeitweise nahmen mehr als 3.500 User an den Gesprächen mit Philipp Amthor MdB, Ministerpräsident Tobias Hans und Influencerin Vivien Wysocki teil. Im weiteren Verlauf gelang es, den Niedersachsntag erstmals rein digital tagen zu lassen. Diese Formate haben dazu geführt, dass unser Verband deutlich digitaler geworden ist. Im Zeitraum des Geschäftsberichts fanden zudem zwei Niedersachsntage statt. Der 53. Niedersachsntag in Wolfsburg stand dabei unter dem Motto „Europe – back on track“

und diente als Startschuss der Europawahlkampagne. Des Weiteren wurde Tilman Kuban aus seinem Amt als Landesvorsitzender verabschiedet und Christian Fühner neu gewählt. Der anschließende und ursprünglich für Mai 2020 geplante 54. Landestag musste aufgrund der Covid-19-Pandemie in den September verschoben werden und trug den Titel „Niedersachsen gut versorgt“. Hier wurde der Landesvorstand neu gewählt und der Landesvorsitzende in seinem Amt bestätigt.

Darüber hinaus wurden im betrachteten Zeitraum insgesamt acht große Bildungsveranstaltungen mit jeweils 100-200 Teilnehmern durchgeführt. Erstmals fand hierbei das zweitägige Zukunftsforum zum Thema Mobilität sowie das Wintercamp mit dem Fokus auf die politischen Herausforderungen im niedersächsischen Tourismus statt. Daneben wurden mehrere kleinere Veranstaltungen der Arbeitskreise mit inhaltlichen Gesprächen und Besichtigungen ausgerichtet.

Zudem tagte der Landesvorstand 11-mal und bereitete die Veranstaltungen sowie verschiedene Thesenpapiere vor, die anschließend in den sechs Sitzungen des Niedersachsenrates eingebracht wurden.

Die Landesgeschäftsstelle versteht sich dabei als Dienstleiter der acht Landes- und Bezirks- sowie 49 Kreisverbände. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Organisation der Landesverbandsveranstaltungen und der einzelnen Wahlkampagnen.

### **5.4 Kommunalpolitische Vereinigung der CDU in Niedersachsen (KPV)**

#### **Vorsitzender: André Wiese**

Die KPV Niedersachsen vertritt alle der CDU angehörigen über 7.800 haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Niedersachsen. Im letzten Jahr hat Reinhard Winter nach erfolgreicher langjähriger Tätigkeit nicht wieder als Landesvorsitzender kandidiert, er wurde auf der Landesvertreterversammlung einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Neuer Landesvorsitzender ist André Wiese, Bürgermeister aus Winsen (Luhe), seine Stellvertreter Veronika Koch, MdL aus Grasleben und Mike Schmidt, Bürgermeister der Samtgemeinde Nenndorf. Ihnen zur Seite stehen sechs weitere Landesvorstandsmitglieder sowie 21 Mitglieder des Hauptausschusses aus den unterschiedlichsten Funktionen der kommunalen Welt und dem gesamten Landesgebiet von der Ems bis an die Elbe, von dem Harz bis an das Meer.

Mit den kommunalen Spitzenverbänden arbeiten wir ebenso vertrauensvoll und gut zusammen mit der Bundes-KPV, in deren Vorstand unter anderem Ekkehard Grunwald als stellvertretender Bundesvorsitzender mitarbeitet.

Ein Meilenstein für die zukünftige kommunalpolitische Arbeit in Niedersachsen war die Gründung des Kommunalen Bildungswerkes der KPV, mit dem es jetzt möglich ist, unterschiedlichste Schulungen, Fortbildungen und Kongresse zum schönsten Hobby der Welt – zur Kommunalpolitik – anzubieten. Nähere Informationen finden Sie unter [www.kpv-bildungswerk-nds.de](http://www.kpv-bildungswerk-nds.de). Ein besonderer Dank geht in diesem Zusammenhang an das Team der Landesgeschäftsstelle um Christian Meyer, das uns mit Rat und Tat auf diesem Weg unterstützt hat.

Landesvorstand und Hauptausschuss haben auch im Berichtszeitraum gern den aktiven Austausch und die intensive Zusammenarbeit mit Vertretern aus der niedersächsischen Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Niedersächsischen Landesregierung sowie der CDU-Landtagsfraktion gesucht, um hier unsere kommunalen Erfahrungen zu Weichenstellungen anderer Ebenen einzubringen.

Gerade in den letzten Monaten lag der Schwerpunkt neben der Diskussion über die verschiedenen Klimaschutzpakete und deren Auswirkungen und Chancen für unsere Kommunen auf dem Mega-Thema Corona-Pandemie mit allen Facetten, natürlich unter besonderer Berücksichtigung der vielfältigen Folgewirkungen auf unsere Kommunen. Auch wir mussten dabei zu anderen Mitteln greifen und waren stärker digital unterwegs. Wenn auch diese neuere Arbeitsform durchaus ihre positiven Seiten hat, bleibt für uns nach wie vor das persönliche Gespräch und die direkte Zusammenarbeit Wesensbestandteil unseres Engagements. Wir hoffen, dass wir hierhin bald wieder stärker zurückkehren können, denn Kommunalpolitik lebt vom direkten Austausch.

## 5.5 Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU in Niedersachsen (MIT)

### Vorsitzender: Werner Lübbe

Die Niedersachsen MIT ist die zweitstärkste Vereinigung auf Bundesebene. Die Mitgliederzahl ist seit Mitte 2000 weitgehend stabil.

Die Landesgeschäftsstelle versteht sich in erster Linie als Serviceeinrichtung der Landesvereinigungen Braunschweig und Oldenburg, der sechs Bezirks- und 48 Kreisvereinigungen in Niedersachsen. Die Reaktivierung von Kreis- und Stadtvereinigungen hat in Niedersachsen hohe Priorität, weil eine funktionierende Basis die Grundlage für politischen Einfluss ist. Die Kreisvereinigung Celle wurde revitalisiert. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Kreisverbände Braunschweig und Peine sowie die der Kreisverbände Osnabrück-Stadt und Osnabrück-Land funktionieren reibungslos.

Der 33. Landesmittelstandstag wurde am 22. Juni 2019 unter dem Motto „Werte schaffen!“ durchgeführt. Die Niedersachsen-MIT tagte erstmalig eintägig in einem Unternehmen, der Big Dutchman International GmbH in Vechta-Calveslage. Werner Lübbe wurde mit 97,8 Prozent im Amt des Landesvorsitzenden der Niedersachsen-MIT bestätigt. Höhepunkte waren neben den Neuwahlen zum Landesvorstand die Reden des MIT-

Bundesvorsitzenden, Dr. Carsten Linnemann MdB, des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, Dr. Bernd Althusmann MdL. Besondere Aufmerksamkeit erhielt der „Mittelstands-Talk“. Unter der Moderation des ehemaligen Geschäftsführers der Oldenburger Volkszeitung (OV), Christoph Grote, diskutierten der Geschäftsführer des Verbundes Oldenburger Münsterland e.V., Jan Kreyenborg, der geschäftsführende Gesellschafter der MIAVIT GmbH und Präsident des SC Rasta Vechta e.V., Stefan Niemeyer, und die Bundestagsabgeordnete Silvia Breher. Der Präsident der Oldenburgischen IHK, Gert Stuke, unterstrich den elementaren Stellenwert der kleinen und mittleren Unternehmen.

Im ersten Quartal des Jahres 2019 tagten alle Landes- und Bezirksvereinigungen in Niedersachsen und nominierten ihre Kandidaten für den Landes- und Bundesvorstand. Im Übrigen wurden alle Delegierten und Ersatzdelegierten nach einem empfohlenen rein rechnerischen Schlüssel nominiert bzw. gewählt.

Der Partnerschaftsvertrag zwischen der Niedersachsen-MIT und dem Landesverband Sachsen-Anhalt „lebt“. Mittlerweile besteht die Partnerschaft 29 Jahre. Am 10. August 2018 tagten die Landesvorstände beider Gliederungen in Hannover. Am 18. Oktober 2019 besuchten beide Landesvorstände das Gefechtsübungszentrum des Heeres in Altmarkkaserne in Letzlingen.

Die Homepage der Niedersachsen-MIT wurde gerelaunched und wird von der MIT-Landesgeschäftsstelle aktuell gehalten.

Inhaltlich setzte sich die Niedersachsen-MIT auseinander mit den Themen:

- Wie mittelstandsfreundlich sind unsere Kommunen?
- Mittelstand und Rechtssicherheit
- Niedersachsen nach vorne bringen
- Landesfinanzen und Auswirkungen auf den Mittelstand
- Abmahnmissbrauch bei Datenschutzverstößen/DSGVO
- Wirtschaftliche Dimension der Republik Georgien

Auf die Einrichtung fester Arbeitskreise und Kommissionen wird verzichtet. Stattdessen wird auf jeder Landesvorstandssitzung ein Thema beraten, das von einer Ad-hoc-Kommission unter der Moderation von H.-Dieter Klahren vorbereitet wird. Jede Landesvorstandssitzung endet mit inhaltlichen Beschlüssen.

Zurzeit gehören 18 von 22 Bundestagsabgeordneten, 31 von 50 Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion und einer von drei Europaabgeordneten der Niedersachsen-MIT an. Die Niedersachsen-MIT tritt regelmäßig mit Anträgen an den CDU-Landesparteitag in Erscheinung.

Der Landesvorstand tagt im Schnitt sechsmal pro Jahr. Es wird dabei Wert daraufgelegt, mit hochkarätigen Meinungsbildnern an unterschiedlichen Tagungsorten zu diversen mittelstandsrelevanten Themen ins Gespräch zu kommen. Gute Kontakte pflegt die Niedersachsen-MIT beispielsweise zu den Industrie- und Handelskammern sowie zu den Handwerkskammern in Niedersachsen.

## 5.6 Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV)

### Vorsitzender: Heiko Schmelzle

Die CDU in Niedersachsen ist verlässlicher Partner für Vertriebene und Aussiedler – aber auch für Heimatvertriebene. Durch die Arbeit der OMV finden entsprechende kulturverständigungs- und sozialpolitische Themen besondere Beachtung. Eine Veranstaltung mit dem Titel „Politische Einbindung von Aussiedlern für einen besseren Zusammenhalt unserer Gesellschaft“ am 21.11.2018 im Hasselmann-Haus kam gut an. Auf Bundesebene hat sich der jetzige Vorsitzende am 10.02.2020 in der Bundesgeschäftsstelle bei der Konzeptentwicklung „Aussiedler in der CDU Deutschlands“ sowie im OMV-Bundesvorstand eingebracht. Wie vor der letzten Landtagswahl versprochen gibt es nun eine Landesbeauftragte, die sich als ehrenamtliche und unabhängige Mittlerin speziell für die Interessen der Heimatvertriebenen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler einsetzt. 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, 70 Jahre nach der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen und 30 Jahre nach Vollendung der Wiedervereinigung Deutschlands sind die Themen der OMV – in einer Welt, in der Flucht und Vertreibung leider immer noch an der Tagesordnung sind – nach wie vor brandaktuell.

Vom 18.-19.10.2019 fand die OMV-Bundesdelegiertentagung im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin statt, an der mehrere OMV-Vorstandsmitglieder aus Niedersachsen teilnahmen. Heiko Schmelzle wurde (mit höchster Stimmzahl der stellvertretenden Vorsitzenden) im Amt bestätigt. Am 16.11.2019 brachte die gut besuchte OMV-Landesdelegiertentagung in Hannover (Paul Derabin war nicht mehr angetreten) folgendes Ergebnis: Vorsitzender: Heiko Schmelzle. Stellvertretende Vorsitzende: Helge Kahnert, Keti Langrehr, Peter Winkler. Schatzmeisterin: Editha Westmann MdL. Schriftführer: Sigmar Harzmann. Beisitzer/Innen: Paul Adam, Rudolf Götz, Julija Kruse, Kurt Müller, Oliver Schatta MdL, Hubertus Schneider, Rosemarie Volger und Susanne Winkelmann. Ehrenvorsitzender: Helmut Sauer. Seit dem letzten Geschäftsbericht traf sich der OMV-Landesvorstand am 06.10.2018, 02.02.2019, 08.06.2019, 21.09.2019, 16.11.2019 und 14.03.2020.

In der Gnadenkirche Tidofeld in Norden – der Dokumentationsstätte zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen und Nordwestdeutschland - konnte der jetzige OMV-Landesvorsitzende folgende Persönlichkeiten begrüßen: den geschäftsführenden BdV-Landesvorstand (22.11.2018), Landesminister Björn Thümler MdL i.R. seiner Landkult(o)ur (29.05.2019) und die Landesbeauftragte Editha Westmann MdL i.R. des dort aufgeführten Klangtheaters „Wolfskinder“ (28.02.2020). Erwähnenswerte Veranstaltungsteilnahmen für die OMV Niedersachsen: Gedenktag für Opfer von Flucht und Vertreibung im Historischen Museum in Berlin (20.06.2019), OMV-Bundesvorstandsklausur zu Kulturfragen nach § 96 in Erfurt (28.-29.06.2019), BdV-Zentralveranstaltungen zum Tag der Heimat in Ricklingen (22.09.2018 und 15.09.2019), 30 Jahre Montagsdemonstrationen in Leipzig (14.10.2019), Adventsfeier der Landesbeauftragten Editha Westmann mit den Landsmannschaften (13.12.2019), Klausurtagung der CDU Niedersachsen im Forellenhof/ Walsrode (24.-25.01.2020), Festakt 50 Jahre CDU-Landesgruppe Niedersachsen in Berlin (10.02.2020) und CDU-Landesausschuss in Hameln (27.02.2020).



## **5.7 Senioren-Union der CDU in Niedersachsen (SUN)**

**Vorsitzender: Rainer Hajek**

Im Betrachtungszeitraum September 2018 bis Ende August 2020 wurde sechsmal zur Landesvorstandssitzung in das Wilfried-Hasselmann-Haus in Hannover eingeladen. Zu Klausurtagungen traf sich der Landesvorstand am 12. und 13. Oktober 2018 in Lingen und vom 11. bis 12. Dezember 2019 in Hameln. Am 21. Februar 2019 fand die Landesvorstandssitzung in Verbindung mit einem Besuch im Niedersächsischen Landtag statt. Am 28. Mai 2020 und am 23. Juli 2020 wurden die Landesvorstandssitzung auf Grund der Corona Pandemie erfolgreich als Videokonferenzen durchgeführt. Die am 28. August 2020 geplante Landesdelegiertenversammlung mit Neuwahlen musste leider auf das Jahr 2021 verschoben werden.

Am 15. März 2019 konnten wir mit zahlreichen Ehrengästen das 30-jährige Jubiläum der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen in Verden feiern. Auf der Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union Deutschlands vom 21. bis 23. November 2018 in Magdeburg waren wir mit allen Delegierten gut vertreten. Heidi Exner wurde als Stellvertretende Bundesvorsitzende sowie Erika Koegel und Uwe Anders als Beisitzer gewählt. Ich bin als Landesvorsitzender ständiger Gast. Ab Anfang 2020 können die Kreisvereinigungen für besonders zu ehrende Mitglieder die Ehrennadel der Senioren-Union Niedersachsen beantragen.

Erfolgreich wurde der Wettbewerb zur Neu-Mitgliedergewinnung „Beste Kreisvereinigung“ und „Beste/r Werber/in“ fortgesetzt. Nach wie vor steht die Senioren-Union der CDU in Niedersachsen im Vergleich der Mitgliederzahlen zu anderen Landesvereinigungen in Deutschland bestens dar. Dies verdanken wir den aktiven und fleißigen Vorständen und Mitgliedern vor Ort. Vielen Dank dafür. Weitere Informationen können auf unserer Homepage [www.seniorenunion-niedersachsen.de](http://www.seniorenunion-niedersachsen.de) eingesehen werden.

## **5.8 Evangelischer Arbeitskreis der CDU in Niedersachsen (EAK)**

**Vorsitzender: Dirk Heuer**

Schwerpunkte im Rahmen der traditionellen Hermannsburger EAK-Tagungen der Jahre 2019 und 2020 waren die Themen „Europa unter Druck – Wie sieht die Zukunft der EU aus?“ (2019) und „Toleranz leben – gesagt – getan?“ (2020). Auf beiden Tagungen konnten hochrangige Referenten und Gäste aus Politik und Kirche begrüßt werden, u.a. David McAllister, MdEP, Barbara Havliza, Justizministerin Niedersachsen, Lena Düpont, MdEP, Dirk Toepffer, CDU-Fraktionsvorsitzender, Dr. Günther Gebhardt, Stiftung Weltethos, Dr. Dorothee Godel, Oberkirchenrätin EKD.

Die alle zwei Jahre stattfindende Landesdelegiertentagung und die anschließende öffentliche Landestagung des EAK fanden im September 2019 in Walsrode statt. Gäste waren u.a. der CDU-Landesvorsitzende Dr. Bernd Althusmann und die stellv. CDU-Landesvorsitzende Dr. Maria Flachsbarth.

In den Pressemitteilungen und Veranstaltungen des EAK auf Landes- und Kreisebene nahmen u.a. die Themen „Organtransplantation“, „Reformationstag als staatlicher Feiertag“, „Kirche in der Corona-Pandemie“ „Leben und Sterben in Würde“, „Demokratie bewahren“ eine besondere Rolle ein.

Der EAK Landesvorstand tagt in der Regel alle zwei Monate. In jeder zweiten Sitzung gibt es einen inhaltlichen Schwerpunkt, zu dem wir einen externen Experten einladen.

Aktuelle Berichte aus der Arbeit des EAK finden Sie in der Rubrik „Aus unserer Arbeit“ auf unserer Internetpräsenz : [www.eak-niedersachsen.de](http://www.eak-niedersachsen.de).

## 5.9 Schüler Union Niedersachsen (SU)

**Vorsitzender: Lucas Mennecke**

Die Schüler Union Niedersachsen ist die größte, politische Schülerorganisation in Niedersachsen. Die Schüler Union versteht sich nicht nur als Sprachrohr der Niedersächsischen Schüler, sondern vielmehr als Dienstleister für die Schülervertretungen im ganzen Bundesland. Die Landesgeschäftsstelle versteht ihre Aufgabe somit, neben der Organisation der Landesveranstaltungen, als Hilfestellung für tausende Schülerinnen und Schüler.

Neben den bekannten Veranstaltungen wie dem Schülervertretungskongress, den thematischen Landesausschüssen und Landesdelegiertentagen standen inhaltlich in den letzten beiden Jahren die Stärkung des dualen Systems und der Berufsschulen im Fokus. Auch die Verbesserung des schulischen Politikunterrichts wurde auf einem Landesausschuss behandelt. Im Jahr 2019 befassten wir uns mit dem digitalen Schulunterricht und möglicher, praktischer Anwendungen an Schulen. Zu Beginn des Semesters im Jahr 2020 wurde eine Kampagne zwischen der Schüler Union und dem RCDS Niedersachsen durchgeführt, welche den angehenden Studenten als Orientierungshilfe dienen sollte und unterschiedliche Studiengänge vorgestellt wurden.

Neben vieler organisatorischer Arbeit, wie der Neuaufstellung des Mitglieder magazins Substanz, der Erstellung einer neuen CI und der Vernetzung mit u.a. dem Philologenverband und dem Landesschülerrat, wurden Kampagnen zum Thema Umweltschutz, digitales Lernen, Bildungsqualität und weiteren Themen sowohl, online als auch analog, durchgeführt.

## 5.10 Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

**Vorsitzender: Jonas Schlossarek**

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) im Landesverband Niedersachsen hat derzeit etwa 500 Mitglieder. Nach den Gruppengründungen in Braunschweig, Osnabrück und an der Jade Hochschule, ist der RCDS mit 10 Hochschulgruppen an so vielen Standorten aktiv, wie noch nie und damit zugleich der viertgrößte Landesverband.

Im Berichtszeitraum konnte insbesondere der Social Media Auftritt deutlich professionalisiert werden. Es wurden Kampagnen zur Europawahl, zu linksextremen Auswüchsen von ASten und zur Studienwahl durchgeführt. Politisch beschäftigte sich der RCDS unter anderem mit Forderungen zur NHG-Novellierung und zu Auswirkungen durch die Covid-19 Pandemie.

Durch die Arbeit des Politischen Beirates brachte sich unser Landesverband maßgeblich in die Beschlusslage des Bundesverbandes ein und stellte auch Anträge an den CDU-Landesparteitag. Auf Bundesebene führte Henrik Wärner als Niedersachse bis Ende 2019 den Bundesvorstand an. Mehrere niedersächsische Gruppen wurden vom Bundesverband für besonders erfolgreiche Arbeit mit dem „Blauen Löwen“ ausgezeichnet.

Des weiteren wurden neben den jährlichen Landesdelegiertenkonferenzen auch diverse mehrtägige Bildungsveranstaltungen und Talkformate in Hörsälen durchgeführt. Letztere fanden unter anderem in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung statt.

Durch Innovation, Kampagnenfähigkeit und klare inhaltliche Positionierung sind wir am Campus weiterhin der wichtigste Ansprechpartner für die Studentenschaft. Durch den persönlichen Kontakt an der Hochschule schaffen wir es damit, den Studenten unsere christdemokratischen Werte näher zu bringen.

## 6 Landesvorstand und Präsidium

### 6.1 Sitzungen des Präsidiums

Im Berichtszeitraum von Oktober 2018 bis September 2020 tagte das Präsidium unter der Leitung seines Landesvorsitzenden Dr. Bernd Althusmann MdL insgesamt **11**mal. In den Sitzungen wurden wichtige Beschlüsse und die Landesvorstandssitzungen organisatorisch vorbereitet, um diese zeitlich zu entlasten, um sich auf die Kernaufgaben und politischen Themen beschränken zu können.

Diese Arbeitsteilung hat sich auch in dieser Periode bewährt.

Termin und Ort	Inhalt
26. Oktober 2018 Landesgeschäftsstelle, Wilfried-Hasselmann-Haus, Hannover	Bericht des Landesvorsitzenden; Kooptationen in das Präsidium; Vorbereitung des Bundesparteitages: Kandidaten für das Präsidium und den Bundesvorstand
30. November 2018 Landesgeschäftsstelle, Wilfried-Hasselmann-Haus, Hannover	(Sitzung gemeinsam mit den Landes- und Bezirksvorsitzenden) Bericht des Landesvorsitzenden; Vorschläge für die Besetzung der Bundesfachausschüsse; Vorbereitung der Landesliste zur Europawahl am 26.05.2019
<b>18. Januar 2019</b> <b>Ringhotel Forellenhof</b> <b>Hünzingen,</b> <b>Walsrode</b>	Bericht des Landesvorsitzenden; Finanzen der CDU in Niedersachsen; Stand der AG-Organanalyse; Vorbereitung der Klausurtagung des CDU- Landesvorstandes
29. März 2019 Landesgeschäftsstelle, Wilfried-Hasselmann-Haus, Hannover	(Sitzung gemeinsam mit den Landes- und Bezirksvorsitzenden) Bericht des Landesvorsitzenden; Finanzbericht der Landesschatzmeisterin: Haushaltsplan 2019 und mittelfristige Finanzplanung 2018-2022; Organanalyse
27. Mai 2019 Landesgeschäftsstelle, Wilfried-Hasselmann-Haus, Hannover	(Sitzung gemeinsam mit den Landes- und Bezirksvorsitzenden) Bericht des Landesvorsitzenden; Organanalyse – aktueller Sachstand, Aussprache und Abstimmung über die weitere Umsetzung
27. September 2019 Landesgeschäftsstelle, Wilfried-Hasselmann-Haus, Hannover	Bericht des Landesvorsitzenden; Vorbereitung des Bundesparteitages am 22./23. November 2019 in Leipzig
29. November 2019 Halle 39, Hildesheim	(Sitzung gemeinsam mit den Landes- und Bezirksvorsitzenden) Bericht des Landesvorsitzenden; Organisationsanalyse – aktueller Sachstand, Aussprache und Abstimmung über die weitere Umsetzung
<b>24. Januar 2020</b> <b>Ringhotel Forellenhof</b> <b>Hünzingen, Walsrode</b>	Bericht des Landesvorsitzenden; Finanzen der CDU in Niedersachsen; Vorbereitung der Klausurtagung des CDU- Landesvorstandes

15. Mai 2020 (Videokonferenz)	Bericht des Landesvorsitzenden; Bericht zur Domizil GmbH
31. August 2020 (Videokonferenz)	Bericht des Landesvorsitzenden; Vorbereitung des Landes- und Bundesparteitages 2020 und der Bundestagswahl 2021
22. Januar 2021 (Videokonferenz)	Bericht des Landesvorsitzenden; Nachlese des digitalen Bundesparteitages am 15./16. Januar 2021; Vorbereitung des digitalen Landesparteitages am 6.2.2021

## **6.2 Teilnahme an den Präsidiumssitzungen**

vom 26. Oktober 2018 bis 18. September 2020 (insgesamt **11** Sitzungen)

Präsidiumsmitglieder mit Stimmrecht

<b>Titel</b>	<b>Vorname</b>	<b>Nachname</b>	<b>Anwesend</b>	<b>Abwesend</b>
Dr.	Bernd	Althusmann MdL	11	0
	Maria	Flachsbarth MdB	9	2
	Astrid	Grotelüschen MdB	9	2
	Fritz	Güntzler MdB	9	2
	Barbara	Havliza	11	0
	Reinhold	Hilbers MdL	11	0
	Hendrik	Hoppenstedt MdB	8	3
	Carsten	Müller MdB	11	0
	Gudrun	Pieper MdL	7	4
	Kai	Seefried MdL	11	0
Dr.	Stephan	Siemer MdL	8	3
	Ulf	Thiele MdL	10	1
	Dirk	Toepffer MdL	10	1
	Sebastian	Lechner MdL	1	0

## **6.3 Sitzungen des Landesvorstandes**

Im Berichtszeitraum von Oktober 2018 bis September 2020 tagte der Landesvorstand unter der Leitung seines Landesvorsitzenden Dr. Bernd Althusmann MdL insgesamt **15mal**.

In den Sitzungen wurde über die aktuelle politische Lage mit entsprechenden Strategien und Perspektiven berichtet. Im besonderen Fokus standen die Vorbereitungen der Landesausschüsse, sowie der Landes- und Bundesparteitage. Landesfachausschüsse wurden eingesetzt, die Talentschmiede hat einen weiteren Jahrgang gebildet und auch das neu eingeführte Tandemprojekt ist in die zweite Runde gegangen.

Der Landesvorstand hat die Haushaltspläne 2018 bis 2020 sowie die Budgetpläne für die Bundestags- und Kommunalwahl 2021, die Landtagswahl 2022 und die mittelfristige Finanzplanung beraten und beschlossen.

In allen Sitzungen des CDU-Landesvorstandes wurde über die aktuelle Mitgliederentwicklung berichtet. Zudem wurden regelmäßig Berichte aus dem Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag und dem Niedersächsischen Landtag gehalten.

Termin und Ort	Inhalt
26.10.2018 Landesgeschäftsstelle, Wilfried-Hasselmann-Haus, Hannover	Bericht des Landesvorsitzenden; Konstituierende Sitzung des Landesvorstandes; Kooptationen und Beschluss über ständige Gäste; Bestimmung eines neuen Treuhänders für die „Domizil GmbH“; Beschlussfassung über die Einsetzung der Landesfachausschüsse und Arbeitskreise
01. 12.2018 Akademie des Sports, Hannover	Bericht des Landesvorsitzenden, Vorbereitung der Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Europawahl 2019; Vorbereitung des CDU-Bundesparteitages am 06.-08.12-2018
<b>18./19. Januar 2019</b> <b>Hotel Forellenhof,</b> <b>Hünzingen, Walsrode</b>	Bericht des Landesvorsitzenden; Beschluss über die Durchführung der Talentschmiede 2019/2020; Planung zu den HVB-Wahlen und der Europawahl 2019; Vorbereitung des Landesausschusses am 2. April 2019; Termin- und Arbeitsplanung 2019
29. März 2019 Landesgeschäftsstelle, Wilfried-Hasselmann-Haus, Hannover	Bericht des Landesvorsitzenden; Vorbereitung des Landesparteitages am 31.08.2019; Beschluss des Haushaltsplanes 2019 und der MiPLa 2018-2022; Mitgliederentwicklung
27. Mai 2019 Landesgeschäftsstelle, Wilfried-Hasselmann-Haus, Hannover	Bericht des Landesvorsitzenden; Analyse der Europawahl und der HVB-Wahlen am 26.05.2019; Beschluss über den Leitantrag zum Landesparteitag am 31.08.2019; Beschluss über die Landesparteitage 2020 und 2021;
28. Juni 2019 Landesgeschäftsstelle, Wilfried-Hasselmann-Haus, Hannover	Bericht des Landesvorsitzenden; Finanzen: Rechenschaftsbericht 2018; Vorbereitung des Landesparteitages: Beschlussfassung Antragskommission und Tagungspräsidium; Grundsatzprogramm der CDU Deutschland
<b>30. August 2019</b> <b>Congress Union</b> <b>Celle</b>	Bericht des Landesvorsitzenden; Vorbereitung Landesparteitag: Beschlussfassung Parteitagskommissionen und inhaltliche Vorbereitung; Mitgliederentwicklung
29. November 2019 Halle 39 Hildesheim	Bericht des Landesvorsitzenden; Nachlese des Bundesparteitages am 21./23.11.2019 in Leipzig; Vorbereitung der Landesvorstandsklausur am 24./25.01.2020 in Walsrode; Vorbereitung des Landesausschusses am 27.02.2020
<b>24./25. Januar 2020</b> <b>Hotel Forellenhof,</b> <b>Hünzingen, Walsrode</b>	Bericht des Landesvorsitzenden; Beschluss über die Durchführung des Tandemprogramms 2020/2021; Terminpläne zur Kommunal- und Bundestagswahl 2021; Mitgliederentwicklung;

	Termin- und Arbeitsplanung 2020
27. März 2020 (Videokonferenz)	Bericht des Landesvorsitzenden; Beschluss des Haushaltsplanes 2020 und der MiPla 2018-2022; Vorbereitung des Bundesparteitages am 25.04.2020
15. Mai 2020 (Videokonferenz)	Bericht des Landesvorsitzenden; Vorbereitung des Landesparteitages am 6./7. November in Lingen: Beschluss über Thema Leitantrag und die Fristen der Antragsberatung; Hinweise zur Vorbereitung der Bundestags- und Kommunalwahl 2021
26. Juni 2020 (Videokonferenz)	Bericht des Landesvorsitzenden; Finanzen: Rechenschaftsbericht 2019; Beschlussfassung über den Entwurf des Leitantrages für den Landesparteitag 2020; Vorbereitung der Kommunalwahl 2021
18. September 2020 (Videokonferenz)	Bericht des Landesvorsitzenden; Vorbereitung des Bundesparteitages am 3.-5. Dezember 2020: Beschluss über die Kandidaten für das Präsidium und den Bundesvorstand, Delegierte und Ersatzdelegierte für den EVP-Kongress; Vorbereitung des Landesparteitages am 6./7.11.2020 – Veranstaltungsort, personelle und inhaltliche Vorbereitung; Vorbereitung der Kommunalwahl 2021
6. November 2020 (Videokonferenz)	Bericht des Landesvorsitzenden; Kommissarische Einsetzung des neuen Generalsekretärs; Vorbereitung der Bundestagswahl 2021 - Verlängerung der Fristen zur Aufstellung der Kandidaten; Kooptationen
11. Dezember 2020 (Videokonferenz)	Bericht des Landesvorsitzenden; Vorbereitung Kommunalwahl 2021 – Richtlinie Kandidaten, Vorstellung/Beschluss über die Werbeagentur für die Kommunal- und Landtagswahl; Vorbereitung des digitalen LPT 2021; Vorbereitung der Landtagswahl 2022 – Fristen für die Aufstellung der Wahlkreiskandidaten

#### **6.4 Teilnahme an den Landesvorstandssitzungen**

vom 26. Oktober 2018 bis 18. September 2020 (insgesamt **15** Sitzungen).

Landesvorstandsmitglieder mit Stimmrecht

<b>Titel</b>	<b>Vorname</b>	<b>Nachname</b>	<b>Anwesend</b>	<b>Abwesend</b>
Dr.	Bernd	Althusmann MdL	15	0
	Martin	Bäumer MdL	13	2
	Mai	Beermann MdB	11	4
	Ute	Bertram	14	1
	Ralph	Bogisch	14	1

Dr.	Maria	Flachsbarth MdB	13	2
Dr.	Merlin	Franke	13	2
	Jens	Gieseke MdEP	12	3
	Astrid	Grotelüschen MdB	13	2
	Fritz	Güntzler MdB	14	1
	Barbara	Havliza	14	1
	Cora-Jeanette	Hermenau	9	6
	Reinhold	Hilbers MdL	15	0
	Jörg	Hillmer MdL	12	3
	Michaela	Holsten	11	4
Dr.	Hendrik	Hoppenstedt MdB	13	2
	Marius	Keite	8	7
	Carsten	Müller MdB	14	1
	Gudrun	Pieper MdL	11	4
	Christoph	Plett MdL	13	2
	Kai	Seefried MdL	15	0
Dr.	Stephan	Siemer MdL	10	5
	Kristian	Tangermann	13	2
	Barbara	Thiel	13	2
	Ulf	Thiele MdL	15	0
	Dirk	Toepffer MdL	13	2
	Johann	Wimberg	10	5
	Barbara	Woltmann	11	4
	Sebastian	Lechner MdL	2	0



## 7 Niedersachsen Union Digital

### 7.1 Internetauftritt

Nachdem sich das neu etablierte Content-Management-System WordPress im vergangenen Landtagswahlkampf bewiesen hat, hat die Landesgeschäftsstelle dieses System zur Gestaltung und Verwaltung des Internetangebots der CDU in Niedersachsen voll umfänglich ausgestaltet. Dieses System ermöglicht auch eine Suchmaschinenoptimierung, die beispielsweise die Sichtbarkeit bei Google enorm verbessert und somit die Zugriffszahlen der Internetpräsenzen *cdu-niedersachsen.de* und *berndalthusmann.de* spürbar gesteigert hat.

### 7.2 Service für Kandidaten, Mandatsträger und Verbände

Durch das Content-Management-System WordPress konnte auch ein kostenloser Service für Kandidaten, Mandatsträger und Verbände eingerichtet werden, der das sogenannte Theme, die Basisversion des Internetauftritts, zur Verfügung stellt. Auch weitere Elemente für Websites wie die Corporate Identity (CI), Farbwerte oder die CDU-Niedersachsenflagge können bei der Landesgeschäftsstelle angefordert werden. Kritik, Hinweise und Anregungen sind nach wie vor sehr willkommen. Durch das offene System WordPress können auch die einzelnen Webmaster ihrer eigenen Kreativität freien Lauf lassen und somit auch eigene Kreationen, Ideen oder Erfahrungen an andere weitergeben, um so den Gesamtauftritt der CDU in Niedersachsen weiter zu optimieren.

### 7.3 WordPress und das CDU-Theme

Das System WordPress unterscheidet im Wesentlichen zwischen dem Inhalt und der Gestaltung. Der Inhalt ist individuell durch den jeweiligen Betreiber der Website, also die Verbände oder die Kandidaten, zu erstellen. Die Gestaltung, also das Aussehen der Website, geschieht bei WordPress durch sogenannte Themes. Das Theme der CDU in Niedersachsen steht kostenlos im CDUplus als Download zur Verfügung. Unter anderem bietet das CDU-WordPress-Theme:

- Optimierte Layout-Versionen für Verbände oder Personen
- Erstellung und Pflege aktueller Meldungen (Pressemeldungen)
- Beitragsstruktur nach frei definierbaren Kategorien
- Frei platzierbare Terminübersichten
- Automatisches Einbinden von Inhalten der CDU in Niedersachsen
- Einen automatischen Slider, d. h. eine animierte und bebilderte Übersicht
- Newsletter-Widget zum Bestellen des Newsletters der CDU in Niedersachsen
- Erweiterter Kopfbalken für Kandidatenseiten
- Countdown für Events und Wahltermine

### 7.4 Social Media

Die Social-Media-Arbeit hat für den Landesverband einen immer höheren Stellenwert und wird kontinuierlich ausgebaut. Dem wurde auch in der Personalausstattung Rechnung getragen. Mittlerweile arbeiten drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich in diesem

Bereich. Darunter fällt die Planung der Aktivitäten, das Erstellen von Content sowie das Monitoring von zahlreichen Accounts politischer Wettbewerber oder Nachrichtenkanälen. Erste Erfolge konnten bereits während der Hochphase der COVID-19-Pandemie im Sommer 2020 verbucht werden. Über die sozialen Kanäle der CDU in Niedersachsen wurde viel Aufklärungsarbeit in Sachen Corona-Verordnung und den vielfältigen Hilfsprogrammen geleistet. Auch der Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern hat in dieser Phase verstärkt über die sozialen Medien stattgefunden. Wir konnten damit unsere Reichweite noch ein weiteres Mal deutlich steigern. Unser Facebook-Auftritt hat damit nach wie vor die größte Reichweite aller CDU-Landesverbände in Deutschland. Neben Facebook haben wir in den vergangenen zwei Jahren unsere Aktivitäten insbesondere auf Instagram deutlich ausgebaut.

### **7.5 CDU.direct**

CDU.direct ist ein CDU-interner Messengerdienst, der sowohl als Smartphone- und Tablet-App als auch webbasiert nutzbar ist. Über CDU.direct kommunizieren Kreis-, Orts- und Gemeindeverbände in Gruppenchats. Es können aber auch eigene Chats, beispielsweise verbandsübergreifend oder für Wahlkampfprojekte, eingerichtet werden. Auch eine persönliche Datenablage ist möglich, sodass auch Dokumente oder Ähnliches abgespeichert werden können. Der Zugriff auf CDU.direct erfolgt über den CDUplus Zugang.

## 8 Statistik zur Mitgliederentwicklung

Verband	31.12.17	31.12.19	Relativ in %
Cuxhaven	1912	1758	-8
Osterholz	635	590	-7
Rotenburg	1820	1666	-8
Stade	1238	1188	-4
Verden	906	848	-6
<b>BV Elbe-Weser</b>	<b>6511</b>	<b>6050</b>	<b>-7,1</b>
Diepholz	1290	1234	-4
Hameln-Pyrmont	995	948	-5
Hannover-Land	4351	4084	-6
Hannover-Stadt	1522	1485	-2
Nienburg	1258	1168	-7
Schaumburg	1085	1025	-6
<b>BV Hannover</b>	<b>10501</b>	<b>9944</b>	<b>-5,3</b>
Göttingen	2249	2106	-6
Hildesheim	2254	2011	-11
Holzminden	416	378	-9
Northeim	874	783	-10
<b>BV Hildesheim</b>	<b>5793</b>	<b>5278</b>	<b>-8,9</b>
Celle	1516	1422	-6
Gifhorn	1243	1151	-7
Harburg-Land	1807	1720	-5
Heidekreis	1082	1029	-5
Lüchow-Dannenberg	495	459	-7
Lüneburg	898	875	-3
Uelzen	842	791	-6
Wolfsburg	549	505	-8
<b>BV Nordostniedersachsen</b>	<b>8432</b>	<b>7952</b>	<b>-5,7</b>
Aschendorf-Hümmling	1716	1636	-5
Grafschaft Bentheim	1024	988	-4
Lingen	2001	1991	0
Meppen	1531	1429	-7
Osnabrück-Land	3483	3253	-7
Osnabrück-Stadt	1003	1005	0
<b>BV Osnabrück-Emsland</b>	<b>10758</b>	<b>10302</b>	<b>-4,3</b>
Aurich	849	768	-10
Emden	132	118	-11
Leer	975	906	-7
Wittmund	420	401	-5

BV Ostfriesland	2376	2193	-7,7
Braunschweig	1009	941	-7
Goslar	859	831	-3
Helmstedt	551	521	-5
Peine	1009	906	-10
Salzgitter	497	462	-7
Wolfenbüttel	982	908	-8
LV Braunschweig	4907	4569	-6,9
Ammerland	873	832	-5
Cloppenburg	4008	3678	-8
Delmenhorst	245	229	-7
Friesland	556	523	-6
Oldenburg-Land	798	709	-11
Oldenburg-Stadt	511	463	-9
Vechta	3152	2976	-6
Wesermarsch	683	658	-4
Wilhelmshaven	328	311	-5
LV Oldenburg	11154	10379	-7,0
CDU Niedersachsen	60432	56667	-6,2

## 9 Erledigungsvermerke über Anträge im Berichtszeitraum

### 9.1 Landesparteitag 2018 (Braunschweig)

#### 9.1.1 Leitanträge „Start-Up Niedersachsen“ „Meine Heimat Niedersachsen“

**Stellungnahme Landespartei:** Die Positionen und Ziele der beiden Leitanträge sind stets Maßgabe des politischen Handelns und finden immer wieder Beachtung in den verschiedensten Gremien der Partei-, Parlaments- und Regierungsarbeit.

#### 9.1.2 Beschlüsse

Niedersachsen durch Digitalisierung zukunftsfähig machen.

#### **Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:**

Zu 1 & 4:

Der Masterplan Digitalisierung umfasst ressortübergreifende Maßnahmen für Schaffung und Ausbau der digitalen Infrastruktur in Niedersachsen. Neben dem „Giga-Pakt für Niedersachsen“ für einen gezielten und flächendeckenden Glasfaserausbau hat sich die CDU Niedersachsen unter anderem auch für die Bereitstellung der finanziellen Mittel im Landeshaushalt stark gemacht.

Da für eine erfolgreiche Digitalisierung die Vernetzung aller Akteure in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ist, steht die im Dezember 2018 gegründete „Digitalagentur Niedersachsen“ als zentraler Ansprechpartner zur Verfügung. Hier wurde eine wichtige Schnittstelle für eine gezielte Koordination von Beratungsangeboten zur Bewältigung der digitalen Herausforderungen für unsere Unternehmen geschaffen. Insbesondere für das Handwerk und den Mittelstand wurden mit dem digitalbonus.Niedersachsen zudem die finanziellen Weichen für eine effiziente Umsetzung digitaler Strategien gestellt.

Zu 2:

Ab dem Schuljahr 2023/2024 wird das Fach Informatik im Sekundarbereich I an allgemeinbildenden Schulen als Pflichtfach eingeführt. Das Fach wird im Schuljahr 2023/24 im 10. Schuljahrgang im Umfang von einer Jahreswochenstunde eingeführt und im darauffolgenden Schuljahr 2024/2025 im gleichen Umfang im 9. Schuljahrgang. Die bisher geltende Stundentafel wird erweitert.

Für die Einführung des Faches Informatik als Pflichtfach sollen vorbereitend zweijährige berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahmen zur Qualifizierung von Lehrkräften mit dem Ziel einer Unterrichtsbefähigung für den Sekundarbereich I durchgeführt werden. Derzeit unterrichten insgesamt rund 500 ausgebildete Informatiklehrkräfte an öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen.

Die technischen Voraussetzungen werden aktuell landesweit mit erheblichen Summen aus dem Digitalpakt Schule geschaffen. Der Bund stellt über einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt 5 Milliarden Euro zur Verfügung. Niedersachsen kann dadurch mit

Bundesmitteln in Höhe von rund 470 Millionen Euro rechnen. Da die Bundesmittel als Finanzhilfen gewährt werden, muss sich jedes Bundesland mit zusätzlich 10 Prozent aus eigenen Mitteln in den Digitalpakt einbringen. Damit werden in Niedersachsen insgesamt ca. 522 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Die Landesregierung hat beschlossen, den Eigenanteil selbst zu tragen, so dass den Trägern eine hundertprozentige Förderung ermöglicht wird.

Zusätzlich haben die Bundesregierung und die Länder am 30. April 2020 beschlossen, 500 Mio. Euro für die Anschaffung digitaler Endgeräte für benachteiligte Schülerinnen und Schüler bereitzustellen. Das bedeutet für Niedersachsen einen Betrag von 47 Mio. Euro zuzüglich 4,7 Mio. Euro Eigenanteil (10 Prozent) vom Land.

### Zu 3:

Wie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, hat Niedersachsen Mittel für die Schaffung von bis zu 50 Digitalisierungsprofessuren bereitgestellt.

In der ersten Phase wurden Ende 2019 bis zu 40 Digitalisierungsprofessuren vergeben; die Ausschreibungen laufen.

In einer zweiten Phase wurden im Sommer 2020 weitere bis zu 10 Digitalisierungsprofessuren vergeben, die die Exzellenzbestrebungen der Universität Hannover, der Medizinischen Hochschule Hannover sowie der Technischen Universität Braunschweig unterstützen sollen.

Zur Unterstützung von Forschung und Lehre wurden im Rahmen des Niedersächsischen Vorab der VolkswagenStiftung erhebliche Mittel für Digitalisierungsvorhaben bereitgestellt. Hierzu zählen die Förderlinien für die Digitalisierung in den Natur-, Lebens-, Sozial- und Geisteswissenschaften. Mit Mitteln des Niedersächsischen Vorab wird der Aufbau des Landeslabors Niedersachsen des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) mit den Standorten Oldenburg und Osnabrück gefördert. Weitere Mittel wurden in der Frühphase der COVID-19-Pandemie für Sofortmaßnahmen zur Stärkung der digitalen Hochschulbildung bereitgestellt.

Zur Stärkung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft insbesondere im Zuge des digitalen Wandels wurde das Zentrum für digitale Innovationen Niedersachsen (ZDIN) geschaffen. Im Oktober 2019 wurden in einer ersten Förderrunde Forschungsprojekte in sechs Zukunftslaboren (Agrar, Energie, Mobilität, Gesundheit, Produktion, Arbeit & Gesellschaft) im Volumen von 25 Mio. Euro bewilligt.

Im Oktober 2019 hat der Landtag das Gesetz über die digitale Verwaltung und Informationssicherheit verabschiedet. Danach wird ein einheitlicher Rechtsrahmen für die öffentliche Verwaltung (Land und Kommunen) geschaffen, damit in immer mehr Bereichen Verwaltungsleistungen für den Bürger online abgewickelt werden können. Das Gesetz enthält darüber hinaus die Verpflichtung der elektronischen Aktenführung für die gesamte Verwaltung ab dem Jahr 2026.

Während der parlamentarischen Beratungen hat die CDU-Fraktion dafür gesorgt, dass die Regelungen über die Informationssicherheit grundlegend überarbeitet und damit verbessert wurden.

Besserer Schutz der Beschäftigten vor Mobbing.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Die Bekämpfung von Mobbing ist für die Union auf allen Ebenen ein wichtiges Thema. Derzeit ist keine entsprechende Initiative geplant. Grundsätzliche Sympathie für die Grundidee des Antrages ist vorhanden, eine praktische Umsetzung ist jedoch schwierig. Nicht zuletzt wegen der Schwierigkeit, einen Straftatbestand „Mobbing“ präzise und rechtssicher zu fassen.

Saisonarbeitskräfte.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Mit dem am 30.11.2018 beschlossenen Qualifizierungschancengesetz werden die Saisonarbeitsbetriebe ab 2019 dauerhaft entlastet. Es gelten dann die höheren Zeitgrenzen für kurzfristige Beschäftigung unbefristet: 3 Monaten oder 70 Arbeitstage sind dauerhaft versicherungsfrei.

Rechtsanspruch auf Internet mit Mindestübertragungsraten.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Im Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und SPD darauf verständigt, dass Deutschland bis 2025 eine schnelle und flächendeckende Gigabit-Infrastruktur bekommt. Ab 2025 soll ein Rechtsanspruch auf ein schnelles Netz greifen.

Maßnahmenpaket Breitbandausbau.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Dem direkt zu Beginn der Regierungsperiode von den Koalitionsfraktionen CDU & SPD eingebrachtem Antrag zum „Masterplan Digitalisierung“ (Drs. 18/36) folgte die praktische Umsetzung durch das Wirtschaftsministerium. Neben dem umfangreichen Masterplan Digitalisierung wurden zahlreiche Projekte auch zum Breitbandausbau und somit der Verbesserung der digitalen Infrastruktur auf den Weg gebracht.

Wichtiger Bestandteil ist hier von Land, Kommunen, Verbänden und Unternehmen geschlossene „Giga-Pakt für Niedersachsen“. Ziel dieses Bündnisses ist die Versorgung aller Menschen in Niedersachsen mit gigabitfähigen Glasfaseranschlüssen bis 2025.

Die CDU-Fraktion im Landtag wird sich auch zukünftig für eine flächendeckende Versorgung und einen effizienten Breitbandausbau einsetzen.

5G-Versteigerungserlöse.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Die knapp 6,6 Milliarden Euro werden nicht in den Bundeshaushalt, sondern wie vereinbart zu 100 Prozent in das Sondervermögen ‚Digitale Infrastruktur‘ fließen. Mit 70 Prozent des Erlöses soll der Festnetz-Breitbandausbau gefördert werden, damit auch der ländliche Raum besser

versorgt wird. Mit den restlichen 30 Prozent sollen schnelleres Internet und neue Technik an Schulen (Digitalpakt Schule) bezahlt werden.

#### Brennstoffzellen-Antrieb für Bahnstrecken ohne Oberleitung.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Seit Anfang 2020 prüft die Landesnahverkehrsgesellschaft die Anschaffung und den Einsatz von Zügen mit Wasserstoff- oder Batterietechnik überall dort wo keine Oberleitung zur Verfügung steht. Der seit 2018 laufende Testbetrieb mit Wasserstoffzüge soll weitergeführt und auf andere Strecken ausgedehnt werden. Für Strecken ohne durchgehende Oberleitung werden Hybridzüge eingesetzt.

Die CDU-Fraktion setzt sich gerade im Bereich Mobilität für sowohl umweltfreundliche als auch praktikable Lösungen ein.

#### Pflicht zur Hardware-Nachrüstung für Diesel-Autos.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Rechtlich kann man die Hersteller nicht verpflichten, die Fahrzeuge nachzurüsten und die Kosten hierfür zu übernehmen. Dennoch sollen auch PKW einen Beitrag zur Stickoxid-Reduzierung leisten. Das betrifft vor allem die Städte in Deutschland, die besonders belastet sind und bei denen absehbar ist, dass dort die bereits ergriffenen Maßnahmen vermutlich nicht reichen werden, um den Grenzwert zu unterschreiten. Damit es nicht zu Fahrverboten kommt, haben die deutschen Automobilhersteller zugesagt, den Fahrzeughaltern von Euro 4 und Euro 5

Diesel-Fahrzeugen ein Tauschprogramm anzubieten.

Der Bund hat außerdem die Hardware-Nachrüstung für schwere Kommunalfahrzeuge, wie etwa Müllwagen oder Straßenreinigungsfahrzeugen wie auch für Handwerker- und Lieferfahrzeugen gefördert.

#### Regio-S-Bahn schafft umweltfreundliche Verbindung zwischen Stadt und Land.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Ein modernes Schienenverkehrsnetz ist unerlässlich für Niedersachsens zahlreiche Pendler, den Hafenhinterlandverkehr sowie für den Güter- und Personenverkehr. Um das Anliegen zu positionieren, hat die CDU-Fraktion im vergangenen Jahr 2019 einen Entschließungsantrag „Bahnverkehr voranbringen, Bürgerbeteiligung gewährleisten, Lärmschutz stärken“ (Drucksache 18/2901) eingebracht.

#### Erhalt der BLSK Braunschweig.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die BLSK ist auch im restrukturierten Nord/LB-Konzern als Sparkasse am Markt erhalten und Teil der Sparkassenfamilie geblieben. Die BLSK ist notwendiger Teil der restrukturierten Nord/LB. Ihr Verbleib im Konzern war eine der Voraussetzungen, unter denen die Wettbewerbskommission der Europäischen Union in die öffentlichen Hilfen zum Erhalt der Nord/LB eingewilligt hat. Eine rechtliche Verselbständigung steht derzeit nicht an. Die Landesregierung hat aber – vertreten durch



den Niedersächsischen Finanzminister – mehrfach ihre Bereitschaft bekundet, zu gegebener Zeit über eine künftige Verselbständigung der BLSK zu sprechen.

### Reform der Grundsteuer jetzt!

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Der Niedersächsische Finanzminister hat mit dem Flächen-Lage-Modell ein Reformmodell vorgelegt, das diese Forderungen unterbrechungsfrei und verfassungskonform berücksichtigt. Gegenwärtig finden Gespräche mit den übrigen Ländern statt, um dem Modell zu einer möglichst breiten Anwendung zu verhelfen und einem gewerbesteuerrechtlichen Flickenteppich entgegenzuwirken.

Reformiert wird das Verfahren zur Ermittlung des Gewerbesteuermessbetrags. Aufkommensneutralität erreichen die Kommunen in eigener Zuständigkeit durch Anpassung ihrer Hebesätze.

### Absenkung der Gewerbesteuerumlage.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die erhöhte Gewerbesteuerumlage ist Ende 2019 ausgelaufen.

### Entschädigung SuedLink.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus (NABEG-Novelle) hat die Bundesregierung auch eine Regelung für die Entschädigung von Land- und Forstwirten beschlossen. Diese Regelung ist am 17. Mai 2019 in Kraft getreten.

Die Land- und Forstwirtschaft ist vom Netzausbau erheblich betroffen. Deswegen wird ein verlässlicher und bundesweit einheitlicher Rechtsrahmen für die Entschädigung der Grundstückseigentümer sowie der Land- und Forstwirte geschaffen: Diese Vereinheitlichung schafft für alle Betroffenen bundesweit Rechtssicherheit. Die Dienstbarkeitsentschädigung wird bei Freileitungen von 20 auf 25 Prozent und bei Erdkabeln von 30 auf 35 Prozent erhöht. Darüber hinaus wird ein Beschleunigungszuschlag festgeschrieben. Die Union hat im Gesetzgebungsverfahren durchgesetzt, dass dieser von 50 auf 75 Prozent der Dienstbarkeitsentschädigung angehoben wurde. Dieser Zuschlag gilt dann, wenn die Bewilligung für eine gütliche Einigung innerhalb von acht Wochen notariell zustande kommt. Bereits bestehende Rahmenverträge mit Öffnungsklauseln werden entsprechend berücksichtigt. Die Entschädigung kann auf drei Zahlungen in einem Zeitraum von 30 Jahren verteilt werden. Die Zahlung wird zudem vorgezogen und soll nun spätestens vier Wochen nach Eintragung der Dienstbarkeit in das Grundbuch erfolgen. Außerdem wird eine Aufwandsentschädigung gezahlt; diese wird auf 500 Euro pro Grundstück erhöht. Im Übrigen werden alle eintretenden Schäden, z.B. Ernteauffälle während der Bauzeit oder Flur- und Aufwuchsschäden ersetzt. Im Forstbereich betrifft das insbesondere Zahlungen für das frühzeitige Abholzen von Bäumen und den Nutzungsausfall. Überdies werden Möglichkeiten geprüft, wie sich Grundstückseigentümer an Netzprojekten beteiligen können. Schließlich wird die Einführung einer Bundeskompensationsverordnung gesetzlich verankert. Diese soll in den kommenden Monaten vorgelegt werden und

sicherstellen, dass bei Vorhaben des Bundes die landwirtschaftliche Nutzung so wenig wie möglich durch Kompensationsmaßnahmen zusätzlich beeinträchtigt wird.

Energieimportabhängigkeit deutlich reduzieren.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Klimaziele und andere Ziele der nachhaltigen Entwicklung dürfen nicht losgelöst von technologischer und finanzieller Machbarkeit festgelegt werden, sondern erfordern Realitätssinn. Jede Diskussion um höhere Klimaziele muss wirtschaftliche und soziale Folgen sowie Chancen und Risiken berücksichtigen. Mit dem Beschluss des Bundes-Klimaschutzgesetzes und des nationalen Emissionshandels für fossile Brennstoffe sowie umfassenden weiteren rechtlichen Regelungen hat Deutschland 2019 einen verbindlichen Weg zur Erreichung des nationalen Klimaziels von -55% bis zum Jahr 2030 abgesteckt. Dieser Reduktionspfad ist ökonomisch, technologisch und sozial verantwortbar. Der Anteil der Erneuerbaren am Endenergieverbrauch lag 2019 bei über 17 Prozent, im Stromsektor sogar bei rund 42 Prozent.

CO<sub>2</sub>-Grenzwerte.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Klimaziele und andere Ziele der nachhaltigen Entwicklung dürfen nicht losgelöst von technologischer und finanzieller Machbarkeit festgelegt werden, sondern erfordern Realitätssinn. Jede Diskussion um höhere Klimaziele muss wirtschaftliche und soziale Folgen sowie Chancen und Risiken berücksichtigen.

Deutschland und Europa sollen ein starker Automobilstandort bleiben. Treibhausgasreduktion geht mit Elektromobilität und emissionsarmen Kraftstofftechnologien (z. B. Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, Biokraftstoffe) gleichermaßen. Die entscheidenden Kriterien für eine umweltschonende Mobilität sind Effizienz und THG-Gesamtbilanz und nicht die Art des Antriebs.

Hochwasserschutz.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Dem Antrag wurde mittels Entschließungsantrag „Hochwasser effektiv vorbeugen – Frühwarnsysteme ausbauen“ nachgekommen (Drs. 18/162): *„zusätzlich gemeinsam mit den Kommunen Maßnahmen zum Hochwasserschutz zu ergreifen, um den Hochwasserschutz kontinuierlich zu verbessern und im Sinne des integrierten Hochwasserschutzes in Projekten umsetzen. Ein flächendeckender integrierter Hochwasserschutz sollte nicht an einzelnen Kommunen scheitern, aber auch nicht an Landesgrenzen“*

Dorfentwicklung im ländlichen Raum ermöglichen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Dem Antrag kann bisher in Ziffer 2 & 3 nicht gefolgt werden, da es einer entsprechenden Änderung auf Bundesebene bedarf. Ein Aussetzen der GIRL in NI wäre rechtlich nicht tragbar.

Ortung der Anrufer der Notrufnummer 112 durch Rettungsleitstelle.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Diese Ortung funktioniert mit der AML-Technologie. Damit wird bei Notrufen automatisch die Ortungsfunktion des Smartphones aktiviert und an die Notfalldienste geschickt - sogar, wenn man die Ortungsfunktion eigentlich abgestellt hat. Im Netz von O2, Vodafone und der Telekom funktioniert AML schon. Stand Dezember 2019 sind rund drei Viertel der knapp 250 Leitstellen dabei. Die Standortdaten werden nicht dauerhaft gespeichert, nach einer Stunde werden sie aus dem System gelöscht.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Bisher konnte über das zuständige SPD-geführte Innenministerium das wichtige Thema der Anruferortung mittels GPS Daten nicht mit dem notwendigen Engagement behandelt werden. Im Rahmen des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes und des Nds. Rettungsdienstgesetzes wird die CDU-Fraktion im federführenden Innenausschuss nochmals die Initiative ergreifen und für eine bundesweite Regelung zur Ortung der Anrufer durch die Rettungsleitstellen anhand von GPS Daten werben.

Aufstellung von robusten Einheiten zur Terrorabwehr nach dem Vorbild der BFE+ der Bundespolizei.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die Anzahl der Bereitschaftspolizeihundertschaften wurde von fünf auf derzeit sieben Einheiten erhöht. Hinzu kommt noch die sog. Technische Einsatzeinheit Niedersachsen. Insgesamt verfügt die niedersächsische Bereitschaftspolizei damit über 1.100 Einsatzbeamte und Tarifbeschäftigte. Diese Kräfte können auch bei Terrorlagen eingesetzt werden. Darüber hinaus wurde in zahlreichen Gesprächen mit dem Innenministerium erörtert, wie die Reaktionsfähigkeit der Kräfte der Bereitschaftspolizei durch Maßnahmen der Organisation und Ausstattung noch weiter verbessert werden kann.

Transparenz bei Messerattacken.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Aktuell erfolgt eine fachliche Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten einer bundesweit einheitlichen und vergleichbaren statistischen Erfassung von Messerangriffen. Die konkreten Festlegungen sind anschließend im Bund-Länder-Rahmen zu treffen. Der Grad der Ausdifferenzierung einer Erfassung wird sich vor allem am polizeifachlichen Bedarf ausrichten.

Mehrfachehe ablehnen.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Mehrehen sind in Deutschland nach geltendem Recht verboten und aus einer solchen im Ausland geschlossenen Ehe können keinerlei Ansprüche abgeleitet werden.

Sozialen Wohnungsbau fördern.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Der Bund stellt den Ländern für die Jahre 2020 und 2021 mindestens zwei Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereit. Im Jahr 2019 waren es 1,5 Milliarden Euro. Die Unionsfraktion wird sich für hohe Zahlungen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau auch in den nächsten Jahren einsetzen.

Schaffung von preiswertem Wohnraum.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Der Antrag wurde bisher nicht umgesetzt, wird aber im Zuge der anstehenden Novelle der NBauO sowie in den nachfolgenden Beratungen der Fachausschüsse berücksichtigt.

Baukosten.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Der Antrag wurde bisher nicht umgesetzt, wird aber im Zuge der anstehenden Novelle der NBauO sowie in den nachfolgenden Beratungen der Fachausschüsse berücksichtigt.

Mehr Personal für die menschenwürdige Pflege gewinnen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Erledigt durch Antrag CDU/SPD 18/3663 „Ambulante Pflege sichern - Tarifvertrag Soziales zügig realisieren“, v. 07.05.2019. Dazu Unterrichtung der Landesregierung 18/7169 v. 31.07.2020, die Zielsetzungen im Rahmen der Konzentrierten Aktion Pflege Niedersachsen (KAP-Ni) aufzugreifen.

Unterhaltskosten pflegebedürftiger Eltern.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Mit dem (Angehörigen-Entlastungsgesetz) haben wir die Situation für unterhaltsverpflichtete Kinder pflegebedürftiger Eltern gemäß der Forderung des Antrages verbessert. Zukünftig soll erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von mehr als 100.000 Euro auf unterhaltsverpflichtete Eltern und Kinder von Leistungsberechtigten nach dem SGB XII (Sozialhilfe) zurückgegriffen werden.

Attraktivität des Erzieherberufs.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Der Bund stellte mit dem Gute-Kita-Gesetz den Ländern 5,5 Mrd. für die Verbesserung der Qualität zur Verfügung.

Die Umsetzung liegt im Zuständigkeitsbereich der Länder. Zudem werden Kindergärten, Kitas und Krippen mit einer Mrd. Euro zusätzlich ausgebaut. Weitere 2 Mrd. Euro fließen zusätzlich in den Bildungsbereich: Das Investitionsprogramm für den Ausbau von Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung wird beschleunigt.

### Lehrermangel entgegenwirken.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Bei der Praxis handelt es sich um Feuerwehrlehrkräfte, die befristete Vertretungsstellen besetzen. Es ist Wunsch der CDU-Fraktion diese Lehrkräfte - bei entsprechender Eignung - langfristig in den verbeamteten Schuldienst zu übernehmen.

### Schreiben nach Gehör abschaffen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die Lernmethode „Schreiben nach Gehör“ wurde mit einem von der CDU-Fraktion initiierten Entschließungsantrag (Drucksache 18/6735) am 01.07.2020 durch Beschluss des Landtages abgeschafft. Der Antrag umfasst zudem die Stärkung der Grundkompetenzen Schreiben, Lesen und Rechnen in der Grundschule. Die Umsetzung obliegt nun dem Kultusministerium.

### Leistungsprinzip im Schulsystem stärken.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die Klassenwiederholung hat weiterhin bestand, eine Auflösung dieser Praxis wird seitens der CDU-Fraktion nicht unterstützt. Die CDU-Fraktion steht weiterhin für ein leistungsorientiertes, die Schülerinnen und Schüler bestmöglich förderndes Schulsystem und ein starkes gymnasiales Angebot in Niedersachsen. Dazu gehört auch die fünfjährige Ausbildung in einer zweiten Fremdsprache.

### Berufsbildung an allgemeinbildenden Schulen stärken.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die berufliche Bildung wurde durch RdErl. des MK vom 01.10.2018 („Berufliche Orientierung an allgemeinbildenden Schulen“) gestärkt. Die Berufs- und Studienorientierung und die Auseinandersetzung mit dem regionalen Wirtschaftsraum werden in Jahrgang 11 der Einführungsphase im Rahmen einer zusätzlichen Wochenstunde sowie des Praktikums intensiviert und systematisiert. Diese Wochenstunde wird in die Leistungsbewertung nicht einbezogen.

### Ehrenamt an den Schulen stärken.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion hat der Niedersächsische Landtag eine Enquete-Kommission zur Stärkung und Förderung des Ehrenamts eingesetzt. Gemeinsam mit ehrenamtlich Tätigen wollen die Abgeordneten Maßnahmen vorlegen, die ehrenamtliches Engagement vor dem Hintergrund tiefgreifender demographischer, gesellschaftlicher und technischer Veränderungen auch

künftig lohnenswert machen. Neben einer expliziten Erhöhung der Ehrenamtsquote von Frauen und jungen Erwachsenen durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, soll auch die Entbürokratisierung eine wichtige Rolle in der Enquete-Kommission einnehmen.

#### Austausch zwischen Schulen und lokalen Unternehmen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die berufliche Bildung wurde durch RdErl. des MK vom 01.10.2018 („Berufliche Orientierung an allgemeinbildenden Schulen“) gestärkt. Der Erlass und insbesondere die Kerncurricular in den Fächern mit Bezug zur ökonomischen Bildung sehen Praktika, Praxistage, Unterrichtsgänge und Kooperationen mit berufsbildenden Schulen, der Bundesagentur für Arbeit, den Jobcentern und Betrieben vor.

#### Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Auf Drängen der CDU-Fraktion wurden 2020 im Haushaltsplan 15 Millionen Euro für Vertretungslehrkräfte eingeplant. Die berufsbildenden Schulen erhielten diese im Jahr 2020 erstmals für die Beschäftigung und Absicherung von Vertretungslehrkräften. Mit weiteren 15 Millionen Euro können 260 weitere A13-Planstellen an berufsbildenden Schulen ausfinanziert werden. Auch weiterhin wird die CDU-Fraktion die berufliche Bildung stärken und setzt sich für eine Unterrichtsversorgung über 100 Prozent ein.

#### Einrichtung eines Niedersächsischen Instituts für berufliche Bildung (NIBB).

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die CDU setzt sich weiterhin dafür ein die berufliche Bildung zu stärken. Hierfür fordert die CDU-Fraktion eine einheitliche und effiziente Organisation der beruflichen Bildung. In der bestehenden Regierungskoalition lässt sich dieses Vorhaben (NIBB) nicht umsetzen.

#### Persönliche Eignung für Zulassung zum Medizinstudium stärker berücksichtigen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Am 1. Dezember 2019 ist der neue Staatsvertrag zur Hochschulzulassung in der Humanmedizin in Kraft getreten. Damit wird dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Dezember 2017 Rechnung getragen. Die erweiterten Kriterien bei der Kandidatenauswahl berücksichtigen die persönliche Eignung. Gleichzeitig wird das Ergebnis des Tests für Medizinische Studiengänge (TMS) angemessen berücksichtigt. Die CDU-Fraktion begleitet die Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020 konstruktiv. Hierzu gehört aktuell auch die bevorstehende Novelle der Ärztlichen Approbationsordnung.

#### Erinnerung an die Teilung Deutschlands – Gedenkstättenarbeit unterstützen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** In Würdigung des Gedenkens an Mauerfall und Wiedervereinigung hat sich die CDU-Landtagsfraktion erfolgreich dafür eingesetzt, die Gedenkstättenarbeit des Landes an der ehemaligen innerdeutschen Grenze auszubauen. Da die Gedenkstätte Marienborn auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts in staatlicher Trägerschaft bereits auskömmlich finanziert ist und Klassenfahrten zu dieser und anderen Gedenkstätten seit jeher bezuschusst werden, war es der Landtagsfraktion ein besonderes Anliegen, erstmals das Grenzlandmuseum Eichsfeld finanziell zu fördern. Obschon bereits hunderttausende Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen von den Angeboten des weitgehend ehrenamtlich betriebenen Museums profitiert haben, hat dieses mit Ausnahme einer ständigen Lehrerabordnung bisher keine direkten Zuwendungen des Landes Niedersachsen erhalten. Bis zur Intervention der CDU-Landtagsfraktion im Jahr 2019 vertraten alle niedersächsischen Landesregierungen die Rechtsauffassung, dass eine Bezuschussung nicht möglich sei, da sich die Grenzanlage vollständig auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts befinde. Über die politische Liste hat das Grenzlandmuseum im Jahr 2019 nun erstmals 50.000 Euro vom Land erhalten. Seit 2020 sind diese Mittel im Etat des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur verstetigt, um die herausragende Gedenk- und Bildungsarbeit des Museums weiter auszubauen und die teils prekären Arbeitsverhältnisse aufzuwerten. Damit ist es gelungen, die überregional geschätzte Gedenkstättenarbeit des Landes um eine weitere wichtige Facette zu ergänzen. Als weiteres Zeichen der aktiven Unterstützung der Gedenkstättenarbeit hat die CDU-Landtagsfraktion im September 2020 anlässlich des 30-jährigen Jubiläums von Mauerfall und Grenzöffnung eine Fraktionssitzung in der Gedenkstätte Marienborn am früheren Grenzübergang Helmstedt-Marienborn durchgeführt.

Anpassung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes an die Bedürfnisse der Hochschulen und an die Bedürfnisse der privaten Eigentümer denkmalgeschützter Immobilien.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Niedersachsen erarbeitet aktuell eine Handreichung zur vereinfachten Anwendung des Niedersächsischen Denkmalschutzrechts. Eine nutzerfreundliche Weiterentwicklung des Denkmalschutzrechts für Hochschulen oder private Nutzer würde die haushälterischen Rahmenbedingungen überfordern. Im Zuge einer Studie der Landeshochschulkonferenz wurde der Investitions- und Sanierungsbedarf der niedersächsischen Hochschulen ermittelt und eine transparente Diskussionsgrundlage geschaffen. Diese liefert auch einen Überblick über denkmalschutzrelevante Sanierungsbedarfe.

Institut für Wissensanalyse und Wissenssynthese.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Das „Institut für Wissensanalyse und Wissenssynthese“ (IWW) ist kein selbstständiges Institut, sondern Teil des Helmholtz-Zentrums München – Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt GmbH (HMGU) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Das BMBF förderte bis Ende 2018 das Projekt „Wissensmanagement von Altdokumenten aus Forschung, Verwaltung und Betrieb“ des HMGU, welches die Aufarbeitung des Aktenbestandes der Schachanlage Asse II zum Ziel hatte. Der Bund hat die Finanzierung des IWW Ende 2018 beendet.



Alle Gutachten, Berichte und Forschungsarbeiten zur Schachanlage Asse II und zum Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben wurden zusammengeführt und digital erfasst. Damit soll aufbauend auf den Arbeiten des IWW erreicht werden, dass der bereits aufgearbeitete Kenntnisstand zur Schachanlage Asse II erhalten und gleichzeitig um weitere Standorte und Themen im Bereich der Endlagerforschung erweitert sowie dem Wissenstransfer zugänglich gemacht wird.

#### Werbekennzeichnung auf Social Media-Plattformen.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Diese Frage wird aktuell in der Koalition beraten. Die Bundesregierung will mit einem neuen Gesetz reagieren, das eindeutiger regeln soll, unter welchen Bedingungen Influencer zur Werbekennzeichnung verpflichtet sind. Ziel des Gesetzes ist es, sowohl Klarheit für Verbraucher zu schaffen als auch die meist jungen, unternehmerisch agierenden Influencer zu schützen.

#### Einstellung der Förderung von Veranstaltungen, welche die Organe der Bundesrepublik ablehnen.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Derzeit ist keine entsprechende Initiative geplant. Grundsätzliche Sympathie für die Grundidee des Antrages ist vorhanden, eine praktische Umsetzung dürfte jedoch schwierig werden. Nicht nur wegen politischer Mehrheitsverhältnisse, auch inhaltliche Erwägungen müssten sorgsam geprüft werden. Nicht zuletzt verliert man durch eine Streichung von Fördermaßnahmen z.B. noch mehr den Einfluss auf solche Veranstalter und Veranstaltungen.

#### Verlängerung der Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** CDU und CSU unterstützen diese Forderung. Bisher gab es jedoch keine Bereitschaft des Koalitionspartners, diese Frage anzugehen. Allerdings hat die Koalition am 25. August 2020 beschlossen, noch in dieser Legislaturperiode eine Reformkommission zur Entwicklung von Vorschlägen zu weiteren Fragen des Wahlrechts einzusetzen, die sich u.a. auch mit der Dauer der Legislaturperiode befassen soll.

#### Niedersachsens Wirtschaftskraft erhalten – Zuwanderung effizient steuern!

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Im Jahr 2019 hat der Deutsche Bundestag ein umfassendes Gesetzespaket zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung von Migration verabschiedet – das „Migrationspaket“. Es umfasst insgesamt acht Gesetze und regelt u.a. die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte (Fachkräfteeinwanderungsgesetz), die Rückführung von Personen mit abgelehnten Asylanträgen (Geordnete-Rückkehr-Gesetz), die Wohnsitzregelung (Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes), Ausbildung und Beschäftigung von Geflüchteten (Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung), Datentransfer (Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz), die Leistungen für Asylbewerber (Drittes Gesetz



zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes), das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz sowie Änderungen zum Verlust der Staatsangehörigkeit für Deutsche mit Doppelpass, die sich Terrorgruppen anschließen. (Drittes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes).

Deutschland braucht qualifizierte Fachkräfte. Deshalb wurden mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz spezielle Regeln für eine gesteuerte Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt erarbeitet. Es trat am 1. März 2020 in Kraft und setzt den Rahmen für eine gezielte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern. Entscheidend für eine Zuwanderung als Fachkraft sind der Bedarf der Volkswirtschaft und die Qualifikation der Zuwanderer. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz erleichtert die Zuwanderung von Personen mit einer nachgewiesenen qualifizierten Berufsausbildung.

Das Geordnete-Rückkehr-Gesetz zielt auf die bessere Durchsetzung der Ausreisepflicht ab. Es betrifft vor allem abgelehnte ausreisepflichtige Asylbewerber, bei denen nach einem aufwändigen rechtsstaatlichen Verfahren feststeht, dass sie unter keinem Gesichtspunkt schutzbedürftig sind und Deutschland verlassen müssen. Um das Abtauchen Ausreisepflichtiger vor der Abschiebung zu verhindern, wurden die Voraussetzungen der Abschiebungshaft praktikabler gestaltet. Die Voraussetzungen für Sicherungshaft systematischer gefasst Haftgründe wurden ausgeweitet. Außerdem können Straftäter einfacher ausgewiesen werden. Intensivstraftäter, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, dürfen außerdem ähnlich intensiv überwacht werden wie Gefährder. Zugleich wurde mit diesem Gesetz der Aufenthalt von Asylbewerbern in so genannten AnkER-Zentren („Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung“) oder sonstigen Erstaufnahmeeinrichtungen auf bis zu 18 Monate verlängert. Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, Mitwirkungsverweigerer und Identitätstäuscher müssen auch über diesen Zeitraum hinaus im AnkER-Zentrum verbleiben, d. h. sie werden nicht auf die Kommunen verteilt.

Einführung eines „Deutschlandjahres“.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Eine solche allgemeine Dienstpflicht ist aus Sicht der Unionsbundestagsfraktion wünschenswert. Sie wäre jedoch rechtlich sehr schwer umzusetzen. Es ist problematisch – gerade auch vor dem Hintergrund unseres Grundgesetzes – Menschen zu einer bestimmten Tätigkeit im Dienste der Gesellschaft zwingen.

Die Bundes-CDU diskutiert derzeit bei der Erarbeitung ihres neuen Grundsatzprogrammes die Möglichkeit einer Einführung eines solchen Pflichtjahres.

Bau der Elbbrücke bei Darchau / Neu Darchau.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die Landtags-Fraktion unterstützt das Anliegen eines Brückenbaus zwischen Darchau/ Neu Darchau. Im Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung wurde ein Entschließungsantrag auf den Weg gebracht, der unter anderem eine Beteiligung des Landes an den Planungskosten einer festen Elbquerung einschließt. Der Antrag befindet sich im Einigungsprozess mit der SPD.

Institutionelle Förderung der Geoparke und Naturparke.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Seit 2019 fördert das Land Niedersachsen die Geoparke mit dauerhaften, projektbezogenen Fördermitteln. Die dahingehende Initiative der CDU-Fraktion in Abstimmung mit dem Koalitionspartner wurde umgesetzt, der Parteitagssantrag mithin auch.

Risikomanagement für die Auswirkung des Klimawandels in Land-, Forstwirtschaft und Gartenbau.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Zuvorderst sind die landwirtschaftlichen Unternehmer gefordert, für ihren Betrieb ein individuelles und angepasstes Risikomanagement zu entwickeln und umzusetzen. Für die landwirtschaftlichen Unternehmen stehen hierzu eine Reihe verschiedener Instrumente und Handlungsstrategien zur Verfügung. Der Staat kann in besonderen Situationen, die den Einzelbetrieb überfordern würden, helfend zur Seite stehen. Mit den Direktzahlungen, den Marktmaßnahmen und im Falle von außergewöhnlichen Marktkrisen den speziellen Krisenmaßnahmen bietet die 1. Säule der Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bereits heute ein Sicherheitsnetz. Für besondere witterungsbedingte Situationen besteht zudem die Möglichkeit, staatliche Ad-hoc-Hilfen zu leisten. Darüber hinaus gibt es im Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) die Förderung investiver Maßnahmen zur Prävention (zum Beispiel zur Frostschutzberegnung, Hagelschutznetze). Das BMEL hat gemeinsam mit der Ressortforschung, dem Deutschen Wetterdienst und den Ländern eine Agenda zur Anpassung von Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Aquakultur ausgearbeitet. Sie wurde 2019 von der Agrarministerkonferenz beschlossen. Auf der Grundlage dieser Agenda wird nun ein Maßnahmenprogramm entwickelt. Für Hilfsmaßnahmen infolge Naturrisiken sind grundsätzlich die Länder zuständig. Wenn es um eine mögliche Förderung von Versicherungen geht, ist es vorrangige Aufgabe der Länder, eine entsprechende Finanzierung anzubieten. Angesichts der regionalen und strukturellen Unterschiede der betreffenden Anbauggebiete und ihrer Betriebe sowie der unterschiedlichen Verteilung und des Auftretens extremer Wetterereignisse sind regional differenzierte Lösungen der richtige Weg. Die Forderung nach einer (Anschub-)Finanzierung von Versicherungen auf Bundesebene ist demgegenüber kritisch zu sehen, insbesondere, wenn sie zu Lasten der Direktzahlungen gehen würde.

### 9.1.3 Verweise

Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen.

**Stellungnahme Landespartei:** Am 9. November 2018 wurde die „Strabs-Konferenz“ mit über 200 Interessierten und hochkarätigen Gästen durchgeführt. Die angekündigten Änderungen wurden dann auch im Kommunalabgabengesetz umgesetzt.

Organspende – Widerspruchslösung jetzt!

**Stellungnahme Landespartei:** Am 23. Februar 2019 wurde eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Organspende durchgeführt. Der Bundesgesundheitsminister stellte die Widerspruchslösung vor.

Familien steuerlich entlasten.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, wurde diese Forderung 2018 mit dem Familienentlastungsgesetz umgesetzt, das Anfang 2019 in Kraft getreten ist.

Korrektur bei der Bewilligung von Kindergeld für volljährige Kinder bei mehraktiger Ausbildung.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Ein Kindergeldbezug volljähriger Kinder in der Vollerwerbstätigkeit ist gesetzlich ausgeschlossen. Lediglich für in Erstausbildung befindliche volljährige Kinder wird Kindergeld auf Antrag gewährt. Im Jahr 2011 wurde mit dem Steuerentlastungsgesetz erreicht, dass bei der Beantragung von Kindergeld und Freibeträgen auch bei volljährigen Kindern die Einkünfte- und Bezügegenze entfällt. Damit wurde in erheblichem Umfang unnötige Steuerbürokratie abgebaut und Familien sprübar entlastet. Derzeit gibt es keine Überlegungen, diese Entlastung rückgängig zu machen.

Unterhaltskosten pflegebedürftiger Eltern.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Mit dem (Angehörigen-Entlastungsgesetz) haben wir die Situation für unterhaltsverpflichtete Kinder pflegebedürftiger Eltern gemäß der Forderung des Antrages verbessert. Zukünftig soll erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von mehr als 100.000 Euro auf unterhaltsverpflichtete Eltern und Kinder von Leistungsberechtigten nach dem SGB XII (Sozialhilfe) zurückgegriffen werden.

Schulmittagessen für Kinder, die Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Diese Forderung wurde 2019 mit dem „Starke-Familien-Gesetz“ umgesetzt, das für von Armut bedrohte Familien weitere Entlastungen (z.B. bei der Schülerbeförderung) bereithält.

Verbraucher- und Jugendschutz.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Auf Bundesebene wurden zahlreiche Verbesserungen bei Verbraucherschutz und Jugendschutz im Internet (z.B. Änderung des Strafgesetzbuches – Einführung der Versuchsstrafbarkeit des Cybergroomings sowie weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch in 2020) erreicht.

Stärkung der Rechte vertragstreuer Lieferanten.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Das Risiko von unkalkulierbaren Rückforderungen von einmal erhaltenen Zahlungen haben wir bereits 2017 mit der Reform des Insolvenzanfechtungsrechts für Unternehmer und Arbeitnehmer minimiert. Das Insolvenzrecht wird derzeit zwar überarbeitet, mit Blick auf die Corona-Pandemie sind aber andere Rechtsbereiche betroffen. Wir arbeiten derzeit mit Hochdruck an einem neuen Restrukturierungsrahmen, der im Vorfeld der Insolvenz ansetzen soll. Dieser soll bereits am 1.1.2021 in Kraft treten. Im Anfechtungsrecht dagegen sind derzeit keine weiteren Änderungen geplant.

Rücknahme der Kürzung der Krankenhausbudgets um bundesweit 500 Mio. Euro durch das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG).

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Sowohl das Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) als auch das KHG wurden bereits im Deutschen Bundestag nach jeweils 2. / 3. Lesung beschlossen. Durch das KHEntgG wurden weitere Beschlüsse getroffen, die eine nachhaltige Finanzierung der Krankenhausbudgets vorsehen.

Mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) wurde beschlossen, die Pflegepersonalkosten für die unmittelbare Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen künftig unabhängig von den Fallpauschalen zu vergüten. Weitere entsprechende Regelungen wurden mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und dem Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) getroffen. Damit sollen Pflegepersonalkosten besser und unabhängig von Fallpauschalen vergütet werden. Die Krankenhausvergütung wurde somit zum Januar 2020 auf eine Kombination von Fallpauschalen und einer Pflegepersonalkostenvergütung umgestellt. Dieses Pflegebudget berücksichtigt die Aufwendungen für den krankenhaushausindividuellen Pflegepersonalbedarf und die krankenhaushausindividuellen Pflegepersonalkosten für die unmittelbare Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen. Die DRG-Berechnungen werden um diese Pflegepersonalkosten bereinigt.

Kein Rückzug der Bankfilialen aus der Fläche.

**Stellungnahme LFA Haushalt und Finanzen:** Banken haben – wie andere Unternehmen auch – ein eigenes Interesse daran, ihre Leistungen so anzubieten, dass sie für Kunden möglichst einfach und damit häufig und umfangreich in Anspruch genommen werden können. Gleichzeitig müssen Banken – wie andere Unternehmen auch – ihr Leistungsangebot permanent darauf überprüfen, ob es dem Nachfrageverhalten ihrer Kunden entspricht und einen positiven Deckungsbeitrag leistet. Verändertes Einkaufs- und Zahlungsverhalten nahezu aller Altersgruppen sorgen seit Jahren dafür, dass klassische Banken-Funktionen (Versorgung mit Zahlungsmitteln, Anlageberatung, Kreditgewährung oder -vermittlung, Vermögensbildung) immer häufiger online statt vor Ort abgerufen werden oder diese zum Teil (digital payment statt Barzahlung) sogar mehr und mehr entfallen.

Mit der Schließung von Filialen reagieren Banken und Sparkassen auf die veränderte Nachfrage ihrer Kunden. Durch Kooperationen mit anderen Bankenorganisationen und dem lokalen Einzelhandel werden grundlegende Leistungen wie die Versorgung mit Bargeld oder die Entgegennahme von Kundenaufträgen zunehmend auch dort angeboten, wo der Betrieb eigener Filiale nicht mehr lohnt. Die kritische politische Debatte hat sicherlich einen Beitrag dazu geleistet, dass Geldinstitute solche Alternativen vermehrt prüfen und anbieten. Banken zu einer Leistung anzuhalten, die dann tatsächlich kaum in Anspruch genommen wird, verstieße allerdings gegen grundlegende ordnungspolitische und marktwirtschaftliche Prinzipien.

### Nachhaltige Förderung dezentraler Energiegewinnung.

**Stellungnahme LFA Umwelt, Energie und bauen:** Auf eine Initiative zur finanziellen Förderung wurde verzichtet, da der Kauf von entsprechenden Solarmodul-Komplettpaketen auch ohne Förderung wirtschaftlich ist. Mit der Neufassung der DIN-Norm VDE 0100- 551 wurde grundsätzlich jedem erlaubt, steckbare Photovoltaikmodule direkt an normale Haushaltsstromkreise anzuschließen. Mit der Neuregelung der Norm VDE-AR-N 4105, die am 27. April 2019 in Kraft getreten ist, wird es Verbrauchern zudem ermöglicht, ihre Steckdosen-Solargeräte zur privaten Stromerzeugung bis zu einer Gesamtleistung von 600 Watt rechtssicher selbst beim Netzbetreiber anmelden, statt wie bisher über einen Elektroinstallateur.

## 9.2 Landesparteitag 2019 (Celle)

### 9.2.1 Leitantrag „Nachhaltigkeit ganzheitlich denken – Zukunftsideen für Niedersachsen“

**Stellungnahme Landespartei:** Dieser Leitantrag wurde als unser Bekenntnis zur Umwelt, der Natur und allem Schützenswerten verabschiedet. Dieses Bekenntnis strahlen wir durch unsere tägliche Partei-, Parlaments- und Regierungsarbeit entschlossen und selbstbewusst nach außen.

### 9.2.2 Beschlüsse

#### Kinderschutz.

**Stellungnahme Landespartei:** Die Erkenntnisse aus dem Missbrauchsfall „Lügde“ müssen Konsequenzen nach sich ziehen. Die Schwächsten unserer Gesellschaft sind gleichzeitig auch die Verwundbarsten. Mit diesem Antrag setzt die Landespartei sich selbst das Ziel auf allen Ebenen und in den jeweiligen Politikbereichen dafür zu wirken, in Zukunft solche schwerwiegenden Fälle verhindern zu können. Der Schutz der Kinder hat dabei oberste Priorität.

#### Bildungsmittel für Jugendarbeit erhöhen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Eine Erhöhung der Bildungsmittel für Jugendarbeit um 700.000 Euro wurde bereits mit der Politischen Liste 2019 aufgegriffen. Die Mittel sind im Haushalt 2020 verstetigt worden.

#### Hebammenversorgung.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Erledigt durch Antrag CDU/SPD 18/4815 „Hebammenversorgung in Niedersachsen flächendeckend sichern“ v. 27.09.2019. Dazu Unterrichtung der Landesregierung 18/7016 v. 13.07.2020, an vier Standorten in Niedersachsen akademisch-primärqualifizierende Studiengänge Hebammenwissenschaft einzurichten (Göttingen, Osnabrück, Oldenburg, Hannover).

#### Batterieforschung in Niedersachsen.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Nach der Entscheidung für den Standort Münster hat das BMBF weitere 100 Mio. Euro für die Batterieforschung an Hochschulen bereitgestellt. Bei den vier neuen Batterie-Kompetenzclustern wurde die TU Braunschweig in den Bereichen „Intelligente Batteriezellproduktion (InZePro)“ und Recycling / Grüne Batterie (greenBatt)“ berücksichtigt.

#### Azubi-Ticket in Niedersachsen einführen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Uns ist es ein großes Anliegen, Bus- und Bahnfahrten für Schüler sowie die zahlreichen Auszubildenden so attraktiv, so einfach und so günstig wie möglich zu gestalten. Im Zuge der finanzpolitischen Auswirkungen der Corona-Krise habe sich die Situation grundlegend verändert und bedarf belastbarer Neubewertungen. Das CDU-Wirtschaftsministerium erarbeitet hierfür ein Konzept, um die parlamentarische Arbeit des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung fortzuführen. Die CDU-Fraktion sieht es auch weiterhin als wichtige Aufgabe, sich für eine Lösung einzusetzen.

#### ÖPNV reformieren.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** In der Fassung vom 15.07.2020 ist durch einen flächen- und einwohnerbasierten Verteilungsschlüssel der Mittel ein einheitlicher Ansatz geschaffen.

Die CDU-Fraktion wird sich im Zuge von Maßnahmen zur Entbürokratisierung auch hier für schlankere Verfahren einsetzen. Hierzu ist unter anderem eine Initiative zum Abbau von Bürokratie und Vermeidung neuer bürokratischer Hürden in Planung. Diese Initiative soll das neue Konzept einer Clearingstelle der Landesregierung unterstützen.

#### Radwegebau verstärken.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die CDU-Fraktion verfolgt weiterhin das Ziel, Radfahren sicherer und attraktiver zu gestalten sowie den Bau von neuen Radwegen

unbürokratisch voranzutreiben. Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion wurde der Entschließungsantrag „Radwegebaubeschleunigungskonzept entwickeln - Radverkehr in Niedersachsen stärken“ (Drucksache 18/3664) eingebracht. Außerdem wird durch das CDU geführte Verkehrsministerium ein Fahrradmobilitätskonzept erarbeitet. Hierfür ist im ersten Schritt auf Grundlage der Expertise lokaler Akteure ein Gutachterbericht entstanden, welcher Hinweise und Vorschläge zu strategischen Grundlagen, Infrastruktur und Radkultur gibt. Diese Vorschläge werden momentan noch bewertet, um im Zusammenspiel von Land und Kommunen ein umsetzungsfähiges Konzept aufzustellen. Das Konzept voraussichtlich wird im Herbst 2020 vorgestellt.

### Ausbau der A39.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Nachdem das Bundesverkehrsministerium die förmliche Linienbestimmung vorgenommen hatte, wurde von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ein Abschnittskonzept erarbeitet. Die A39 ist hierbei in sieben Planungsabschnitte unterteilt, welche sich in unterschiedlichen Stadien des Planfeststellungsverfahrens befinden. Durch die Corona-Pandemie hat sich das Vorhaben allerdings weiter verzögert. Der aktuelle Stand ist auf der Seite der Niedersächsischen Landesbehörde Straßenbau und Verkehr zu finden.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Wir unterstützen den Ausbau der A39 und haben uns seinerzeit für die Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans ausgesprochen. Von den neun Bauabschnitten der A39 sieht der Planungsstand derzeit wie folgt aus. Für die Abschnitte 1,2 und 6 läuft das Planfeststellungsverfahren. Für die Abschnitte 3,4 und 5 wird das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Im Planungsabschnitt 7 gibt es einen Planfeststellungsbeschluss, der aber durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht vollziehbar ist, weshalb ein Änderungsverfahren eingeleitet wurde. Für Abschnitt 8 gibt es derzeit keine Planungstätigkeit. Für Abschnitt 9 ist der Vorentwurf in Arbeit.

### Aufnahme des „Holländischen Griiffs“ in die Fahrschulerausbildungsordnung.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Der Vorschlag befindet sich seit geraumer Zeit in ergebnisoffener Prüfung der beteiligten Fachressorts. Eine abschließende Positionierung liegt noch nicht vor.

### Alternative Antriebsarten bei VW.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die CDU-Fraktion im Landtag bekennt sich zu einem technologieoffenen Energie- und Antriebsmix. Hierzu zählen neben elektrischen Antriebsarten auch der Einsatz von Wasserstoff und biobasierten Kraftstoffen. Gerade im Bereich Wasserstoff ist ein enormes Potenzial für die Bereiche Wirtschaft und Verkehr vorhanden, sodass hier eine parlamentarische Initiative in Planung ist.

### Dekarbonisierung im Schienenverkehr vorantreiben.



**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Im Bereich Wasserstoff sieht die CDU-Landtagsfraktion ein hohes Potenzial im Bereich Mobilität. Um hier gezielte Forderungen zu stellen erarbeitet der zuständige Arbeitskreis derzeit einen Antrag zu diesem Thema. Dieser fokussiert sich neben dem Bereich der Mobilität auch auf einen verstärkten Einsatz von Wasserstoff in der Wirtschaft, sodass wir hier eng mit Verbänden und Vertretern der Wirtschaft zusammenarbeiten.

Gleichzeitig läuft seit Anfang des Jahres die neue Förderung von Wasserstoffbussen im ÖPNV, basierend auf den EFRE-Mitteln, welche u.a. mit Landesmitteln aufgestockt werden können.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Die Bundesregierung hat eine „Nationale Wasserstoffstrategie“ beschlossen. Die im Aktionsplan beschriebenen Maßnahmen bilden die erste Phase der Strategie ab, in der bis 2023 der Markthochlauf und Grundlagen für einen funktionierenden Heimatmarkt angestoßen werden. Die Förderung von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie im Verkehr ist ein wesentlicher Pfeiler des Konjunkturprogramms, das der Koalitionsausschuss am 3. Juni 2020 beschlossen hat. Für die Maßnahmen der Wasserstoffstrategie sind im Konjunkturprogramm über sieben Milliarden Euro vorgesehen.

#### Ladeinfrastruktur für E-Autos in Privathaushalten fördern.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Die Frage der modernen Mobilität hat im Autoland Niedersachsen eine besondere Bedeutung. Das vom stellvertretenden Ministerpräsidenten geführte Wirtschaftsministerium wird für die Förderung der automobilen Zukunft und dem damit verbundenen Aufbau der Ladeinfrastruktur 5,7 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Für den Aufbau von privater Ladeinfrastruktur in Betrieben in Niedersachsen stellt das Land von 2020 bis 2023 zunächst 2,7 Mio. Euro bereit.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Stellungnahme Landesgruppe: Die Bundesregierung hat am 18.11.2020 den Masterplan Ladeinfrastruktur vorgelegt. Er enthält Maßnahmen für den zügigen Aufbau einer flächendeckenden und nutzerfreundlichen Ladeinfrastruktur. Neben dem beschleunigten Aufbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur werden 2020 erstmals auch 50 Millionen Euro für private Lademöglichkeiten zur Verfügung stehen. Auch im Klimaschutzprogramm 2030 ist die Förderung privater Lademöglichkeiten als Ziel festgehalten.

#### Rotorblätter von Windkraftanlagen recycelbar machen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Der Antrag wurde bisher nicht umgesetzt. Im Rahmen des neuen Windenergieerlasses findet sich ein entsprechender Antrag in Vorbereitung.

#### Wasserqualität erhalten, Fracking verbieten.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Dem Antrag wurde mittels Entschließungsantrag „Den Vorrang des Gesundheits- und Trinkwasserschutzes vor wirtschaftlichen Interessen durchsetzen“ nachgekommen (Drs. 18/5198). „...Der Landtag begrüßt vor diesem



*Hintergrund, – dass der Bundesgesetzgeber sowohl die Erdgasfördermethode Fracking als auch die Verpressung von Lagerstättenwasser in Wasserschutzgebieten ausgeschlossen hat,...“*

### Verbrennung von Kunststoffen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Dem Antrag wurde mittels Entschließungsantrag „Wegwerfprodukte aus Plastik reduzieren – Land und Meer schützen“ in Teilen nachgekommen (Drs. 18/2035). Ein expliziter Verweis auf eine Reduzierung der Verbrennung ist nicht enthalten.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Ist in die Beratungen zum Gesetz zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union – Drucksache 19/ 19373 – eingeflossen, dass am 17.9.2020 im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde.

**Stellungnahme David McAllister für die Landesgruppe Niedersachsen im Europäischen Parlament:** Am 27. März 2019 hat das Europäische Parlament für ein Verkaufsverbot von Einweg-Kunststoffartikeln wie etwa Teller, Besteck, Strohhalme oder Wattestäbchen aus Plastik gestimmt. Diese Vereinbarung mit dem Rat wurde mit 560 Stimmen angenommen, bei 35 Gegenstimmen und 28 Enthaltungen.

Am 3. Juli 2019 ist die [Richtlinie 2019/904/EU](#) über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt (Einwegkunststoffrichtlinie) in Kraft getreten. Die Richtlinie ist bis zum 3. Juli 2021 in nationales Recht umzusetzen. Am 24. Juni 2020 hat die Bundesregierung eine entsprechende Verordnung auf den Weg gebracht. Diese wird nunmehr im Deutschen Bundestag behandelt und bedarf anschließend der Zustimmung des Bundesrates.

Ebenfalls in dieser Richtlinie wurde ein neues Recyclingziel bis 2030 beschlossen. Das Kunststoffrecycling soll deutlich gestärkt werden. Dazu sollen mehr Abfälle getrennt gesammelt, die Kapazitäten zum Recycling in der EU ausgebaut und zudem mehr Recyclingkunststoffe verwendet werden. Darüber hinaus wird das Verursacherprinzip durch die Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung (wonach die Hersteller zur Deckung der Kosten für Abfallbewirtschaftung, Reinigung und Sensibilisierung beitragen müssen) gestärkt. Mittelfristig werden weitere wesentliche Fortschritte durch die Weiterverfolgung der Kunststoffstrategie sowie im Rahmen des Green Deal durch den Aktionsplan Kreislaufwirtschaft erreicht.

### Plastiktüten.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Der Entwurf einer Verordnung über das Verbot von Kunststofftragetaschen befindet sich derzeit im parlamentarischen Verfahren.

### Verbot von Mikroplastik in Kosmetik- und Reinigungsprodukten.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Bereits viele große international tätige Hersteller von kosmetischen Mitteln haben angekündigt, auf die Verwendung von Mikrokunststoffpartikeln in kosmetischen Mitteln freiwillig zu

verzichten. Das BMUB führt mit den Herstellerfirmen und deren Verbänden über eine zeitnahe Umsetzung des angekündigten Ausstiegs Gespräche. Einem solchen freiwilligen, nicht allein auf Deutschland beschränkten Ausstieg der Kosmetikindustrie räumen wir den Vorzug gegenüber einem in der Wirkung begrenzten nationalen Vorgehen ein. Ziel ist dabei, sowohl das Problem des Primäreintrags von Mikrokunststoffpartikeln (aus kosmetischen Mitteln) als auch des insbesondere durch Kunststoffabfälle (zum Beispiel Plastiktüten /-flaschen, Umverpackungen) verursachten Sekundäreintrags in die Meeresumwelt (Zersetzung des Kunststoffabfalls in Mikropartikel zum Beispiel durch Witterungseinwirkungen und Salzwasser) europaweit einheitlich zu lösen.

**Stellungnahme David McAllister für die Landesgruppe Niedersachsen im Europäischen Parlament:** Für das Jahr 2020 plant die Europäische Kommission den Vorschlag eines Verbots von Mikroplastik. Laut Zeitplan des zuständigen Kommissars für Umwelt, Meere und Fischerei Virginijus Sinkevičius soll bis Ende des Jahres 2020 eine detaillierte Liste aller Produkte, die Mikroplastik enthalten oder bei deren Verwendung Mikroplastik entsteht, vorliegen. Insgesamt soll Mikroplastik eingedämmt, bewusst zugesetztes Mikroplastik in Kosmetik- und Körperpflegeprodukten verboten werden. Produkte wie Reifen, bei deren Nutzung Mikroplastik entsteht, sollen künftig in ihrer Zusammensetzung verändert werden. Die geplante Beschränkung ist Teil der Anfang 2018 bekannt gegebenen EU-Kunststoffstrategie, die unter anderem darauf abzielt, Kunststoffabfälle zu reduzieren, Kunststoff-Recycling und biologisch abbaubare Kunststoffe zu fördern und die Freisetzung von Kunststoffen in die Umwelt zu reduzieren.

Unterstützung der Kampagne „Torffrei leben“ des BUND.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Es besteht ein Förderprogramm des Landes welches die Forschung zu Torfersatzstoffen unterstützt (ML)

Reform des Baurechts – Stallbau erleichtern.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Ist in den Gesetzentwurf zur Verbesserung des Tierwohls in Tierhaltungsanlagen eingeflossen (Drs: 19/20597). Der Gesetzentwurf soll Anfang September im Bundestag beschlossen werden.

10 Punkte zum Städte- und Wohnungsbauprogramm Niedersachsen.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:**

- I. Die Landtagsfraktion hat die Ziele des 10-Punkte-Plans in diversen parlamentarischen Initiativen aufgegriffen:
  - a) Digitales Bauen in Niedersachsen voranbringen - Potenziale des Building Information Modelings (BIM) nutzbar machen, Entschließungsantrag vom 19.03.2019 (Drs. 18/3260)
  - b) Baukindergeld auch für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen öffnen, Entschließungsantrag vom 12.11.2019 (Drs. 18/5072)
  - c) Gesetz zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung sowie zur Erleichterung der Schaffung von Wohnraum, Gesetzentwurf vom 07.07.2020 (Drs. 18/6975)

- II. Darüber hinaus wurden wesentliche Gesetzesvorhaben zum Thema Wohnungsbau auf den Weg gebracht:
  - a) Bereits im Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz behandelt wird derzeit der Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Stärkung der Quartiere durch private Initiativen (NQG). (Drs. 18/6158)
  - b) Eine große Novelle zur Niedersächsischen Bauordnung ist für Herbst 2020 geplant. Hierbei wird es neben vielen anderen Neuerungen um die Beschleunigung und Digitalisierung im Rahmen von Bauantragsverfahren gehen.
- III. Die Abgeordneten der Fraktion haben sich außerdem auf der Fraktionsklausurtagung im Sommer 2019 intensiv mit der Zukunft des Städte- und Wohnungsbaus beschäftigt und sich dabei per Fraktionsbeschluss vom 05.06.2019 auf ein Papier für einen modernen Städte – und Wohnungsbau in Niedersachsen verständigt.

#### Reform der Wohnungslosenhilfe.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Mit Antrag CDU/SPD 18/845 „Hilfe für wohnungslose Menschen“ ist das Thema grundsätzlich aufgegriffen worden. Über den Nachtragshaushalt 2018 hat der Landtag bereits zusätzliche Mittel in Höhe von einer Million Euro für Hilfen für wohnungslose Menschen bereitgestellt. Am 12.06.2019 unterrichtete die Landesregierung über das Veranlasste (18/4030) und legte am 22.01.2020 ein Konzept zur Verbesserung der Situation wohnungsloser Menschen vor. Wesentliche Bausteine sind die Neugestaltung der Zuständigkeiten der Hilfe nach §§ 67 ff. SGB XII, die Erprobung neuer Arbeitsansätze sowie die Sicherung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

#### Bedarfsplanung für Hausärzte reformieren.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Grundsätzlich fällt die Bedarfsplanung der ärztlichen Versorgung nicht in die Zuständigkeit des Landes Niedersachsen, sondern obliegt der Kassenärztlichen Vereinigung (KVN) als Angelegenheit der ärztlichen Selbstverwaltung.

Mit dem CDU/SPD-Antrag 18/1401 „Hausärztliche Versorgung flächendeckend in Niedersachsen sicherstellen“ ist die Landesregierung dennoch gebeten worden, in Kooperation mit der KVN einem Mangel an Haus- und Fachärztinnen und -ärzten vor allem im ländlichen Bereich vorzubeugen. Die Unterrichtung der Landesregierung datiert vom 21.05.2019 (18/3800).

Seit Anfang 2019 wird das Thema in der Enquetekommission „Medizinische Versorgung“ behandelt.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Prinzipiell gilt, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen auf Landesebene im Einvernehmen mit den Landesverbänden der Krankenkassen und den Ersatzkassen nach Maßgabe der vom Gemeinsamen Bundesausschuss erlassenen Richtlinien auf Landesebene einen Bedarfsplan zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung aufzustellen und jeweils

der Entwicklung anzupassen haben. Gemäß § 99 Absatz 1 Satz 3 SGB V können diese Akteure dabei von den Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses abweichen, wenn es zur Berücksichtigung regionaler Besonderheiten, insbesondere der regionalen Demografie und Morbidität, für eine bedarfsgerechte Versorgung erforderlich ist.

Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz, das am 11. Mai 2019 in Kraft trat, haben wir uns von Bundesebene aus zudem dafür eingesetzt, den ländlichen Raum weiter zu stärken. So erhalten Ärztinnen und Ärzte, die in strukturschwachen und vertragsärztlich unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren, künftig regionale Zuschläge. Auch sollen die Grundlagen der Bedarfsplanung weiterentwickelt und die Förder- und Sicherstellungsinstrumente der Kassenärztlichen Vereinigungen erweitert werden. Darüber hinaus haben wir Ausnahmen von den Zulassungsbeschränkungen in ländlichen oder strukturschwachen Teilgebieten geschaffen. So haben wir geregelt, dass die Bundesländer neben den betroffenen Teilgebieten auch die betroffenen Arztgruppen oder Fachrichtungen festlegen können. In den von der Ausnahme betroffenen Teilgebieten und Arztgruppen oder Fachrichtungen gilt dann eine uneingeschränkte Niederlassungsfreiheit für die Neuniederlassung von Ärztinnen und Ärzten. Dabei binden wir die Bundesländer stärker ein, denn der Landesausschuss muss bei Aufstellung von Kriterien für die Bestimmung der Teilgebiete Einvernehmen mit den Ländern herstellen. Siehe dazu 103 SGB V.

Zudem hat der Gemeinsame Bundesausschuss Mitte des Jahres 2019 die sogenannte Bedarfsplanungs-Richtlinie angepasst und damit den Weg frei gemacht für bundesweit 3.470 neue Niederlassungsmöglichkeiten zusätzlich zu den rund 3.440 derzeit offenen Niederlassungsmöglichkeiten. Von den neuen Niederlassungsmöglichkeiten entfallen 1.446 auf Hausärzte, rund 776 auf Psychotherapeuten, 476 auf Nervenärzte und 401 auf Kinder- und Jugendärzte.

#### Bekämpfung des Pflegenotstandes.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Erledigt, da die Zielsetzungen seitens der Landesregierung im Rahmen der Konzertierte Aktion Pflege Niedersachsen (KAP-Ni) aufgegriffen wurden.  
Siehe dazu auch die Unterrichtung der Landesregierung 18/7169 v. 31.07.2020.

#### Maßnahmen gegen den Pflegenotstand.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Erledigt durch Antrag CDU/SPD 18/3663 „Ambulante Pflege sichern - Tarifvertrag Soziales zügig realisieren“, v. 07.05.2019. Dazu Unterrichtung der Landesregierung 18/7169 v. 31.07.2020, die Zielsetzungen im Rahmen der Konzertierte Aktion Pflege Niedersachsen (KAP-Ni) aufzugreifen.

#### Parkerleichterungen für Menschen mit Behinderung.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Aus hiesiger Sicht besteht keine Notwendigkeit, die in § 146 Abs. 3 SGB IX enthaltene Definition „Schwerbehinderter Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung“ in die

Verwaltungsvorschrift StVO (VwV-StVO) zu übernehmen. Denn die außergewöhnliche Gehbehinderung wird in der Verwaltungsvorschrift zu § 46 Absatz 1 Nummer 11 StVO Rn 129 und 130 bereits näher beschrieben. Danach sind als schwerbehinderte Menschen mit einer außergewöhnlichen Gehbehinderung "solche Personen anzusehen, die sich wegen der Schwere ihres Leidens dauernd nur mit fremder Hilfe oder nur mit großer Anstrengung außerhalb ihres Kraftfahrzeuges bewegen können. Hierzu zählen: Querschnittsgelähmte, doppeloberschenkelamputierte, doppelunterschenkelamputierte, hüftexartikulierte und einseitig oberschenkelamputierte Menschen, die dauernd außerstande sind, ein Kunstbein zu tragen, oder nur eine Beckenkorbprothese tragen können oder zugleich unterschenkel- und armamputiert sind sowie andere schwerbehinderte Menschen, die nach versorgungsärztlicher Feststellung, auch auf Grund von Erkrankungen, dem vorstehend aufgeführten Personenkreis gleichzustellen sind.

Gerade unter Bezug auf diese Regelung ist § 146 Absatz 3 SGB IX mit dem Bundesteilhabegesetz eingeführt worden.

Im Übrigen ist es jederzeit möglich, bei der Auslegung der Verwaltungsvorschrift zu § 46 Absatz 1 Nummer 11 StVO Rn 129 und 130 aufgrund systematischen Zusammenhangs und Sinn und Zweck § 146 Abs.3 SGB IX mit heranzuziehen. Entscheidend ist m.E. insbesondere der Aspekt, dass sich die schwerbehinderten Menschen wegen der Schwere ihrer Beeinträchtigung dauernd nur mit fremder Hilfe oder mit großer Anstrengung außerhalb ihres Kraftfahrzeuges bewegen können. Dieser Punkt findet sich in beiden Regelungen.

#### Bessere Versorgung von Lipödempatienten.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Prinzipiell ist es so, dass der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) als oberstes Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen – also der Vertreter der niedergelassenen Ärzte, der niedergelassenen Zahnärzte, der Krankenhäuser und der gesetzlichen Krankenkassen (<https://www.g-ba.de/ueber-den-gba/wer-wir-sind/>) gemeinsam mit Organisationen, die auf Bundesebene maßgeblich die Interessen von Patientinnen und Patienten und der Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen vertreten – für den Leistungskatalog in der gesetzlichen Krankenversicherung zuständig ist.

Zwar trifft die grundsätzliche Entscheidung zum Leistungsanspruch der gesetzlich Krankenversicherten in Deutschland der Gesetzgeber. Mit der Aufgabe, den sogenannten Leistungskatalog der Krankenkassen nach dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse zu konkretisieren, hat der Gesetzgeber den G-BA betraut. Das Bundesministerium für Gesundheit nimmt die Rechtsaufsicht wahr.

Demgemäß ist es auch der G-BA, der darüber zu entscheiden hat, für welche konkreten Leistungen die gesetzliche Krankenversicherung für die Lipödempatientinnen in Deutschland die Kosten zu tragen haben.

Auch auf Druck des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn und der Bundestagsabgeordneten der AG Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der G-BA am 18. April 2019 beschlossen, eine Erprobungsstudie zu starten, um zu klären, welchen Nutzen die Liposuktion bei Lipödem im Vergleich zu einer alleinigen nichtoperativen Behandlung hat. Zudem sollen weitere Erkenntnisse zu den Risiken und möglichen Komplikationen der Methode gewonnen werden.

Impfpflicht.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Prinzipiell gilt, dass die Impfpflicht ein Grundrechtseingriff mit einer sehr hohen Intensität ist und daher nicht pauschal bzw. flächendeckend eingeführt werden kann. Vielmehr muss im Einzelfall geprüft werden, ob bei einer bestimmten Impfung ein bedeutendes Defizit hinsichtlich der Impfquote vorliegt und ob von der betreffenden Infektionskrankheit ein hohes Risiko für die Gesundheit ausgeht. Unsere Fraktion lehnt die Einführung von hohen Auflagen bei Nichtimpfung (siehe z.B. Masern) nicht prinzipiell ab, aber gerade vor dem Hintergrund der hohen Emotionalität des Themas in einigen gesellschaftlichen Gruppen und der verfassungsrechtlichen Hürden muss bei diesem Thema vorsichtig agiert werden. Defizite bestehen derzeit beim Impfschutz von Kindern bei den zweiten Impfungen gegen Masern, Mumps und Röteln. Insbesondere liegen aber die Quoten der Erwachsenen bei der Masernimpfung noch unter den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO). So veröffentlichte die WHO erst kürzlich aktuelle Daten zur Ausbreitung von Masern und damit zusammenhängenden Todesfällen: Im Jahr 2017 lag die Zahl der Infektionen bei rund 6,7 Millionen Fällen, 110.000 Menschen starben laut den Berechnungen. Die Mehrzahl der Betroffenen von Infektionen mit Todesfolge waren Kinder unter 5 Jahren. Auch steigt die Infektionsrate rasant an, weltweit kam es zu einer Verdopplung der Infektionen, in Europa sogar zu einer Verdreifachung. Diesen Trend gilt es mit aller Kraft zu stoppen. Wir prüfen derzeit, wie wir für Kinder eine Impfpflicht gegen Masern einführen können.

Streichung der Übernahme von Heim- bzw. Pflegekosten für Heim- und Pflegekinder bei Eintritt in das Berufsleben.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Auf eine Initiative der Familienpolitikerinnen und Familienpolitikern der CDU/CSU- Bundesfraktion gab es bereits im Oktober 2019 eine Einigung mit den Kollegen der SPD dahingehend, die Abgaben von Heim- und Pflegekindern auf 25 Prozent (derzeit 75%) zu reduzieren. Die entsprechende Änderung sollte bereits im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Neunten und des Zwölften Sozialgesetzbuches und anderer Rechtsvorschriften aufgenommen werden. Das Vorhaben scheiterte, weil es Vorbehalte aus den Bundesländern bezüglich der Kosten gab.

Das Bundesfamilienministerium wurde daher gebeten, kurzfristig Abstimmungen mit den Ländern vorzunehmen, so dass wir in Kürze die Erleichterungen für die betroffenen jungen Menschen umsetzen können. Ziel ist es nunmehr, diese Regelung im Rahmen der anstehenden SGB VIII-Reform aufzugreifen.

Allerdings können die Jugendämter bereits seit Inkrafttreten des KJVVG am 3. Dezember 2013 im Rahmen ihres Ermessens darüber entscheiden, ob sie bei jungen Menschen in stationären Einrichtungen oder in Pflegefamilien von der Kostenheranziehung ganz absehen oder einen geringeren Kostenbeitrag erheben (§ 94 Absatz 6 Satz 2 SGB VIII).

Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet.



**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dafür Sorge getragen, dass zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet einige Gesetze und Initiativen auf den Weg gebracht wurden:

1.) Wir haben Ermittlern Zugang ins sogenannte „Darknet“ eröffnet: Im Gesetz zur „Versuchsstrafbarkeit des Cybergroomings“ wird es Ermittlern erlaubt, computergenerierte Bilder verwenden zu können, wenn sich Taten im Zusammenhang mit Kinderpornographie nicht anders aufklären lassen. Diese computergenerierten Bilder sehen echten Bildern täuschend ähnlich, zeigen aber niemals echte Kinder. Der Gesetzesentwurf wurde am 17. Januar 2020 vom Bundestag verabschiedet und trat am 13. März in Kraft.

2.) Wir haben eine Meldepflicht für Internet Service Provider bei Verdacht auf Kinderpornographie eingeführt: Dies sieht das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität vor, das am 18. Juni 2020 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Demnach sind bestimmte strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt zu melden. Dazu gehört auch das Zugänglichmachen kinderpornografischer Inhalte.

3.) Beim sog. Cybergrooming – also bei der gezielten Kontaktaufnahme von Erwachsenen zu Minderjährigen im Internet mit dem Ziel der Anbahnung sexueller Kontakte – haben wir gehandelt: Ermittlungen waren in diesem Bereich kaum möglich, da der untaugliche Versuch beim sog. Cybergrooming nicht strafbar war. Fälle, in denen die Eltern oder ein Polizeibeamter unter dem Namen des Kindes mit einem Täter chatten, der annimmt es handle sich um ein Kind, waren nicht strafbar. Ermittlungen konnten mangels einer Straftat nicht geführt werden. Wir haben dafür gesorgt, dass beim sog. Cybergrooming schon der Versuch strafbar wurde. Der Gesetzesentwurf dazu wurde am 17. Januar 2020 vom Bundestag verabschiedet und trat am 13. März 2020 in Kraft.

4.) Das von Kanada betriebene Project Arachnid ist ein innovatives Instrument zur Bekämpfung der zunehmenden Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch im Internet. Sobald mit dem Programm Material von sexuellem Kindesmissbrauch entdeckt wird, wird eine Benachrichtigung an den Anbieter gesendet, der den Inhalt hostet und um dessen Entfernung gebeten. Wir haben dafür gesorgt, dass dieses Programm auch in Deutschland gefördert wird. Im Rahmen eines Modellversuchs erhielt jugendschutz.net die Möglichkeit, grundlegende Funktionen von Arachnid zu testen. Die Ergebnisse zeigen, dass der Einsatz von Arachnid die Bearbeitung von Hinweisen auf Missbrauchsdarstellungen bei jugendschutz.net wesentlich vereinfachen kann. Der Modellversuch wurde Ende April beendet. Nach Schaffung der praktischen Voraussetzungen wird Arachnid im Verlauf des Jahres in den Regelbetrieb bei jugendschutz.net integriert werden.

5.) Wir werden noch in dieser Legislaturperiode den Jugendmedienschutz reformieren. Ein zeitgemäßer Jugendmedienschutz muss den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Inhalten sicherstellen, den Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte und ihrer Daten gewährleisten und die Instrumente zur Stärkung der Medienkompetenz weiterentwickeln. Der Gesetzesentwurf des Bundesjugendministeriums dazu befindet sich zur Zeit in der

Ressortabstimmung und wird ab dem Herbst 2020 im Deutschen Bundestag beraten.

#### Upskirting bestrafen.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Fand Eingang in das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes bei Bildaufnahmen. Nacktbilder von Kindern sind zudem bereits nach § 201a Abs. 3 StGB bzw. gemäß § 184b StGB strafbar.

#### Uploadfilter in Deutschland verhindern.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Die „Digital Single Market“-Richtlinie, kurz DSM, befindet sich aktuell in der Umsetzung. Das BMJV hat einen Entwurf vorgelegt, der in der Ressortabstimmung ist. CDU und CSU versuchen, die Gefahr von Overblocking zu vermeiden. Ganz ohne technische Maßnahmen wird man aber nicht auskommen.

**Stellungnahme David McAllister für die Landesgruppe Niedersachsen im Europäischen Parlament:** Die EU-Richtlinie über das Urheberrecht im Digitalen Binnenmarkt ((EU) 2019/790, DSM-RL)) muss bis zum 7. Juni 2021 in nationales Recht umgesetzt werden. In Deutschland hat das zuständige Bundesjustizministerium seit Sommer 2019 die Umsetzung mit öffentlichen Konsultationen vorbereitet und Vorschläge zur Umsetzung der Richtlinie in Diskussionsentwürfen vom 15. Januar und 24. Juni vorgelegt. Dem Diskussionsentwurf des Ministeriums für die Umsetzung von Artikel 17 der Richtlinie liegt die Absicht der Bundesregierung zugrunde, dass dabei Upload-Filter nach Möglichkeit verhindert, die Meinungsfreiheit sichergestellt und die Nutzerrechte gewahrt werden sollen. Der Diskussionsentwurf war Gegenstand einer öffentlichen Konsultation bis zum 31. Juli 2020.

#### Abschaffung des Verbandsklagerechtes.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Beim Verbandsklagerecht haben wir europäische Vorgaben sowie die Vorgaben der Aarhus-Konvention zu beachten. Änderungen im Planungs- und Genehmigungsrecht, wie z.B. bei der Verbandsklage, müssen in Übereinstimmung mit europäischen Vorgaben erfolgen. Insoweit sind Änderungsvorschläge beispielsweise im Umweltrechtsbehelfsgesetz nur dann möglich, wenn die europäischen Vorgaben angepasst werden. Ansonsten droht uns eine erneute Verurteilung, wie vom EuGH beim Altrip Verfahren (im Oktober 2015 entschied der EuGH, dass die vormals in § 2 Abs. 3 UmwRG (alte Fassung) enthaltene Präklusionsregelung gegen Unionsrecht verstoße).

Die Bundesregierung wurde mit dem Beschlüssen des Koalitionsausschusses vom 8. März 2020 gebeten unter dem Kapitel IV. „Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren“, gegenüber der Europäischen Kommission darauf hinzuwirken, dass die - als allein initiativberechtigte europäische Institution – Vorschläge zur Vereinfachung von planungsrechtlichen relevanten Rechtsakten der Europäischen Union



vorlegt. Es ist eingebettet in die Diskussion um die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

### Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Seit dem 15. Oktober 2019 gibt es in Niedersachsen die Einrichtung des Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz des jüdischen Lebens. Für weitere Informationen wird auf die Homepage des Landesbeauftragten Dr. Enste verwiesen:

[https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/ministerium/niedersachsischer\\_landesbeauftragter\\_gegen\\_antisemitismus\\_und\\_fur\\_den\\_schutz\\_judischen\\_lebens/niedersachsischer-landesbeauftragter-gegen-antisemitismus-und-fur-den-schutz-judischen-lebens-183860.html](https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/ministerium/niedersachsischer_landesbeauftragter_gegen_antisemitismus_und_fur_den_schutz_judischen_lebens/niedersachsischer-landesbeauftragter-gegen-antisemitismus-und-fur-den-schutz-judischen-lebens-183860.html)

### Ehrenamtskarte – Zugang erleichtern.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Mit Beschluss am 30.06.2020 hat der Niedersächsische Landtag auf Betreiben der CDU-Fraktion eine Enquetekommission mit dem Titel „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern – Enquetekommission Ehrenamt einrichten“ ins Leben gerufen. Die Enquetekommission hat im September 2020 ihre Arbeit aufgenommen. Dort wird über die Kommissionsmitglieder der CDU-Fraktion auch das Thema Ehrenamtskarte mit dem Ziel eingebracht, die Hürden für den Erhalt der Ehrenamtskarte wesentlich zu senken.

### Härtefallverfahren nach § 23a des Aufenthaltsgesetzes.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** In zahlreichen Gesprächen mit dem Innenminister zu Beginn der Legislaturperiode wurde das Härtefallverfahren nach § 23 a Aufenthaltsgesetz erörtert mit dem Ziel, das Verfahren grundlegend zu überarbeiten. Dabei sollten auch die Nichtannahmegründe nach dem bayerischen Vorbild erweitert werden. Die Gespräche sind ergebnislos verlaufen. Es ist nicht zu erwarten, dass sich der Koalitionspartner in dieser Frage kompromissbereit zeigt, zumal der Koalitionsvertrag Änderungen im Härtefallverfahren nicht vorsieht.

### Europäischer Katastrophenschutz.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Die EU-Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes erfolgt im Rahmen der Regelungen des seit 2001 bestehenden EU-Katastrophenschutzmechanismus (Union Civil Protection Mechanism, UCPM). Der UCPM hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten koordiniert zu fördern und zu unterstützen. Jeder Staat der Welt kann hier Hilfe durch den UCPM anfragen. 2014 richteten europäische Staaten die Europäische Notfallbewältigungskapazität (EERC) ein, um die europäische Einsatzbereitschaft bei Katastrophen zu erweitern. Die EERC ist Teil des UCPM und ein freiwilliger Pool, der aus Einsatzteams, Experten und Ausrüstung besteht. Die teilnehmenden Staaten stellen diese

Ressourcen zur Verfügung und halten sie für die zukünftige weltweite Entsendung einsatzbereit.

Im März 2019 ist zudem eine Änderung des Unionsverfahrens in Kraft getreten. Diese sieht u. a. die Schaffung einer neuen EU-kofinanzierten Einsatzreserve der Mitgliedstaaten von Katastrophenbewältigungskapazitäten vor ("rescEU"). Das Unionsverfahren wird durch rescEU gestärkt und schlagkräftiger sowie im Zuge der Umsetzung der Regelungen zur Vereinfachung des Verfahrens auch effizienter und unbürokratischer. Gleichzeitig wird die notwendige Balance zwischen mitgliedstaatlicher Verantwortung für den Katastrophenschutz und ergänzender Koordinierung und Unterstützung durch die EU gewahrt.

Der Aufbau einer weitgehend EU-kofinanzierten Reserve von Kapazitäten zur Waldbrandbekämpfung aus der Luft stellt einen Schwerpunkt im Rahmen der Umsetzung des geänderten EU-Katastrophenschutzverfahrens dar.

#### Geldwäsche im Immobiliensektor.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Am 1. Januar 2020 ist das novellierte Geldwäschegesetz mit strengeren und erweiterten Meldevorschriften u.a. für Immobilienmakler in Kraft getreten.

Die Financial Intelligence Unit (FIU) zur Bekämpfung von Geldwäsche wird weiter ausgebaut. Insgesamt wurden 475 Planstellen bewilligt. Der Datenaustausch zwischen der FIU und den strafrechtlichen Ermittlungsbehörden wurde verbessert. In Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen und Sachsen sind bereits Verbindungsbeamte der FIU in den jeweiligen Landeskriminalämtern im Einsatz. Die Unterzeichnung weiterer Kooperationsvereinbarungen mit Landeskriminalämtern in anderen Bundesländern soll folgen.

#### Einheitlicher Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Der Mehrwertsteuersatz für erbrachte Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken wurde mit dem Corona-Steuerhilfegesetz von 19 auf 7 Prozent abgesenkt. Das soll das Gastronomiegewerbe in der Zeit der Wiedereröffnung unterstützen und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Beschränkungen mildern. Die Regelung gilt ab dem 1. Juli 2020 und ist bis zum 30. Juni 2021 befristet.

Mit dem Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz wurde der Umsatzsteuersatz befristet vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 von 19 auf 16 Prozent und von 7 auf 5 Prozent gesenkt. Damit gilt der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 5 Prozent auch für Speisen in der Gastronomie.

#### Steuerfreie Rücklagenbildung in der Land- und Forstwirtschaft.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Zunächst ist festzustellen, dass es sich hier um eine alte Forderung handelt, die in fast gleichlautender Form bereits mehrfach von der FDP und Linkspartei im Bundestag gefordert wurde.

Gemein ist den Anträgen, dass sie die Landwirte besser gegen wirtschaftliche Risiken durch nicht beeinflussbare Wetterextreme oder Tierseuchenrisiken schützen soll. Dafür solle es möglich sein, dass Landwirte eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage bilden können, deren Höhe sich nach den betrieblichen Umsätzen der vergangenen drei (Linke) bzw. vier (FDP) Wirtschaftsjahre errechnet und 20% (Linke) bzw. 25% (FDP) des durchschnittlichen Jahresumsatzes betragen soll. Die Rücklagenauflösung soll dann zum Kauf von Betriebsmitteln, die im aktuellen oder darauffolgenden Wirtschaftsjahr verbraucht werden, ermöglicht werden.

Alle diese Anträge haben wir durchgehend abgelehnt. Grund für unsere Ablehnung ist nicht, dass wir Landwirte nicht gegen unbeeinflussbare Risiken schützen wollen, sondern dass wir die Risikoausgleichsrücklage nicht als geeignetes Mittel sehen und stattdessen an anderen, besseren Lösungen arbeiten.

So wird die Risikoausgleichsrücklage in der Wissenschaft nahezu durchgehend abgelehnt. Die Gutachten und Berechnungen zeigen, dass von einer solchen Maßnahme nur bereits gut aufgestellte Betriebe profitieren würden, die ohnehin besser gegen wirtschaftliche Risiken gewappnet sind als kleinere Betriebe. Betriebe mit geringer Eigenkapitalbindung und damit gleichzeitig hoher Risikoexposition würden dagegen kaum profitieren. Die Risikoausgleichsrücklage bringt stattdessen nur ein Mehr an Bürokratie und Schwierigkeiten bei der Definition, der Messung und der Bewertung. Daneben wäre eine solche Rücklage streng zweckgebunden zu bilden und zu verwenden. Hierdurch würden aber zwangsläufig die Liquidität der Betriebe und deren Finanzierungsspielräume für notwendige Investitionen eingeengt.

Einen wesentlichen effektiveren Weg zur Abfederung von Risiken, für den sich unsere Finanz- und Landwirtschaftspolitiker seit Jahren einsetzen, ist dagegen die Tarifglättung. Die Bundesregierung hat sich bereits im Jahre 2016 gegen die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage entschieden, und sich stattdessen für die steuerliche Tarifglättung ausgesprochen. Dabei wird die Besteuerung der land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte auf Grundlage des durchschnittlichen Gewinns aus einem Dreijahreszeitraum erfolgen. So gleichen sich gute und schlechte Jahre aus.

Im Rahmen des Milchmarkt-Sondermaßnahmen-Gesetzes hat der Bundestag die Tarifglättung im Jahr 2016 dann auch beschlossen. Durch Beanstandungen der EU-Kommission lag diese jedoch jahrelang auf Eis und konnte nicht angewendet werden. Mit dem Jahressteuergesetz 2019 nehmen wir jetzt jedoch einen neuen Anlauf, der mit der EU-Kommission abgestimmt wurde. Damit wird die Tarifglättung ab 2020 umgesetzt.

Die Tarifglättung hat gegenüber einer Risikoausgleichsrücklage erhebliche Vorteile, denn sie mildert die Wirkung der Progression bei schwankenden Gewinnen, bindet kein Kapital und wirkt sich so positiv auf die Liquidität aus.

Statt also über eine wenig wirksame Risikoausgleichsrücklage zu diskutieren, konzentrieren wir uns lieber auf die Umsetzung der Gewinnglättung und Verbesserungen im Versicherungsbereich (z. B. bei Versicherungen gegen Dürre).

#### Überarbeitung des NKAG.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Im Zuge der Novellierung des NKAG anlässlich der Straßenausbaubeiträge wurde auch das Thema der Straßenreinigungsgebühren ausführlich mit dem Innenministerium und den kommunalen Spitzenverbänden erörtert. Im Ergebnis wurde von einer Änderung des § 5 NKAG Abstand genommen, da die Kommunen jederzeit die Möglichkeit haben, über entsprechendes Satzungsrecht verursachungsgerecht Straßenreinigungsgebühren zu erheben. Dieses Vorgehen bietet

den Kommunen die größtmögliche Gestaltungsfreiheit. Die kommunalen Spitzenverbände stellen zu diesem Zweck den Kommunen auf Anfrage Mustersatzungen mit zahlreichen Varianten zur Verfügung.

#### Für Klarheit in der Grundsteuer.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Der Niedersächsische Finanzminister hat mit dem Flächen-Lage-Modell ein Reformmodell vorgelegt, das diese Forderungen unterbrechungsfrei und verfassungskonform berücksichtigt. Gegenwärtig finden Gespräche mit den übrigen Ländern statt, um dem Modell zu einer möglichst breiten Anwendung zu verhelfen und einem gewerbesteuerrechtlichen Flickenteppich entgegenzuwirken.

Reformiert wird das Verfahren zur Ermittlung des Gewerbesteuer**ermessbetrags**. Aufkommensneutralität erreichen die Kommunen in eigener Zuständigkeit durch Anpassung ihrer Hebesätze.

#### Raumordnungsprogramm.

**Stellungnahme CDU-Landtagsfraktion:** Aktuell wird ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Landesraumordnungsprogramm (LROP) zu einem anderen Sachverhalt erarbeitet. Im Zuge der anstehenden Beratung ist angedacht, die Thematik des Antrages in die Beratungen einfließen zu lassen.

### 9.2.3 Verweise

#### Parité-Prüfauftrag.

**Stellungnahme Landespartei:** Mit dem Tandem-Projekt setzt die CDU in Niedersachsen gezielt die Frauenförderung um. Es bleibt fraglich, ob ein Parité-Gesetz die Ursachen oder nicht doch die Symptome bekämpft.

#### Investitionskontrolle für Direktinvestitionen in der EU von EU-Ausländern.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Mit der Reform der Außenwirtschaftsverordnung (am 3. Juni 2020 in Kraft getreten) und der Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes (am 17.7.2020 in Kraft getreten) gilt jetzt eine deutlich strengere Investitionsprüfung bei kritischen Unternehmenserwerben aus dem Ausland. Während der Prüfung sind meldepflichtige Erwerbe im Bereich kritischer Infrastruktur, wie beispielsweise Stromnetze, und weiterer ziviler Sicherheitsbereiche "schwebend unwirksam". Eine Übernahme kann nur noch vollzogen werden, wenn sie zuvor vom BMWI als unbedenklich eingestuft worden ist.

#### Einführung der personalisierten Verhältniswahl für die Wahlen zum Europäischen Parlament.

**Stellungnahme Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag:** Aktuell gibt es auf Bundesebene hierzu keine Überlegungen.

Bessere Finanzausstattung der Gemeinden - Kommunalfinanzen neu ordnen.

**Stellungnahme LFA Haushalt und Finanzen:** Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag fühlt sich der Kommunalen Familie und ihrer Ausstattung mit den für ihre Aufgaben nötigen finanziellen Mitteln besonders verpflichtet. Fragen der Konnexität werden mit den kommunalen Spitzenverbänden im Vorfeld von Gesetzgebungsverfahren daher regelmäßig intensiv diskutiert.

Der Kommunale Finanzausgleich ist ein komplexes und fein austariertes Konstrukt, das über Jahrzehnte bewährte Verfahren und Maßstäbe mit hinreichender Flexibilität für den Umgang mit Ausnahmesituationen vereint. Unter den besonderen haushaltswirtschaftlichen Bedingungen der Corona-Pandemie erlaubt es z.B. die Vermeidung größerer Verwerfungen in den Kommunalfinanzen durch Kompensation des Verbundmasserückgangs, der aus den einbrechenden Steuerzahlungen resultiert, und Glättung der kommunalen Einnahmen aus dem KFA. In diesem Sinne hat der Niedersächsische Landtag in 2020 Beschlüsse zur Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle in der Corona-Krise gefasst.

Ein vollständiger Umbau des kommunalen Finanzausgleichs ist nicht angezeigt. Gleichwohl befassen sich die Koalitionspartner an verschiedenen Stellen mit einzelnen Aspekten der kommunalen Finanzausgleich. Im Koalitionsvertrag haben sie sich zum Beispiel verpflichtet, die Auswirkungen einer möglichen Steuererhöhungsdynamik bei den Realsteuersätzen zu untersuchen und ggf. Maßnahmen mit den Kommunalen Spitzenverbänden zu prüfen.

Umgang mit Erdgasbohrungen.

**Stellungnahme LFA Umwelt, Energie und Bauen:** Coronabedingt konnte zu der von der CDU Heidekreis vorgelegten Resolution bislang keine Stellung genommen werden. Geplant war ein Expertengespräch mit Vertretern der Ministerien, der Behörden und der Unternehmen. Dies soll nun im 1. Halbjahr 2021 nachgeholt werden.



# **G. Landesparteitag Hannover**

- 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Wahl der Tagungsleitung und der Parteitagekommissionen
  - Tagungspräsidium
  - Mandatsprüfungskommission
  - Stimmzählkommission
  - Antragskommission
- 3 Berichte
  - des Landesvorsitzenden
  - des Mitgliederbeauftragten
  - der Landesschatzmeisterin
  - der Kassenprüfer
  - anschließend Aussprache
- 4 Entlastung des Landesvorstandes
- 5 Beratung der Satzungsänderungsanträge und der Sachanträge
- 6 Wahlen
  - des Landesvorsitzenden
  - des Generalsekretärs
  - des Landesschatzmeisters
  - des Mitgliederbeauftragten
  - der zwei Kassenprüfer
  - des Landesparteigerichts Hannover
  - von elf Delegierten und elf Ersatzdelegierten zum CDU-Bundesausschuss
- 7 Verschiedenes

# Wahl des Parteipräsidiums und der Parteikommissionen

Der Vorstand des CDU-Landesverbandes Hannover schlägt vor:

## Wahl des Parteipräsidiums

### Tagungspräsident:

- Uwe Schünemann MdL

## Bestätigung der Antragskommission

Der Landesvorstand hat zur Vorbereitung dieses Parteitages die folgende Antragskommission berufen:

### Vorsitzender:

- Generalsekretär Kai Seefried MdL

### Landes- und Bezirksverbände

- BV Elbe-Weser: Lasse Weritz MdL
- BV Hannover: Maik Beermann MdB
- BV Hildesheim: Uwe Schünemann MdL
- BV Nordostniedersachsen: Gudrun Pieper MdL
- BV Osnabrück-Emsland: Christian Calderone MdL
- BV Ostfriesland: Melanie Nonte

## Wahl der Wahlkommission für die schriftliche Schlussabstimmung

### Vorsitzende:

- Dr. Maria Flachsbarth MdB

### Beisitzer:

- Christian Meyer
- Steffen Preugschat

## Wahl der Stimmzählkommission für die schriftliche Schlussabstimmung

### Vorsitzender:

- Andreas A. Sobotta

### Stellv. Vorsitzender:

- Josef Holtvogt

### Beisitzer:

- Nicole Bruns
- Nicole Bruns
- Silke Falk
- Philipp Felsen
- Ulrike Gottwald
- Neeltje-Cathérine Hartung
- Melanie Homeier
- Imke Jeske-Werner
- Ines Kaufmann
- Jörn Lohmann
- Jonathan Merz

- Jendrik Niebuhr
- Katrin Oetjen
- Uwe Rebitzky
- Svenja Schünemann
- Jeannette Stege
- Signe Stiewe
- Christopher Tatge
- Petra Voigt
- Gero Wessel
- Alexandra Zontiri

## Satzungsändernder Antrag

### Nr. H1 - CDU KV Wolfsburg

#### Antrag:

Der Parteitag des Landesverbandes Hannover der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands beschließt, eingedenk des am 13.06.2019 durch Beschluss des Kreisparteitags verlautbarten Begehrens des Kreisverbandes Wolfsburg, den Landesverband zu verlassen, § 16 Abs. 1 lit. c der Satzung des Landesverbands wie folgt zu fassen:

„Bezirksverband Nordostniedersachsen mit den Kreisverbänden Celle, Gifhorn, Harburg-Land, Heidekreis, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg und Uelzen“ Die Änderung wird zum 01.01.2021 wirksam. Sie steht unter der Bedingung, dass der CDU Landesverband Braunschweig die Aufnahme des CDU Kreisverbandes Wolfsburg beschließt. Die Zustimmung der Generalsekretärin oder des Generalsekretärs der CDU Deutschlands zu dieser Satzungsänderung bleibt davon unberührt.

#### Begründung:

Ohne Begründung

#### Votum der Antragskommission:

Ohne Votum



## Delegiertenschlüssel

Verband	31.12.2020	Delegierte
Diepholz	1.196	8
Hameln-P.	911	7
Hannover-Ld.	3.945	27
Hannover-Stadt	1.527	11
Nienburg	1.119	8
Schaumburg	996	7
<b>BV Hannover</b>	<b>9.694</b>	<b>68</b>

Göttingen/Osterode	2.034	14
Hildesheim	1.925	13
Holz Minden	374	3
Northeim	740	5
<b>BV Hildesheim</b>	<b>5.073</b>	<b>35</b>

Celle	1.394	10
Gifhorn	1.110	8
Harburg-Ld.	1.640	11
Lüchow-Dan.	449	3
Lüneburg	864	6
Heidekreis	981	7
Uelzen	775	6
Wolfsburg	502	4
<b>BV Nordostnds.</b>	<b>7.715</b>	<b>55</b>

Cuxhaven	1.714	12
Osterholz	573	4
Rotenburg	1.717	12
Stade	1.156	8
Verden	843	6
<b>BV Elbe-Weser</b>	<b>6.003</b>	<b>42</b>

Aurich	746	5
Emden	114	1
Leer	903	7
Wittmund	440	3
<b>BV Ostfriesland</b>	<b>2.203</b>	<b>16</b>

Verband	31.12.2020	Delegierte
Aschendorf-H.	1.654	12
Grfsch. Benth.	962	7
Lingen	1.958	14
Meppen	1.388	10
Osnabrück-Ld.	3.179	22
Osnabrück-St.	1.052	8
<b>BV Osnab.-Emsl.</b>	<b>10.193</b>	<b>73</b>

Delegierte	40.881	289
Landesvorstand		21
<b>Stimmberechtigte</b>		<b>310</b>